

**Vereinbarung
zur Zusammenarbeit in einer
Regierungskoalition
für die 19. Wahlperiode der
Bremischen Bürgerschaft
2015 – 2019**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen

Inhaltsverzeichnis

Präambel	5
Arbeit	11
Wirtschaft	21
Häfen	28
Umwelt	33
Bau und Stadtentwicklung	40
Verkehr	46
Landwirtschaft	51
Kinder und Bildung	52
Soziales	63
Flüchtlinge	70
Integration	73
Sport	76
Inneres	79
Justiz und Recht	86
Wissenschaft	89
Gesundheit	94
Verbraucherschutz	102
Ernährung	103
Kultur	105
Medien und Netzpolitik	109
Demokratie, Beiräte und Bürgerbeteiligung	113
Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften	117
Finanzen und Personal	118
Kooperation – Bremen und seine Nachbarn	130
Europa	133
Zusammenarbeit der Koalitionspartner	135
Abstimmungsverhalten im Bundesrat	136
Verteilung der Ressortbereiche	137
Unterschriften	138
Anhang	139

1 Präambel

3 Bremen 2030 - Land mit Zukunft:

5 Sozial gerecht und nachhaltig, leistungsstark und selbständig!

7 Die rot-grüne Koalition hat in den letzten acht Jahren für Bremen und Bremerhaven
8 viele wichtige Weichenstellungen getroffen. Unser Land kann wieder selbstbewusst
9 im föderalen Bund seine Angelegenheiten vertreten. Das kleinste Bundesland ist im
10 vergangenen Jahr zum fünftgrößten Industriestandort Deutschlands aufgestiegen.
11 Bremen ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Wir gehen hierbei
12 sorgfältig mit unseren Ressourcen und Flächen um, reduzieren den Naturverbrauch,
13 schützen das Klima durch die Abkehr von fossilen Brennstoffen und Atomstrom und
14 nutzen klug den technischen Fortschritt. Unsere Universität ist exzellent. Bremen und
15 Bremerhaven haben sich aufgemacht alle wichtigen Zukunftsthemen am Fluss und
16 an der Küste anzupacken. Die Bremer Häfen sind das Tor zur Welt für die Exportna-
17 tion Deutschland. Bremen ist ein lebenswertes Land mit Zukunft!

19 Aber wir stehen vor großen Herausforderungen. Zu allererst: Wir brauchen Fort-
20 schritte im Kampf gegen die Armut und ihre Folgen. Alle Kinder in unseren Städten
21 sollen gute Chancen haben.

23 Wir wollen das Wachstum unserer Städte gestalten.

25 Das alles müssen wir unter der Bedingung der Haushaltskonsolidierung schaffen. Wir
26 haben in den vergangenen vier Jahren die Neuverschuldung Jahr für Jahr
27 zurückgefahren - so wie es mit dem Bund und den anderen Ländern vereinbart war.
28 Mit diesen erfolgreichen Sanierungsschritten hat Bremen bereits viermal in Folge 300
29 Millionen Euro für den Haushalt gesichert. Die neue rot-grüne Koalition ist sich einig:
30 kein Weg führt daran vorbei, den mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungspfad bis
31 2019 konsequent einzuhalten. Nur so sichern wir die Handlungsfähigkeit und
32 Verlässlichkeit für die Zukunft Bremens.

34 Bremen wird seine Verpflichtungen zur Haushaltssanierung erfüllen. Aber wir brau-
35 chen auch die Solidarität der Länder und des Bundes. Bremens Haushaltsnot ist
36 unverschuldet und kann allein aus eigener Kraft nicht überwunden werden. Wir wer-
37 den die Konsolidierung nicht allein durch Einsparungen und den klugen Umbau der
38 Verwaltung schaffen können. Wir müssen auch unsere Anstrengungen verstärken,
39 die Einnahmen zu steigern, die vielen Potenziale unserer beiden Städte zu heben,
40 Synergien zu nutzen und neue Bündnisse und Kooperationen zu schließen, die uns
41 bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben helfen. Nur so wird es gelingen,
42 zusammen mit den Bremerinnen und Bremern, den Bremerhavenerinnen und
43 Bremerhavenern die Herausforderungen vor denen unser Land steht, sozial gerecht
44 und nachhaltig zu meistern.

46 Der enorme Druck der Haushaltssanierung schränkt die politischen Gestaltungsspiel-
47 räume stark ein. Das trifft viele Bereiche hart. Rot-Grün hat darauf mit einer politi-
48 schen Schwerpunktsetzung auf Arbeit, Bildung, Kinderbetreuung, Wissenschaft,
49 Klimaschutz und Wohnungsbau reagiert.

50

51 Mit ihrer Wahlentscheidung am 10. Mai 2015 haben die Bremerinnen und Bremer in
52 ihrer Mehrheit für Rot-Grün votiert, aber wir haben auch an Zustimmung eingebüßt.
53 Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen. Die Bremerinnen und Bremer erwarten in den
54 politischen Schwerpunktfeldern der rot-grünen Koalition Lösungen. Handeln und
55 Umsetzen, dies ist der klare Auftrag, dem sich die neue rot-grüne Koalition stellen
56 wird.

57
58 Die sinkende Wahlbeteiligung bedroht die demokratische Legitimität von Wahlen und
59 fügt der sozialen Spaltung unseres Landes eine politische hinzu. Es ist Aufgabe aller,
60 diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Wir wollen das Wählen näher an die
61 Menschen bringen. Hierüber wollen wir uns gemeinsam mit den Fraktionen
62 verständigen und Schwachpunkte unseres Wahlrechts beheben ohne seine
63 Errungenschaften in Frage zu stellen.

64
65 Die Menschen erwarten Lösungen für die drängenden Probleme in unseren beiden
66 Städten, sie erwarten eine Überwindung von Blockaden und spürbare Erfolge in der
67 Sache. Die zwei Städte hinter hohen Deichen stellen sich aus guten Gründen allen
68 Aspekten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Um den CO₂-Ausstoß
69 systematisch zu reduzieren, schaffen wir entsprechende Rahmbedingungen für den
70 Wohnungsbau, für die Modernisierung des Verkehrssystems und eine umwelt-
71 freundlichere Bremer Wirtschaft. Bremen soll und muss weiter wachsen: in der
72 Wirtschaftskraft, im Angebot an guter Bildung und Wissenschaft und beim Bau von
73 Wohnungen. Dieses Wachstum werden wir gestalten um unsere Städte attraktiver zu
74 machen. Mit viel Grün und viel Platz für Neues. Dieser Wandel vollzieht sich in vielen
75 Stadtteilen. Insbesondere in Bremen-Nord wollen wir den Strukturwandel als Chance
76 für Wohnen und Arbeiten gestalten. Das erfordert den gesellschaftlichen Dialog,
77 Kompromissbereitschaft und auch das Zurückstellen von Einzelinteressen zugunsten
78 des Ganzen. Das Tempo der Innovationen und die richtigen politischen
79 Rahmensetzungen entscheiden darüber, ob Bremen sich auf Dauer in der Spitzen-
80 gruppe der wirtschaftsstarken Städte mit ausgezeichneter Lebensqualität behaupten
81 kann.

82 83 **Wachstumskräfte stärken, Perspektiven schaffen, Armut bekämpfen**

84
85 Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland ist gut. Die neue rot-grüne
86 Koalition wird die Wachstumskräfte in unserem Bundesland systematisch weiter stär-
87 ken. Dafür braucht unsere Wirtschaft konkurrenzfähige Gewerbestandorte, die Platz
88 für notwendige Unternehmenserweiterungen und Neuansiedlungen bieten und die
89 notwendigen technologischen, industriellen und logistischen Anforderungen erfüllen.
90 Wir arbeiten weiter an der Entwicklung gemischt genutzter Standorte. Urbanität ist in
91 den letzten Jahren zu einem starken Wettbewerbsvorteil geworden. Und wir brau-
92 chen Innovationen, neue Produkte, neue Technologien und mehr Energie- und
93 Ressourceneffizienz. Erstklassige Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen wer-
94 den diese Entwicklung unterstützen. Die Luft- und Raumfahrt, die Windenergie, die
95 maritimen Wirtschaft und Logistik sowie der Automobilbau und die Stahlindustrie bil-
96 den das Fundament.

97
98 Bremerhaven stellt sich dem Strukturwandel. Wir investieren in das Offshore Termi-
99 nal Bremerhaven, damit die großen Windräder der Zukunft in Bremerhaven gebaut
100 und verladen werden können.
101

102 Eine Stärkung der Kreativwirtschaft als Innovationsgeber sowie die Unterstützung
103 von Existenzgründungen sind für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ebenso
104 wichtig wie die Nutzung der wissenschaftlichen Einrichtungen. Unser Wissenschafts-
105 system schafft und sichert rund 21.000 Arbeitsplätze in unseren beiden Städten.
106 Wissenschaft und Forschung sind Garant für neue Ideen und Impulse für die Gesell-
107 schaft. Wir werden deshalb an den Hochschulen und an der Universität vor allem in
108 die Qualität der Lehre investieren und die Betreuung der Studierenden verbessern.
109 Wir unterstützen unsere hervorragenden Institute, die die Wissenschaftslandschaft in
110 Bremen und in Deutschland bereichern. Wir nutzen die Chance der Digitalisierung.

111
112 Arbeit ist ein wichtiger Schlüssel, um Armut und Abhängigkeit zu überwinden. Die
113 neue rot-grüne Koalition sieht sich dem Grundsatz fairer Arbeit verpflichtet. Unsere
114 Politik steht für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Jobs, für Tariftreue, die
115 gleichwertige Entlohnung von Frauen und Männern, für die Durchsetzung des
116 flächendeckenden Mindestlohns sowie für die Einschränkung von Leiharbeit und
117 Werkvertragsmissbrauch. Ein wirksames Mittel, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist
118 eine gute Ausbildung. Deshalb wird die Ausbildungsgarantie weiter umgesetzt und
119 abgesichert.

120
121 Viele Bürgerinnen und Bürger leben seit langem in Armut. Eltern und Alleinerzie-
122 hende leisten viel. Aber eine besonders große Zahl von ihnen ist von Armut getroffen.
123 Wir arbeiten daran den Teufelskreis aus Kinder großziehen, Jobverlust und
124 Hemmnissen bei der Rückkehr ins Berufsleben zu durchbrechen. Mit flexiblen
125 Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten, gezielten Ausbildungsangeboten und
126 einem Wiedereinstiegsprogramm. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in Bremen und
127 Bremerhaven aber nach wie vor dramatisch verfestigt. Viele Menschen haben keine
128 Chance mehr auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt. Wir werden die
129 Möglichkeiten öffentlich geförderter Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt
130 gemeinsam mit dem Jobcenter offensiv nutzen, um eine Antwort auf dieses drän-
131 gende Problem zu finden.

132
133 Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte, die das Grundrecht auf Asyl ach-
134 ten. Die rasch wachsende Zahl von Flüchtlingen, die seit einigen Jahren nach Eu-
135 ropa kommen, stellen die aufnehmenden Länder und insbesondere die Städte vor
136 große Herausforderungen. Der Senat als Ganzes wird in einer zwischen den Res-
137 sorts eng abgestimmten Strategie diese große Anstrengung schultern.

138 139 **Gute Bildung für alle von Anfang an**

140
141 Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein aktives und selbstbestimmtes Leben, für
142 Teilhabe an der Gesellschaft, an Guter Arbeit und nicht zuletzt für die Bekämpfung
143 von Armut. In unserem Land sind die Bildungschancen und der Schulerfolg nach wie
144 vor viel zu sehr von der familiären Situation, der Herkunft oder dem sozialen Umfeld
145 abhängig. Für Chancengleichheit brauchen wir starke und verantwortliche Schulen,
146 die eine verlässliche Unterrichtsversorgung gewährleisten und die die unterschiedli-
147 chen Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen fördern. Rot-
148 grün wird in der kommenden Legislaturperiode den Bildungsbereich mit zusätzlichen
149 Ressourcen und Mitteln ausstatten.

150
151 Wir wollen die Krippen und Kindertagesstätten in ihrer Entwicklungs- und Bildungsar-
152 beit von Anfang an deutlich stärken. In der kommenden Legislaturperiode werden wir

153 2.100 Plätze in Kindertagesstätten neu schaffen. In der Stadtgemeinde Bremen wer-
 154 den wir auf der Grundlage eines gemeinsamen Rahmenplans „Bildung und Erzie-
 155 hung“ die Arbeitsgebiete des Elementar- und des Schulbereichs in der Zuständigkeit
 156 des Kinder- und Bildungsressorts zusammenführen.

157
 158 Wir werden die Eigenständigkeit der allgemeinbildenden Schulen stärken, den Unter-
 159 richtsausfall reduzieren und die Schulen bei der Umsetzung der Inklusion zu
 160 unterstützen. Dazu werden wir die Personalausstattung der Schulen verbessern.

161
 162 Die rot-grüne Koalition wird am Schulkonsens festhalten, den Ausbau der
 163 Ganztagschulen fortsetzen und weiter in die Qualitätsentwicklung des Unterrichts
 164 investieren. Gemeinsam mit den Beschäftigten wollen wir in den nächsten vier Jah-
 165 ren konzentriert an der Qualität und den Inhalten in der Bildungspolitik für unser Land
 166 arbeiten. Das setzt auch die Bereitschaft voraus, neue und andere Wege zu gehen.
 167 Immer im Blick: Der Bildungserfolg aller Kinder. Wir stellen uns der Herausforderung,
 168 dass alle Flüchtlingskinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen sollen. Aber auch für
 169 andere benachteiligte Kinder und Jugendliche muss mehr Zeit zum Lernen und für
 170 die Lernbegleitung zur Verfügung gestellt werden.

171 172 **Lebensqualität und neue Chancen**

173
 174 Das Leben in unseren Städten wird wieder geschätzt. Auch Bremen und
 175 Bremerhaven profitieren davon. Die Menschen entscheiden sich wieder für ein Leben
 176 in der Stadt, wo sie Arbeit finden, viel Qualität und gute Versorgung vorfinden, viel-
 177 leicht ein Unternehmen gründen oder an unseren Hochschulen studieren können.
 178 Sie kommen auch als Flüchtlinge und brauchen unseren Schutz. So wächst die Stadt.
 179 Das ist eine große Chance.

180
 181 Viele Menschen kommen nach Bremen und Bremerhaven um ein paar Tage zu blei-
 182 ben und sich die Stadt anzuschauen oder Freunde zu besuchen. Sie schätzen die
 183 Kultur, das Vergnügen und die Lebensart. Mancher von ihnen mag sich danach den-
 184 ken: hier könnte ich gut leben. Bremen und Bremerhaven brauchen Zuzug auch für
 185 ihre eigene Zukunft. Eine wachsende Stadt hilft der Konsolidierung des Haushalts
 186 und nutzt der Finanzierung unserer Angebote und Infrastrukturen.

187
 188 An unseren Hochschulen studieren 35.000 junge Leute. Bremen und Bremerhaven
 189 wollen die Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen dafür gewinnen auf
 190 Dauer in unseren Städten zu bleiben und sich hier eine Zukunft aufzubauen. Die
 191 Stadt ist ein Versprechen. Hier geht es um Freiheit und Offenheit für Neues, Raum
 192 für Experimente und aufregende Kultur. Hier treffen die unterschiedlichsten Men-
 193 schen aufeinander und werden Nachbarn. Die Städte, denen es gelingt dieses
 194 Versprechen einzulösen, gehören zu den Gewinnern der großen demographischen
 195 Veränderungen. Dort findet eine moderne Wirtschaft die Fachleute, die sie dringend
 196 braucht.

197
 198 In den nächsten Jahren werden in Bremen viele neue Wohnhäuser gebaut. Für
 199 Neubürger und zur Anpassung des Bestands an die veränderte Nachfrage. Das ist
 200 dringend nötig und wird in den Stadtteilen einiges verändern. Ohne diese Entwick-
 201 lung würden die Hauspreise und Mieten explodieren. Bremen legt damit die Grundla-
 202 gen für eine zeitgemäße und zukunftsfähige Stadtentwicklung. Wir wollen möglichst
 203 energieeffizient bauen, gehen sparsam mit den Flächen um, machen eine kluge

204 Verkehrsorganisation und genießen die Parks, den Fluss und die Erholungsmöglich-
 205 keiten.

206
 207 Auch wenn Gewerbe und Wohnen natürlich neue Flächen verbrauchen werden, wol-
 208 len wir brach gefallene Industrieareale, Kasernengelände und Krankenhausgrund-
 209 stücke für wirtschaftliche Aktivität und neue Quartiere nutzen und das Grün entlang
 210 der Straßen sowie zwischen den Häusern und in den schönen Parks pflegen und
 211 entwickeln. Das steht nicht nur für Qualität, sondern ist auch nützlich für die
 212 Anpassung unserer Städte an das sich ändernde Klima. Den ÖPNV bauen wir weiter
 213 aus und dem Fahrrad verschaffen wir Platz. So können wir gemeinsam die Vorteile
 214 einer urbanen Stadt besser nutzen.

215
 216 Unsere Wirtschaft ist mit der ganzen Welt vernetzt. Die Logistik Unternehmen verdie-
 217 nen ihr Geld damit, dass sie die Transporte so effizient wie möglich abwickeln. Sie
 218 brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur. Die A 218 werden wir weiter bauen und
 219 damit auch die Belastungen in den Stadtteilen an den LKW-Routen reduzieren.

220
 221 Die Weser und ihre Nebenflüsse prägen und formen die Landschaft rund um unsere
 222 Städte. Gleichzeitig ist die Weser die Lebensader unserer Maritimen Wirtschaft. Wir
 223 wollen es in den nächsten Jahren auch schaffen, den Einklang von Ökonomie und
 224 Ökologie weiter zu verbessern.

225
 226 **buten un binnen, wagen un winnen: Moderne Verwaltung und regionale**
 227 **Verantwortung**

228
 229 Bremen hat in den letzten Jahren kontinuierlich an der Modernisierung seiner
 230 Verwaltung gearbeitet. Wir haben schon viel verändert. Diesen Weg wollen wir
 231 weitergehen. Wir müssen die Konsolidierung des Haushaltes leisten, wollen aber die
 232 Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig verbessern. Das gleicht
 233 einer Quadratur des Kreises.

234
 235 Wir werben mit Zuversicht für die Zukunft Bremens und Bremerhavens und setzen
 236 viel Hoffnung auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir wollen auch hier
 237 für gute Arbeit sorgen. Denn nur wer Freude an der Arbeit hat, wer das Ziel für sich
 238 und das Gesamte kennt, hat die Kraft, seine volle Leistung einzubringen. Der Abbau
 239 von Doppelstrukturen, die Chancen der Digitalisierung nutzen und mehr
 240 behördenübergreifende Zusammenarbeit – auch zwischen Bremen und
 241 Bremerhaven – schaffen sind dafür wichtige Elemente. Schulen und Kindergärten,
 242 Polizei und Feuerwehr sowie Pflege und Gesundheit müssen weiterhin ihre
 243 unabdingbaren Aufgaben für die Menschen in unseren beiden Städten erfüllen.

244
 245 Alle Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen müssen unabhängig von Herkunft,
 246 sozialer Schicht, Status oder Einkommen Zugang zu den Gesundheitsangeboten
 247 haben. Der öffentliche Gesundheitsdienst und die kommunalen Kliniken sind in bei-
 248 den Kommunen herausragende Akteure guter gesundheitlicher Versorgung. Damit
 249 die Gesundheit Nord diese Rolle auch in Zukunft wahrnehmen kann, müssen sich die
 250 Kliniken an den vier Standorten gemeinsam wirtschaftlich konsolidieren und mit
 251 einem medizinischen Zukunftskonzept strategisch aufstellen. Hierbei werden wir sie
 252 auch weiterhin unterstützen.

253

254 Wir wollen, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven sicher leben und sich
255 sicher fühlen können. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gehört zu den
256 zentralen staatlichen Aufgaben. Deswegen setzen wir auf eine gute und bürgernahe
257 Polizeiarbeit in allen Stadtteilen. Mit einer verlässlich ausgestatteten, modernen und
258 offenen Polizei.

259
260 Bremen ist als kleinstes Bundesland in besonderem Maße auf nachbarschaftliche
261 Kooperation über die Landesgrenzen hinweg angewiesen. Wir wollen zu konkreten
262 Kooperationen mit den norddeutschen Bundesländern kommen und dabei insbeson-
263 dere die Zusammenarbeit mit Niedersachsen vertiefen. Denn nur gemeinsam können
264 wir die Potenziale unserer Region für die Bürgerinnen und Bürger wirklich erfolgreich
265 entwickeln.

266
267 Gute Nachbarschaft ist ein hohes Gut für wirtschaftlichen Erfolg und Lebensqualität.
268 Deshalb wollen wir die kommunale Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden
269 und Landkreisen in der Region Bremen und der Region Bremerhaven ausbauen und
270 verbindlicher gestalten. Dabei setzen wir besonders auf die bestehenden
271 Kommunalverbände. Die Metropolregion Nordwest ist die Klammer unserer
272 Regionalpolitik: Nordwestdeutschland mit seiner maritimen Wirtschaft, seiner moder-
273 nen Industrie, der Energiewirtschaft, seinen wissenschaftlichen Potenzialen, mit
274 Kultur und Tourismus, seinen Naturlandschaften und seiner Lebensqualität hat gute
275 Perspektiven für die Zukunft. Das Land Bremen wird seine Politik hierauf aktiv aus-
276 richten.

277 **Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven**

278

279 Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seinen Kompetenzen und mit sei-
280 nem Potenzial. Arbeit bleibt eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teil-
281 habe. Die Grundlage dafür ist ein qualifizierter Berufsabschluss.

282

283 Unser Leitbild einer Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientiert sich an
284 einem Arbeitsverhältnis, das zeitlich unbefristet ist, einer Sozialversicherungspflicht
285 unterliegt und über Vollzeit oder zumindest mehr als halbtags eine existenzsichernde
286 Bezahlung bietet. Die meisten Regelungen, die dies gewährleisten können sind
287 bundesgesetzlicher Art. Deshalb werden wir auf Bundesebene Initiativen unterstüt-
288 zen bzw. veranlassen, die darauf abzielen, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu
289 stärken.

290

291 Vor diesem Hintergrund fordern wir auf Bundesebene,

292

- 293 • dass die Zahl der Mini-Jobs auf Bundesebene deutlich eingedämmt und die
294 Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geför-
295 dert wird;
- 296 • die Beschränkung der Leiharbeit;
- 297 • die Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen;
- 298 • die Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern;
- 299 • die Senkung des Anteils befristeter Beschäftigungsverhältnisse an allen
300 Beschäftigungsverhältnissen;
- 301 • das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit;
- 302 • den Schutz von „Whistleblowern“ in der Privatwirtschaft gesetzlich klar zu regeln
303 und
- 304 • die Sensibilität für das Thema Datenschutz im Arbeitsverhältnis zu erhöhen.

305

306 Die Kurzarbeit hat sich als Instrument zur Arbeitsplatzsicherung bewährt. Wir setzen
307 uns weiter dafür ein, dass sie erhalten bleibt und die Dauer der Inanspruchnahme
308 auch in Zukunft bei Bedarf angepasst werden kann.

309

310 Neben der Erwerbsarbeit hat für uns auch die Versorgungs-, Sorge- und Pflegearbeit
311 sowie Gemeinwesenarbeit eine hohe Bedeutung. Erwerbsarbeit soll nach unserem
312 Verständnis eine existenzsichernde Bezahlung und eine Absicherung bei
313 Arbeitslosigkeit und nach dem Erwerbsleben garantieren.

314

315 **Der Arbeitslosigkeit die Grundlage entziehen**

316

317 Es ist eine zentrale Herausforderung der bremischen Politik der (Langzeit-)
318 arbeitslosigkeit zu begegnen. Sich verfestigende (Langzeit-)arbeitslosigkeit führt zur
319 Verarmung von ganzen Familien und der Stadtteile, in denen sie leben, denn
320 Arbeitslosigkeit hat auch sozial-, gesundheits-, bildungs- und familienpolitische As-
321 pekte. Langzeitarbeitslosigkeit betrifft Familien und Quartiere sehr unterschiedlich.
322 Eine gute Schul- und Berufsausbildung sind der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.
323 Daher sollen jungen Menschen frühzeitig Perspektiven für ihre berufliche Zukunft
324 geboten werden. Die Ausbildungsgarantie und die Jugendberufsagentur sind die
325 Instrumente, mit denen wir gezielt Förderung für alle Menschen unter 25 Jahren
326 anbieten wollen, um Arbeitslosigkeit möglichst nachhaltig zu vermeiden.

327 Parallel dazu werden wir erwerbsfähige Arbeitslose fördern, um die vielfachen
 328 qualifikatorischen und personenbezogenen Vermittlungshemmnisse zu beseitigen
 329 und sie wieder in Arbeit zu integrieren. Wir werden noch gezielter daran arbeiten,
 330 Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu vermitteln. Auch die Menschen,
 331 die nach Bremen zuwandern oder flüchten, müssen wir schnell mit entsprechenden
 332 Instrumenten unterstützen, eine Berufstätigkeit oder Ausbildung aufnehmen zu kön-
 333 nen.

334
 335 Wir werden

336

- 337 • die gemeinsam mit dem Jobcenter begonnenen Bemühungen, die verschiedens-
 338 ten Ansätze einer Förderung – Beratung, Profiling, Aktivierung, betriebliche Erpro-
 339 bung, Beschäftigung, Qualifizierung – in lokalen Förderzentren und Zentren für lo-
 340 kale Beschäftigung miteinander flexibel verzahnen, evaluieren und weiterent-
 341 wickeln;
- 342 • Qualifizierungsmaßnahmen auf vollqualifizierende Abschlüsse oder auf
 343 anschlussfähige Teilqualifikationen ausrichten;
- 344 • die Ressourcen in Stadtteilen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit stärken und
 345 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in bestehende Strukturen einfügen, mit
 346 sozialpolitischen Programmen verknüpfen und damit Doppelstrukturen vermeiden;
- 347 • gemeinsam mit der Bundesagentur und dem Bundesministerium für Arbeit und
 348 Soziales einen durchlässigen Sektor von öffentlich geförderter Beschäftigung in
 349 stadtteilbezogenen Aktivitäten und Projekten verabreden. Unser Ziel ist es die
 350 Bundesmittel, die für diesen Zweck eingesetzt werden sollen, für Bremen und
 351 Bremerhaven möglichst umfassend einzuwerben. Dies sind u.a. das Programm
 352 „soziale Teilhabe“, die Instrumente der freien Förderung und Förderung von
 353 Arbeitsverhältnissen (FAV) ebenso wie die Ermöglichung der sozialen Teilhabe
 354 über die Mehraufwandsvariante. Die nötigen Ko-Finanzierungen stellen wir zur
 355 Verfügung;
- 356 • auf Bundesebene die Bemühungen zur Ermöglichung eines umfassenden
 357 sogenannten „Passiv-Aktiv-Transfer“ aktiv unterstützen;
- 358 • uns auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der arbeitsmarktpolitischen
 359 Instrumente und ein auskömmliches Eingliederungsbudget der Jobcenter einset-
 360 zen. Wesentlich dabei ist die
 - 361 ○ Einführung materieller Anreize zur Teilnahme an beruflicher Weiterbildung;
 - 362 ○ Möglichkeit einer im Einzelfall möglichen Verlängerung der Weiterbildung von
 363 zwei auf drei Jahre;
 - 364 ○ die Verbindung öffentlich geförderter Beschäftigung mit Qualifizierung;
 - 365 ○ die marktnahe Gestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung.

366

367 **Ausbildungsgarantie – ein Recht auf Zukunft**

368

369 Wir wollen, dass in Bremen und Bremerhaven alle Jugendlichen eine Berufsausbil-
 370 dung machen können. Zum Ausbildungsjahr 2015/2016 führen wir daher die
 371 Ausbildungsgarantie ein.

372

373 Wir werden die Ausbildungsgarantie zu einer Erfolgsgeschichte machen. Die hierfür
 374 bislang eingesetzten Landesmittel werden wir verstetigen, um weitere
 375 Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche, die bisher ohne Ausbildung blieben,
 376 passgenau zu erschließen.

377 Beratungs- und Unterstützungsangebote werden wir dazu gemeinsam mit der Agen-
378 tur für Arbeit und dem Jobcenter in Jugendberufsagenturen bündeln. Dort sollen die
379 Fäden zusammenlaufen, um junge Menschen in Bremen und Bremerhaven direkt
380 anzusprechen und Unterstützung konkret auf ihre jeweiligen Bedürfnisse abzustim-
381 men. Eine möglichst sanktionsfreie Integration junger Menschen ist dabei von beson-
382 derer Bedeutung.

383

384 **Ausbildung fördern – neue Wege ermöglichen**

385

386 Damit das duale System ein Erfolgsmodell bleibt, ist zuallererst die Wirtschaft gefor-
387 dert, genügend Ausbildungsplätze anzubieten. Wir wollen die Zahl der ausbildenden
388 Betriebe weiter erhöhen und die (personelle) Ausstattung der Berufsschulen erhalten,
389 um deren Qualität zu sichern.

390

391 Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kam-
392 mern und den weiteren Partnern der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und
393 Fachkräftesicherung“ werden wir fortführen. Zudem werden wir insbesondere die
394 große Ausbildungsbereitschaft des Handwerks weiter unterstützen, auch indem wir
395 prüfen, ob Betriebe die ausbilden, bei der öffentlichen Auftragsvergabe besonders
396 berücksichtigt werden können. Neben der betrieblichen Ausbildung werden wir aber
397 auch die Ausbildung an Fachschulen stärker in den Blick nehmen und für ein
398 ausreichendes Angebot sorgen.

399

400 Damit auch die vielen Kleinst- und KleinunternehmerInnen, besonders im Handwerk,
401 ihr Wissen weitergeben können, wollen wir Ausbildungspartnerschaften unterstützen.
402 Denn gerade diese Unternehmen bieten vielfältige krisensichere Ausbildungs- und
403 Arbeitsplätze. Wir wollen sie gezielt unterstützen, durch Branchenverbände oder Be-
404 triebspartnerschaften, gemeinsam Ausbildungsmöglichkeiten schaffen und durch hö-
405 here Beteiligung an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung langfristige Perspekti-
406 ven für Berufsbiografien zu schaffen.

407

408 Zudem wollen wir die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern und erreichen, dass
409 schwächere Schulabsolventinnen und -absolventen sowie Betriebe, die sie ausbilden,
410 mehr Unterstützung erhalten. Auch Studienabbrechern soll durch die Anerkennung
411 von im Studium erbrachten Leistungen und einer besseren Beratung in
412 Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Kammern der Übergang in eine
413 Ausbildung erleichtert werden. Die Chance zur Ausbildung und damit eine
414 Berufsperspektive sollen zudem auch junge Flüchtlinge unabhängig vom
415 Aufenthaltsstatus erhalten.

416

417 Teure berufsvorbereitende Maßnahmen, die lediglich Warteschleifen ohne
418 Ausbildungsperspektive bieten, wollen wir abschaffen. Zudem werden wir uns auf
419 Bundesebene für eine Prüfung einsetzen, in wie weit Ausbildungsberufe in
420 Zusammenarbeit mit Handwerks- und Handelskammer so gestaltet werden können,
421 dass gemeinsame Ausbildungsblöcke berufsgruppenübergreifend überbetrieblich
422 angeboten werden können.

423

424 **Arbeitsmarktförderung soll echte Chancen bieten**

425

426 Wir wollen mit unserer Arbeitsmarktpolitik verhindern, dass Menschen dauerhaft
427 arbeitslos werden und gleichzeitig Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in den Arbeits-

428 markt ermöglichen. Dafür werden wir in der nächsten Legislaturperiode auch wieder
 429 Landesmittel zur Verfügung stellen. Wir werden die Instrumente der
 430 Arbeitsmarktförderung, insbesondere für junge Erwachsene, vor allem auf
 431 abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen ausrichten.

432
 433 Für Menschen, die aufgrund langer Arbeitslosigkeit, ihrer sozialen Situation oder auf-
 434 grund gesundheitlicher Probleme mittelfristig nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß
 435 fassen können, brauchen wir darüber hinaus Angebote, die sozialintegrativ
 436 ausgerichtet sind. Wir werden dabei vor allem in den Stadt- und Ortsteilen, in denen
 437 der Bedarf am größten ist, Projekte, die insbesondere gemeinnützigen Zielen dienen
 438 und die mit Mitteln der öffentlich geförderten Beschäftigung (ögB) finanziert werden,
 439 fortsetzen und sie verstärkt an diesen Zielen ausrichten.

440
 441 Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Instrumente der Ar-
 442beitsförderung gezielt mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden und der
 443 bisherige Ausschluss von „Qualifizierung und Arbeitsgelegenheiten“ beendet wird
 444 sowie das künstliche Konstrukt der Höchstförderdauer von „24 Monaten in fünf Jah-
 445 ren“ beseitigt wird.

446
 447 **Jobcenter zu leistungsfähigen Dienstleistern ausbauen und den kommunalen**
 448 **Einfluss stärken**

449
 450 Die Jobcenter sind als Anlaufpunkt von zentraler Bedeutung. Die Jobcenter im Lande
 451 Bremen haben einen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden arbeitsmarkt-
 452 und sozialpolitischen Problemdruck zu bewältigen. Nur ein Jobcenter, in dem ein
 453 wertschätzender Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern gepflegt wird und in dem
 454 eine zeitnahe, rechtssichere Leistungserbringung und individuell angemessene
 455 Förderentscheidungen sichergestellt sind, kann diesem Rechnung tragen. Eine
 456 Schlüsselrolle kommt dabei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu. Durch struktu-
 457 relle Maßnahmen wollen wir die Jobcenter in die Lage versetzen ihre Aufgaben im
 458 Sinne der Leistungsbeziehenden und -bezieher noch besser zu erfüllen und gleich-
 459 zeitig die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessern.

460
 461 Deshalb werden wir

- 462
- 463 • eine gemeinsame Strategie der beteiligten Ressorts insbesondere für Langzeitar-
 - 464 beitslose erarbeiten;
 - 465 • die Vertretung in der Trägerversammlung des Jobcenters Bremen auf Staatsrats-
 - 466 ebene sicherstellen, um den Entscheidungen der in der Trägerversammlung
 - 467 vertretenen Ressorts gegenüber der Geschäftsführung des Jobcenters Bremen
 - 468 und der Arbeitsagentur mehr Gewicht zu geben;
 - 469 • die notwendigen Umschichtungen aus dem Eingliederungs- in das Verwaltungs-
 - 470 kostenbudget im kommunalen Haushalt absichern, damit die Betreuungsrelation
 - 471 im Durchschnitt vergleichbarer Jobcenter liegt;
 - 472 • uns dafür einsetzen, dass die künftige Geschäftsführung der Jobcenter kommu-
 - 473 nal gestellt wird;
 - 474 • uns dafür einsetzen, die unterschiedlichen Beschäftigungsbedingungen der
 - 475 kommunalen und Bundesanstalt-Beschäftigten perspektivisch anzunähern, u.a.
 - 476 indem wir für die kommunalen Beschäftigten eine Personalentwicklungsstrategie
 - 477 entwickeln, die ihnen bessere Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven bietet. In
 - 478 diesem Kontext werden wir Gespräche zur Frage der Durchlässigkeit mit der

479 Bundesanstalt für Arbeit aufnehmen. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob es
 480 möglich ist die ungleiche Bezahlung anzunähern;
 481 • vakante kommunale Stellen unverzüglich nachbesetzen und zukünftig sofort ex-
 482 tern ausschreiben;
 483 • uns beim Bund für eine Verbesserung der Finanzierung, insbesondere hinsicht-
 484 lich des Bedarfs des Verwaltungsbudgets einsetzen. Darüber hinaus müssen auf
 485 Bundesebene die Grundlagen geschaffen werden, dass die den Jobcentern zur
 486 Verfügung stehenden Mittel auch über mehrere Jahre hinweg Verwendung fin-
 487 den können. Nur mit einer mehrjährigen Mittelverwendung erhalten wir die
 488 notwendige Planungssicherheit u.a. für nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen
 489 für Langzeitarbeitslose.

490
 491 Für eine wirksame Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erwarten wir von den
 492 Jobcentern

- 493
 494 • den Eingliederungstitel vollständig auszuschöpfen und, soweit dies möglich ist,
 495 dies mit jährlicher Übertragbarkeit und Überbuchung sicherzustellen;
 496 • den Anteil abschlussbezogener Maßnahmen zu erhöhen;
 497 • öffentlich geförderte Beschäftigung in einem angemessenen Anteil zu fördern.

498
 499 Die Erreichung der Ziele wird vierteljährlich in der Trägerversammlung überprüft.
 500 Wir erwarten vom Jobcenter Neuorientierung und Weiterentwicklung in folgenden
 501 Bereichen

- 502
 503 • marktnahe Arbeitslose werden möglichst schnell in nachhaltige Arbeit vermittelt.
 504 Hierzu ist ein besonderer Neukundenbereich aufzubauen, in dem spezielle Ange-
 505 bote für diesen Personenkreis gebündelt werden;
 506 • für Langzeitbeziehende ohne absehbare Vermittlungschancen ist ein neues
 507 Fallmanagement aufzubauen und in den kommenden zwei Jahren auf seine
 508 Wirkungen hin zu beobachten und ggf. nachzujustieren;
 509 • insbesondere für Alleinerziehende sind Qualifizierungstreppe aufzubauen, die
 510 das Nachholen einer abgeschlossenen Berufsausbildung ermöglichen;
 511 • für die heterogene Gruppe der Langzeitarbeitslosen sind verzahnte Angebote
 512 von Qualifizierung, öffentlich geförderter Beschäftigung, flankierender kommunal-
 513 er Eingliederungsleistungen (Schuldnerberatung, Suchtberatung und psychoso-
 514 ziale Beratung) und Teilhabeangebote in den Stadtteilen zu verstärken.

515
 516 Von der Agentur für Arbeit erwartet der Senat eine Unterstützung der gemeinsamen
 517 Einrichtung

- 518
 519 • bei einer stärkeren bewerberorientierten Einwerbung von zu besetzenden
 520 Arbeitsplätzen;
 521 • bei nachhaltiger Vermittlung in Arbeit, auch durch weniger Arbeitsvermittlungen
 522 in Leiharbeit;
 523 • bei der vollständigen Ausschöpfung des Eingliederungsbudgets;
 524 • bei der Feststellung der vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden durch
 525 entsprechende gute Assessmentverfahren;
 526 • bei der Entwicklung breit verwendbarer, insbesondere modularisierter Quali-
 527 fizierungsangebote;

- 528 • beim Aufbau eines Qualitätssicherungssystems für das Jobcenter. Das Jobcenter
529 Bremen soll sich aktiv an entsprechenden Initiativen des Bundes und der Län-
530 der beteiligen.

531
532 Wir werden die Erfahrungen aus der Joboffensive auswerten und dauerhaft einen
533 besseren Betreuungsschlüssel sicherstellen.

534

535 **Fachkräfte sichern und gewinnen**

536

537 Um langfristig die Sicherung mit Fachkräften in Bremen und Bremerhaven zu
538 gewährleisten, werden wir in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und dem Handwerk
539 eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und umsetzen. Dazu gehören die
540 Erhöhung der Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und die Verbesserung
541 von Ausbildung und Qualifizierung genauso wie die Gewinnung von auswärtigen
542 Fachkräften durch ein attraktives Umfeld, hohe Lebensqualität und gute
543 Arbeitsbedingungen. Wir müssen nicht nur dafür Sorge tragen, dass die exzellente
544 Universitäts- und Hochschullandschaft aufrechterhalten wird, damit weiterhin junge
545 Menschen nach Bremen und Bremerhaven ziehen. Sondern auch dafür sorgen, dass
546 sie als ausgebildete Fachkräfte auch bleiben – als Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
547 mer oder als Existenzgründerinnen und -gründer.

548

549 Menschen, die zwar bislang keine Berufsausbildung, dafür aber langjährige berufli-
550 che Erfahrung haben, sollen durch eine Ausweitung der externen Prüfungen mehr
551 Möglichkeiten erhalten, einen Berufsabschluss zu erlangen. Zudem werden wir
552 zusätzliche Möglichkeiten schaffen, für einen Abschluss fehlende Qualifikationen
553 nachzuholen.

554

555 Parallel dazu werden wir auch die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüs-
556 sen erleichtern, die Beratung dazu weiter verbessern und darüber hinaus
557 berufsbezogene Kurse sowie Sprachkurse im Betrieb besser fördern.

558

559 Bremen strebt an das mehr ausländische Abschlüsse anerkannt werden. Um das zu
560 gewährleisten, wird Bremen unter Zuhilfenahme des IQ-Netzwerks bis Sommer 2016
561 aus den verschiedenen Zuständigkeiten und rechtlichen Grundlagen eine Struktur
562 erarbeiten, die es für die Betroffenen sicherstellt, einen verlässlichen Ansprechpart-
563 ner zu haben.

564

565 Gemeinsam mit Betrieben und Gewerkschaften wollen wir außerdem Strategien zum
566 alters- und altersngerechten Arbeiten entwickeln und dafür sorgen, dass
567 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen besseren Gesundheitsschutz am
568 Arbeitsplatz bis zur Rente erwerbsfähig bleiben können.

569

570 **Zugang zum Arbeitsmarkt – für alle!**

571

572 Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen.
573 Darüber hinaus fordern wir allerdings weitere Verbesserungen und eine Abschaffung
574 der sogenannten Vorrangprüfung. Wir werden Flüchtlinge und Asylsuchende bei der
575 Arbeitssuche unterstützen, indem wir prüfen, inwieweit schon während der Wartezeit
576 Angebote (wie z.B. Sprachkurse) zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt ge-
577 macht werden können.

578 Wir werden das beschlossene Pilotprojekt zur anonymisierten Bewerbung bei der
 579 Senatorin für Finanzen auswerten und prüfen, ob dies Instrument die bestehenden
 580 Verfahren ergänzen kann.

581

582 **Frauen gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen**

583

584 Wir wollen die Erwerbsquote, die Chancen auf existenzsichernde Arbeit und berufli-
 585 chen Aufstieg von Frauen erhöhen. Dabei haben wir die besonderen
 586 Herausforderungen für Alleinerziehende im Blick.

587

588 Deshalb wollen wir, dass bereits in der Berufsorientierung in der Schule Mädchen die
 589 Potenziale unterschiedlicher Berufe – insbesondere im MINT-Bereich – dargelegt
 590 werden. Teilzeitausbildungen und Teilzeitstudium, gerade für Alleinerziehende müs-
 591 sen verstärkt möglich sein.

592

593 Künftig dürfen sich Bezahlung und Aufstiegschancen zwischen den Geschlechtern
 594 nicht mehr unterscheiden. Deshalb wollen wir den Zugang von Frauen zu traditionell
 595 von Männern dominierten Berufen stärker fördern und traditionelle Frauenberufe in
 596 ihrer Bezahlung neu bewerten. Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt
 597 bei gleichwertiger Tätigkeit zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz auf
 598 Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Ver-
 599 bandsklagerecht. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Be-
 600 triebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden.

601

602 Wir werden den Wiedereinstieg und Aufstieg von Frauen in den Beruf durch beson-
 603 dere Programme fördern. Dazu sollen MINT-, Mentoring- und Programme für
 604 Alleinerziehende gehören.

605

606 Schwangere genießen besonderen Schutz. Deshalb wollen wir, dass sowohl öffentli-
 607 che als auch private Arbeitgeber Arbeitsplätze bereitstellen, die Schwangere nicht
 608 aus dem Beruf drängen. Frauen können ihren Beruf – soweit gesundheitlich möglich
 609 – auch während der Schwangerschaft ausüben: private und öffentliche
 610 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden wir daher dazu anhalten, entsprechende
 611 schwangerengerechte Arbeitsplätze bereitzustellen. Hieraus können sich im Bil-
 612 dungs- und Gesundheitsbereich personelle Entlastungen ergeben.

613

614 Wir streben eine 50%-Quote von Frauen in Aufsichtsräten und Führungspositionen
 615 an.

616

617 **Teilhabe von schwerbehinderten Menschen am Arbeitsleben**

618

619 Die Verwendung der Ausgleichsabgabe ist der Inklusion verpflichtet. Wir werden in
 620 den kommenden vier Jahren dafür Sorge tragen, dass die Rücklagen im Bereich der
 621 Ausgleichsabgabe soweit noch nicht gebunden für die Integration behinderter Men-
 622 schen in den ersten Arbeitsmarkt verwandt werden.

623

624 Wir werden

625

- 626 • die Bundesagentur für Arbeit, die Jobcenter sowie die Kammern und
 627 Arbeitgeberverbände im Land Bremen unterstützen, damit sie ihren Verpflichtun-

- 628 gen bei der Integration behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt noch
 629 umfangreicher und nachhaltiger gerecht werden können;
- 630 • sicherstellen, dass behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentli-
 631 chen Dienst uneingeschränkt, entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen
 632 berücksichtigt und gefördert werden – sowohl bei der Personalentwicklung als
 633 auch beim Personaleinsatz;
 - 634 • Werkstätten für Menschen mit Behinderung sowie Projekte, die eine Integration
 635 behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt zum Ziel haben, weiter unterstützen.

636

637 **Arbeitsmarkt- & Wirtschaftsförderung**

638

639 Die erfolgreiche Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung werden wir
 640 fortsetzen: Vorrangiges Kriterium von Förderentscheidungen bleiben die Schaffung
 641 und der Erhalt von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

642 Wir werden prüfen, ob die eingeführten Kriterien der Guten Arbeit bei der
 643 Wirtschaftsförderung wirksam sind, und sie gegebenenfalls weiterentwickeln. Ein
 644 besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Begrenzung der Leiharbeit.

645

646 **Gute Arbeit braucht Unterstützung und klare Regeln**

647

648 Wir werden uns für die Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und
 649 Arbeitnehmer einsetzen und bekennen uns zur betrieblichen Mitbestimmung als eine
 650 elementare Säule unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems. Wir werden darauf ach-
 651 ten, dass öffentliche Gelder dort eingesetzt werden, wo Tarifverträge abgeschlossen
 652 wurden. Wir wollen eine existenzsichernde Bezahlung sowie eine Absicherung bei
 653 Arbeitslosigkeit und nach dem Erwerbsleben. Sogenannte atypische
 654 Beschäftigungsverhältnisse wollen wir weiter zurückdrängen, indem wir uns auf
 655 Bundesebene für die Eindämmung der sogenannten Mini-Jobs einsetzen, Leiharbeit
 656 beschränken und den Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen. Im Bereich des
 657 öffentlichen Dienstes soll es geringfügige Beschäftigung nur in Ausnahmefällen ge-
 658 ben, soweit es die Aufgabenerfüllung erfordert. Wir werden auch weiterhin im öffentli-
 659 chen Dienst auf sachgrundlose Befristungen verzichten und uns dafür einsetzen,
 660 dass diese Beschäftigungsverhältnisse auf Bundesebene abgeschafft werden. Auf
 661 sich wiederholende Befristungen mit Sachgrund wollen wir verzichten.

662

663 Die Arbeitnehmerkammer ist wichtiger Teil der Wirtschafts- und Sozialverfassung des
 664 Landes Bremen.

665

666 Auch einer weiteren Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erteilen wir eine Absage:
 667 Der Sonntag darf nicht zum Regelarbeitstag werden. Wo Sonn- und Feiertagsarbeit
 668 unverzichtbar ist, muss sie durch Zuschläge besser bezahlt werden.

669

670 Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer weiter
 671 fördern. Neben einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuung – auch durch die
 672 Unterstützung betriebsnaher Kinderbetreuung – werden wir Betriebe bei der Entwick-
 673 lung und Umsetzung familiengerechter Arbeits- und Arbeitszeitstrukturen unterstüt-
 674 zen.

675

676 **Arbeit hat Grenzen**

677

678 Durch die zunehmende Digitalisierung ist heute eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung
 679 möglich. Dies bietet Chancen, etwa für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
 680 Beruf. Auf der anderen Seite darf dies für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller-
 681 dings keinen Zwang zur permanenten Verfügbarkeit zur Folge haben. Wir werden uns
 682 daher auf Bundesebene für klare Regelungen einsetzen. Darüber hinaus wollen wir
 683 die Sensibilität für das Thema Datenschutz in der Arbeitswelt erhöhen. Wir werden
 684 prüfen, wie die Information für Arbeitnehmerinnenvertreter und Arbeitnehmervertreter
 685 und Unternehmen verbessert werden kann und ob weitere gesetzliche Regelungen
 686 zum Datenschutz am Arbeitsplatz notwendig sind.

687

688 **Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen**

689

690 Wir werden weiter gegen Dumpinglöhne kämpfen. Mit der Einführung des bundes-
 691 weit geltenden gesetzlichen Mindestlohns haben wir ein lange verfolgtes politisches
 692 Ziel erreicht und eine große Gerechtigkeitslücke geschlossen. Die Höhe des
 693 Landesmindestlohns soll auf 8,80 € festgeschrieben werden bis es gelungen ist, ein
 694 einheitliches Niveau zwischen Bund und dem Land Bremen zu erreichen, ohne die
 695 erreichten bremischen Standards insbesondere in den Bereichen zu gefährden, in
 696 denen auf Bundesebene Ausnahmetatbestände bestehen.

697

698 Wir werden eine weitere Ausweitung des Tariftreue- und Vergabegesetzes insbeson-
 699 dere auch auf den Sozial- und Gesundheitssektor prüfen und zudem die Kontrolle
 700 der Vergaben nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz deutlich erhöhen.

701

702 Der Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättengewerbe sind Branchen mit gerin-
 703 ger Tarifbindung und oft schwierigen Arbeitsbedingungen. Hier wollen wir uns im
 704 Rahmen von sogenannten Branchendialogen gemeinsam mit Gewerkschaften und
 705 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für eine Verbesserung der Situation der
 706 Beschäftigten stark machen.

707

708 Scheinselbstständigkeit werden wir stärker bekämpfen. Außerdem setzen wir uns für
 709 die Ausweitung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein.

710

711 **Gute Arbeit: Wer Rechte hat, muss sie auch kennen**

712

713 Bei der Durchsetzung von Standards Guter Arbeit und dem Kampf gegen Schwarzar-
 714 beit haben neben staatlichen Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen informierte, ihre
 715 Rechte kennende und selbstbewusst wahrnehmende Arbeitnehmerinnen und
 716 Arbeitnehmer eine hohe Bedeutung. Bei den Gewerkschaften und der
 717 Arbeitnehmerkammer finden sie hierfür Partner und Angebote.

718

719 Darüber hinaus richten wir – möglichst in Kooperation mit Niedersachsen – eine Be-
 720 ratungsstelle für mobile europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
 721 Bremen und Bremerhaven ein.

722

723 **Arbeitnehmerrechte sind keine Glaubensfrage!**

724

725 Wir wollen kein „Zwei-Klassen-Arbeitsrecht“ für Beschäftigte der Kirchen. Deshalb
 726 werden wir auf Grundlage der bestehenden staatskirchenrechtlichen Verträge unsere

727 Gespräche mit den christlichen Kirchen und Wohlfahrtsverbänden mit Nachdruck
728 fortsetzen. Ziel dabei ist es, die arbeitsrechtliche Situation kirchlicher Arbeitnehmerin-
729 nen und Arbeitnehmer, insbesondere in nicht verkündungsnahen Bereichen, an die
730 außerhalb der kirchlichen Einflussphäre geltenden arbeitsrechtlichen Bedingungen
731 anzugleichen. Wir wollen, dass der erfolgreich in Niedersachsen zwischen Diakonie
732 und Gewerkschaft ver.di eingeschlagene Weg der Tarifverträge auch in der Stadt
733 Bremen gegangen wird – so wie er heute bereits in Bremerhaven gilt.
734

735 **Wirtschaft**

736

737 **Bremens Stärken weiterentwickeln**

738

739 Bremen, als die fünftgrößte Industriestadt Deutschlands in einer wachstumsstarken
740 Nordwestregion ist zugleich eine grüne Stadt am Fluss. Um das Profil des
741 Wirtschaftsstandortes zu schärfen, seine Position als Oberzentrum in der Region zu
742 festigen und einen Imagegewinn für Bremer Unternehmen zu erzielen, ist eine
743 Strategie zur Standortpositionierung und Standortentwicklung erforderlich, die
744 insbesondere weiter auf erfolgreiche und starke Branchen setzt. Dies ist umso wichti-
745 ger, weil Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine hohe Arbeitslosigkeit
746 und einen Nachholbedarf im Bereich sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hat.

747

748 Um auch in Zukunft konkurrenzfähig zu sein, braucht unsere Wirtschaft Innovationen,
749 neue Produkte, neue Technologien und ein Mehr an Energie- und Ressourceneffi-
750 zienz. Erstklassige Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen können diese Ent-
751 wicklung unterstützen.

752

753 Von der Lebensmittelindustrie über viele bedeutende bremische Unternehmen bis
754 hin zu den „Global Playern“, die in Bremen und Bremerhaven aktiv sind: Wir sind uns
755 bewusst, welche herausragende Rolle diese Firmen für die Profilierung und für den
756 Arbeitsmarkt unseres Standortes spielen. Sie sind ein nicht wegzudenkender
757 Erfolgsfaktor für die Wirtschaft im Land Bremen. Für sie bleiben wir weiterhin ein
758 verlässlicher Partner.

759

760 Mit der Luft- und Raumfahrt, der Windenergie, der maritimen Wirtschaft und Logistik
761 sowie dem Automobilbau und der Stahlindustrie sind diese starken industriellen
762 Strukturen das Fundament. Aber auch die vielen kleinen und mittelständischen
763 Unternehmen, die wachsende Dienstleistungsbranche, die Kreativ- und Gesundheits-
764 und Ernährungswirtschaft und der Tourismus sind wichtige Grundlagen des
765 wirtschaftlichen Erfolgs und des Strukturwandels in unserem Bundesland. Diese
766 Stärken gilt es entlang der jeweiligen Wertschöpfungsketten konsequent auszubauen.
767 Die Weiterentwicklung der Querschnittskompetenzen in der Automatisierung, der
768 Qualitätssicherung, der Energieeffizienz, der nachhaltigen Prozessoptimierung, der
769 Materialentwicklung, bei den Ingenieurdienstleistungen und in der Logistik muss die-
770 sen Prozess ergänzen.

771

772 Bremen bietet ein ideales Umfeld für eine starke Wirtschaft, Innovation und kreative
773 Unternehmen. Mit der Wirtschaftsförderung unterstützen wir zukunftsweisende Pro-
774 jekte und werden auch weiterhin dafür sorgen, dass Bremen ein attraktiver Standort
775 bleibt.

776

777 Mit der Exzellenzuniversität, den Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten
778 sowie der Jacobs Universität gibt es im Land Bremen und in der Region eine
779 hervorragende Aufstellung für eine enge Kooperation zwischen Wissenschaft und
780 Wirtschaft, die zu erhalten und zukunftsfähig zu entwickeln ist.

781

782 Für eine aktive Ansiedlung- und Bestandssicherung von Unternehmen und Beschäfti-
783 gung ist ein der Zeit entsprechendes Standortmarketing zu betreiben, das auf die
784 Vorzüge Bremens als lebendige, kreative, innovative, lebenswerte und grüne Stadt
785 mit einem hohen Kultur- und Freizeitwert setzt.

786
787 Wir werden

- 788
- 789 • die Wettbewerbsfähigkeit der Region weiter stärken und Bremen in den Top Ten
790 der Technologie- und Innovationsregionen Deutschlands fest etablieren. Hierzu
791 werden wir strategische Positionen in den nationalen Gremien besetzen, gezielt
792 die Kompetenzen des Landes platzieren und regelmäßig in Berlin und Brüssel
793 mit den Innovationsthemen präsent sein;
 - 794 • die internationale Wettbewerbsfähigkeit Bremens weiter fördern, den Inter-
795 nationalisierungsgrad der bremischen Wirtschaft weiter steigern und beispiels-
796 weise durch die Ausrichtung des IAC-Kongresses oder der 9. Nationale Maritime
797 Konferenz sichtbar machen;
 - 798 • insbesondere in den Clustern branchenbezogene norddeutsche Kooperationen
799 aufbauen bzw. ausbauen, um die Wettbewerbschancen bremischer Unterneh-
800 men und der norddeutschen Länder im Standortwettbewerb zu stärken und das
801 Profil in den Clustern schärfer und sichtbarer zu machen;
 - 802 • die Kreativwirtschaft mit bewährten und neuen Instrumenten als Schwerpunkt
803 bremischer Wirtschaftspolitik unterstützen. Die Bereitstellung von Räumen für
804 Start-ups in integrierten Lagen ist ein Ansatz, den wir unterstützen wollen. Wir
805 werden weitere kreative Orte für Nutzungen und Zwischennutzungen etablieren
806 und darüber hinaus die wirtschaftlichen Potentiale der Kreativwirtschaft als
807 Innovationspartner für andere Branchen und Sektoren profilieren;
 - 808 • das Gründungsklima im Lande Bremen weiter verbessern, die Existenzgrün-
809 dungsförderung unter Einbindung der Bremer Aufbau-Bank stärken, die vorhan-
810 denen Instrumente überprüfen und modernisieren und gezielte Gründungsakti-
811 vitäten für die bremischen Cluster unter Einbeziehung neuer Instrumente wie z. B.
812 Crowdfunding oder -sourcing entwickeln;
 - 813 • den Technologie- und Wissenstransfer innerhalb und zwischen den Clustern und
814 Kompetenzfeldern forcieren sowie Kooperationen initiieren (cross-clustering);
 - 815 • innovative Existenzgründungen befördern, diese mit den bestehenden Clustern
816 und Kompetenzfeldern verknüpfen und perspektivisch am Standort binden;
 - 817 • den Zugang für Frauen und Migrantinnen und Migranten zu den Programmen der
818 Wirtschaftsförderung verbessern;
 - 819 • wir werden prüfen, die Gründung von Genossenschaften, die Förderung von
820 Gemeinwohl orientierten Neugründungen durch eine verstärkte Beratung und
821 Förderung zu unterstützen;
 - 822 • neue Ressourcen schonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit
823 gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch im Vordergrund
824 steht („share economy“);
 - 825 • regionale Wirtschaftskreisläufe und Handelsstrukturen weiter stärken;
 - 826 • die Anwendung von Umwelttechnologien durch Bundes- und EU-Mittel fördern,
827 um die Unternehmen und Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Prozesse und Pro-
828 dukte gemäß den Anforderungen der Nachhaltigkeit (wie Klimaschutz, Energie-
829 und Ressourceneffizienz) zu verbessern.

830
831 **Handwerk und Dienstleistungen: Unverzichtbar für Ausbildung, Energiewende**
832 **und nachhaltiges Wirtschaften**

833
834 Eine besondere Rolle kommt dem bremischen Handwerk zu, das sich nicht nur in der
835 Wirtschafts- und Finanzkrise als Stabilisator der bremischen Wirtschaft erwiesen hat.
836 Auch durch ihre große Ausbildungsbereitschaft spielen die vielen Bremer und

837 Bremerhavener Handwerksunternehmen eine unverzichtbare Rolle. Gerade um den
 838 häufig kleineren Betrieben in diesem Bereich die Beteiligung an öffentlichen Aufträ-
 839 gen zu erleichtern, haben wir eine zentrale Vergabeserviceestelle der bremischen
 840 Verwaltung eingerichtet. Deren Kompetenzen werden wir schrittweise bis zum
 841 01.01.2018 um die Vergabe von Dienstleistungen erweitern. Wir wollen darüber hin-
 842 aus die Anzahl der vergebenden Stellen deutlich reduzieren. Die energetische Sanie-
 843 rung von Altbauten, die Erneuerung alter Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen
 844 und viele ähnliche Maßnahmen schaffen für viele Jahre Perspektiven für das Hand-
 845 werk.

846
 847 Die swb ist als Infrastrukturunternehmen für den Wirtschaftsstandort Bremen von
 848 hoher Bedeutung. Die Koalition wird alle unternehmerischen Strategien unterstützen,
 849 die darauf abzielen, alle Wertschöpfungsbereiche der swb wie effiziente nachhaltige
 850 Energieerzeugung, Energievertrieb, Netzbetrieb, Abfallverwertung, Trinkwasserver-
 851 sorgung sowie weitere Dienstleistungen am Standort zu erhalten und zu entwickeln.

852
 853 Das Nachfragevolumen der Stadtgemeinden, des Landes und der Unternehmen un-
 854 ter öffentlichem Einfluss werden wir verstärkt für regionale mittelständische
 855 Unternehmen und das Handwerk nutzen. Vergabeverfahren werden wir weiter
 856 vereinfachen und standardisieren, die Wertgrenzen für Vergaben bei stringenter
 857 Korruptionsprophylaxe anheben und hierbei im rechtlich möglichen Rahmen das
 858 Kriterium der regionalen Wertschöpfung beachten.

859
 860 Im Sinne von „Fairer Arbeit“ und „Fairem Handel“ setzen wir uns weiter für eine so-
 861 zial und ökologisch verantwortliche zentrale Beschaffung ein.

862
 863 **Rahmenbedingungen für die Wirtschaft der Zukunft schaffen – Digitale Agenda**
 864 **und Industrie 4.0 unterstützen**

865
 866 Menschen, Dinge, Dienste, Daten und Prozesse werden künftig in einem heute noch
 867 nicht absehbaren Maße miteinander vernetzt sein und neue Produkte,
 868 Produktionsformen und Anwendungen werden unser Leben bestimmen. Die Industrie
 869 4.0 – die vierte industrielle Revolution – wird die Wirtschaft der Zukunft ganz wesent-
 870 lich prägen. Der Wettlauf um die besten Ideen und Konzepte hat dabei längst begon-
 871 nen. Dies kann nur erfolgreich sein, wenn die arbeitnehmerfreundliche Gestaltung
 872 der Arbeitswelt dabei nicht vergessen wird.

873
 874 Wir werden

- 875
- 876 • gemeinsam mit den Unternehmen, der Bremer Wissenschaftslandschaft, der
 877 Wirtschaftsförderung und den Sozialpartnern die Kräfte auf die Herausforderun-
 878 gen der technologischen Entwicklung, die mit den Begriffen „Industrie 4.0“ und
 879 „Arbeit 4.0“ beschrieben werden, ausrichten, dabei Unternehmen, die besonde-
 880 ren Handlungsbedarf haben, mit in den Blick nehmen;
 - 881 • Bremens Potentiale der Digitalisierung und der IT-Wirtschaft als technologische
 882 Treiber der nächsten industriellen Revolution und damit die Chancen zur Ge-
 883 staltung des Strukturwandels nutzen. Unternehmerische Initiativen, bereits beste-
 884 hende Strukturen, wie das Bremer FabLab, aber auch neu zu gestaltende Open
 885 Innovation-Plattformen (Stichwort: Schuppen III) bieten sowohl Chancen für die
 886 Ausbildung junger Menschen als auch für kreative Existenzgründungen im
 887 Bereich Industrie 4.0;

- 888 • Initiativen aus der Wirtschaft zur Einrichtung einer „Offenen Fabrik“, einer öffent-
 889 lich zugänglichen High-Tech-Werkstatt mit Maschinen, Werkzeugen und Soft-
 890 ware, in der Unternehmen mit Macherinnen und Machern, Gründern und Start-
 891 ups zusammenkommen und in der innovative Ideen entstehen und versteh- und
 892 erlebbar gemacht werden, unterstützen;
- 893 • weiterhin die Kompetenzen der Kreativwirtschaft zur Steigerung der
 894 Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft, als Plattform innovativer
 895 Existenzgründungen, als Motor für ein innovatives und anregendes Umfeld und
 896 als Standortfaktor für die gesamte bremische Wirtschaft nutzen. Exemplarisch sei
 897 auch die Musikwirtschaft genannt, die zum einen die Attraktivität des Wirtschafts-
 898 standorts Bremen steigert und zugleich eine Plattform für neue Arbeitsplätze und
 899 Umsätze in diesem Kulturwirtschaftsbereich bietet;
- 900 • die digitale Dividende für wirtschaftliche Zukunftsprojekte nutzen und die Erträge
 901 aus der Versteigerung weiterer Mobilfunklizenzen gemeinsam mit anderen
 902 Programmen dafür nutzen, dass in allen öffentlichen Schulen und Hochschulen
 903 und weiteren öffentlichen zentralen Stellen leistungsfähige WLAN-Netze vorhan-
 904 den sind und der Kreativwirtschaft Plattformen geboten werden, um ihre Kompe-
 905 tenz für die Stärkung der bremischen Wirtschaft – insbesondere im Bereich der
 906 Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie der kleinen und mittleren
 907 Unternehmen – zu mobilisieren;
- 908 • die Bemühungen der Bundesregierung, Deutschland als Leitmarkt und Leitanbie-
 909 ter für automatisiertes Fahren zu etablieren unterstützen und hierbei mitwirken.
 910 Autonomes Fahren bietet Möglichkeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit,
 911 der Verkehrseffizienz und damit auch der Umweltverträglichkeit. Der Automobilin-
 912 dustrie eröffnen sich mit der Entwicklung dieser Technologie neue Wertschöp-
 913 fungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang werden wir,
 914 um das Thema voranzutreiben, Gespräche mit Wirtschaft und Wissenschaft
 915 aufnehmen und die enge Vernetzung und Ansiedlung von Zulieferern und
 916 Logistikern weiter stärken und ausbauen.

Konkurrenzfähige Gewerbestandorte stärken und ausbauen

918 Konkurrenzfähige Gewerbestandorte, die technologische, industrielle und logistische
 919 Anforderungen erfüllen, bieten Platz für notwendige Unternehmenserweiterungen
 920 und Neuansiedlungen.
 921
 922

923 Wir werden

- 924 • insbesondere die für den Standort bedeutsamen Gewerbegebiete entsprechend
 925 den Zielen von Flächennutzungsplan, Gewerbeentwicklungsplan und den sich
 926 daraus ergebenden Bauleitplanungen weiter entwickeln, vermarkten und intensiv
 927 nutzen;
- 928 • für Unternehmen der gesamten Wertschöpfungskette geeignete Standorte und
 929 Gewerbeflächen anbieten;
- 930 • den Gewerbepark Hansalinie, den Bremer Industriepark, das Güterverkehrs-
 931 zentrum (GVZ) und das Gewerbegebiet Bremer Wollkämmerei (BWK) bedarfsge-
 932 recht weiter entwickeln;
- 933 • Unternehmen, die aufgrund von Planänderungen umsiedeln müssen, intensiv
 934 beraten und möglichst auf Bremer Fläche Alternativstandorte anbieten;
- 935 • die Überseestadt als Wohn-, Dienstleistungs-, Bildungs-, Kreativ- und Touris-
 936 musstandort weiterentwickeln, sie mit neuen Marketingideen überregional
 937
 938

939 bekannter machen und durch prägende Projekte weiter profilieren. Dabei soll der
 940 Wohnanteil unter Berücksichtigung der ansässigen Unternehmen erhöht, der
 941 Großmarkt geöffnet und die Integration mit Walle gestärkt werden, die Koopera-
 942 tion mit Hochschule verstärkt, Spielräume für Kreative und Projekte erhöht wer-
 943 den;

- 944 • den Technologiepark und die Airport-Stadt durch gezielte Projekte „urbanisie-
 945 ren“ (Einzelhandel, Gastronomie, Veranstaltungen, Wohnen etc.);
- 946 • die weitere Entwicklung der historischen Achse des Bremer Wollkämmerei-
 947 Geländes vorantreiben;
- 948 • die Entwicklung des Science Parks an der Jacobs University in Bremen-Nord mit
 949 dem privaten Investor zielgerichtet mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft
 950 fortführen;
- 951 • eine aktive Bestandsentwicklung in bestehenden Gewerbestandorten etablieren.

952

953 **Kleine und mittelständische Unternehmen: das Rückgrat unserer Wirtschaft**

954

955 Wirtschaftspolitik setzt auf die Stärkung von kleinen und mittelständischen Unterneh-
 956 men (KMU), die das Rückgrat der bremischen Wirtschaft darstellen. Wir werden den
 957 Zugang zu Förderkrediten und zur Arbeitskräftequalifizierung vereinfachen, um auch
 958 in Zukunft über eine starke Landschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen zu
 959 verfügen.

960

961 **Einzelhandel heißt gemeinsam handeln!**

962

963 Innenstadt oder in den Stadtteilzentren: Bremen und Bremerhaven sind attraktiv –
 964 auch zum Einkaufen. Wir werden koordinierte Initiativen weiterentwickeln, um Betrei-
 965 ber von stationären Ladengeschäften dabei zu unterstützen, „Multichannel-fähig“ zu
 966 werden – also das Internet als zusätzliches, mit dem klassischen Geschäft vor Ort
 967 verzahntes Instrument zu nutzen. Dabei erachten wir kooperative Ansätze
 968 (standortbezogene, branchenbezogene und branchenübergreifende
 969 Einzelhandelskooperationen) als ein wichtiges Instrument, um den Strukturwandel zu
 970 meistern. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, um auch im Einzelhan-
 971 del, in dem überwiegend Frauen prekär beschäftigt sind, existenzsichernde Arbeits-
 972 plätze zu schaffen und unterstützen die Allgemeinverbindlichkeit entsprechender
 973 Tarifverträge.

974

975 Wir werden die Einrichtung von Standortgemeinschaften – kurz BIDs (Business
 976 Improvement Districts) – unterstützen. Darüber hinaus werden wir das Stadtteilmar-
 977 keting und die Einzelhandelsstrukturen in den Stadtteilzentren Bremerhavens und
 978 Bremens stärken – auch im Sinne einer konkreten Wirtschaftsförderung vor Ort.

979

980 In der erweiterten Innenstadt, wie sie im Innenstadtkonzept 2025 beschrieben wurde,
 981 finden 70.000 Menschen Arbeit, haben 5.000 Unternehmen ihren Standort und leben
 982 50.000 Bremerinnen und Bremer. Es ist gerade diese sich rasch ändernde
 983 Konzentration, die uns herausfordert die Innenstadt beständig weiter zu entwickeln.

984

985 Am Güterbahnhof und in der Plantage entwickelt sich ein Kultur- und
 986 Kreativwirtschaftsareal. Im Postamt 5 ist ein integrierter Standort für Gewerbe,
 987 Dienstleistung, Wohnen und Freizeit entstanden.

988

989 Eine besondere Chance ist die zunehmende städtebauliche Integration der City und
 990 der umgebenden Stadtteile. Durch die Überwindung von Blockaden und Lücken im
 991 Stadtgrundriss und die Verbesserung von Wegebeziehungen mit guter
 992 Aufenthaltsqualität und auch durch mehr Wohnen in der City, soll dieses Ziel verfolgt
 993 werden.

994
 995 Durch die Schaffung neuer Einzelhandelsflächen, insbesondere das geplante City
 996 Center, reagieren wir auf den raschen Strukturwandel im Einzelhandel und stärken
 997 die City als zentralem Ort für das Einkaufen.

998
 999 Darüber hinaus werden wir insbesondere in freiwerdenden Flächen in schwierigen
 1000 Lagen attraktive Nutzungen unterstützen wie z.B. handwerkliche handelsnahe
 1001 Produktion, Kunsthandwerk, Lebensmittelproduktion, Gastronomie, Proberäume und
 1002 Showbühnen.

1003
 1004 Dort wo dies möglich und sinnvoll ist, reduzieren wir Verkehrsräume zu Gunsten von
 1005 neuen Lagen und Adressen. Wir wollen mit den Anrainern des Walls ein Konzept für
 1006 eine veränderte Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums entwickeln.
 1007 Entscheidend wird sein die einzigartige Qualität der Wallanlagen so intensiv wie ir-
 1008 gend möglich für die Stärkung dieses Stadtraums zu nutzen. Dies kann nur gelingen,
 1009 wenn mit einer deutlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs die verkehrliche
 1010 Bedeutung des Walls reduziert wird und neue gut gestaltete öffentliche Räume für
 1011 die Geschäfte und Gastronomie, für Bewohner, Passanten und Kunden erschlossen
 1012 werden.

1013
 1014 **Bremen & Bremerhaven: Mehr als eine Reise wert**

1015
 1016 Wir werden das bisherige Tourismuskonzept weiterentwickeln. Dabei wollen wir
 1017 insbesondere die Entwicklungsachsen längs der Weser nutzen und die Erlebnis-
 1018 welten des Bundeslandes weiterentwickeln. Neue Ziele an den Weserufeln wie die
 1019 Überseestadt, die Maritime Meile in Vegesack und neue Fährverbindungen über den
 1020 Fluss werden wir gezielt auch zur Verbesserung des touristischen Angebots nutzen
 1021 und zudem den Bunker Valentin als Denk-Ort mit in das Tourismuskonzept aufneh-
 1022 men. Großes Potenzial sehen wir im Fahrradtourismus und bei den Städtereisen –
 1023 beide Bereiche werden wir durch neue Angebote und ein optimiertes Marketing för-
 1024 dern. In Bremerhaven werden wir zudem die Freiräume in den Havenwelten weiter
 1025 gestalten und die Wegeverbindungen zwischen den touristischen Attraktionen der
 1026 Stadt aufwerten.

1027
 1028 Auch das „Schaufenster Fischereihafen“ hat eine wichtige Funktion bei der Vermitt-
 1029 lung des Standortes als europaweit bedeutendstes Zentrum der Lebensmittel- und
 1030 insbesondere Fischverarbeitung. Der Masterplan ist insofern weiter umzusetzen. Im
 1031 Zuge der Investitionen der Lebensmittelindustrie ist die Entwicklung des Fischerei-
 1032 hafens zu forcieren und mit Wegebeziehungen für Fußgängerinnen und Fußgänger
 1033 auszugestalten.

1034
 1035 Touristische Großveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung – von der
 1036 Breminale über La Strada, das Musikfest Bremen, die Sail, das Festival Maritim und
 1037 weitere Events bis zum Freimarkt – werden wir weiterhin absichern. Mit einer
 1038 Intensivierung des Marketings wollen wir die touristischen Angebote unserer beiden
 1039 Städte noch bekannter machen. Dabei setzen wir auch auf die neuen Medien.

1040

1041 In der Tourismusbranche wollen wir auch die Umweltverträglichkeit stärken, z.B.
1042 indem wir den Fahrradtourismus fördern und indem wir Events und Festivals dabei
1043 unterstützen, klimaneutral zu arbeiten.

1044

1045 Wir werden mit der DEHOGA in einen Dialog treten, wie in Bremer Hotels und
1046 Hostels der Anteil der barrierefreien Zimmer und Gasträume gesteigert werden kann.

1047 Häfen

1048

1049 Offene Tore zur Welt

1050

1051 Unsere Häfen sind ein wichtiger Baustein für die Wirtschaftsentwicklung sowie des
 1052 Arbeitsmarktes in Bremen und Bremerhaven und der gesamten Region. Und so soll
 1053 es bleiben. Wir stehen deshalb zur Funktion der bremischen Häfen als Universalhä-
 1054 fen. Sie werden auch zukünftig für den Umschlag verschiedener Güter offenstehen.
 1055 Zur Entlastung Bremens bei den Hafentlasten werden wir uns deshalb auf Bundes-
 1056 ebene für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Seehafenfinanzierung einset-
 1057 zen.

1058

1059 Die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen ist eine zentrale Voraussetzung
 1060 für eine mittelfristige erfolgreiche Entwicklung der Hafen- und Logistikwirtschaft.

1061

1062 Der Rechtsstreit über die Weservertiefung wird derzeit vor dem Europäischen
 1063 Gerichtshof (EuGH) verhandelt und ist auch danach noch nicht abschließend ent-
 1064 schieden. Die höchstrichterlichen Entscheidungen werden eine Abwägung über das
 1065 Projekt erforderlich machen.

1066

1067 Für diese Abwägung sind folgende Grundsätze wesentlich

1068

1069 1. die Unter- und Außenweser-Vertiefung sind unter wirtschaftlichen und ökologi-
 1070 schen Gesichtspunkten getrennt zu bewerten. Wir werden nach Vorliegen der
 1071 Entscheidungen des EuGH und des Bundesverwaltungsgerichts zur Vertiefung
 1072 der Außen- und Unterweser das notwendige Einvernehmen klären, das si-
 1073 cherstellt, dass das vom Bund geführte Verfahren zur Vertiefung der Außen-
 1074 weser realisiert werden kann. Der weitere Umgang mit der Unterweser ist nach
 1075 Vorliegen der Entscheidung federführend von der niedersächsischen Landes-
 1076 regierung festzulegen.

1077

1078 2. die Unterweser und ihre Nebenflüsse befinden sich bereits jetzt nach den gelten-
 1079 den Kriterien der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in einem
 1080 schlechten und instabilen ökologischen Zustand. Unabhängig von einer
 1081 Weservertiefung müssen diese Gewässer nach der WRRL in einen ökologisch
 1082 verbesserten Zustand versetzt werden. Insbesondere die naturschutzfachlichen
 1083 Hinweise die sich aus den Gerichtsverfahren ergeben, sind in den weiteren
 1084 Genehmigungsverfahren umfassend zu berücksichtigen. Unabhängig davon wird
 1085 Bremen – u.a. im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen – folgende Maßnahmen
 1086 umsetzen und finanzieren:

1087

1088 Renaturierung der nördlichen Geste Niederung und des Spülfeldes am neuen
 1089 Lunesiel sowie die Auenwiederherstellung an der Lesum oberhalb von Burg
 1090 Grambke.

1091

1092 3. Bremen und Niedersachsen kooperieren bereits am Tiefwasserhafen
 1093 JadeWeserPort. Dies ermöglicht die Abfertigung von Großcontainerschiffen der
 1094 nächsten Generation. Bremen ist weiterhin der Motor für eine nationale Hafен-
 1095 kooperation und wird sich zusammen mit Niedersachsen und Hamburg dafür
 1096 einsetzen, die deutsche Hafенwirtschaft weltweit wettbewerbsfähig zu halten und

1097 über die jetzigen Verfahren hinausgehende Flussvertiefungen an der deutschen
1098 Nordseeküste überflüssig zu machen.

1099

1100 Die Mittelweser spielt hinsichtlich der Verlagerung von Güterverkehren von der
1101 Straße auf Schiene und Wasser eine wichtige Rolle. Um die Binnenschifffahrt zu
1102 stärken und zur Sicherung des dringend erforderlichen Ausbaus der Hinterland-
1103 Anbindung hat sich Bremen bereits im Jahr 1988 in einem Verwaltungsabkommen
1104 verpflichtet, sich an der Finanzierung des Ausbaus der Mittelweser zu beteiligen, die
1105 ansonsten vom Bund finanziert wird. Wir werden uns im Dialog mit dem Bund für
1106 einen zügigen Ausbau der Wasserstraße für Großmotorgüterschiffe einsetzen und
1107 zugleich den bremischen Finanzierungsbeitrag haushaltsentlastend verbindlich
1108 regeln. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir das bislang bestehende
1109 Verwaltungsabkommen mit dem Bund anpassen.

1110

1111 Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir insbesondere die Potenziale von
1112 Gewerbeflächen an seeschiffstiefem Wasser besser nutzen und dafür die notwendi-
1113 gen Investitionen zur Verfügung stellen.

1114

1115 Besonderes Augenmerk gilt der Weiterentwicklung des Neustädter Hafens. Wir wer-
1116 den mit den Vorarbeiten für eine Planung beginnen, die sich diesem herausragenden
1117 Gebiet in dieser Legislaturperiode annimmt. Im Schulterschluss mit den anderen
1118 norddeutschen Bundesländern setzen wir uns darüber hinaus gegenüber dem Bund
1119 für die dringend notwendige Verbesserung der Hinterlandanbindungen ein. Dabei
1120 müssen auch unter Ausnutzung nicht bundeseigener Bahnanlagen, wie der
1121 Alternativstrecke über Rotenburg und Bremervörde der Eisenbahn- und Verkehrsbe-
1122 triebe Elbe-Weser (evb), auch kurzfristig umsetzbare Umfahrungsoptionen für den
1123 Bremer Hauptbahnhof realisiert werden – nicht nur um bessere Bedingungen für den
1124 Güterverkehr auf der Schiene zu schaffen, sondern auch um die Lärmbelastung der
1125 Anwohnerinnen und Anwohner in Bremen und Bremerhaven entlang der Gleise zu
1126 reduzieren. In enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen, der Deutsche Bahn
1127 AG und den Bundesministerien werden wir uns für eine verbesserte Anbindung
1128 dieses Netzes in Bremerhaven-Wulsdorf sowie in Rotenburg einsetzen und zudem
1129 die Planungen einer Elektrifizierung vorantreiben.

1130

1131 Die Position Bremerhavens als Kompetenzzentrum für Logistik werden wir durch die
1132 weitere bedarfsgerechte Erschließung des LogInPorts und durch die Erschließung
1133 weiterer logistischer Potenziale sichern und ausbauen. Zudem werden wir den
1134 „Masterplan Fischereihafen“ fortschreiben sowie die Weiterentwicklung des
1135 Kreuzfahrtterminals und die Erschließung des Kreuzfahrttourismus durch eine enge
1136 Kooperation von bremenports, Columbus Cruise Center und der Stadt Bremerhaven
1137 vorantreiben. Der Hafentunnel wird zügig realisiert.

1138

1139 Das Hafenkonzept 2020/25 beschreibt die zentralen Herausforderungen in der Ent-
1140 wicklung der bremischen Hafenlandschaft und ist unser Leitbild für die
1141 Weiterentwicklung der Hafeninfrastruktur als Voraussetzung für die lebenswichtige
1142 wirtschaftliche und nachhaltige Dynamik der Häfen im Land Bremen.

1143

1144 Das mit der Green-Ports-Initiative entwickelte vorbildliche Profil der bremischen Hä-
1145 fen werden wir weiter schärfen und operationalisieren. So wird der Einsatz von
1146 Flüssiggas als Ersatz für Schweröle im Schiffsbetrieb spürbar zu einer weiteren Ent-
1147 lastung der Hafengebiete und der angrenzenden Wohnquartiere führen. Bei der

1148 Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord werden wir weiterhin verfügbare Programme nutzen, die die Binnenschifffahrt mit einbeziehen.

1149

1150

1151

Chancen der Offshore-Wirtschaft umfassend nutzen

1152

1153

1154

1155

1156

1157

1158

1159

1160

1161

1162

1163

1164

1165

1166

1167

1168

1169

1170

1171

1172

1173

1174

1175

1176

1177

1178

1179

1180

1181

1182

1183

1184

1185

1186

1187

1188

1189

1190

1191

1192

1193

1194

1195

1196

1197

1198

Die Energiewende ist auch ein industriepolitisches Großprojekt. Wir erwarten von der Bundesregierung eine klare Festlegung der Ziele, die Ableitung eines Mengengerüsts und die Einstellung eines Finanzierungsplans.

Unser neu entwickelter „Cluster Windenergie“ umfasst als Verbund sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung über die Fertigung der Komponenten bis hin zu technischen und meteorologischen Servicedienstleistungen.

Das Land Bremen verfolgt seit 15 Jahren das strategische Ziel, Bremerhaven zu einem europäischen Zentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft aufzubauen. Inzwischen wird die gesamte Wertschöpfungskette der Offshore-Windindustrie im Land Bremen abgebildet. Bremerhaven beeindruckt mit industrieller, logistischer und wissenschaftlicher Kompetenz. Bislang wurden von Unternehmen mehr als 900 Mio. Euro und vom Land Bremen etwa 120 Mio. Euro am Standort Bremerhaven investiert. Mehrere tausend Arbeitsplätze sind entstanden; damit ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit am Standort Bremerhaven geleistet worden. Zur langfristigen Absicherung und zum Ausbau dieses wirtschaftlichen Clusters ist der Bau des Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) als Warenausgangszone für die Offshorewind-Energiewirtschaft eine zentrale Investitionsentscheidung. Zugleich kann der OTB ein zentraler Baustein des Landes Bremen zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele sein.

Voraussetzung für den Bau des OTB ist ein vollziehbarer Planfeststellungsbeschluss, der nach dem aktuellen Zeitplan im November 2015 zu erwarten ist. Zwingende Voraussetzung für diesen Beschluss wird sein

- eine fortlaufende, weiterentwickelte gutachterliche Bedarfsbegründung, in der das überwiegende Interesse des Allgemeinwohls für die Notwendigkeit dieser Investition nachzuweisen ist;
- eine Alternativenbetrachtung, dass die Projektziele an keinem anderen Standort oder durch kleine andere Maßnahmen erfüllt werden können;
- eine regionalwirtschaftliche Analyse, mit der die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Effekte der Investition dargestellt und bewertet werden;
- ein Kompensationskonzept, dass die auftretenden Umweltauswirkungen umfassend kompensiert;

Die Koalitionspartner verständigen sich darauf, dass das laufende Zulassungsverfahren zu Ende geführt und die Baumaßnahme nach Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen umgesetzt wird. Angesichts der nationalen Bedeutung des Projektes für das Gelingen der Energiewende werden wir weiter mit dem Bund über eine finanzielle Beteiligung am OTB – für die offshorespezifischen Teile dieser Hafeninfrastruktur verhandeln.

Bremen hat immer für einen verlässlichen Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien und hier insbesondere die Offshore-Windenergie gekämpft. Nur so können die Klimaschutzziele erreicht und die Energiewende zu einem Erfolg gemacht werden. Einen

1199 starren Ausbaupfad für die Offshore-Windenergie haben wir immer für falsch gehalten und setzen uns daher weiter dafür ein, dass der Ausbau der Offshore-Windenergie nach dem Jahr 2020 dynamisiert wird.

1200
1201
1202
1203 Im benachbarten Gewerbegebiet Luneplate und auf den Flächen des ehemaligen Flughafens Luneort werden wir zudem geeignete Flächen für die Ansiedlung weiterer Industrieunternehmen zur Fertigung von Windkraft-Komponenten vorhalten.

1204
1205
1206
1207 Sämtliche Verkehrs- und Güterumschlagsprognosen weisen für die nächsten 15 Jahre erhebliche Wachstumsraten für alle norddeutschen Häfen auf. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bremische Hafeninfrastruktur sowie die Leistungsfähigkeit des Straßen- und Schienennetzes den steigenden Umschlagsvolumen entsprechend auszubauen und instand zu halten. Die bremische Beteiligung am JadeWeserPort in Wilhelmshaven wird sich vor diesem Hintergrund als richtig erweisen und ist ein Beispiel für eine gelungene länderübergreifende Hafenkooperation.

1210
1211
1212
1213
1214
1215 Als wichtige Stärkung der Hafenwirtschaft in der Stadt Bremen werden wir darüber hinaus die Verbreiterung und Vertiefung des Industriebhafens zu Ende führen. Ein wichtiges Ziel bleibt zudem die generelle Verbesserung der Hafenanbindungen. Unser schnelles, unbürokratisches Verfahren bei der Genehmigung von Schwerlasttransporten werden wir dauerhaft sicherstellen. Bremen wird sich gemeinsam mit den norddeutschen Ländern für international wettbewerbsfähige nationale Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung von sozialen und Umweltstandards für die Seeschifffahrt einsetzen. Im Fokus stehen die Ausbildung und Beschäftigung deutscher Seeleute zum Erhalt des seemännischen Know-how für die gesamte maritime Wirtschaft. Dazu werden wir in enger Kooperation mit unseren norddeutschen Nachbarn und dem Bund eine Initiative zur Stärkung der seemännischen Ausbildung aufnehmen. Die Schifffahrtsunternehmen sollen durch vorteilhafte Standortbedingungen und Verbesserung der Standortidentifikation an den maritimen Wirtschaftsstandort Bremen gebunden und neue Unternehmen hinzugewonnen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Bremer Reedereien wieder vermehrt unter deutscher Flagge fahren. Um Wettbewerbsnachteile Bremens aufzuheben, wird sich der Senat auf Bundesebene weiter für die Änderung des Erhebungsverfahrens der Einfuhrumsatzsteuer einsetzen.

1216
1217
1218
1219
1220
1221
1222
1223
1224
1225
1226
1227
1228
1229
1230
1231
1232
1233
1234 Wir werden prüfen, ob die derzeitige Regelung zur Vereinnahmung der Gewerbesteuer aus der Ausschließlichen Wirtschaftszone rechtskonform ist.

1235
1236
1237 Verantwortung für die bremischen Häfen heißt für uns auch, Verantwortung für die Menschen, die in den Häfen arbeiten, sowie für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz zu übernehmen.

1240
1241 **Flughafen**

1242
1243 Der Flughafen Bremen ist ein zentraler Bestandteil der bremischen Wirtschaft. Er ist unverzichtbar für den international orientierten Wirtschaftsstandort Bremen, und ist bedeutend für den Tourismus im Land Bremen und die gesamte Region sowie deren Anbindung an andere deutsche Regionen und das europäische Ausland.

1244
1245
1246
1247
1248 Es ist uns besonders wichtig, die Weiterentwicklung des Flughafens unter Fortbestand der derzeitigen Rechtslage nachbarschaftsverträglich zu gestalten. Die

1249

1250 überarbeiteten Nachtflugbeschränkungen haben zu einer deutlichen Reduzierung der
1251 Flüge in den besonders kritischen Zeiten geführt und haben sich bewährt. Die Be-
1252 lange eines modernen Fluglärmschutzes und die sinnvolle Verkehrsanbindung der
1253 Freien Hansestadt Bremen müssen immer wieder in einen ausgewogenen Einklang
1254 gebracht werden. Die lärm- und uhrzeitabhängigen Start- und Landegebühren sollen
1255 so angepasst werden, dass eine Lenkungswirkung weiter unterstützt würde und dies
1256 zu einer Reduzierung der Flugbewegungen in den Tagesrandzeiten führt. Über-
1257 legungen wie sie am Frankfurter Flughafen zu einem Konzept „leiser Flug-
1258 hafen“ bestehen, werden wir aufgreifen und auf ihre Übertragbarkeit auf Bremen hin
1259 prüfen. Ziel ist es unter Wahrung der Sicherheits- und Kapazitätsanforderungen zu
1260 Entlastungen zu kommen. Zugleich ist das Lärmschutzprogramm Calmar weiter
1261 umzusetzen.

Umwelt und Klimaschutz

Klimaschutz und Energie

Wir unterstützen eine verantwortungsvolle und ehrgeizige Klimaschutzpolitik in Deutschland, Europa und weltweit. Aber auch hier in Bremerhaven und Bremen müssen und werden wir unseren Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung zumindest auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Klimaschutz bewahrt nicht nur die Umwelt, sondern schafft wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze zum Beispiel im Handwerk ebenso wie in der Industrie. Unser Ziel, bis zum Jahr 2020 40 % CO₂ einzusparen, können wir nur erreichen, wenn wir Energie einsparen und die Energie besser nutzen: in Unternehmen, bei der öffentlichen Hand, in den privaten Haushalten und im Verkehrsbereich. Daher setzen wir weiter auf die drei „E“: die Förderung der Energieeinsparung, die Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Unser neues Klimaschutz- und Energiegesetz verpflichtet uns, regelmäßig zu prüfen, ob sich unser eingeschlagener Weg bewährt hat und wie wir ihn nachbessern können. Bremerhaven profiliert sich mit dem Kurs Klimastadt. Wir werden das Klima- und Energieprogramm 2020 fortschreiben und das Klimaschutzgesetz mit Leben füllen. Dabei werden wir Wege und Maßnahmen analysieren und darlegen wie das CO₂-Ziel von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 erreicht werden kann. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf dem Thema „Klimaschutz in Unternehmen“ liegen. Wir werden Bremens Perspektive bis zum Jahr 2050 weiterentwickeln. Wir gewährleisten eine gute Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Mieterinnen und Mieter, für die öffentliche Hand sowie für Industrie und Gewerbe. Für uns gilt das Prinzip Anreize statt Verbote: Statt Maßnahmen vorzuschreiben, setzen wir auf Überzeugung. Eine wichtige Rolle, die Klimaschutzziele Bremens zu erreichen, spielt die anerkannte Klimaschutzagentur „Bremer Energie-Konsens“, deren Arbeit wir für den Zeitraum 2016-2020 bis zum bisherigen Haushaltsansatz absichern.

Stromerzeugung

Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und damit auch Innovationspotenzial für den Wirtschaftsstandort Bremen.

Bremens Strom kommt immer noch überwiegend aus alten Kohlekraftwerken. Kohlestrom ist die Energieform mit der schlechtesten CO₂-Bilanz. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren weitere Kohlekraftwerksblöcke abgeschaltet werden müssen. Wir wollen die Stadtwerke Bremen (SWB) auf ihrem Weg zu erneuerbaren Energien unterstützen. Auf Bundesebene werden wir uns für den Kohleausstieg einsetzen mit der Maßgabe, dass vorrangig Kraftwerke mit den höchsten Emissionen zuerst abgeschaltet werden.

Wir werden die Solarstromerzeugung auf der Blockland-Deponie ausbauen und aus Bio- und Grünabfällen Biogas erzeugen. Energieprojekte mit breiter finanzieller Bürgerbeteiligung erhöhen die Akzeptanz für die Energiewende und stärken die regionale Wertschöpfung. Wir werden solche Projekte daher unterstützen. Ein Modellprojekt für genossenschaftliche Windanlagen werden wir in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Die Beteiligung an den Energienetzen ist ein wichtiger Baustein Bremer Energiepolitik.

1313

1314 **Ökologische Wärmeversorgung**

1315

1316 Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende: Auch der Wärmebedarf von
 1317 Gebäuden muss noch stärker reduziert werden, vor allem durch die energetische
 1318 Sanierung von Altbauten. Wir wollen die Sanierungsquote deutlich erhöhen: Dafür
 1319 werden wir das Förderprogramm „Wärmeschutz im Wohngebäudebe-
 1320 stand“ weiterentwickeln und verstärkt das Instrument der energetischen
 1321 Quartierssanierung nutzen. Dazu werden wir mindestens zwei KFW-geförderte
 1322 Quartierskonzepte beantragen. Dabei werden wir die Stadtteilbeiräte noch stärker in
 1323 die Planung dieser und anderer Klimaschutzmaßnahmen einbeziehen und mit
 1324 Beratungen unterstützen.

1325

1326 Für eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren im Wärmebereich und eine Verknüp-
 1327 fung von Strom- und Wärmeerzeugung sind Wärmenetze die Voraussetzung. Um
 1328 eine ökologische Wärmeversorgung zu schaffen, werden wir eine kommunale
 1329 Wärmeplanung erstellen.

1330

1331 **Industrie und Gewerbe**

1332

1333 Die Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft zu steigern ist auch ein
 1334 ureigenes Interesse der Bremer Wirtschaft. Klimaschutz und Energiewende sind kein
 1335 Hindernis für Wirtschaftswachstum sondern eine große Chance für Unternehmen.
 1336 Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Bessere
 1337 Energieeffizienz führt auch dazu, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden.
 1338 Den Förderschwerpunkt Klimaschutz der EFRE-Förderperiode 2014 bis 2020 werden
 1339 wir dabei für innovative Ansätze nutzen. Dazu nutzen wir alle Instrumente, wie
 1340 Förderung, Beratung und Programme. In Bremen und Bremerhaven sollen bis zum
 1341 Jahr 2020 weitere Energie-Effizienznetzwerke an den Start gehen. Wir werden die
 1342 bestehenden Initiativen und Programme wie die „partnerschaft umwelt
 1343 unternehmen“ und zur Förderung der „Rationelle Energienutzung in Industrie und
 1344 Gewerbe“ (REN) evaluieren und gegebenenfalls anpassen oder einstellen sowie das
 1345 Beratungsangebot von Energiekonsens verstärkt auf kleinere und mittlere
 1346 Unternehmen und Handwerksbetriebe ausrichten.

1347

1348 **Öffentliche Gebäude**

1349

1350 Für öffentliche Gebäude in Bremen gelten bereits besonders anspruchsvolle
 1351 Energiestandards, damit angesichts knapper Mittel auch in Zukunft die Energie-
 1352 kosten bezahlbar bleiben. Wir werden ein Pilotprojekt unter Mitnutzung von Drittmit-
 1353 teln für ein „Plusenergiehaus“ als öffentliches Verwaltungsgebäude anstoßen. So-
 1354 wohl beim Neubau als auch bei der energetischen Sanierung bestehender Immo-
 1355 bilien müssen eigene bremische Standards wirtschaftlich sein. Die Mehrkosten müs-
 1356 sen sich nach spätestens 30 Jahren rentieren.

1357

1358 Die Idee des Energiespar-Contracting führen wir fort und prüfen dabei auch die Vor-
 1359 teile und institutionelle Ausgestaltung eines Inhouse-Contractings. Die Beschaffung
 1360 des Stroms werden wir in Zukunft daran ausrichten, dass dies wirtschaftlich ist und
 1361 der Förderung Erneuerbarer Energien durch Bezug von Ökostrom dient.

1362

1363 **Beratung und Verbraucherschutz**

1364

1365 Die Energieversorgung muss in Bremen und Bremerhaven bezahlbar bleiben. Wir
 1366 werden die vorhandenen Angebote zur Energieberatung (von der Verbraucher-
 1367 zentrale bis zur Bremer Umwelt Beratung), aufeinander abstimmen und bündeln. Wir
 1368 werden uns auf Bundesebene für faire Fernwärmepreise und die gerechtere Vertei-
 1369 lung der Stromkosten sowie eine Lösung des Problems der Energiesperren für pri-
 1370 vate Haushalte einsetzen.

1371

1372 **Klimaanpassung**

1373

1374 Selbst mit den besten Klimaschutzmaßnahmen wird der Klimawandel nicht mehr
 1375 vollständig aufzuhalten sein. Bremen wird seine Anstrengungen zur Umsetzung des
 1376 Generalplans Küstenschutz konsequent fortführen: In den nächsten zehn Jahren
 1377 werden 240 Mio. Euro investiert, um uns vor dem steigenden Meeresspiegel und
 1378 häufigeren Sturmfluten zu schützen. Die Neugestaltung von Deichabschnitten sind
 1379 städtebauliche Herausforderungen und Chancen. Für den Schutz außendeichs sind
 1380 die Eigentümer verantwortlich. Bremen unterstützt sie bei der Erstellung von
 1381 Lösungskonzepten, um die Gefahren und Risiken für die Gebiete außendeichs zu
 1382 minimieren.

1383

1384 Bremen und Bremerhaven müssen die Folgen des Klimawandels bewältigen: Es wird
 1385 künftig zu mehr extrem starken Regenfällen und zunehmenden Trocken- und
 1386 Hitzeperioden im Sommer kommen. Wir werden dies bei der Stadtentwicklung
 1387 berücksichtigen und für das Land Bremen eine umfassende Anpassungsstrategie an
 1388 den Klimawandel entwickeln.

1389

1390 **Umwelt- und Naturschutz**

1391

1392 Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte. Viele Parks, die Gärten der Bremer
 1393 Häuser, die Kleingärten, das Grün der Deiche und auch das grüne Umland beider
 1394 Städte tragen zu unserer hohen Lebensqualität bei. Wir wollen den wertvollen Be-
 1395 stand an Parks, Grünanlagen und Stadtbäumen mit ihrem Naherholungswert und
 1396 ihrer bioklimatischen Wirkung erhalten und entwickeln.

1397

1398 **Grün und Baumschutz**

1399

1400 Grünflächen sind wichtig für die Lebensqualität in der Stadt und zur Anpassung an
 1401 den Klimawandel. Die Innenentwicklung muss daher unter gleichzeitiger Erhaltung
 1402 der wichtigen Naturräume und Grünanlagen vorgebracht werden. Deren Pflege
 1403 und Weiterentwicklung muss gewährleistet werden. Dafür werden wir den
 1404 Umweltbetrieb finanziell mit zusätzlichen 3 Mio. Euro besser ausstatten, auch mit
 1405 Blick auf die gewachsenen Anforderungen. Dies erfolgt unter den Bedingungen, die
 1406 zentralen Dienstleistungen der Freien Hansestadt in Zukunft zu nutzen und die IT-
 1407 Organisation zu modernisieren. Das Krematorium Huckelriede wird saniert. Wir
 1408 werden gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten, den Umweltverbänden und dem
 1409 Umweltbetrieb das für Bremen neue Instrument der Grünordnungsplanung in der
 1410 Planungspraxis verankern und neue Konzepte für unsere Parks und Grünanlagen
 1411 und deren Pflege erarbeiten und erproben – für mehr Biodiversität und den besseren
 1412 Schutz alter und/oder großer Bäume, für den Einsatz möglichst heimischer und
 1413 klimaangepasster Pflanzen –, aber auch um die Wünsche und Belange der

1414 Nutzerinnen und Nutzer stärker zu berücksichtigen und die Naherholungsfunktion der
1415 Grünflächen weiter zu entwickeln. Wichtig sind uns dabei der Baumschutz bei
1416 Baumaßnahmen, auch bei Tagesbaustellen, und die nachhaltige Sicherung von
1417 Baumstandorten. Auf Ebene der Stadtteile werden wir damit die bestehende
1418 Grünqualität sichern und neue Grünräume in den weniger gut versorgten Gebieten
1419 entwickeln.

1420
1421 Wir ermutigen alle Bremerinnen und Bremer, ihr grünes Bremen mitzugestalten.
1422 Dazu werden wir mehr Flächen für Urban Gardening bereitstellen, mehr Baumpaten-
1423 schaften und „Minigärten“ auf Flächen im Straßenbegleitgrün ermöglichen und die
1424 Begrünung von Hausdächern und Fassaden fördern. Das bestehende
1425 Dachbegrünungsprogramm werden wir dergestalt fortsetzen, dass Mittel in Höhe von
1426 60.000 Euro für die Sanierung und Begrünung von Großwohnanlagen eingesetzt
1427 werden. Ferner fördern wir die Entsiegelung und Regenwassernutzung bei Neubau
1428 und werden für geeignete Quartiere eine Gründachverordnung prüfen. Ziel ist es da-
1429 bei, dass auch Kompensationsmaßnahmen für diesen Bereich nutzbar werden.

1430
1431 Bremen hat heute rund 10.000 Bäume mehr als vor zehn Jahren. Wir werden diesen
1432 hohen Bestand pflegen und unter besonderer Beachtung der Artenvielfalt und der
1433 klimatischen Herausforderungen erneuern. Die Ziele für die Weiterentwicklung des
1434 Baumbestandes werden wir – auch in finanzieller Hinsicht – in einem Plan
1435 konkretisieren. Wir wollen mit einem Förderprogramm alte Obstbäume und lokale
1436 Sorten erhalten und dazu Beratung bieten. Wir wollen bei der Aufstellung von
1437 Bebauungsplänen für zu verkaufende öffentliche Flächen Grünordnungspläne erlas-
1438 sen.

1439 1440 **Kleingärten**

1441
1442 Die Kleingartengebiete haben für unsere grünen Städte einen hohen Stellenwert.
1443 Gemeinsam mit den Kleingartenverbänden und -vereinen werden wir deren Entwick-
1444 lung weiter unterstützen und die gesetzlich geregelte niedrige Pacht erhalten. Mit
1445 einem zukunftssicheren Kleingartenentwicklungsplan, den wir bis zum Jahr 2017
1446 erstellen, werden wir zudem klare Perspektiven für das Kleingartenwesen in Bremen
1447 aufzeigen, um sie attraktiver und familienfreundlicher zu machen und eine Lösung für
1448 die Brachflächen zu finden.

1449 1450 **Naturschutz**

1451
1452 Wir werden die Sauberkeit der Flüsse und Seen verbessern und damit die Artenviel-
1453 falt und den Naherholungswert erhöhen. Bremen und Bremerhaven haben in ihren
1454 grünen Gürteln wertvolle Natur- und Kulturlandschaften sowie Flussniederungen mit
1455 Feuchtwiesenbereichen. Viele dieser Gebiete stehen unter Naturschutz und bieten
1456 Lebensräume für gefährdete Arten mit überregionaler Bedeutung. Wir wollen diese
1457 Lebensräume erhalten, langfristig sichern und durch eine Biotop-Verbundplanung
1458 verbessern. Wir werden die Bremerhavener Rohniederung in den Grenzen des
1459 Landschaftsschutzgebietes unter Naturschutz stellen. Wir werden die Binnendüne in
1460 Blumenthal, mit Ausnahme des Bereichs unmittelbar an der Straße „An der Landes-
1461 grenze“ unter Landschaftsschutz stellen. Wir sichern die von Verbänden getragene
1462 erfolgreiche Betreuung der Schutzgebiete (Natura 2000 und Vogelschutzgebiete) ab.
1463 Der Werterhalt der Natura 2000-Gebiete ist eine Verpflichtung des Landes Bremen.
1464

1465 **Wasser/Hochwasserschutz/Weser**

1466

1467 Durch den Klimawandel wird der Meeresspiegel steigen. Für unsere Städte ist ein
 1468 verbesserter Hochwasserschutz lebensnotwendig. Das beschlossene Deichbaupro-
 1469 gramm wird konsequent fortgesetzt. Um der Weser ausreichend Raum bei
 1470 Hochwasserlagen zu geben, werden wir darauf achten, dass die festgesetzten Über-
 1471 schwemmungsgebiete unbebaut bleiben.

1472

1473 Wir wollen die Zusammenarbeit mit Niedersachsen durch die Gründung einer
 1474 „Ästuarpartnerschaft Weser“ institutionalisieren. Aufgabe der Ästuarpartnerschaft ist
 1475 es, mit allen relevanten Entscheidungsträgern eine gemeinsame Vision für die
 1476 Entwicklung der Weser zu schaffen, die Naturschutz und Nutzen der Weser in Ein-
 1477 klang bringt und die Voraussetzungen für die Umsetzung großer Maßnahmen schafft.

1478

1479 Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Kaliwerke in Hessen ihre Salzlauge
 1480 nicht weiter in die Werra und damit indirekt in die Weser einleiten dürfen.

1481

1482 Zum Erreichen der verbindlichen Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
 1483 ein Programm auflegen, das den Gewässerschutz verbessert, die Schadstoffbe-
 1484 lastung des Abwassers verringert und weitere Renaturierungsmaßnahmen einleitet.
 1485 Einer Abschwächung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir entgegen treten.

1486

1487 Für die Erlebnisqualität der Stadt am Fluss müssen Lücken der Wege an den Fluss-
 1488 ufern geschlossen werden. Die Attraktivität vorhandener Verbindungen soll durch
 1489 neue Uferzugänge und Strände gesteigert werden.

1490

1491 **Wasser- und Bodenschutz**

1492

1493 Wir sorgen für einen umfassenden Schutz unseres Grundwassers und der
 1494 Trinkwasserreserven Bremens und Bremerhavens. Bremen ist bestrebt, das
 1495 Trinkwassergewinnungsgebiet in Vegesack als Schutzgebiet zu sichern. In Koopera-
 1496 tion mit Niedersachsen werden wir dort weitere Möglichkeiten zur Trinkwassergewin-
 1497 nung prüfen, damit der Trinkwasserbedarf unserer Stadt nachhaltig gesichert wird.

1498

1499 Wir werden uns auf Bundesebene für ein Verbot des unkonventionellen Fracking
 1500 einsetzen.

1501

1502 Das Tanklager Farge wird vom Bund nicht weiter genutzt. Er ist in der Verantwortung,
 1503 die Anlagen so weit wie möglich zurückzubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass für
 1504 das Tanklager Farge zügig ein verlässlicher Sanierungsplan vom Bund als Eigentü-
 1505 mer erstellt und umgesetzt wird, damit die ökologischen Folgen der
 1506 Wasserverunreinigung so gering wie möglich gehalten werden. Wir werden uns dafür
 1507 einsetzen, dass auch weiterhin das Grundwasser und verunreinigte Böden in
 1508 Bremen erfasst und saniert werden.

1509

1510 Für die weitere Entwicklung der Wasserentnahmegebühr werden wir Gespräche mit
 1511 den betroffenen Unternehmen aufnehmen.

1512

1513 **Abfallentsorgung**

1514

1515 Moderne Abfallwirtschaft hat eine hohe Bedeutung: möglichst wenig Abfall erzeugen,
 1516 möglichst viel Abfall wiederverwerten und möglichst wenig Verkehr dabei erzeugen.
 1517 Diese Vorgaben lassen sich besser durchsetzen, wenn Bremen wieder mehr
 1518 Verantwortung für den Bereich Abfallwirtschaft übernimmt. Deshalb werden wir das
 1519 Auslaufen der abfallwirtschaftlichen Leistungsverträge im Jahr 2018 dafür nutzen,
 1520 den Einfluss der Kommune deutlich zu erhöhen. Dabei werden wir auch die heute
 1521 zersplitterten Zuständigkeiten im Bereich der Stadtreinigung neu ordnen, um das
 1522 Leitbild einer sauberen Stadt noch besser umzusetzen.

1523

1524 Wir werden in der Stadt Bremen eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) schaffen, in
 1525 der alle Entsorgungsaufgaben und -zuständigkeiten der Stadt zusammengeführt wer-
 1526 den. Wir werden sicherstellen, dass die Stadt Bremen wieder den maßgeblichen Ein-
 1527 fluss besitzt und die dafür erforderlichen Kompetenzen entwickelt.

1528

1529 Die bestehenden Recycling-Stationen werden wir im Jahr 2018 unter dem Dach der
 1530 AöR kommunalisieren und weiter entwickeln. Für die operativen Leistungen der
 1531 Müllabfuhr im gesamten Stadtgebiet und der Straßenreinigung südlich der Lesum
 1532 streben wir ab 2018 eine Partnerschaft mit einem privaten Dienstleister an. Die
 1533 entsprechenden Verträge werden wir bis längstens 2028 befristen und so
 1534 ausgestalten, dass eine anschließende vollständige Rekommunalisierung der
 1535 Leistungserbringung nicht ausgeschlossen wird. Für den Teilbereich der
 1536 Stadtreinigung streben wir eine vertragliche Option an, die nach fünf Jahren eine
 1537 vollständig kommunale Leistungserbringung im gesamten Stadtgebiet nicht
 1538 ausschließt.

1539

1540 Wir werden sicherstellen, dass die im Jahr 1998 in die heutige Entsorgung Nord
 1541 GmbH (ENO), Kompostierung Nord GmbH (KNO) und Solare Energiesysteme Nord
 1542 Vertriebsgesellschaft mbH (SEN) übergeleiteten Beschäftigten in ihren besonderen
 1543 Rechten gesichert sind. Bei dem Umsetzungsprozess werden wir die Betriebsräte
 1544 der betroffenen Betriebe und die Gewerkschaft ver.di sowie den Gesamtpersonalrat
 1545 beteiligen.

1546

1547 Des Weiteren werden wir sicherstellen, dass alle Unternehmen, an denen sich
 1548 Bremen beteiligt, über eine Tarifbindung verfügen. Von privaten Partnern erwarten
 1549 wir ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft.

1550

1551 **Luftreinhaltung**

1552

1553 Wesentlich für Lebensqualität in der Stadt ist saubere Luft. Um die Luftqualität sicher
 1554 bestimmen und daraus gegebenenfalls Maßnahmen ableiten zu können, ist ein
 1555 qualitätsgesichertes und zukunftsorientiertes Luftmessnetz eine wichtige Grundlage.
 1556 Deshalb wollen wir dieses in den kommenden zwei Jahren modernisieren und auf
 1557 den aktuellen technischen Stand bringen.

1558

1559 **Umweltbildung**

1560

1561 Umweltbildung hat für uns einen hohen Rang, weil sie für die umweltpolitischen
 1562 Herausforderungen sensibilisiert und damit Menschen aktiv werden lässt; Natur-
 1563 bildung in Kitas und Schulen ist dabei besonders wichtig. Wir werden die Koordinie-

- 1564 rungsstelle Umweltbildung langfristig strukturell und finanziell absichern, die
1565 Basisförderung für Umweltbildungseinrichtungen im Land Bremen mindestens im
1566 bisherigen Umfang beibehalten, die Projekte „3/4plus“ in Schulen und „ener:kita“ in
1567 Kindertagesstätten in bisheriger Größe und finanzieller Unterstützung absichern.
1568 Eine weitere Ökologisierung von Veranstaltungen und Festivals, sowie freie
1569 Umweltbildungsangebote sind wichtige Bausteine.

1570 **Stadtentwicklung und Bau**

1571

1572 Bremen ist eine wachsende Stadt im Zentrum der Metropolregion Nordwest. Wir wol-
 1573 len, dass Bremen zukünftig auf dem Niveau vergleichbarer Großstädte weiterwächst.
 1574 Bremen verändert sich: Die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner steigt. Viele
 1575 Menschen suchen hier einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz und wollen in Bremen
 1576 leben. Flüchtlinge aus aller Welt kommen hierher und wagen einen Neuanfang. Wir
 1577 werden für ausreichend Wohnraum sorgen und laden alle Neubremer und
 1578 Neubremerinnen ein, mit uns gemeinsam unsere Stadt zu gestalten und voranzubrin-
 1579 gen.

1580

1581 Das Leitbild „Bremen 2020: lebenswert – urban – vernetzt“ prägt die Stadtentwick-
 1582 lung seit fünf Jahren. Dieses Leitbild werden wir bis zum Jahr 2030 fortschreiben. Die
 1583 hohe Lebensqualität in Bremen werden wir durch eine konsequente integrierte
 1584 Stadtentwicklung weiter verbessern. Unsere Wohnungsbaupolitik orientiert sich
 1585 vorrangig an der Innenentwicklung. Wir wollen eine Stadt, die den sozialen Ausgleich
 1586 fördert mit Schulen, Kindertageseinrichtungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen in
 1587 der Nähe. Wir schaffen mehr Grün in Quartieren und an Gebäuden. Wir werden die
 1588 Ufer und Wege zwischen den Quartieren und dem Fluss neugestalten. Wir werden
 1589 die Angebote im Einzelhandel und die Ausstattung mit Kindergärten und Schulen in
 1590 den Stadtteilen so entwickeln, dass im Nahbereich in den Stadtteilen diese
 1591 Infrastruktureinrichtungen gut erreichbar sind.

1592

1593 Wohnortnaher Einzelhandel sichert die Lebensqualität: Das Zentren- und Nahversor-
 1594 gungskonzept sowie entsprechende Vereinbarungen mit dem Region schützenden
 1595 Einzelhandel in den Quartieren und verhindern die ungesteuerte Ansiedlung an
 1596 Einzelhandelsstandorten, die man nur mit dem Auto erreichen kann.

1597

1598 **Wohnungsbau**

1599

1600 Bremen braucht auch in Zukunft ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Dafür
 1601 unterstützen und fördern wir den Bau neuer Wohnungen. Wir werden das erfolgrei-
 1602 che Wohnraumförderprogramm fortführen und halten daran fest, einen 25-Prozent-
 1603 Anteil von öffentlich geförderten, preiswerten Wohnungen überall dort sicherzustellen,
 1604 wo die Stadt durch Baurecht oder den Verkauf eigener Flächen Einfluss hat. Damit
 1605 sollen insbesondere kleinere Wohnungen für Singles und Paare sowie Wohnraum für
 1606 größere Familien gefördert werden. Außerdem werden wir gezielt Wohnungen für
 1607 Studierende, Auszubildende sowie für Flüchtlinge schaffen. Wir werden das
 1608 Wohnraumförderungsprogramm gezielt auch für diese Gruppen ausbauen und
 1609 weiterentwickeln. Wir werden die Gewoba bei der Intensivierung ihrer
 1610 Neubauaktivitäten unterstützen. Darüber hinaus werden wir aus der Gewinnent-
 1611 nahme der Gewoba 3 Mio. Euro pro Jahr für Maßnahmen der Wohnungsbauförde-
 1612 rung zur Verfügung stellen.

1613

1614 Wir brauchen ein auskömmliches angebotsorientiertes Bauprogramm für Einfamilien-
 1615 und Doppelhäuser, um gegenüber dem Angebot des Umlandes wettbewerbsfähig zu
 1616 bleiben. Bremen muss auch in diesem Segment eine wachsende Stadt sein.

1617

1618 Dafür werden wir einen Stadtentwicklungsplan (STEP) Wohnen aufstellen. Der
 1619 „STEP Wohnen“ soll die Wohnungsbaukonzeption von 2009 fortschreiben und um
 1620 wesentliche Kernaussagen zur Entwicklung des Wohnens in allen Stadt- und

1621 Ortsteilen sowie für alle Aspekte des Wohnens in Bremen erweitern. Das betrifft auch
1622 die Auseinandersetzung mit neuen Wohnformen, gemeinwohlorientierten Nutzungen
1623 und städtebaulichen Qualitäten sowie eine aktive Liegenschaftspolitik, Vergabe von
1624 Grundstücken, zum Beispiel in Erbpacht und Instrumente der Baulandumlegung. Die
1625 Erarbeitung des „STEP Wohnen“ soll in einem interaktiven Prozess mit allen
1626 Akteuren, Trägern und Protagonisten des Wohnungsmarktes erfolgen.

1627
1628 Die 40 Plus Liste wird beständig fortgeschrieben und der Nachweis geführt, dass ein
1629 ausreichendes Kontingent an Bauland für eine Entwicklung gemäß oberem Pfad des
1630 GEWOS-Gutachtens insbesondere in der Stadtregion Ost vorhanden ist. Im „STEP
1631 Wohnen“ sind die entsprechenden Flächen und Segmente nachzuweisen. Der
1632 „STEP Wohnen“ wird einen Zeit- und Maßnahmenplan enthalten, aus dem zu
1633 erkennen ist wie sichergestellt werden kann, dass auch tatsächlich ein Bedarf in der
1634 Größenordnung der GEWOS Prognose befriedigt werden kann. Dafür wird dem
1635 Senat gemäß der gemeinsamen Zielsetzung von Bremen als wachsender Stadt
1636 jährlich jeweils
1637 nach Stadtregionen getrennt ein Bericht über Nutzung, Bedarfe und Erschließungen
1638 von Wohnbauflächen vorgelegt und im Bündnis für Wohnen beraten.

1639
1640 Für die Wohnbauflächen parallel zum Ehlersdamm auf der Seite des Siedlungsge-
1641 biets werden wir zügig Baurecht schaffen und mit der Umsetzung beginnen. Über die
1642 weitere Bebauung in Randbereichen der Osterholzer Feldmark besteht zwischen den
1643 Koalitionspartnern Dissens.

1644
1645 Mehr Wohnungsbaufflächen in der Stadt, darunter ganz neue Wohngebiete wie die
1646 Gartenstadt Werdersee, das Hulsberg-Quartier am Klinikum Mitte, der Wohnpark
1647 Oberneuland, der Verknüpfung von Universität und Technologiepark mit den
1648 angrenzenden Quartieren und die Überseestadt, ermöglichen mehr Wohnungsneu-
1649 bau. In der Innenstadt wollen wir den Umbau leerstehender Gewerbe- und Büro-
1650 räume zu Wohnraum unterstützen.

1651
1652 Es stehen in vielen Häusern und Gebäuden trotz großem Wohnungsbedarf potenzi-
1653 elle Wohnräume leer. Diese Potenziale wollen wir mit geeigneten Instrumenten und
1654 verstärkter Ansprache der Eigentümer verfügbar machen.

1655
1656 Das „Bündnis für Wohnen“ werden wir fortsetzen und somit zu einer aktiven,
1657 insbesondere auf bezahlbaren Wohnraum ausgerichteten Entwicklung beitragen.

1658
1659 Die gesellschaftliche Entwicklung verlangt nach neuen Wohnformen: Bremen braucht
1660 vermehrt generationenübergreifenden, flexibel nutzbaren und nachbarschaftlich
1661 vernetzten Wohnraum. Wir werden daher Pilotprojekte unterstützen, die mit
1662 nachhaltigen Materialien und mit Grundrissen und Gebäudetypen für flexible
1663 Nutzungsmöglichkeiten arbeiten.

1664
1665 Darüber hinaus begrüßen wir die Bildung von genossenschaftlichen Strukturen und
1666 Organisationen als neue Form des selbstgestalteten Wohnens. Wir wollen soziale
1667 Nischen und alternative Wohnformen in Bauwagen oder industriellen Altbauten erhal-
1668 ten.

1669

1670 Für Selbstnutzer, Baugruppen und Genossenschaften müssen Kriterien und Verfah-
 1671 ren für die Ausschreibung, Vergabe und Nutzung von öffentlichen Gebäuden und
 1672 öffentlichen Flächen vereinheitlicht und von Anfang an transparent sein.

1673 Bei der Planung und Entwicklung werden wir weiterhin Grün- und Freiräume
 1674 berücksichtigen, so auch Orte für Kinderspiel, Mehrgenerationentreffpunkte,
 1675 Grünverbindungen, Artenvielfalt, Regenabfluss und Klimaausgleich. Entsprechend
 1676 dem Stellplatzortsgesetz sollen bei Bauvorhaben anstelle von Parkplätzen Flächen
 1677 verstärkt für Fahrräder, Carsharing oder den ÖPNV genutzt werden.

1678
 1679 Grundlage für diese Wohnungsbaupolitik ist, dass die Bauverwaltung für die
 1680 entsprechenden Planungs- und Beteiligungsprozesse ausreichend ausgestattet ist
 1681 und vergaberechtliche Spielräume besser genutzt werden.

1682
 1683 In Bremerhaven wollen wir durch eine gute Stadtentwicklungspolitik und Stadtumbau
 1684 neue Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen und halten. So können wir
 1685 Wohnungsleerständen und dem demographischen Wandel wirkungsvoll begegnen.
 1686 Um mehr junge Menschen nach Bremerhaven zu holen, wollen wir die Hochschule
 1687 Bremerhaven weiter stärken.

1688
 1689 Die Entwicklung der Überseestadt ist das bedeutendste Projekt der Stadtentwicklung.
 1690 Die alten Hafengebiete sind auf dem Weg zu einem Stadt-Quartier mit allem was
 1691 dazu gehört. Damit das gelingt, muss sich die Flächenvermarktung nach den
 1692 stadtplanerischen Zielen richten. Dafür werden wir den Masterplan weiterentwickeln.
 1693 Die Vermarktung der Flächen kann dabei kleinteiliger und differenzierter werden, die
 1694 Schaffung der weichen Kante am Wendebecken und die städtebauliche Öffnung und
 1695 Integration des Großmarktes stehen auf der Tagesordnung. Das neue Quartier wird
 1696 sehr vom Austausch mit Walle, Gröpelingen und Woltmershausen profitieren; dazu
 1697 kann eine neue Fährverbindung einen wichtigen Beitrag leisten.

1698
 1699 Für den Bremer Westen wurde in den vergangenen Jahren ein umfassendes
 1700 Handlungskonzept aufgestellt. Wir werden die dort geplanten Projekte umsetzen.

1701
 1702 Das vordere Woltmershausen mit dem Gaswerks- und Brinkmann Gelände und dem
 1703 Hohentorshafen verändern sich rasch. Alte Nutzungen fallen brach. Es entstehen
 1704 neue Entwicklungschancen für gemischt genutzte Stadträume zwischen der Alten
 1705 Neustadt und dem Fluss. Wir werden dort mit den erforderlichen Untersuchungen für
 1706 ein Entwicklungskonzept vorderes Woltmershausen/ Hohentorshafen beginnen und
 1707 einen städtebaulichen Entwicklungsbereich einrichten.

1708
 1709 Besonderes Augenmerk gilt der Weiterentwicklung des Neustädter Hafens. Wir wer-
 1710 den mit den Vorarbeiten für eine Planung beginnen, die sich diesem herausragenden
 1711 Gebiet in dieser Legislaturperiode annimmt.

1712 1713 **Soziale Stadtentwicklung**

1714
 1715 Die Mietpreisbremse bei Neu- und Wiedervertragsmieten werden wir spätestens bis
 1716 Ende 2015 einführen. Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt. Bremen wird prüfen,
 1717 eine „Heuschreckensteuer“ einzuführen, um den Grunderwerb durch Immobilienheu-
 1718 schrecken stark zu beschneiden.

1719

- 1720 Die Gewoba und Stäwog müssen weiterhin mehrheitlich in öffentlichem Eigentum
1721 bleiben. Sie sorgen dafür, dass viele Großwohnanlagen gute Adressen bleiben. Sie
1722 stehen für architektonische und technische Innovationen, stabile Mieten und fairen
1723 Umgang mit den Mieterinnen und Mietern. Die Gewoba soll künftig mit ihrer
1724 Wohnungsbaukompetenz eine noch wichtigere Rolle als bisher spielen.
1725
- 1726 Wohngebiete, in denen besonders viele arme Menschen leben, müssen besonders
1727 unterstützt werden.
1728
- 1729 In Bremen konzentriert sich Armut und Arbeitslosigkeit in bestimmten Stadt- und
1730 Ortsteilen. Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode systematisch daran
1731 arbeiten, in diesen Stadtteilen die Situation zu verbessern.
1732
- 1733 In Tenever sind wir mit den Mitteln aus dem Programm „Stadtumbau West“ weit
1734 gekommen. Das Quartier hat sich gründlich verändert und mit ihm seine Bewohnerin-
1735 nen und Bewohner. Das ist eine große Leistung aller beteiligten Akteure.
1736
- 1737 Auch in den anderen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf wollen wir an
1738 dieser Aufgabe weiter arbeiten. Armut kann in den Stadtteilen sehr unterschiedliche
1739 Formen annehmen. Deshalb brauchen wir passgenaue Antworten. Der Bund hat das
1740 Programm soziale Stadt zum Jahresbeginn aufgestockt, so dass sich der bremische
1741 Anteil ebenfalls vergrößern wird. Wir werden zeitnah integrierte Entwicklungskon-
1742 zepte für die betroffenen Quartiere entwickeln bzw. fortschreiben und förderfähige
1743 Projekte erarbeiten, die Ko-Finanzierung werden wir sichern. Wir werden ein
1744 leistungsfähiges Management für diesen Prozess aufbauen und wir ändern die
1745 Verfahren der Abstimmung unter den Ressorts so, dass schnelle und effektive
1746 Entscheidungen möglich werden.
1747
- 1748 Da wir auch Programme der Bildungs-, Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftsförderung in
1749 diesen Stadtteilen durchführen, können wir die Programme und Mittel optimal
1750 kombinieren um eine große Wirkung zu erzielen. Das Programm „Wohnen in
1751 Nachbarschaften“ (WIN) und das Programm „Lokales Kapital für soziale
1752 Zwecke“ (LOS) werden wir fortsetzen und mit den anderen Programmen vernetzen.
1753 Wir werden dabei insbesondere Blumenthal im Blick haben.
1754
- 1755 In der Stadtgemeinde Bremen soll für die Mobilisierung von Initiativen aus dem
1756 Stadtteil heraus die Möglichkeit bestehen, investive Aktivitäten für die Verbesserung
1757 und Stabilisierung der Stadtteilstruktur zu entwickeln. Hierfür stellen wir 1 Mio. Euro
1758 aus den bisherigen Ansätzen des Impulsprogramms und den verbleibenden Ansät-
1759 zen der Stiftung Wohnliche Stadt zur Verfügung.
1760
- 1761 Aus diesem Betrag soll zu $\frac{3}{4}$ ein Spielraumförderprogramm ausgestattet werden, mit
1762 dem sowohl bestehende Spielplätze instand gesetzt und attraktiviert werden sollen,
1763 als auch sonstige ergänzende Spielmöglichkeiten im Sinne des Sportabschnittes im
1764 öffentlichen Raum geschaffen oder unterhalten werden können, soweit sich diese an
1765 Kinder oder Jugendliche richten.
1766
- 1767 Der Restbetrag soll für zivilgesellschaftliche Initiativen in diesem Aufgabenkreis oder
1768 für sonstige investive Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales und Stadtentwick-
1769 lung in Fördergebieten der Sozialen Stadt zur Verfügung gestellt werden.
1770

1771 Entsprechende Anträge bedürfen eines Beiratsbeschlusses aus dem entsprechen-
 1772 den Gebiet, wobei der Beirat eine anteilige Komplementärfinanzierung aus
 1773 Globalmitteln darstellt. Die Verwaltung des Programms erfolgt im Bauressort in
 1774 Abstimmung mit den jeweils betroffenen Ressorts. Die inhaltliche Förderauswahl trifft
 1775 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, ein durch Verständigung der breimi-
 1776 schen Beiräte zu errichtender Ausschuss. Die Förderliste wird dem Haushaltsaus-
 1777 schuss zur Entscheidung vorgelegt.

1778

1779 **Bremen-Nord**

1780

1781 Bremen-Nord ist ein attraktiver Wohnstandort am Wasser. Insbesondere der Orts-
 1782 kern von Blumenthal braucht aber Unterstützung, denn hier konzentrieren sich Leer-
 1783 stände, Arbeitslosigkeit und Armut. Wir werden zusammen mit den Bürgerinnen und
 1784 Bürgern vor Ort ein Entwicklungskonzept unter besonderer Beachtung der
 1785 Wollkämmerei und der historischen Achse entwickeln und umsetzen. In einer
 1786 ressortübergreifenden Kooperation wollen wir die Aufwertung der Grohner Düne
 1787 erreichen und die derzeitige Besitzgesellschaft mit in die Verantwortung nehmen. Mit
 1788 der Ausweisung eines Sanierungsgebietes oder eines städteplanerischen
 1789 Entwicklungsbereiches werden wir zudem die Voraussetzungen für einen Ankauf der
 1790 Grohner Düne durch die Gewoba schaffen. Auch an Maßnahmen zur Verbesserung
 1791 der zentralen Funktion von Vegesack werden wir gemeinsam mit der örtlichen
 1792 Geschäftswelt arbeiten. Für Bremen-Nord werden wir ein ressortübergreifendes
 1793 Senatskonzept mit einer konkreten Maßnahmen- und Bearbeitungsstruktur ent-
 1794 wickeln.

1795

1796 Im Bauamt Bremen-Nord besteht dringender Handlungsbedarf. Für Bürgerinnen und
 1797 Bürger und Investoren müssen die bauordnungsrechtlichen und
 1798 stadtentwicklungspolitischen Bedingungen durch Optimierung und Straffung von
 1799 Prozessen deutlich verbessert werden. Hierfür wird geprüft, wie die Stadtplanung
 1800 und Bauordnung für Bremen-Nord durch eine engere Verzahnung mit der senatori-
 1801 schen Behörde optimiert werden kann, wobei eine Vorortpräsenz zu erhalten ist.

1802

1803 Darüber hinaus wollen wir durch bessere Zusammenarbeit zwischen Bauressort,
 1804 Wirtschaftsressort, Bauamt Bremen-Nord und WFB den Standort Bremen-Nord für
 1805 Wirtschaft und Bau stärken und damit auch Synergien erzeugen.

1806

1807 **Innenstadt**

1808

1809 Mit dem Innenstadtkonzept liegt ein geeignetes Instrument zur Entwicklung der City
 1810 und den umliegenden Stadtteilen vor. Dieses Instrument werden wir weiter ent-
 1811 wickeln und umsetzen.

1812

1813 Dazu gehört die Verbesserung der Anbindung an die benachbarten Stadtteile, die
 1814 Entwicklung des Ansgari-Quartiers und seine Einbindung in die Umgebung sowie ein
 1815 neues Parkraumkonzept. Ziel ist es, durch Weiterentwicklung des Altstadtbereichs
 1816 zwischen Wall, Sögestraße, Obernstraße und Bürgermeister-Smidt-Straße, einen
 1817 attraktiven „Rundlauf“ in der Innenstadt zu schaffen. Durch neu gestaltete Verbindun-
 1818 gen in die angrenzenden Stadtviertel, durch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität
 1819 und die Schaffung neuer Einzelhandelsflächen, soll die City noch mehr Charme und
 1820 Anziehungskraft als Ort zum Einkaufen, Arbeiten, Wohnen und zur Freizeitgestaltung

- 1821 erhalten. Mit den Anrainern des Walls werden wir ein Konzept für eine veränderte
1822 Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes entwickeln.
1823
- 1824 Die Bahnhofsvorstadt erbringt mit dem Bahnhof, dem zentralen Straßenbahnknoten
1825 und dem Zentraler Omnibus-Bahnhof (ZOB) wesentliche Leistungen für die Organi-
1826 sation der innerstädtischen Mobilität. Gleichzeitig ist sie ein Ortsteil in dem viele
1827 Bremerinnen und Bremer leben und ihren Alltag verbringen. Die Bahnhofsvorstadt
1828 weist aufgrund ihrer zentralen Lage hohe Potenziale auf. Im Rahmen einer
1829 städtebaulichen Studie werden wir diese Potenziale vertieft untersuchen, auch unter
1830 Einbeziehung freier Flächen der Deutschen Bahn.
1831
- 1832 Die geplanten Verbesserungen für die Discomeile werden umgesetzt. Das Güter-
1833 bahnhofsgelände bleibt Künstlerquartier. An den Problemen der Erschließung wer-
1834 den wir – gemeinsam mit der Deutschen Bahn – arbeiten.
1835
- 1836 **Novelle Landesbauordnung**
1837
- 1838 Wir wollen eine Beschleunigung aller Verfahren erreichen. Unser Ziel ist dabei eine
1839 Vereinfachung der Schaffung von neuem Wohnraum im Bestand.
1840
- 1841 Wir werden die Bremische Landesbauordnung novellieren. Vorschriften und Anreize
1842 zum barrierefreien Bauen und Umbauen sollen geschaffen werden. Wir haben den
1843 Anspruch, dass die Wohnungen barrierefrei erstellt und mindestens zu fünf Prozent
1844 rollstuhlgerecht sind.

Verkehr

1845
1846
1847
1848
1849
1850
1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892

Unser Ziel ist eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bremer Verkehrssystems – für den öffentlichen Nahverkehr, den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr, für Radfahrende sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger. Denn uns geht es darum, die Interessen der Bremerinnen und Bremer, die der Wirtschaft und die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Der Ringschluss der A 281 bleibt für uns das zentrale Ziel der Verkehrspolitik. Mit dem Bauabschnitt 2.2. der A 281 werden wir diesem Vorhaben buchstäblich ein weiteres, wichtiges Stück näher kommen und zu einer deutlichen Verbesserung der Bremer Autobahninfrastruktur und einer Lärmentlastung in Huckelriede beitragen. Mit dem Bau wird unmittelbar nach Vorliegen eines Planfeststellungsbeschlusses begonnen. Die Weserquerung der A 281 wollen wir ebenfalls zügig umsetzen und mit der B 212n eine Verbindung nach Niedersachsen herstellen, die die Ortslagen entlastet aber die Wirtschaftszentren verbindet.

Bremen und Bremerhaven sind Städte der kurzen Wege, in denen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Lernen und Erholung oft dicht beieinanderliegen. Diesen Vorteil werden wir auch in der Verkehrspolitik nutzen.

Mit uns ist Mobilität keine Frage des Geldbeutels. Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ermöglichen und die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer stärken.

Mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan haben wir die Grundlage für ein stadtverträgliches, sicheres, umweltfreundliches und menschengerechtes Verkehrssystem der Zukunft erarbeitet. Dies ermöglicht die Teilhabe aller Menschen und trägt auch den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung. Die Stärkung des Umweltverbundes aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr ist beschlossen.

Durch die Umsetzung von Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplanes wollen wir die optimale Erreichbarkeit für den Personen-, Güter- und Warenverkehr sicherstellen. Auf Grundlage des beschlossenen „Verkehrsentwicklungsplanes Bremen 2025“ (VEP) und der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung werden wir das Verkehrssystem weiter entwickeln und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Wir werden die organisatorischen Voraussetzungen für die zügige Umsetzung des Handlungskonzepts des Verkehrsentwicklungsplans schaffen. Um die Ziele des VEP zu erreichen und die ausgewogenen Maßnahmen des Handlungskonzeptes des VEP umsetzen zu können, sind neben organisatorischen auch personelle Veränderungen notwendig. Dafür werden wir in der Verwaltung ein Team Nahmobilität schaffen.

Wie in allen Kommunen besteht in Bremen und Bremerhaven ein erheblicher Nachholbedarf beim Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und beim Lärmschutz. Wir werden uns beim Bund für die Auflegung eines Verkehrsinfrastrukturprogramms einsetzen. Dafür sind baureife Planungen fachlich und personell vorzubereiten.

1893 **Öffentlicher Nahverkehr**

1894
1895 Wir stehen zur BSAG als kommunalem Nahverkehrsunternehmen. Den ÖPNV, das
1896 Straßenbahn-, S-Bahn- und Busnetz werden wir, insbesondere was die Stadtteilzen-
1897 tren und die Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten am Rand der Stadt angeht, weiter
1898 verbessern und stärker miteinander verknüpfen.

1899
1900 Wir werden das Bus- und Straßenbahnnetz weiter ausbauen. Den bereits
1901 beschlossenen Ausbau der Straßenbahnlinien 1 und 8 über Huchting hinaus in die
1902 niedersächsischen Nachbargemeinden Stuhr und Weyhe werden wir umsetzen, so-
1903 weit die Finanzierung aus GVFG-Mitteln sichergestellt ist. Wir werden die
1904 Straßenbahnverbindung zwischen der östlichen Vorstadt und der Vahr über die
1905 Stresemannstraße/Steubenstraße herstellen, soweit Wirtschaftlichkeit und Finanze-
1906 rung gesichert ist. Die Möglichkeiten für die weiteren Planungen der Straßenbahnli-
1907 nie 2 von Sebaldsbrück über den Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf, die
1908 Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen oder auch die Verlängerung der
1909 Linie 8 zur Universität sind abhängig von der Zukunft der Ko-Finanzierung des
1910 Bundes. Wir werden dabei auch eine Straßenbahnquerverbindung vom Weserwehr
1911 über die Malerstraße in Richtung Sebaldsbrück planen.

1912
1913 Wir werden die Regio-S-Bahn unter Berücksichtigung der Hafenhinterlandverkehre
1914 durch bessere Takte und neue Haltepunkte (Arbergen, Mittelshuchting, Universität,
1915 Stadtamt, Speckenbüttel) stärken. In Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund
1916 VBN und dem Zweckverband ZVBN werden wir den öffentlichen Nahverkehr auch
1917 über die Stadtgrenzen hinaus verbessern, um eine umweltfreundliche Mobilität von
1918 Pendlerinnen und Pendlern zu unterstützen.

1919
1920 Wir setzen uns auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV
1921 und SPNV mit Regionalisierungsmitteln und GVFG-Mitteln ein.

1922
1923 Der Fahrzeugbestand der BSAG muss erneuert werden. Die BSAG benötigt zur
1924 Aufrechterhaltung des derzeitigen und konkret geplanten Leistungsangebotes
1925 neuwertige Straßenbahnen. Hierzu werden 67 Straßenbahnen neu beschafft und 10
1926 durch die BSAG auf neuen Stand gebracht. Der Kauf erfolgt durch die BSAG, die
1927 Kreditfinanzierung anteilig über den Verlustausgleich aus dem Haushalt. Die
1928 entsprechenden Entscheidungen werden wir noch im Jahr 2015 fällen.

1929
1930 Für die zunehmende Bedeutung des Fernreisebusverkehrs werden wir ein neues
1931 Bremer Fernbusreiseterminal zügig realisieren.

1932
1933 Das Stadtticket für Bürgerinnen und Bürger mit geringem oder keinem Einkommen
1934 bleibt ein wichtiges Element unserer Verkehrs- und Sozialpolitik, um möglichst allen
1935 den Zugang zu einem attraktiven ÖPNV zu ermöglichen. Wir werden es auf Dauer zu
1936 einem bezahlbaren Preis einrichten und behutsam weiterentwickeln sowie prüfen, ob
1937 die Übertragbarkeit innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft möglich ist, eventuell mit
1938 einem Aufpreis. Dabei muss das Jobcenter einbezogen werden. Um noch bessere
1939 Konditionen für Kinder und Jugendliche anbieten zu können, wollen wir zum Beispiel
1940 die vergünstigten Azubi-, Schul- und Kindertickets, sowie das Jugendfreizeit- und
1941 Schülerferienticket miteinander verzahnen.

1942

1943 Ein völlig neues Angebot soll den ÖPNV dabei zukünftig ergänzen. Unser Ziel ist es,
 1944 in Bremen eine neue Fährverbindung zwischen Walle, Woltmershausen und
 1945 Gröpelingen einzurichten. In einem weiteren Schritt wollen wir mit dem Verkehrsverbund
 1946 Bremen/Niedersachsen (VBN) Gespräche über Möglichkeiten zur Aufnahme
 1947 der Bremer Fährverbindung in den VBN aufnehmen.

1948
 1949 Wir werden das Park & Ride- und Bike & Ride-Angebot und damit die Umsteigeanreize
 1950 für umweltfreundlichere Verkehrsträger verbessern und außerdem für eine bessere
 1951 Abstimmung des regionalen Bus- und Schienenverkehrs sorgen.

1952
 1953 Für Bremerhaven werden wir uns gegenüber der Deutschen Bahn für eine bessere
 1954 Anbindung an den Fernverkehr nachdrücklich einsetzen.

1955
 1956 **Wirtschaftsverkehre**

1957
 1958 Wir werden den motorisierten Güterverkehr durch das LKW-Führungsnetz auf
 1959 leistungsfähige Haupttrouten konzentrieren und mit einer effektiveren Organisation
 1960 der Innenstadtlogistik umweltfreundliche Akzente setzen. Das steigende
 1961 Güterverkehrsaufkommen soll vorrangig über die Schiene unter Entlastung des
 1962 Bremer Knotens abgewickelt werden. Bremen ist als Zentrum der Metropolregion
 1963 Nordwest auf eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur angewiesen. Das steigende
 1964 Güterverkehrsaufkommen der Hafenhinterlandverkehre von und nach Bremerhaven,
 1965 aber zukünftig auch das des JadeWeserPorts soll vorrangig umweltfreundlich,
 1966 lärmschonend und leistungsfähig über die Schiene abgewickelt werden. Im Schulter-
 1967 schluss mit den anderen norddeutschen Bundesländern setzen wir uns darüber hin-
 1968 aus gegenüber dem Bund für die dringend notwendige Verbesserung der Hinterland-
 1969 anbindungen ein. Dabei müssen auch unter Ausnutzung nicht bundeseigener Bahn-
 1970 anlagen, wie die Alternativstrecke über Rotenburg und Bremervörde der Eisenbahn-
 1971 und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser (evb), kurzfristig umsetzbare Umfahrungsoptionen
 1972 für den Bremer Hauptbahnhof realisiert werden – nicht nur um bessere Bedingungen
 1973 für den Güterverkehr auf der Schiene zu schaffen, sondern auch um die Lärmbe-
 1974 lastung der Anwohnerinnen und Anwohner in Bremen und Bremerhaven entlang der
 1975 Gleise zu reduzieren. In enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen, der DB
 1976 AG und den Bundesministerien werden wir uns für eine verbesserte Anbindung
 1977 dieses Netzes in Bremerhaven-Wulsdorf sowie in Rotenburg einsetzen und zudem
 1978 die Planungen einer Elektrifizierung vorantreiben.

1979
 1980 **Radverkehr**

1981
 1982 Wir werden das Radfahren in Bremen noch bequemer und angenehmer machen: mit
 1983 Fahrradpiktogrammen, verbesserter Sicherheit in Kreuzungsbereichen, grünen Wel-
 1984 len und mehr Radbügeln. Wir werden das Programm zum fahrradfreundlichen Um-
 1985 bau von Knotenpunkten des Hauptstraßennetzes fortsetzen. Zusammen mit den
 1986 Beiräten werden wir weitere Fahrradstraßen mit selbsterklärender Gestaltung
 1987 ermöglichen. Wir werden ein Fahrradmodellquartier schaffen, dass zusätzlich zu
 1988 Fahrradstraßen auch Reparaturmöglichkeiten, Abstellflächen und Pumpstationen
 1989 anbieten. Hierzu gehört auch, in Neubauten mehr geschützte Fahrradabstellplätze zu
 1990 schaffen und die Nutzung von Tiefgaragen für Fahrräder zu realisieren. Der Bedarf
 1991 an sicheren und überdachten Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt für Fahrräder
 1992 wächst. Wir schaffen Abstellanlagen für die Innenstadt inklusive Parkplätze für

1993 Lastenräder und Gepäckabstellmöglichkeiten für die vielen Radtouristen. Die gute
 1994 Erreichbarkeit des Hauptbahnhofs inklusive der Radstation werden wir sicherstellen.

1995

1996 Im Verkehrsentwicklungsplan wurden acht Premium-Radrouten beschlossen. Wir
 1997 werden vorrangig die Verlängerung der bestehenden Fahrradroute von der Innen-
 1998 stadt bis zur Universität durch die Neustadt nach Huchting sowie eine Nord-Süd-
 1999 Verbindung von Hemelingen/Osterholz durch den Bremer Westen bis Blumenthal als
 2000 Premiumroute realisieren. Auch Fahrradroutes zwischen den Stadt- und Ortsteilen
 2001 werden wir optimieren und bestehende Querungshindernisse beseitigen.

2002

2003 Darüber hinaus werden wir zur weiteren Förderung des Radtourismus die
 2004 Radwanderwege deutlich verbessern.

2005

2006 Bremen muss auf der nationalen und internationalen Landkarte herausragender
 2007 Fahrradstädte sichtbar werden. Deshalb werden wir das Programm „bike
 2008 it“ fortsetzen, das Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing mit der Verkehrs- und
 2009 Quartiersplanung verbindet. Wir wollen uns für die Durchführung der internationalen
 2010 Konferenz „Velo City 2019“ bewerben.

2011

2012 **Fußgänger und Barrierefreiheit**

2013

2014 Wir werden die stärkere Trennung von Rad- und Fußverkehr fördern und mehr Hilfen
 2015 zur Querung von Straßen durch Fußgängerinnen und Fußgänger einrichten. Wir wer-
 2016 den die Belange des Fußverkehrs außerdem durch mehr fußgängerfreundliche
 2017 Kreuzungen, Zebrastreifen und Ampelschaltungen verbessern.

2018

2019 Wir wollen barrierefrei gestaltete Verkehrswege und Verkehrsmittel, aber auch das
 2020 Freihalten von Radwegen für den Radverkehr und von Fußwegen, vor allem für
 2021 Menschen mit Behinderungen, mit Rollatoren und Rollstühlen und Eltern mit
 2022 Kinderwagen. Wir werden daher die Programme für die Barrierefreiheit von Bus- und
 2023 Bahnhaltstellen konsequent weiter umsetzen. Verbesserungen der Barrierefreiheit
 2024 sind hauptsächlich an zentralen Orten notwendig.

2025

2026 **Elektromobilität und Carsharing**

2027

2028 Beim Carsharing ist Bremen bundesweit führend. Die Nutzerzahl konnte von 6.000
 2029 auf 10.000 erhöht werden, bis zum Jahr 2020 sollen es deutlich mehr als 20.000
 2030 Nutzerinnen und Nutzer werden. Das in Bremen angebotene Carsharing-System soll
 2031 ausdifferenziert werden und Angebote weiterer Unternehmen ermöglicht werden.
 2032 Dabei sind auch elektromobile Konzepte zu berücksichtigen. Insbesondere am Stadt-
 2033 rand soll es mehr Carsharing-Plätze geben. Fahrgemeinschaften leisten einen Bei-
 2034 trag zur Verkehrsentlastung. Abstellmöglichkeiten und Umsteigemöglichkeiten wer-
 2035 den wir verbessern.

2036

2037 Wir werden die Elektromobilität mit Strom aus erneuerbaren Energien unterstützen,
 2038 z. B. mit besseren Rahmenbedingungen bei Parkplätzen und Lademöglichkeiten und
 2039 der Förderung von Pedelecs. Mit den Nachbargemeinden werden wir ein regionales
 2040 Verkehrskonzept zur Unterstützung von Elektromobilität entwickeln.

2041

Lärmschutz

2042

2043

2044

2045

2046

2047

2048

2049

2050

2051

2052

2053

2054

2055

2056

2057

2058

2059

2060

2061

2062

2063

2064

2065

2066

2067

2068

2069

2070

2071

2072

Lärm ist keineswegs ein „Problem für Empfindliche“, sondern gefährdet generell die Gesundheit. Daher wollen wir die Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch, Gesundheit und Umwelt nachhaltig und spürbar reduzieren. Deshalb haben wir einen konkreten Lärmreduzierungsplan für Bremen aufgestellt, dessen Maßnahmen wir Schritt für Schritt umsetzen werden. In Wohnstraßen setzen wir, um den Verkehrslärm zu senken, auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung – dort sollen künftig nur noch 30 Kilometer pro Stunde erlaubt sein.

Der Bahnlärm, insbesondere durch Zunahme des Güterverkehrs, muss durch technische Maßnahmen an den Fahrzeugen (leisere Bremsen) und am Schienennetz reduziert werden. Auch den Lärmschutz an den Bahnlinien werden wir gemeinsam mit der Deutschen Bahn intensivieren. Wir wollen die Einrichtung einer Bahnlärm-Messstelle (Bahnlärm-Monitoring) und werden diese gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG zügig realisieren.

Wir stellen weiterhin 250.000 Euro für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung. Das bewährte Schallschutzfensterprogramm werden wir fortsetzen. Mit den Bremer Unternehmen werden wir Maßnahmen zur Reduzierung von Gewerbelärm vereinbaren. Wir werden uns außerdem, auch auf Bundesebene, für eine weitere Absenkung der Lärm-Grenzwerte einsetzen.

Verkehrssicherheit

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden wir ein integriertes Verkehrssicherheitskonzept für Bremen und Bremerhaven erarbeiten. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten zu halbieren. Dafür werden wir gefährliche Kreuzungsbereiche entschärfen, Sichtbeziehungen verbessern und mehr Tempo 30 einführen. In der Umgebung von Schulen und Kindergärten werden wir überall Tempo 30 einführen.

2073 **Landwirtschaft**

2074

2075 Die Bremer Landwirtschaft stellt in unmittelbarer Stadtnähe viele unterschiedliche
 2076 Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereit. So werden durch die Landwirt-
 2077 schaft neben der Nahrungsmittelproduktion wichtige Aufgaben des Arten- und Bio-
 2078 topschutzes, des Ressourcenschutz sowie des Erhalts und der Pflege der Kulturland-
 2079 schaft übernommen. Die Bedeutung des ökologischen Landbaus hat in Bremen in
 2080 den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen und soll sich weiter deutlich
 2081 steigern.

2082

2083 Die landwirtschaftlichen Flächen in Bremen stehen unter hohem Druck durch
 2084 Infrastrukturausbau, Gewerbeansiedlungen und Wohnungsbau sowie durch die
 2085 Erfordernisse ökologischer Kompensation und der Sicherung des Naturhaushalts
 2086 und der Biodiversität. Um die bäuerliche Landwirtschaft in Bremen zu erhalten, sind
 2087 ausreichend landwirtschaftliche Flächenkapazitäten abzusichern.

2088

2089 Landschaftsplanerische Maßnahmen sind in Kooperation mit der Landwirtschaft um-
 2090 zusetzen. Die Kooperationsabkommen mit Niedersachsen sind fortzusetzen und zu
 2091 vertiefen.

2092

2093 **Biostadt**

2094

2095 Bremen hat sich auf den Weg gemacht „Biostadt“ zu werden. Biostadt Bremen ist im
 2096 Sinne der Nachhaltigkeit eine bedeutende und attraktive Aufgabenstellung, an der
 2097 ressortübergreifend gearbeitet wird. Neben dem Beitrag zu bewussterer Ernährung in
 2098 öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Mensen und Kantinen der kommunal-
 2099 en Verwaltung sowie bei Bremer Großveranstaltungen und in der Gastronomie bietet
 2100 Biostadt Bremen dem Handel, der Verarbeitungswirtschaft, den Landwirten, der
 2101 Gastronomie und dem Tourismus gute Chancen die Betriebe am Markt besser zu
 2102 positionieren und damit den Anteil von Bioprodukten deutlich zu erhöhen.

2103

2104 Um die Biostadt-Idee über die Grenzen Bremens hinaus zu unterstützen, wird
 2105 Bremen die Voraussetzungen schaffen, sich am Netzwerk Bio-Städte, -Gemeinden
 2106 und -Landkreise zu beteiligen.

2107

2108 **Kinder und Bildung**

2109 **Gute Bildung in wachsenden Städten**

2110 Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Teilhabe
2111 an der Gesellschaft, zu Guter Arbeit und nicht zuletzt zur Bekämpfung von Armut.

2112 Frühkindliche Bildung im Elementarbereich umfasst die gesamte Persönlichkeit des
2113 Kindes. Grundschulen knüpfen dort an, setzen diesen Prozess fort und fördern die
2114 Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit der Kinder. So werden die Voraussetzungen
2115 geschaffen, damit der weitere Bildungsweg gelingt.

2116 Bildungschancen und Schulerfolg dürfen nicht von der familiären Situation, der Her-
2117 kunft oder dem sozialen Umfeld abhängen.

2118 Dafür brauchen wir starke und verantwortliche Schulen, die eine verlässliche
2119 Unterrichtsversorgung gewährleisten und die die unterschiedlichen Begabungen und
2120 die Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen fördern.

2121 Wir werden deshalb in der kommenden Legislaturperiode die folgenden Schwer-
2122 punkte setzen:

- 2123 • Wir bündeln die Erziehungs- und Bildungsaufgaben für den Elementarbereich
- 2124 sowie die Aufgaben der schulischen Bildung;
- 2125 • wir stärken die Eigenständigkeit und die Verantwortung der allgemeinbildenden
- 2126 Schulen;
- 2127 • wir verbessern die Personalausstattung der Schulen;
- 2128 • wir sorgen für eine Verlässlichkeit des Unterrichts;
- 2129 • wir unterstützen die Schulen bei der Umsetzung der Inklusion;
- 2130 • wir richten mehr Ganztagschulen ein;
- 2131 • wir investieren in die Qualitätsentwicklung des Unterrichts.

2132 In unserem zweigliedrigen Schulsystem können alle Schülerinnen und Schüler an
2133 Oberschulen oder Gymnasien in unterschiedlichem Tempo jeden Schulabschluss
2134 erlangen: das Abitur an Gymnasien nach acht Jahren, an Oberschulen in der Regel
2135 nach neun Jahren. Alternative Bildungswege ergeben sich an den beruflichen Schu-
2136 len.

2137 Wir stehen zum Bildungskonsens. Auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen
2138 werden wir die Schulreform jetzt evaluieren und bewerten. Auf dieser Grundlage bie-
2139 ten wir für die weiteren Entwicklungsschritte über das Jahr 2018 hinaus die Fortset-
2140 zung des Bildungskonsenses an.

2141 Gute Bildung ist nicht allein die Aufgabe der Länder. Gerade die
2142 gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung, der Inklusio-
2143 n und der Entwicklung des Ganztags zeigen, dass es sich hierbei um eine natio-
2144 nale Aufgabe handelt. Wir setzen uns deshalb für die vollständige Abschaffung des
2145 Kooperationsverbots von Bund und Ländern ein.

2156

2157 Gute Bildung und Erziehung von Anfang an

2158

2159 Die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes steht im Mittelpunkt der Bildungsprozesse.
2160 Die entwicklungsfördernde Bildung und Erziehung ist eines der bedeutsamsten und
2161 dringendsten Bildungsthemen. Die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit und Teil-
2162 habe an der Gesellschaft ist ohne die Einbeziehung der frühkindlichen Bildung nicht
2163 möglich. Darum wollen wir die Krippen und Kindertagesstätten in ihrer Entwicklungs-
2164 und Bildungsarbeit von Anfang an deutlich stärken.

2165

2166 Für uns ist eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung für alle Kinder ein ganz
2167 zentraler Aspekt der Kinder- und Jugendpolitik. Wir wollen die Entwicklung aller Kin-
2168 der von Geburt an konsequent fördern, ihre Teilhabe und soziale Integration
2169 gewährleisten. Nur ein sozial ausgewogenes und bedarfsbezogenes Angebot ebnet
2170 den Kindern einen erfolgreichen Weg in die Zukunft.

2171

2172 Die Chancen der frühen Bildung werden wir verstärkt nutzen und einen gemeinsa-
2173 men Bildungsplan für den Kindergarten und die Grundschule entwickeln, um eine
2174 größtmögliche Kontinuität der Lernentwicklung in diesem Übergangsprozess zu si-
2175 chern. Eine enge institutionelle Verzahnung zwischen der Bildungs- und Kinderpolitik
2176 ist dabei eine wesentliche Voraussetzung, um den Herausforderungen einer guten
2177 Förderung aller Kinder von Anfang an gerecht zu werden. In der Stadtgemeinde
2178 Bremen werden wir auf der Grundlage eines gemeinsamen Rahmenplans „Bildung
2179 und Erziehung“ (0-10 Jahre) die Arbeitsgebiete des Elementar- und des Schulbe-
2180 reichs in der Zuständigkeit des neu zu bildenden Ressorts zusammenführen.
2181 Schwerpunkte eines solchen Rahmenbildungsplans sollen die Bereiche Sprachförde-
2182 rung, Inklusion, Armutsprävention, Elternarbeit und die konkrete Gestaltung des
2183 Übergangs sein.

2184

2185 Der Bildungsauftrag der Kindergärten mit seiner Ausrichtung auf den Alltag, der
2186 Lebenswelt und das Interesse der Kinder mit der Betonung der „Freiwilligkeit“ leisten
2187 dabei einen wichtigen Beitrag.

2188

2189 Das von uns in der letzten Legislaturperiode eingeführte Frühfördersystem bleibt
2190 erhalten. Zudem werden wir dafür sorgen, dass die gültigen tariflichen Vereinbarun-
2191 gen bei dem Ressortwechsel ebenfalls erhalten bleiben.

2192

2193 Die Zusammenführung findet partnerschaftlich auf der Grundlage der Anerkennung
2194 der gegenseitigen Professionalität und der Gleichwertigkeit in einem neuen Ressort
2195 Kinder und Bildung statt. Alle Einrichtungen der Kindertagesbetreuung der
2196 verschiedenen Träger werden dem neuen Ressort Kinder und Bildung zugeordnet,
2197 die bislang im Sozialressort vorgehaltenen Ressourcen für die Einrichtungen der
2198 Kindertagesbetreuung einschließlich der Hortbetreuung und Kita Bremen werden in
2199 das neue Ressort Kinder und Bildung übertragen. Der Bereich der Jugendhilfe ver-
2200 bleibt im Sozialressort.

2201

2202 Diesen Prozess unterstützen wir durch eine externe Begleitung und durch die
2203 Einbeziehung von Erfahrungen anderer Bundesländer. Die vorhandenen Erfahrun-
2204 gen bei der Zusammenarbeit zwischen dem Kita- und dem Grundschulbereich in
2205 Bremen sollen dabei genutzt werden.

2206

2207 Die Zusammenführung der Aufgaben in dem neuen Ressorts Kinder und Bildung soll
2208 bis Sommer 2016 abgeschlossen werden. Für diesen Prozess wird eine
2209 Senatskommission aus den Ressorts Kinder und Bildung, Soziales, Finanzen, Justiz
2210 und der Senatskanzlei eingerichtet, die zügig und lösungsorientiert die Übertragung
2211 von Zuständigkeiten, Personal und Haushaltsmitteln organisatorisch umsetzen wird,
2212 so dass das Ressort Kinder und Bildung umgehend für die entsprechenden Aufga-
2213 ben Träger der Jugendhilfe wird. Das BremKTG und das BremAGKJHG werden
2214 entsprechend angepasst.

2215
2216 Damit werden wir den Übergang von der Kita in die Schule eng verbinden. Ziel ist
2217 eine verbindliche, gemeinsam abgestimmte Bildungsarbeit aller beteiligten Institutio-
2218 nen, die Weiterentwicklung der Sprachförderung von Anfang an und die gelingende
2219 Gestaltung der Übergänge. Der Übergang soll für die Kinder leicht und für die Eltern
2220 verständlich sein.

2221
2222 Die Kindertagesbetreuung wird weiter ausgebaut und flexibilisiert. Der Ausbau wird
2223 so gestaltet, dass alle Eltern sich angesprochen fühlen und auf die Angebote in ihren
2224 Stadtteilen zugehen. Damit eine verstärkte Nachfrage entstehen kann, braucht es in
2225 allen Orts- und Stadtteilen ausreichende Plätze, aber auch eine Vielfalt von
2226 Einrichtungen mit flexiblen Angeboten. Die Trägervielfalt und Trägergerechtigkeit
2227 sind für uns hohe Güter.

2228
2229 Die Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen in der Stadt Bremen wollen wir
2230 ausweiten, um so – bei Beibehaltung hoher Qualitätsstandards in der Betreuung –
2231 eine Versorgungsquote von mindestens 50 Prozent in allen Stadtteilen zu erreichen.
2232 Wir wollen die Anstrengungen der Kommunen orientiert an gleichen Standards durch
2233 Bundes- und Landesmittel unterstützen. Damit soll auch die Versorgung mit
2234 Betreuungsplätzen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil armer und benachteiligter
2235 Bevölkerung durch ein (Neubau-) Programm mit standardisierten Ausbaumodulen
2236 und orientiert an bundesweiten Betreuungs- und Baustandards ausgeglichen werden,
2237 um so – im Sinne einer aufholenden Entwicklung – den Anschluss an die übrigen
2238 Quartiere zu erreichen. Darüber hinaus soll insbesondere für Familien in schwierigen
2239 Lebenslagen der Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen erleichtert werden. Die
2240 erfreuliche Entwicklung bei den Kinderzahlen erfordert auch eine erhöhte Anstren-
2241 gung im Erhalt und Ausbau der Versorgungskapazitäten bei den 3-6 jährigen Kindern.
2242 Das Ziel, eine 98 % Platzkapazität für diese Altersgruppe vorzuhalten, macht auch
2243 einen Ausbau durch Neubauten notwendig. Dabei werden die bestehenden
2244 Einrichtungen so aus- und umgebaut, dass an möglichst vielen Standorten eine
2245 durchgängige Förderung vom ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ermöglicht wird.

2246
2247 Wir brauchen mehr ganztägige Angebote für alle Kinder von Anfang an. Den
2248 Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab
2249 dem ersten Geburtstag ausweiten. Bei aller Ausweitung zu ganztägigen Angeboten
2250 bleibt jedoch die Notwendigkeit der zeitlichen Flexibilisierung des
2251 Betreuungsangebotes wegen der sehr unterschiedlichen Lebenssituation der Eltern
2252 von Kindern in diesem Alter von großer Bedeutung.

2253
2254 Das kostenlose, gesunde Mittagessen in Kitas, Horten und Grundschulen soll für alle
2255 Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben.

2256

2257 Mit geeigneten Projekten wollen wir so früh wie möglich bei Kindern und Jugendli-
 2258 chen die Begeisterung für Bewegung und Sport wecken. Im Rahmen der
 2259 Ganztagsbetreuung in Kita und Schule müssen Bewegung und Sport einen
 2260 angemessenen Platz haben. Deshalb sollen Kooperationen von Kitas und Schulen
 2261 mit Sportvereinen vor Ort stärker als bisher initiiert und gefördert werden.

2262
 2263 Der regelmäßige Aufenthalt in der Natur ist wichtig für eine gesunde körperliche,
 2264 psychische und soziale Entwicklung von Kindern. Darum wollen wir naturnahe
 2265 pädagogische Angebote ausweiten und Partnerschaften zwischen Kindergärten und
 2266 Kleingartenvereinen fördern.

2267
 2268 Die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung müssen nach Gesprächen mit den
 2269 Elternvertretungen sozial gerecht und rechtsfest gestaltet werden. Es dürfen keine
 2270 Zugangshürden für Familien mit geringem Einkommen entstehen. Die Beitragserhe-
 2271 bung wollen wir zentralisieren und vereinfachen.

2272
 2273 Wir setzen auf Vielfalt der Angebote und Träger und wollen die politische Steuerung
 2274 der Angebotslandschaft aufrechterhalten.

2275
 2276 Wir werden uns weiterhin für die Abschaffung des Betreuungsgeldes einsetzen.

2277
 2278 Die Weiterentwicklung der Kitas zu Kinder- und Familienzentren soll fortgeführt wer-
 2279 den. Damit sollen Elternarbeit, Kinderschutz, Frühförderung und die alltagsintegrierte
 2280 Sprachförderung insbesondere in den Stadtteilen mit einem hohen Anteil armer
 2281 Bevölkerung zu einem inklusiven Angebot ausgebaut werden.

2282
 2283 Es soll ein Ganztagsschulprogramm geben. Schulkinderbetreuung soll auf Bildung
 2284 übertragen werden. Da wo Ganztagsschulen entstehen, werden die Hortangebote
 2285 sukzessive abgebaut. Der fachliche Anspruch und das Know-how werden in die
 2286 Schulstandorte integriert.

2287
 2288 Kindergärten sind wichtige Bildungseinrichtungen. Für alle Kinder und ihre Eltern ist
 2289 Sprache der Schlüssel zur Welt, daher wollen wir vor allem die Sprach- und
 2290 Leseförderung im frühen Alter verstärken. Kitas in sozial benachteiligten Quartieren
 2291 sollen eine qualifizierte Fachkraft für eine alltagsintegrierte Sprachförderung bekom-
 2292 men.

2293
 2294 Wir wollen den Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets weiter
 2295 erleichtern, um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aktiv zu fördern.

2296
 2297 **Gute Bildung in eigenständigen Schulen**

2298
 2299 Wir werden die Eigenständigkeit der allgemeinbildenden Schulen ausbauen und
 2300 ihnen nach dem Vorbild der beruflichen Schulen eine stärkere Budgetverantwortung
 2301 und mehr Autonomie beim Personaleinsatz geben. In diesem Zusammenhang wer-
 2302 den wir auch ihre Steuerungs- und Verwaltungskompetenz erhöhen. Diesen Prozess
 2303 wollen wir behutsam und gemeinsam mit den Schulen gestalten. Dies stärkt die
 2304 Verlässlichkeit vor Ort.

2305
 2306 Durch ihre Eigenständigkeit erhalten die Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten.
 2307 Damit unterstützen wir didaktische und pädagogische Konzeptentwicklungen jeder

2308 einzelnen Schule, zur Stärkung von Innovation und Engagement. Alle Schulen sollen
 2309 ein Qualitätsmanagement einführen, denn es dient der Schulentwicklung und der
 2310 Weiterentwicklung der pädagogischen Kompetenz. Dies findet im Dialog vor Ort zwi-
 2311 schen Schule, Eltern und Schülerinnen und Schülern statt.

2312
 2313 Abläufe in der schulischen Organisation sollen verlässlich strukturiert werden. Auf
 2314 diese Weise werden wir auch den schulorganisatorisch bedingten Unterrichtsausfall
 2315 reduzieren. Fortbildungen sollen weitgehend in der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt
 2316 werden.

2317
 2318 Wir werden eine gezielte Berufseinstiegsbegleitung für junge Lehrerinnen und Lehrer
 2319 einführen und ein Personalentwicklungskonzept für unsere Lehrkräfte entwickeln.
 2320 Durch ein verbindliches Gesundheitsmanagement an den Schulen wollen wir darüber
 2321 hinaus fördern, dass die Lehrerinnen und Lehrer körperlich und seelisch gesund blei-
 2322 ben.

2323
 2324 **Gute Bildung durch Verlässlichkeit des Unterrichts**

2325
 2326 Wir sichern die Unterrichtsversorgung, indem wir alle Schulen im Land Bremen nach
 2327 einheitlichen und transparenten Kriterien auf der Basis einer Zuweisungsrichtlinie mit
 2328 Ressourcen ausstatten, die den tatsächlichen Bedarf in den Schulen absichern und
 2329 Gerechtigkeit zwischen den Schulen herstellt.

2330
 2331 Wir organisieren verlässlich Vertretungsunterricht. Alle Schulen erhalten künftig eine
 2332 Vertretungsreserve, die einen krankheitsbedingten oder durch Schwangerschaften
 2333 bedingten Unterrichtsausfall abdeckt. Alle durch den Mutterschutz bedingten
 2334 Vertretungsanlässe werden zu 100 Prozent ersetzt. Für Vertretungsanlässe, die
 2335 durch Fortbildungsverpflichtungen während der Unterrichtszeit entstehen, sehen wir
 2336 ebenfalls eine Reserve vor. Die Einzelschulen sollen selbständig über ein Budget
 2337 verfügen, um bei Unterrichtsausfall schnell und effizient reagieren zu können.

2338
 2339 Die Ausstattung des gegenwärtigen Vertretungspools werden wir fortschreiben und
 2340 zur weiteren Reduzierung des Unterrichtsausfalls in Bremen und Bremerhaven
 2341 zusätzlich ein Volumen im Umfang von 105 Stellen vorsehen.

2342
 2343 **Gute Bildung für bestmöglichen Lernerfolg**

2344
 2345 Wir werden die leistungsförderlichen Lernvoraussetzungen unserer Kinder und
 2346 Jugendlichen weiter verbessern. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf den
 2347 Elementar- und Primarbereich, denn dort wird durch die Verbesserung der
 2348 Leistungsfähigkeit die Grundlage für das erfolgreiche Lernen gelegt. Wir wollen, dass
 2349 mehr Kinder nach der vierten Klasse die Lernziele für den Übergang in die
 2350 weiterführenden Schulen erreichen.

2351
 2352 Sprache bedeutet Teilhabe – wir setzen auf eine systematische Sprachbildung,
 2353 angefangen vom Elementarbereich bis in die Oberstufe und die berufsbildenden
 2354 Schulen. Dazu werden wir die Sprachbildung durch zusätzliche Angebote ergänzen
 2355 und sie im Unterricht aller Fächer verankern. Wir werden die Bildungsangebote bes-
 2356 ser miteinander verbinden.

2357

2358 Künftig soll die individuelle Sprach- und Lernentwicklung konsequent dokumentiert
2359 werden. Dafür wird ein durchgängiges Sprachbildungskonzept für die Schulen sowie
2360 für berufsbegleitenden Sprachunterricht in der beruflichen Bildung entwickelt.

2361
2362 Zu diesem Zweck werden wir unsere Förderangebote nicht nur im sprachlichen, son-
2363 dern auch im mathematischen Bereich ausweiten und die Lernzeit in der Grund-
2364 schule verlängern. In den zweiten und fünften Klassen werden wir eine Feststellung
2365 der individuellen Lernausgangslagen einführen, damit in den Schulen eine zielge-
2366 naue Förderung stattfindet. Für die Umsetzung dieser speziellen Fördermaßnahmen
2367 werden wir in Bremen und Bremerhaven zusätzlich ein Volumen von 34 Stellen
2368 vorsehen.

2369
2370 Wir werden den muttersprachlichen Unterricht sowie die Mehrsprachigkeit fördern.
2371 Auf der Basis des Entwicklungsplans „Migration und Bildung“ wollen wir zudem die
2372 interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte stärken und die Eltern besser einbinden und
2373 beteiligen.

2374
2375 Wir werden sicherstellen, dass alle Flüchtlingskinder ihr Recht auf Bildung wahrneh-
2376 men können. Für den in den kommenden Jahren weiterhin zu erwartenden Zuzug
2377 von Flüchtlingen und Menschen aus dem europäischen Raum müssen wir spezielle
2378 Unterstützungs- und Förderangebote bereithalten, um ihnen gute Bildung zu ermögli-
2379 chen. Wir brauchen dazu mehr schulische Vorkurse, qualifiziertes Personal sowie
2380 spezielle Förderung im Regelunterricht und bei der beruflichen Integration. Hierzu
2381 wird auf Mittel des Bundes zurückgegriffen. Sozialpädagogische Unterstützung soll
2382 gewährleisten, dass die besondere Belastungssituation von Flüchtlingen verbessert
2383 wird.

2384
2385 Gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche muss mehr Zeit zum Lernen und
2386 für die Lernbegleitung zur Verfügung gestellt werden. Auch deshalb machen wir uns
2387 dafür stark, dass die betreffenden Schulen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbei-
2388 tern ausgestattet werden. Dabei ist eine stärkere Öffnung der Schulen zu ihren
2389 Stadtteilen wichtig. Wir werden deshalb in der Stadtgemeinde Bremen die vorhan-
2390 dene Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeiterinnen und -arbeitern im Volumen
2391 von 45 Stellen verstetigen.

2392
2393 Die musikalischen, künstlerischen und sportlichen Kompetenzen der Schülerinnen
2394 und Schüler wollen wir im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung för-
2395 dern. Wir werden daher die Kooperationen zwischen den Schulen, den Einrichtungen
2396 und Vereinen im kulturellen und sportlichen Bereich ausbauen und die vielfältigen
2397 Initiativen in die Strukturen der Schulen einbinden.

2398
2399 Die politische Bildung in unseren Schulen und die konkreten Möglichkeiten der
2400 Beteiligung in schulischen Gremien werden wir von Anfang an stärken, um so Ein-
2401 stellungen und Haltungen gegen Ausgrenzung und für sozialen Zusammenhalt zu
2402 fördern. Wir wollen deshalb, dass politische Themen an den Schulen künftig eine
2403 größere Rolle spielen und wollen daher die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der
2404 politischen Bildung ausbauen. Zudem wollen wir auch das Verständnis für wirt-
2405 schaftliche Zusammenhänge erhöhen, indem wir entsprechende Themen stärker in
2406 den Unterricht einfließen lassen.

2407

2408 Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung haben keinen Platz an unseren Schulen.
 2409 Wir werden uns dafür einsetzen, dass noch mehr Schulen im Land Bremen zu
 2410 offiziellen „Schulen ohne Rassismus“ werden und sich aktiv im Schulleben mit dem
 2411 Thema auseinandersetzen.

2412
 2413 Zur weiteren Steigerung der Unterrichtsqualität sollen künftig die Ergebnisse der Bil-
 2414 dungsforschung und von Lernstandserhebungen besser genutzt werden. Wir wollen
 2415 die Lehrerinnen und Lehrer dabei unterstützen, die Ergebnisse konkret für die
 2416 Verbesserung des eigenen Unterrichts umzusetzen.

2417
 2418 Auch das System der internen Überprüfung und Bewertung des Unterrichts werden
 2419 wir dazu weiter ausbauen – unter anderem, indem wir Schülerinnen und Schülern
 2420 sowie Eltern die Möglichkeit geben, in einem geordneten Verfahren selbst konkrete
 2421 Rückmeldungen zu geben, damit die Schulen den Unterricht verbessern können.

2422
 2423 Wir wollen die Oberschulen in den Regionen durch attraktive Profile weiter stärken.
 2424 Statt dabei Konkurrenz zwischen Schulen zu fördern, setzen wir auf Kooperationen:
 2425 In den Regionen sollen sich die Angebote der einzelnen Schulen ergänzen, um so
 2426 ein umfassendes Bildungsangebot zu schaffen.

2427
 2428 In den Oberstufen wollen wir durch eine entsprechende Jahrgangsbreite ein mög-
 2429 lichst vielfältiges Profilangebot schaffen, um so zu erreichen, dass noch mehr junge
 2430 Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken nutzen können, um einen
 2431 Hochschulzugang zu erwerben oder eine Berufsausbildung zu beginnen.

2432
 2433 **Gute Ganztagschulen**

2434
 2435 Wir streben den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Grundschulbe-
 2436 reich an und orientieren uns dabei vorwiegend an den Sozialindikatoren. Standards
 2437 sind wichtig für Ganztagschulen, damit diese Schulen zu einem guten Bildungsort
 2438 für alle Kinder und Jugendliche werden.

2439
 2440 Für diesen Ausbau des Ganztags in den Grundschulen und weiterführenden Schulen
 2441 benötigen wir innerhalb der nächsten vier Jahre zunächst ein Volumen von zusätzlich
 2442 15 Stellen sowie konsumtive Mittel u.a. für die Beschäftigung von Erzieherinnen und
 2443 Erziehern.

2444
 2445 Für die Umsetzung dieses Programms werden wir die Kompetenzen, Ausstattungen
 2446 und personellen Ressourcen der Horteinrichtungen einbeziehen und ein einheitliches
 2447 Beschäftigungsverhältnis umsetzen, das dem Prinzip der Guten Arbeit entspricht.

2448
 2449 **Gute Schulen sind inklusiv**

2450
 2451 Bremen ist heute deutschlandweit führend im Bereich der schulischen Inklusion.
 2452 Grundsätzlich sollen alle Begabungen der Schülerinnen und Schüler ihren
 2453 Möglichkeiten entsprechend angemessen gefördert und gefordert werden. Dazu
 2454 gehören auch die Förderungen besonderer Begabungen und von Hochbegabungen.
 2455 Die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt des
 2456 Unterrichts stehen. Damit dies gelingt, wollen wir mehr darauf bezogene Fortbildun-
 2457 gen zur Entwicklung neuer Lernkulturen anbieten.

2458

2459 Die Unterstützungseinrichtungen für die Schulen, die Zentren für unterstützende
2460 Pädagogik (ZuP) und die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ)
2461 werden wir stärken und weiter ausbauen. Für Schülerinnen und Schüler mit stärkeren
2462 Verhaltensproblemen benötigen wir außerhalb des Regelunterrichts zeitweise
2463 pädagogisch-praktische Angebote. Dies kann ihr Verhalten stabilisieren und eine
2464 Beschulung im Regelunterricht wieder möglich machen.

2465
2466 Auf der Basis der bestehenden Vereinbarungen werden wir deshalb die Ausstattung
2467 der ReBUZ und ZuP schrittweise um das Volumen von 20 Stellen erhöhen.

2468
2469 Wir werden den Entwicklungsplan Inklusion anpassen, weiterentwickeln und
2470 Qualitätsstandards für inklusive Beschulung definieren. Durch eine transparentere
2471 Lehrerstundenzuweisung an die Schulen und durch eine Ausstattung, die der erhöhten
2472 Quote von Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf entspricht,
2473 werden wir die Professionalität und die Qualität der Schulen verbessern. Dafür werden
2474 wir zusätzlich ein Volumen von 26 Stellen zur Verfügung stellen. Über ihren Einsatz
2475 sollen die Schulen gemeinsam mit den ReBUZ nach fachlichen Erwägungen
2476 und entsprechend der jeweiligen Ausgangslage ihrer Schülerinnen und Schüler
2477 entscheiden.

2478
2479 Die durchgängigen Gymnasien müssen ebenfalls neue Lehr- und Lernkulturen
2480 einbeziehen und mehr Inklusion umsetzen. Wichtig ist, dass auch die Privatschulen
2481 offen für alle Kinder und Jugendlichen bleiben und sich den Anforderungen der UN-
2482 Behindertenrechtskonvention stellen. Kinder mit Beeinträchtigung, die eine Privatschule
2483 besuchen, erhalten die Fahrtkosten bis zu der Größenordnung erstattet, die für den
2484 Besuch der nächstgelegenen, geeigneten, staatlichen Schule entstehen würden.

2485
2486 Die bisherige Feststellungsdiagnostik zur Ermittlung von besonderem Förderbedarf
2487 werden wir bis zum Jahr 2018 abschaffen Bis dahin werden wir ein Konzept, zur
2488 individuellen Förderdiagnostik unter Einbeziehung von Experten entwickeln, entsprechende
2489 Förderressourcen werden gemäß der Zuweisungsrichtlinie bereitgestellt. Dabei soll
2490 eine individuelle, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasste Förderung sichergestellt
2491 werden, ohne Kinder mit Beeinträchtigungen zu stigmatisieren.

2492
2493
2494 Durch entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt werden, an
2495 allen Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache,
2496 Interkulturalität sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher als verbindliche
2497 Ausbildungsbestandteile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden.

2498
2499 Darüber hinaus gehören umfangreiche Praxiserfahrungen zu einer guten
2500 Lehramtsausbildung. Auch die Lehre an der Universität wollen wir in diesem Sinne
2501 und im Interesse der Lehramtsstudierenden berufsbezogener ausrichten.

2502
2503 Eine gezielte Fortbildung wird die Zusammenarbeit von Lehrkräften und pädagogischem
2504 Personal in multiprofessionellen Teams fördern.

2505 2506 **Gute berufliche Bildung**

2507
2508 Die Berufsschulen im Land Bremen sind bundesweit für ihre hervorragende Arbeit
2509 anerkannt. Die personelle Ausstattung muss erhalten bleiben, um die Qualität zu si-

2510 chern. Berufliche Bildung und ihr Herzstück, das duale Ausbildungssystem, sind der
 2511 Garant unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir werden in Zusammenarbeit
 2512 mit den anderen Ländern mehr schulische Ausbildungsgänge in Richtung duale
 2513 Ausbildung entwickeln.

2514
 2515 Wir wollen die berufliche Bildung in Bremen und Bremerhaven gemeinsam mit den
 2516 Sozialpartnern und Kammern stärken. Dabei soll der öffentliche und betriebliche
 2517 Ausbildungsanteil noch besser aufeinander abgestimmt werden. Guter
 2518 Berufsschulunterricht in modernen Werkstätten und die Kooperation mit den Betrie-
 2519 ben ermöglichen einen zeitgemäßen Praxisunterricht. Wir werden deshalb für eine
 2520 weitere Erneuerung der Ausstattung in den beruflichen Schulen sorgen.

2521
 2522 Wir werden die Entwicklung unserer berufsbildenden Schulen zu Regionalen
 2523 Bildungszentren fortsetzen und einen Plan zur Weiterentwicklung der Beruflichen
 2524 Schulen vorlegen, um die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung zu stärken.

2525
 2526 Die Jugendberufsagenturen werden den Integrationsprozess in Ausbildung qualifi-
 2527 ziert unterstützen. Wichtig sind Angebote zur Beratung und Begleitung von
 2528 Schülerinnen und Schülern zur Motivation und zur Orientierung, so dass sie ihre Ta-
 2529 lente entdecken können.

2530 Mit der Ausbildungsgarantie werden wir beginnend mit dem Schuljahr 2015/2016
 2531 jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger in Bremen und Bremerhaven eine
 2532 Ausbildung oder einen Weg in die Ausbildung anbieten. Dazu brauchen wir mehr
 2533 Ausbildungsplätze in der Wirtschaft und entsprechende Berufsschulplätze.

2534
 2535 Wir werden eng mit den Sozialpartnern und Kammern zusammenarbeiten. Wir wer-
 2536 den die schulischen Übergangssysteme weiter umbauen und für die Jugendlichen,
 2537 die es nicht im ersten Anlauf in eine dreijährige Berufsausbildung schaffen, neue Mo-
 2538 dule bereitstellen, die ihnen den Einstieg in Ausbildung und Beruf ermöglichen.

2539
 2540 Wir unterstützen Bemühungen von Unternehmen mit dem Ziel, mehr Ausbildungs-
 2541 plätze für Jugendliche mit Behinderungen und Förderbedarf zu bieten.

2542

2543 **Lebenslanges Lernen für Beruf und Alltag**

2544

2545 Ein kontinuierlicher Bildungsweg von der Schule über die berufliche oder akademi-
 2546 sche Ausbildung bis zur Weiterbildung fördert den sozialen Zusammenhalt und
 2547 sichert sowohl den Erhalt der Erwerbsfähigkeit als auch die Teilhabe an der Gesell-
 2548 schaft und die Wahrnehmung der Bürgerrechte.

2549

2550 Eine gute Weiterbildungsstrategie bedarf eines übergreifenden Konzeptes, in dem
 2551 die unterschiedlichen Ziele und Handlungsfelder aufeinander abgestimmt sind, hier-
 2552 für werden wir eine transparente Übersicht aller Weiterbildungsangebote und -träger
 2553 in Bremen erstellen.

2554

2555 Für die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen bleibt hierbei die berufliche Weiterbil-
 2556 dung eine besondere Herausforderung: Wir wollen mehr berufliche Weiterbildung
 2557 ermöglichen – auch an den Hochschulen. Unser Ziel ist es, die bislang geringe
 2558 Quote derjenigen, die über den zweiten Bildungsweg ein Studium beginnen, bis zum
 2559 Ende der 19. Legislaturperiode zu verdoppeln. Wir setzen uns in diesem Zusammen-
 2560 hang dafür ein, dass die Hochschulen im Land Bremen mehr Studiengänge

2561 berufsbegleitend oder in Teilzeit anbieten, um besser auf die Bedürfnisse von
2562 (angehenden) Studierenden einzugehen. Darüber hinaus wollen wir Arbeitnehmerin-
2563 nen und Arbeitnehmer dabei unterstützen, sich weiterzubilden und z.B. durch Stu-
2564 dium oder Meisterprüfung berufliche Verbesserungen und Aufstiege zu ermöglichen.

2565
2566 Ein Weg, um die Weiterbildungsquote zu erhöhen, ist für uns ein Ausbau des Ange-
2567 bots von Lernzeitkonten in Betrieben und Verwaltungen. Insbesondere kleine und
2568 mittlere Unternehmen wollen wir in Kooperation mit den Kammern bei der Einrich-
2569 tung eines gemeinsamen Weiterbildungsfonds unterstützen. Darüber hinaus sollte
2570 berufliche Weiterbildung besser mit betrieblicher Weiterbildung verknüpft werden,
2571 wodurch mehr Wirkung entfaltet wird und Bildungsstandards eingehalten werden.

2572
2573 Unser Ziel ist es, den Anteil von Teilzeitbeschäftigten, Alleinerziehenden, prekär
2574 Beschäftigten, Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern sowie gering
2575 Qualifizierten an der beruflichen Weiterbildung sowie ältere Arbeitnehmerinnen und
2576 Arbeitnehmer zu erhöhen.

2577 Lebenslanges Lernen in einer sich wandelnden Gesellschaft bleibt eine große Auf-
2578 gabe, die wir mit dem Bremischen Weiterbildungsgesetz beschrieben haben. Wir
2579 werden die anerkannten Weiterbildungsangebote im Land Bremen in diesem Sinne
2580 weiterentwickeln und mit verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen ausstatten.

2581
2582 Um dies zu erreichen, bedarf es der Weiterentwicklung der Konzepte und Angebote
2583 der Weiterbildungsträger. Die Weiterbildungsträger müssen auf die veränderten
2584 gesellschaftlichen Bedingungen reagieren. Wir werden dabei Bildungsziele, die im
2585 öffentlichen Interesse liegen, stärken und ausbauen. Dazu gehören auch die
2586 Elternbildung an den Schulen, die Herausforderungen von Integration und Inklusion
2587 und die politische Bildung. Wir wollen die Träger politischer Bildung gezielt dabei
2588 unterstützen, ihren Auftrag im Prozess gesellschaftlichen Wandels zu erfüllen und
2589 einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Prozesse zu leisten.

2590
2591 Wissen unterliegt ständigen Veränderungen. Deshalb muss Weiterbildung so organi-
2592 siert sein, dass Erwachsene von der Wissensentwicklung profitieren und sie in ihrer
2593 Diversität Zugang zu Lernangeboten haben. Der Weiterbildungsbereich muss Ange-
2594 bote vorhalten, die persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und berufli-
2595 ches Fortkommen garantieren. Für diese Aufgaben werden wir ihn besser absichern,
2596 um höhere Planungssicherheit zu bekommen.

2597
2598 Im Bremischen Weiterbildungsgesetz orientieren wir uns am Europäischen
2599 Referenzrahmen für lebenslanges Lernen, d.h. an den Schlüsselkompetenzen zu
2600 Mutter- und Fremdsprachen, Mathematik, Informationstechnologie, Lernen, Gesell-
2601 schaft, Eigeninitiative und Kultur. Auf dieser Grundlage werden wir mit den Trägern
2602 der Weiterbildung die Angebote und die im Gesetz festgelegte Konzeption zu einem
2603 „Erwachsenenbildungsplan“ weiterentwickeln. Gemeinsam mit Fachleuten und den
2604 Weiterbildungseinrichtungen wollen wir erarbeiten, welches Basiswissen in diesem
2605 Erwachsenenbildungsplan vermittelt werden soll. Und wir werden verstärkt
2606 Stadtteilinitiativen als Bildungsbotschafter gewinnen, die Erwachsenen den Weg in
2607 Weiterbildungskurse ebnen.

2608
2609 Wir werden in der öffentlich finanzierten allgemeinen, politischen und beruflichen
2610 Weiterbildung darauf achten, dass die Angebote die unterschiedlichen Zielgruppen
2611 erreichen und ihre finanziellen Möglichkeiten berücksichtigen. Förderanteile sind

2612 gegebenenfalls zu erhöhen. Dies gilt auch für den Bildungsurlaub, den wir aufwerten
2613 und die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer steigern wollen.

2614

2615 **Gute Bildung in modernen Schulgebäuden**

2616

2617 Unsere Kinder sollen in modernen Gebäuden lernen. Für die Sanierung der Schulen
2618 und Turnhallen sowie für die baulichen Anpassungen an die Anforderungen der
2619 Inklusion und der Ganztagsbeschulung sehen wir investive Mittel vor. Zur
2620 Kosteneinsparung sollen standardisierte Ausbaumodule entwickelt und umgesetzt
2621 werden. Darüber hinaus werden Mittel für dringend benötigte Neubauten von
2622 Schulgebäuden zur Verfügung gestellt.

2623

2624 **Medienbildung in guten Schulen**

2625

2626 Das Lehren und Lernen mit digitalen Medien sowie die Förderung der Medienkompe-
2627 tenz gehören für uns zum Bildungsauftrag und zur Weiterentwicklung der Bremer
2628 Schulen. Um Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, wollen wir die Schulen
2629 besser mit Medien ausstatten.

2630

2631 Wir wollen die IT-Ausstattung und -Pflege an den Schulen standardisieren und regel-
2632 mäßig modernisieren. Wir werden deshalb die weiterführenden Bremer Schulen
2633 flächendeckend mit WLAN und einer sogenannten Bildungscloud, in der unter ande-
2634 rem Lern- und Lehrinhalte abgelegt werden können, ausstatten. Für die Finanzierung
2635 werden wir insbesondere einen Anteil aus den Erträgen der Versteigerung weiterer
2636 Mobilfunklizenzen nutzen. Der Zugang zum Internet soll über WLAN an allen Bremer
2637 Schulen, wie bisher schon an den Hochschulen, einheitlich gestaltet sein.

2638

2639 Soziales

2640 Inklusiver Sozialpolitik – Teilhabe für Alle!

2641 Inklusiver Sozialpolitik hat das Ziel, die moderne Stadtgesellschaft so zu gestalten,
 2642 dass alle Menschen an ihr teilhaben können. Dazu gehören Junge und Alte, Men-
 2643 schen, die hier geboren und aufgewachsen sind, Zugewanderte, Flüchtlinge und
 2644 Alteingesessene, behinderte wie nichtbehinderte Menschen, Reiche und Arme.
 2645 Durch diese Vielfalt der Menschen entfalten sich Chancen, Ressourcen und
 2646 Perspektiven der Gestaltung, es entstehen aber auch Herausforderungen für eine
 2647 Teilhabe Aller mit Folgen für das Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt.
 2648 Bremen hat immer wieder zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Chancen ergriffen
 2649 eine Politik der Inklusion zu verfolgen und die Ausgrenzung von der gesellschaftli-
 2650 chen Teilhabe zu verhindern, sowie deren Folgen zu erkennen und dem entgegen zu
 2651 wirken.

2652 Auf der Grundlage des erfolgreichen Modellprojektes in Walle wird das Jugendamt
 2653 Bremen sozialräumlich weiterentwickelt.

2654 Auch Kindern und Jugendlichen gehört die Stadt

2655 Wir unterstützen die bremischen Jugendeinrichtungen in ihrer wertvollen Arbeit und
 2656 werden die aufsuchende Jugendarbeit ausbauen. Jugendverbände leisten wertvolle
 2657 Arbeit zur demokratischen Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in
 2658 unseren Städten. Sie sind weiter zu fördern.

2659 Wir werden selbstverwaltete Jugendprojekte ermutigen und unterstützen.

2660 Wir wollen erreichen, dass in jedem Stadtteil Jugendbeteiligungsprojekte gemeinsam
 2661 mit Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Junge Menschen haben das Recht
 2662 auf Beteiligungsprojekte ihrer Wahl und deren Unterstützung durch die Stadtteilbei-
 2663 räte.

2664 Das erarbeitete Rahmenkonzept für offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde
 2665 Bremen und das Europapolitische Jugendkonzept werden wir umsetzen.

2666 Geld für Jugendarbeit muss so eingesetzt werden, dass Kinder und Jugendliche
 2667 unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, kultureller Identität, Behinderung,
 2668 sozialem Umfeld und Einkommen der Eltern, der Zugang zu Freizeitaktivitäten
 2669 ermöglicht wird.

2670 Wir begreifen die Stadt als Lebensraum für Kinder und Jugendliche – darum wollen
 2671 wir eine Spielplatzplanung für alle Stadtteile. Auch in neuen Quartieren muss Platz für
 2672 Kinder und Jugendliche sein. Bremen braucht ein Spielplatzförderprogramm.

2683

2684 **Kinder schützen**

2685

2686 Wir wollen die Entwicklung von Kindern von der Geburt an unterstützen, beginnend
2687 mit einer aufsuchenden Elternbegleitung durch Hebammen sowie mit Angeboten der
2688 Frühförderung und der frühkindlichen Bildung bis zum Schulalter.

2689

2690 Wir wollen dabei alle Kinder mit und ohne Beeinträchtigung unabhängig von der
2691 sozialen Lage ihrer Eltern von Geburt an fördern – und schützen, denn das Kindes-
2692 wohl steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Kinderschutz hat für uns Priorität, des-
2693 halb ist ein schnelles Eingreifen in Krisensituationen notwendig.

2694

2695 Immer mehr Kinder und Jugendliche werden Opfer von Mobbing. Auch das soge-
2696 nannte Cybermobbing im Internet, vor allem in sozialen Netzwerken, nimmt stetig zu.
2697 Wir wollen daher Anti-Mobbing-Programme an Schulen ausweiten und die Selbsthilfe
2698 für Mobbingopfer fördern.

2699

2700 **Jugendgewalt**

2701

2702 Das bereits begonnene ressortübergreifende Programm „Stopp der Jugendge-
2703 walt“ werden wir weiter auswerten und anpassen.

2704

2705 Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen, Freizeitheime und Vereine sind für uns auch
2706 wichtige Einrichtungen der Prävention. Wir müssen Präventionskonzepte entwickeln
2707 und umsetzen. Wir wollen verhindern, dass Terrororganisationen jeglicher Art junge
2708 Bremerinnen und Bremer für ihre extremistischen Ziele rekrutieren können.

2709

2710 **Hilfen für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf**

2711

2712 Bremen wird weitere intensivpädagogische Betreuungsangebote für Minderjährige
2713 mit komplexem Hilfebedarf gemeinsam mit freien Trägern der Jugendhilfe schaffen.
2714 Ziel ist es, stationäre Unterbringung in Verbindung mit freiheitsentziehenden
2715 Maßnahmen zu vermeiden. Dafür werden wir auch intensivpädagogische Angebote
2716 in ambulanter Form für Wohngemeinschaften und im Einzelwohnen von Jugendli-
2717 chen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entwickeln. Für die kleine Grup-
2718 pen der Jugendlichen, die nicht durch diese Angebote aufgefangen werden können,
2719 schaffen wir als ultima ratio gemäß den gesetzlichen Grundlagen schnellstmöglich
2720 eine fakultativ geschlossene Einrichtung und treiben bei der Umsetzung die Suche
2721 nach einem Träger und einem Standort intensiv voran. Hierzu wird Bremen auch die
2722 bereits aufgenommenen Gespräche zur Beteiligung an einer solchen Einrichtung mit
2723 anderen Bundesländern fortführen. Der verantwortliche Bereich Jugend, sowie Inne-
2724 res und Justiz werden hierfür verbindlich und zielorientiert zusammenarbeiten. Die
2725 Unterbringung der Minderjährigen in der Einrichtung wird durch ein umfassendes
2726 Anschluss- und Nachsorgekonzept begleitet. Ziel ist es, die Jugendlichen durch
2727 diese Maßnahme wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Wir werden uns im Rah-
2728 men einer Bundesratsinitiative gemeinsam mit Hamburg dafür einsetzen,
2729 Mindeststandards für den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen nach § 1631
2730 BGB im Rahmen der Jugendhilfe bundesgesetzlich zu definieren.

2731

2732 Durch stabile Aufenthaltsrechte werden wir Zukunftsperspektiven entwickeln und die
2733 Zukunft auf sicherem Boden durch Schule, Ausbildung und Wohnen in
2734 Nachbarschaften gestalten. Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für das

2735 kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten ein, die von außerhalb der EU
2736 kommen.

2737

2738 Wir schätzen die engagierte Arbeit des Bremer Rates für Integration und werden da-
2739 für Sorge tragen, dass dieses Gremium weiterhin zur Sicherung seiner Arbeitsfähig-
2740 keit unterstützt wird.

2741

2742 **Rechte von behinderten Menschen umsetzen**

2743

2744 Mit der Umsetzung des Landesaktionsplans und des kommunalen Teilhabeplans
2745 Bremerhavens werden wir die UN-Behindertenkonvention in Bremen und Bremer-
2746 haven verwirklichen. Das Ziel dabei: Behinderte Menschen sollen Zugang zu allen
2747 gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Auch deshalb stehen wir zur konsequenten
2748 Verwirklichung der Inklusion.

2749

2750 Generell gilt für uns die Forderung „Nicht ohne uns über uns“: Das Prinzip des
2751 wählbaren „persönlichen Budgets“ ist dafür ein gutes Beispiel. So werden behinderte
2752 Menschen in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, welche konkreten Hilfen sie
2753 im Alltag, bei der Arbeit oder bei der Freizeitgestaltung in Anspruch nehmen wollen.

2754

2755 Um für mehr Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu gewährleisten, wol-
2756 len wir das Modell der „Persönlichen Assistenz“ ausbauen. Das soll auch eine
2757 Begleitung zu Gemeinschaftsaktivitäten vereinfachen. Pflege und Eingliederungshilfe
2758 müssen dafür zu einem Unterstützungssystem zusammengeführt werden. Insbeson-
2759 dere werden wir uns auf der Bundesebene für eine gesetzliche Regelung stark ma-
2760 chen, welche die Weiterfinanzierung der persönlichen Assistenz im Falle eines
2761 Klinikaufenthalts für alle Menschen mit Behinderungen gewährleistet. Auf der
2762 Bundesebene sind wir aktiv an der Reform der Eingliederungshilfe beteiligt. Sie soll
2763 zu einem umfassenden Recht auf soziale Teilhabe ausgebaut werden.

2764

2765 Darüber hinaus bleibt unser Ziel eine weitreichende Barrierefreiheit – in der
2766 Kommunikation, im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und auf den Plätzen unserer
2767 Städte. Dazu gehören auch inklusive Angebote in Kunst, Kultur und Sport genauso
2768 wie in der Volkshochschule, in Museen und vielen weiteren Einrichtungen unserer
2769 Städte. Um die soziale Teilhabe zu verbessern, werden wir mehr stationäre Plätze in
2770 ambulante Angebote in der eigenen Wohnung umwandeln.

2771

2772 Zu einer weitreichenden Barrierefreiheit gehört für uns auch das Einsetzen der
2773 „Leichten Sprache“. Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz Bremens
2774 novellieren, die Landesbauordnung hinsichtlich der Bestimmungen der Barrierefrei-
2775 heit weiterentwickeln und weitere Gesetze hinsichtlich ihrer Verpflichtungen zur
2776 Barrierefreiheit überprüfen.

2777

2778 **Teilhabe für alte Menschen**

2779

2780 Die Infrastruktur in den Stadt- und Ortsteilen wollen wir seniorengerecht weiterent-
2781 wickeln, inklusive besserer Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum sowie die
2782 Herstellung von Barrierefreiheit in den Stadtteilen. Modellvorhaben für
2783 gemeinschaftliches, altersgerechtes und interkulturelles Wohnen und
2784 Mehrgenerationenwohnprojekte wollen wir ermöglichen. Auch Menschen mit De-

2785 menz sollen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Quartier leben können, dafür
2786 müssen die Strukturen bereitgestellt werden.

2787

2788 Innovative Ansätze zum selbstbestimmten Wohnen für Jung bis Alt sollen
2789 berücksichtigt werden. In der Stadt Bremen sind dazu die Dienstleistungszentren
2790 eine gute Grundlage, die gestärkt werden muss.

2791

2792 Unser Ziel ist es, das alte Menschen in ihrem Lebensumfeld verbleiben können und
2793 die dafür nötige Infrastruktur vorfinden.

2794

2795 Die aufsuchende Altenarbeit werden wir absichern, Seniorenbegegnungsstätten in
2796 Bremen werden wir erhalten. Wir werden darauf hinwirken, dass die Angebote
2797 zukünftig stärker mit anderen im jeweiligen Stadtteil vorhanden systematisch vernetzt
2798 werden. Der Altenplan wird fortgeschrieben.

2799

2800 Die bremische Seniorenvertretung wird weiterhin unterstützt und tagt in der Bremi-
2801 schen Bürgerschaft.

2802

2803 Auch künftig wird die Förderung von ambulanten und miteinander verzahnten
2804 Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsangeboten eine entscheidende Grundlage
2805 sein. Unverzichtbar ist für uns eine wohnortnahe, integrierte Versorgung im Quartier,
2806 denn dies entspricht mehrheitlich den Wünschen der Pflegebedürftigen.

2807

2808 Gleichzeitig darf auch Pflegebedürftigkeit nicht zu einem Abrutschen in Armut führen,
2809 deshalb werden wir auf Bundesebene eine Erhöhung der Leistungen und die
2810 schnelle Einführung des sogenannten erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs fordern:
2811 Es darf nicht sein, dass sich die Höhe der Pflegeleistungen in erster Linie aufgrund
2812 der körperlichen Einschränkungen bestimmt. Gerade auch Menschen mit Demenz,
2813 psychischen Erkrankungen oder geistigen Behinderungen sind eben nicht nur auf
2814 Pflege, sondern darüber hinaus auf Betreuung und Zuwendung angewiesen, was
2815 sich auch in der Höhe der Pflegeleistungen widerspiegeln muss.

2816

2817 Innovative Ansätze zum selbstbestimmten Wohnen für Jung bis Alt sollen
2818 berücksichtigt werden. Wir werden ein Bremer Modell entwickeln, in dem wir
2819 „Quartierszentren“, eine 24-Stunden-Pflegeunterstützungsbereitschaft und eine Bera-
2820 tung durch Dienstleistungszentren, Begegnungsstätten und andere Beratungsange-
2821 bote kombinieren.

2822

2823 Unser Ziel ist es, das alte Menschen in ihrem Lebensumfeld verbleiben können und
2824 die dafür nötige Infrastruktur vorfinden.

2825

2826 **Gute Pflege braucht gute Fachkräfte**

2827

2828 Dem Fachkräftemangel in der Pflege müssen wir entschieden entgegentreten. Um
2829 auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl an Pflegefachkräften zu sichern, ist eine
2830 ressortübergreifende Kraftanstrengung erforderlich. Um der wachsenden
2831 Versorgungslücke zu begegnen, wird die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Alten-
2832 pflege auf jährlich 300 erhöht, d.h. auf 250 Erstausbildungen und 50 Umschulungen.
2833 Wir unterstützen auf Bundesebene die Einführung einer generalistischen
2834 Pflegeausbildung, in der die Inhalte der Altenpflege, Kinderpflege und Krankenpflege
2835 gemeinsam ausgebildet werden soll.

2836
 2837 Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden. Um den Pflegebe-
 2838 ruf attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass Pflegende bei der
 2839 Systemgestaltung mitwirken können. Wir setzen uns für eine stärkere Kontrolle von
 2840 Pflegeeinrichtungen und für Gewaltschutzmaßnahmen ein.

2841
 2842 **Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement**

2843
 2844 Wir wollen Menschen verstärkt für das Ehrenamt gewinnen und es noch attraktiver
 2845 gestalten. Auch Juleica-Inhaberinnen und -Inhaber sollen die Vergünstigungen der
 2846 Ehrenamtskarte nutzen können.

2847
 2848 Die Arbeit der Ehrenamtlichen ist unbezahlt und bleibt unbezahlbar. Gerade deshalb
 2849 wollen wir die Rahmenbedingungen, die diese Arbeit stützen, weiter verbessern.
 2850 Hierzu soll unter anderem die bestehende Ehrenamtscard weiterentwickelt werden.
 2851 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Bremen mit
 2852 einem entsprechend geförderten Programm noch mehr Ehrenamtliche gewinnen und
 2853 qualifizieren.

2854
 2855 Wir wollen prüfen, ob sich ein „Ehrenamtszeitkonto“ in das Bildungsurlaubsgesetz
 2856 integrieren lässt, um bürgerschaftliches Engagement zu würdigen und zu fördern.

2857
 2858 Die Mehrgenerationenhäuser in Bremen-Lüssum und Bremerhaven sind sowohl
 2859 Anlaufpunkte für bürgerschaftliches Engagement, als auch wichtige Kontaktstellen
 2860 für neue Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund. Sie sind ge-
 2861 lebte, praktizierte und echte Vernetzung und erfüllen insbesondere für Flüchtlinge
 2862 eine wichtige Integrationsaufgabe. Das Land wird die Mittel zur Weiterfinanzierung
 2863 des Mehrgenerationen Bundesprogramms ergänzend zur Verfügung stellen.

2864
 2865 **Soziale Daseinsfürsorge**

2866
 2867 Im Bund setzen wir uns für eine existenzsichernde Grundsicherung ein. Wir fordern
 2868 bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die
 2869 Ungleichbehandlung der Altersgrundsicherung bei den Einkommensfreibeträgen wol-
 2870 len wir beenden, indem sie an die Regelungen beim Bezug von ALG II angepasst
 2871 werden. Damit werden die Eigenanstrengungen der Altersvorsorge anerkannt.

2872
 2873 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Deshalb treten wir für eine bundesfinanzierte
 2874 Kindergrundsicherung ein. Davon sollen künftig auch Bezieherinnen und Bezieher
 2875 von Sozialleistungen profitieren.

2876
 2877 Wir wollen prüfen, ob die Übertragbarkeit des Stadttickets innerhalb einer
 2878 Bedarfsgemeinschaft möglich ist, eventuell mit einem Aufpreis.

2879
 2880 Die präventive Schuldenberatung wird fortgesetzt und soll künftig um ein Angebot
 2881 speziell für junge Menschen ergänzt werden. Wir setzen uns auch weiterhin für die
 2882 Unterstützung dieser Menschen durch Beratungsstellen und die Arbeitslosen- und
 2883 Sozialberatung ein.

2884
 2885 Wir setzen uns im Bund und in Bremen dafür ein, dass Wasser- und Stromsperrern
 2886 weitestgehend verhindert werden.

2887
 2888 Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns ein wichtiger Baustein für eine Sozialpolitik, die auf
 2889 Selbstbestimmung setzt. Die Selbsthilfeförderung soll verlässlich fortgeführt werden,
 2890 sie unterstützt frühzeitig Menschen aller Altersgruppen und ist eine wichtige Säule im
 2891 Alltag von Betroffenen.

2892
 2893 Frauen, die Transferleistungen beziehen, sollen auf Wunsch kostenlos
 2894 Verhütungsmittel erhalten.

2895
 2896 Wir haben dafür gesorgt, dass wohnungslose Menschen dezentral in normalen
 2897 Wohnungen leben können und persönliche Hilfen erhalten. Diesen Weg wollen wir
 2898 weiterverfolgen und die aufsuchende Hilfe bei der Verhinderung von Wohnungslosig-
 2899 keit ausbauen. Wir wollen prüfen, ob der Ankauf von Belegungsrechten für
 2900 wohnungslose Menschen eine kostengünstigere Alternative zur Unterbringung in
 2901 Schlichthotels ist. Für psychisch kranke Wohnungslose werden wir eine besondere
 2902 Unterstützung an der Schnittstelle Soziales und Gesundheit entwickeln.

2903
 2904 Die Fortsetzung des regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichts des Senats bleibt
 2905 unerlässlich – die Ergebnisse der Untersuchung sind für uns eine Grundlage unseres
 2906 politischen Handelns.

2907
 2908 Die Entwicklung der Sozialleistungen werden wir analysieren, indem wir in beiden
 2909 Stadtgemeinden Fallzahlen und -kosten überprüfen und standardisierte Vergleiche
 2910 mit anderen Städten erstellen. Fachlich erforderliche Steuerungsmaßnahmen werden
 2911 weiter konsequent umgesetzt und das Einnahmenvolumen wird durch das bereits
 2912 begonnene Projekt Forderungsmanagement beim Sozialressort nachhaltig erhöht.

2913
 2914 **Geschlechtergerechtigkeit**

2915
 2916 Wir setzen uns grundsätzlich für eine stärkere Verankerung und konsequentere
 2917 Anwendung des Gender-Mainstreamings und Gender-Budgetings in allen politischen
 2918 Entscheidungsprozessen ein: Das gilt insbesondere für Politikfelder wie Finanzen,
 2919 Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.

2920
 2921 Ein Schwerpunkt unserer Politik liegt auf der eigenständigen Existenzsicherung für
 2922 Frauen. Deshalb werden wir uns weiter gegen prekäre Arbeit, Wiedereinstiegshürden,
 2923 unbezahlte Pflege in der Familie und das bisherige Ehegattensplitting einsetzen.

2924 Vielen Frauen gelingt der Wiedereinstieg in ihren erlernten Beruf nach der
 2925 Kindererziehung nicht. Auch deshalb ist das Risiko für Altersarmut bei Frauen erhöht.
 2926 Um dem vorzubeugen, brauchen wir eine individuelle Beratung der Frauen, die an
 2927 ihre Qualifikation anknüpft und sie in reguläre sozialversicherungspflichtige
 2928 Beschäftigung vermittelt. Hierfür ist eine gute Zusammenarbeit mit den Jobcentern
 2929 und der Agentur für Arbeit wichtig.

2930
 2931 Um der geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken, wer-
 2932 den wir unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik nutzen, um Frauen
 2933 gezielt Zugänge zu zukunftsträchtigen Berufen und Branchen zu ermöglichen. Dabei
 2934 werden wir besondere Programme für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und
 2935 Migrantinnen fortführen. Bisher frauendominierte Berufe müssen aufgewertet werden.

2936

- 2937 Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts können Frauen mit Kopftuch zukünftig in den Bremer Schuldienst eingestellt werden. Wir stellen uns der
2938 Diskriminierung von Mädchen und Frauen mit Kopftuch entgegen.
2939
2940
- 2941 Wir werden prüfen, wie eine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser für das Land
2942 Bremen umsetzbar ist. Nicht zuletzt werden wir weiterhin konsequent gegen häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung, Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgehen.
2943 Die Betroffenen müssen weiterhin mit Beratungsstellen, Notruftelefonen, selbstverwalteten Fraueninitiativen und Frauenhäusern unterstützt werden.
2944
2945
2946
- 2947 Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Außer politischer Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie vielfältige Formen von Gewalt erfahren, die sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen richten. Wir unterstützen ideell deshalb die politischen Organisationen von Migrantinnen und neue emanzipatorische Bündnisse zwischen dem traditionellen Feminismus, den neuen „Gender Bewegungen“ und Migrantinnenorganisationen. In diesem Sinn kann die Gleichstellung der Migrantinnen ein Fortschritt für alle Frauen werden. Wir wollen diesen Prozess begleiten und fordern bestehende Beratungsstrukturen auf, diese Gruppe mehr in den Fokus zu nehmen.
2948
2949
2950
2951
2952
2953
2954
2955
2956
- 2957 Die Fachberatung für Frauen aus Zwangsprostitution muss konzeptionell adäquat ausgerichtet und finanziell abgesichert werden. Opfer von Menschenhandel bedürfen unseres besonderen Schutzes.
2958
2959
2960
- 2961 Wir werden uns für eine Öffnung der Ehe für Homosexuelle, hilfsweise eine vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe starkmachen – insbesondere beim Steuer- und Adoptionsrecht. Soweit die Bundesratsinitiativen zur Öffnung der Ehe nicht zum Erfolg führen, werden wir gemeinsam mit anderen Ländern die Öffnung der Ehe durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erzwingen.
2962
2963
2964
2965
2966
- 2967 Wir unterstützen die bereits bestehenden Beratungsstellen für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans- sowie Intersexuelle Menschen (u.a. das „RAT&TAT-Zentrum“).
2968
2969
- 2970 Den „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ werden wir gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren umsetzen.
2971
2972
- 2973 Auf Bundesebene setzen wir uns für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ ein, der Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u.a. zu Diskriminierungen sowie queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit entgegenwirkt. In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte. Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum Leitbild haben, die diskriminierende Einordnung als Krankheit beenden und die Menschenwürde sichern. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben.
2974
2975
2976
2977
2978
2979
2980
2981
2982
2983
2984

Flüchtlinge

2985
2986
2987
2988
2989
2990
2991
2992
2993
2994
2995
2996
2997
2998
2999
3000
3001
3002
3003
3004
3005
3006
3007
3008
3009
3010
3011
3012
3013
3014
3015
3016
3017
3018
3019
3020
3021
3022
3023
3024
3025
3026
3027
3028
3029
3030
3031
3032
3033
3034
3035

Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte, die das Grundrecht auf Asyl achten. Wer aus Krieg und Bürgerkrieg und vor politischer, religiöser und rassistischer Verfolgung flieht, wird in Bremen und Bremerhaven aufgenommen und bekommt Unterstützung. Wir erwarten, dass der Bund die Kommunen bei dieser Aufgabe deutlich unterstützt.

Die rasch wachsende Zahl von Flüchtlingen, die seit einigen Jahren nach Europa kommen stellt die aufnehmenden Länder, und insbesondere die Städte, vor große Herausforderungen.

Der Senat als Ganzes wird sich dieser Aufgabe stellen. Und in einer zwischen den Ressorts eng abgestimmten Strategie diese große Anstrengung schultern.

Wir wollen den Flüchtlingen nicht nur ein Dach über dem Kopf und eine elementare Versorgung bieten, sondern ihnen eine Perspektive in unserem Gemeinwesen eröffnen. Auf die steigende Zahl von Flüchtlingen müssen sich alle Politikbereiche einstellen: von der Kinderbetreuung über Schule, Ausbildung und Arbeit bis zum Wohnungsbau. Ziel ist die Integration der Flüchtlinge in die alltäglichen Lebensbereiche (wie Bildung, Gesundheit, Arbeit) von Anfang an.

Einwanderung prägt unsere Gesellschaft schon seit langem. Aus den Erfahrungen wollen wir lernen. Wir wissen, dass Rechtssicherheit, schneller Spracherwerb, eine eigene Wohnung, Ausbildung und Arbeit die Schlüssel zu einem guten Neuanfang sind. Mindestens ebenso wichtig sind die zahllosen persönlichen Begegnungen und Beziehungen, die den Weg in die Stadtgesellschaft öffnen und einen Zugang zu unserer Kultur und Geschichte ermöglichen. Die große Hilfsbereitschaft der Nachbarnschaften in den Stadtteilen ist eine gute Nachricht aus Bremen. Die Stadtteilbeiräte, Vereine, Kirchengemeinden, Moscheen, Initiativen und die Bürgerinnen und Bürger sind für uns ein wichtiger Partner: Sie leisten einen großen Beitrag, den wir anerkennen und unterstützen.

Alle Kommunen müssen zurzeit neue Strukturen schaffen. Sehr viel Geld in die Hand nehmen, improvisieren, Krisen und Rückschläge verarbeiten und nachsteuern. Bremen und Bremerhaven sind entschlossen dies im Interesse der Flüchtlinge und der Bürgerinnen und Bürger aus beiden Städten so fair, transparent und effektiv wie irgend möglich zu machen. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Land.

Wir werden leistungsfähige Strukturen für den Aufbau ausreichender Kapazitäten für Aufnahme-Einrichtungen und Übergangwohnheime schaffen. Die Organisation wird gestrafft und auch personell bei der Senatorin für Soziales aufgabenbezogen zentralisiert. Darüber hinaus schaffen wir bei Immobilien Bremen verbesserte organisatorische Voraussetzungen. Wir setzen darauf, für die Übergangwohnheime einen eigenen Bautyp zu entwickeln, der sich schnell und in Serie errichten lässt und der hinreichend flexibel ist, so dass er sich später auch für dauerhaftes Wohnen eignet. Das spart Geld, ist nachhaltig und sichert die Qualität.

Der Umzug in eine eigene Wohnung ist für die Flüchtlinge, die dauerhaft in Bremen bleiben, der erste Schritt zu einem Neuanfang. Hier wurde in unseren Städten

3036 Hervorragendes geleistet. Wir werden weiter mit den Wohnungsbaugesellschaften
3037 über die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen für Flüchtlinge
3038 verhandeln.

3039
3040 Beratungsangebote, die personelle Ausstattung der sozialen Dienste und der zentra-
3041 len Aufnahmestelle (ZASSt) sowie die öffentliche Infrastruktur werden wir an die
3042 Entwicklung anpassen. Wir werden dafür sorgen, dass Dolmetscher in der sozialen
3043 Arbeit und auch im Gesundheitswesen in angemessener Qualität und finanziert zur
3044 Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, das Berufsbild des „Sprach- und
3045 Integrationsmittlers“ zu etablieren und diese Dienstleistung zu professionalisieren.

3046
3047 Mittlerweile ist eine sehr große Gruppe unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge in
3048 Bremen angekommen. Diese Kinder und Jugendlichen haben oft ein besonders har-
3049 tes Schicksal mit Erfahrungen von Flucht, Gewalt und Angst. Bremen und Bremer-
3050 haven tun alles um diese Aufgabe zu lösen. Dies stellt unser Jugendhilfesystem vor
3051 große Herausforderungen. Wir benötigen das Engagement der Sportvereine,
3052 Jugendverbände und Initiativen. Wir wollen so schnell wie möglich erreichen, dass
3053 diese Kinder und Jugendlichen nach den gleichen Regeln, wie sie auch für erwach-
3054 sene Flüchtlinge gelten zwischen den Bundesländern aufgeteilt werden.

3055
3056 Sprachkurse und Kinderbetreuung sowie Vorkurse und eine entsprechende Beglei-
3057 tung junger Flüchtlinge in den Schulen werden wir in ausreichendem Umfang
3058 sicherstellen. Die öffentliche Infrastruktur werden wir durch mehr Kinderbetreu-
3059 ungsangebote sowie Bildungs- und Ausbildungskapazitäten anpassen.

3060
3061 Für die Flüchtlinge ist es ein großes Interesse schnell Arbeit zu finden und zu eige-
3062 nem Einkommen zu kommen. Aber auch für die Bremer Unternehmen gibt es hier
3063 ein großes Potenzial von Arbeitskräften. Dort, wo es möglich ist, vorhandene Pro-
3064 jekte der Arbeitsmarktförderung einzusetzen, werden wir dies tun. Wir werden den
3065 schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt fördern, indem wir unter anderem die Praxis der
3066 Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch entsprechende Beratungs- und
3067 Nachqualifizierungsangebote erleichtern. Daneben soll Flüchtlingen der Zugang zu
3068 den Bremischen Hochschulen als ordentliche Studierende ermöglicht werden.

3069
3070 Die Reform des Stadtamtes hat auch zum Ziel die ausländerrechtliche Bearbeitung
3071 zu verbessern.

3072
3073 Wir fordern, das Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene abzuschaffen und
3074 stattdessen die Regelungen der Leistungen für Einwanderinnen und Einwanderer in
3075 der Grundsicherung zu verankern. Wir werden im Bundesrat Initiativen ergreifen, die
3076 den Gemeinden die Aufgaben menschenwürdiger Unterbringung, Anfangsversor-
3077 gung, Eingliederungshilfen und gemeinnütziger Arbeitsmöglichkeiten zuweist und die
3078 die Finanzierung dieser Aufgaben gemeinschaftlich durch Beiträge von Bund,
3079 Ländern und Gemeinden sicherstellt.

3080
3081 Wir setzen uns zudem für eine grundlegende medizinische Versorgung von papierlo-
3082 sen Migrantinnen und Migrantinnen, nicht-krankenversicherten EU-Bürgerinnen und EU-
3083 Bürgern und Asylsuchenden ein. Die Gesundheitskarte für Asylbewerber werden wir
3084 fortführen. Die gesundheitliche Versorgung von nachziehenden Angehörigen syri-
3085 scher Familien werden wir sicherstellen. Die Hilfen für traumatisierte Flüchtlinge wer-
3086 den wir ausbauen. Schwer traumatisierte Frauen, die geflohen sind, bedürfen einer

3087 spezifischen Betreuung in einer eigens für sie zur Verfügung gestellten Wohneinrich-
3088 tung.
3089
3090

3091 **Integration**

3092

3093 **Wer bei uns lebt, gehört zu uns!**

3094

3095 Wir sehen Vielfalt als Bereicherung und schätzen die unterschiedlichen interkulturel-
 3096 len Kompetenzen, die Menschen in unsere Gesellschaft einbringen. Neben dem
 3097 Spracherwerb sind für uns der Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, Arbeitsplätzen
 3098 und Wohnraum Grundlagen für Integration. Unser Leitbild ist die inklusive Gesell-
 3099 schaft, die diese Vielfalt leben will und ihr Akzeptanz und Wertschätzung entgegen-
 3100 bringt. Wir stellen uns deshalb jeder Form von Rassismus, Islamophobie,
 3101 Antisemitismus, Antiziganismus und Diskriminierung Einzelner oder von Gruppen
 3102 entgegen. Wir unterstützen Antidiskriminierungsprogramme sowie Initiativen, die sich
 3103 gegen Rechtsextremismus engagieren. Mit den Beiräten und Initiativen in den
 3104 Quartieren wollen wir eine Willkommenskultur für Einwanderer und Flüchtlinge schaf-
 3105 fen und erhalten. Dazu wollen wir z.B. die Bildung von Runden Tischen weiter
 3106 unterstützen, das Teilhabeprogramm für die Stadtteile fortsetzen, Beratungsnetze
 3107 dem Bedarf anpassen und die anfänglichen Integrationshilfen verbessern.

3108

3109 Migrantinnen und Migranten wenden sich zunehmend an soziale Einrichtungen,
 3110 Gesundheitsdienste und Beratungsstellen. Um eine professionelle und wirksame
 3111 Betreuung zu sichern, treten wir für kultursensible Dolmetscherdienste ein und wollen
 3112 Regelungen für die Kostenübernahme festlegen. Insbesondere unbegleiteten
 3113 minderjährigen Flüchtlingen wollen wir die notwendige Unterstützung zukommen
 3114 lassen.

3115

3116 Wir setzen uns zudem für eine gesundheitliche Versorgung von papierlosen
 3117 Migrantinnen und Migranten, für Personen die im Wege des Familiennachzuges
 3118 einreisen, nicht-krankenversicherten EU-BürgerInnen und Asylsuchenden ein. Auf
 3119 Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, diesem Personenkreis zügig den Zu-
 3120 gang zum Krankenversicherungssystem zu ermöglichen.

3121

3122 Die Hilfen für traumatisierte Flüchtlinge werden wir ausbauen. Schwer traumatisierte
 3123 Frauen, die geflohen sind, bedürfen einer spezifischen Betreuung in eigens für sie
 3124 zur Verfügung gestellten Einrichtungen.

3125

3126 Im Zuge der Debatte um ein nationales neues Einwanderungsgesetz wird Bremen
 3127 sich aktiv einbringen. Ein kriteriengeleitetes Modell zur Steuerung von Zuwanderung
 3128 muss aus Bremer Sicht den Fach- und Arbeitskräftebedarf, den Zugang zu
 3129 Integrationsleistungen von Anfang an und legale Einwanderungswege für Drittstaat-
 3130 ler berücksichtigen, ohne das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen.

3131

3132 Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Den Weg der deutlichen
 3133 Reduzierung von Kettenduldungen wollen wir weitergehen. Daran anknüpfend set-
 3134 zen wir uns für ein Gesetzgebungsverfahren ein, das auch Menschen ohne
 3135 Aufenthaltsstatus – den sogenannten Papierlosen – eine solche Perspektive eröffnet.

3136

3137 Ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet die Akzeptanz von
 3138 Mehrstaatlichkeit. Mittelfristig wollen wir allen Menschen ermöglichen, die deutsche
 3139 Staatsbürgerschaft zu erlangen, ohne ihre alte aufzugeben. Zudem wollen wir
 3140 diejenigen, die dauerhaft bei uns leben, zur Einbürgerung ermuntern – und die
 3141 behördliche Bearbeitungszeit für diesen Schritt verkürzen.

3142
3143 Außerdem setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch Migrantinnen und Migranten
3144 aus sogenannten Drittstaaten das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn Bremen ihr
3145 Lebensmittelpunkt ist. Dafür werden wir mit anderen Ländern eine Bundesratsinitia-
3146 tive zur Änderung des Grundgesetzes ergreifen.

3147
3148 Für eine erfolgversprechende Integrationspolitik der Zukunft müssen alle Politikfelder
3149 in die Pflicht genommen werden. Wir werden den alle Politikfelder umfassenden
3150 Entwicklungsplan Partizipation und Integration mit integrationspolitischen Zielen und
3151 Maßnahmen fortschreiben.

3152
3153 Erwerbstätigkeit ist ein Motor für den Integrationsprozess. Deshalb ist der Zugang
3154 zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wichtig. Wir werden dafür Sorge tragen, dass
3155 Sprachförderung – insbesondere der Berufssprache – sichergestellt wird, damit
3156 durch den Spracherwerb eine wichtige Grundlage für einen gelingenden Übergang in
3157 den ersten Arbeitsmarkt besteht. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass in Zukunft
3158 die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen z.B. mit einem Stipendienprogramm
3159 verbessert wird. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung der
3160 Vorrangprüfung ein.

3161
3162 Wir werden die interkulturelle Öffnung der Verwaltung fortführen und die Erhöhung
3163 des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchieebenen bei
3164 allen öffentlichen Arbeitgebern und Gesellschaften fördern.

3165
3166 In modernen Gesellschaften hängen beruflicher Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe
3167 zunehmend von der Fähigkeit ab, in mehreren Sprachen kommunizieren zu können.
3168 In den Einrichtungen des Bildungswesens ist die individuelle Förderung der
3169 Mehrsprachigkeit, auch unter Berücksichtigung der Herkunftssprache u.a. durch
3170 muttersprachlichen Unterricht eine wichtige Aufgabe. In unseren Behörden wollen wir
3171 Mehrsprachigkeit stärker wertschätzen und nutzen, in dem wir sie im Zuge der
3172 Personalauswahl im öffentlichen Dienst stärker gewichten und als Potenzial in den
3173 Behörden aktivieren.

3174
3175 Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind in Bremen willkommen. Wir stehen
3176 weiterhin für eine humane Flüchtlingspolitik: Die Erfahrung des letzten Jahres hat
3177 gezeigt, dass dieser Herausforderung dank des bürgerschaftlichen Engagements
3178 unter Wahrung der humanitären Aspekte begegnet werden kann.

3179
3180 Dabei halten wir an dem Grundsatz fest, möglichst viele Flüchtlinge in Wohnraum zu
3181 vermitteln, ihnen so ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig eine
3182 adäquate Betreuung sicherzustellen. Denn darin sehen wir die beste Voraussetzung
3183 für eine gelingende Integration. Dennoch müssen wir Flüchtlingsunterkünfte in
3184 ausreichender Kapazität vorhalten. Eine Gemeinschaftsunterbringung ist jedoch nur
3185 für einen begrenzten Zeitraum akzeptabel. Dabei legen wir Wert auf die Möglichkeit
3186 eigenständigen Kochens, soweit dies baulich und technisch umsetzbar ist.

3187
3188 Sprachkurse und Kinderbetreuung sowie Vorkurse und eine entsprechende Beglei-
3189 tung junger Flüchtlinge in den Schulen werden wir in ausreichendem Umfang
3190 sicherstellen. Die öffentliche Infrastruktur werden wir durch mehr preiswerte Wohnun-
3191 gen, mehr Kinderbetreuungsangebote sowie Bildungs- und Ausbildungskapazitäten
3192 anpassen.

3193

3194 Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen setzen wir uns für eine gleich-
3195 mäßige Verteilung auf alle Bundesländer ein.

3196

3197 Wir werden gegenüber dem Bund Initiativen ergreifen, die den Gemeinden die
3198 Aufgaben menschenwürdiger Unterbringung, Anfangsversorgung, Eingliederungshil-
3199 fen und gemeinnütziger Arbeitsmöglichkeiten zuweist und die die Finanzierung die-
3200 ser Aufgaben gemeinschaftlich durch Beiträge von Bund, Länder und Gemeinden
3201 sicherstellt. Die Bundeshilfen sollen beiden Kommunen zugutekommen und auch
3202 das Land wird seine Anstrengungen fortführen, beide Kommunen bei
3203 Integrationsleistungen zu unterstützen.

3204

3205 Die Stadtteilbeiräte, Vereine, Kirchengemeinden, Initiativen und die Bürgerinnen und
3206 Bürger sind für uns gerade bei der Integration von Flüchtlingen ein wichtiger Partner:
3207 Sie leisten einen großen Beitrag, den wir anerkennen und unterstützen.

3208

3209 Gleichfalls schätzen wir die engagierte Arbeit des Bremer Rates für Integration und
3210 werden dafür Sorge tragen, dass dieses Gremium weiterhin zur Sicherung seiner
3211 Arbeitsfähigkeit unterstützt wird.

3212

3213 Unser Ziel einer institutionellen Vereinbarung mit den muslimischen und alevitischen
3214 Verbänden haben wir erreicht. Die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe der
3215 Muslime und die bessere Einbindung ihrer Organisationen in das öffentliche Leben
3216 Bremens wollen wir weiter vorantreiben.

3217

3218 **Sport**

3219

3220 **Bremen in Bewegung**

3221

3222 Sport bewegt die Menschen – nicht nur körperlich. Er hat eine starke integrative Kraft
 3223 als Brücke zwischen den Generationen, zwischen Menschen mit verschiedenem
 3224 sozialen oder kulturellen Hintergrund und unterschiedlicher Herkunft. Außerdem
 3225 befriedigt Sport das Grundbedürfnis des Menschen nach Spiel, Bewegung und Wett-
 3226 kampf. Sportvereine leisten durch Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote wertvolle
 3227 Beiträge für unser Gemeinwesen – insbesondere zur Gesundheitsförderung, zur Bil-
 3228 dung und zum sozialen Zusammenhalt. Inklusion ist auch und gerade im Sport für
 3229 uns von hoher Bedeutung. Dabei stehen wir für verlässliche Rahmenbedingungen,
 3230 die die Arbeit der Sportvereine und der zahlreichen Ehrenamtlichen sichern.

3231

3232 Unser Ziel ist es, die Vereine dabei zu unterstützen, ein Angebot vorzuhalten, das
 3233 sich an alle Menschen richtet und dabei auch der demografischen Entwicklung Rech-
 3234 nung trägt. Wir werden interkulturelle Sportangebote besonders fördern und
 3235 insbesondere jungen Flüchtlingen den Zugang zu Sportvereinen ermöglichen.

3236

3237 **Sport und Gesellschaft**

3238

3239 Wir unterstützen Präventionsprogramme und Fanprojekte gegen Rassismus,
 3240 Antisemitismus und Homophobie im Sport. Zur Bekämpfung von Gewalt bei
 3241 sogenannten Risiko-Fußballspielen setzen wir ebenso auf Prävention. Die hervor-
 3242 ragende Arbeit der Fanprojekte unterstützen wir ausdrücklich. Sexualisierter Gewalt
 3243 treten wir auch im Sport entschieden entgegen, arbeiten weiterhin an wirksamen
 3244 Schutzmechanismen gegen sexuelle Übergriffe und machen uns für eine Kultur des
 3245 Hinsehens stark.

3246

3247 Wir wollen die Konflikte im Bereich Sport und Lärm lösen und unterstützen die
 3248 Hamburger Bundesinitiative für eine sportfreundliche Weiterentwicklung der
 3249 Sportanlagenlärmschutzverordnung. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,
 3250 dass bereits bestehende innerstädtische Sportanlagen auch bei notwendigen
 3251 Veränderungen Bestands- und Standardschutz genießen, damit Nutzungszeiten
 3252 nicht eingeschränkt werden müssen. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung,
 3253 dass die Privilegierung von Kinderlärm auf Sport- und Freizeitanlagen erweitert wird.

3254

3255 Wir fördern Vorhaben, die Mädchen und Jungen in gleichem Maße die Möglichkeit zu
 3256 Bewegung im öffentlichen Raum bieten.

3257

3258 **Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken**

3259

3260 Qualifizierte Bewegungserziehung und regelmäßige Sportangebote von früh an sind
 3261 uns wichtig. Sie verbessern nachweislich die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit
 3262 und fördern die soziale und gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendli-
 3263 chen. Mit geeigneten Projekten wollen wir so früh wie möglich bei Kindern und
 3264 Jugendlichen die Begeisterung für Sport wecken – unter anderem durch Angebote
 3265 wie den „Bewegungskindergarten“ oder Projekte wie „Bewegung, Sport und Spiel für
 3266 alle in der Grundschule“ und „Schwimmfähigkeit bei Kindern“.

3267 Wir werden die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern bzw. Lehrer-
 3268 innen und Lehrern für Bewegung und Sport forcieren und die Kooperationen von

3269 Sportvereinen mit Kindergärten, Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung unterstüt-
 3270 zen. Gerade beim Ausbau von Ganztagschulen brauchen wir klare
 3271 Rahmenbedingungen für die Sportvereine. Der Zugang zu Sportvereinen ist von
 3272 immenser Bedeutung. Hier wird der soziale Zusammenhalt gefördert, Fair Play
 3273 eingeübt und Gesundheitsprävention betrieben. Die Kooperationen von Vereinen mit
 3274 Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen, sozialen Einrichtungen,
 3275 Migrantenorganisationen sind ein wichtiger Baustein. Diesen Bereich wollen wir auch
 3276 in Zukunft fördern.

3277

3278 **Bremen als bewegte Stadt**

3279

3280 Wir werden die Möglichkeiten für nichtorganisierten Sport und Sport im öffentlichen
 3281 Raum weiter ausbauen. Schon jetzt stehen unsere Bezirkssportanlagen allen
 3282 Bürgerinnen und Bürgern offen. Beachvolleyball-, Bolz-, Boules-Plätze, Skateranla-
 3283 gen und Kletterwände in Parks und Schulen sind wichtige Elemente der Bewegung
 3284 und der Stadtentwicklung. Hierzu bieten wir privaten Initiativen einen Raum.

3285

3286 **Sport: gesundheitsfördernd und förderungswürdig**

3287

3288 Die Chancen des kommenden Präventionsgesetzes werden wir auch für die Arbeit in
 3289 den Sportvereinen ergreifen. Hierfür werden wir uns zügig mit dem Landessportbund
 3290 abstimmen, damit alle präventiven Möglichkeiten für die Bevölkerung durch die
 3291 Förderung des Sports in Bremen genutzt werden.

3292

3293 Mit dem gerade unter Einbeziehung des Landessportbundes entstehenden Sportent-
 3294 wicklungsplans wollen wir die Trends und Entwicklungsnotwendigkeiten des Sportbe-
 3295 reichs für das nächste Jahrzehnt erkennen und angehen. Wir wissen, dass in vielen
 3296 Sporthallen noch viel zu tun ist. Zur sukzessiven Umsetzung des Sportentwicklungs-
 3297 plans werden wir die bisherigen Mittel für den Erhalt und Modernisierung von städti-
 3298 schen Sportanlagen für die Zeit der Legislaturperiode verstetigen.

3299

3300 Zudem wollen wir finanzielle Anreize schaffen, um die Vereine als Nutzer stärker in
 3301 die Pflege städtischer Sportanlagen einzubinden.

3302

3303 Die Übungsleiterinnen- und Übungsleiterpauschale werden wir mindestens in der
 3304 jetzigen Höhe erhalten. Um die Sportvereinsarbeit zu stärken, werden wir im
 3305 Zusammenwirken mit dem Landessportbund Bremen (LSB) und den ausbildenden
 3306 Verbänden zusätzlich in die Gewinnung und Qualifizierung von Vereinsmitarbei-
 3307 terinnen und -mitarbeitern investieren.

3308

3309 **Inklusion im Sport**

3310

3311 Die gleichberechtigten Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit und ohne Behinde-
 3312 rung sind für uns auch im Sport sehr wichtig und wir setzen auch im Sport auf Inklusio-
 3313 n. Deshalb werden wir entsprechende Sportangebote der Vereine und
 3314 Weiterbildungen für Übungsleiter finanziell unterstützen. Die barrierefreie Gestaltung
 3315 von Sportanlagen wollen wir weiter voranbringen und finanziell unterstützen.

3316

3317 **Leistungssport und große Sportveranstaltungen**

3318

3319 Den Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik werden wir nach den gegebe-
 3320 nen Möglichkeiten weiter unterstützen. Wir werden gemeinsam mit den Vertretern
 3321 der Wirtschaft zusätzliche private Mittel akquirieren. Nationale und internationale
 3322 Meisterschaften – wie etwa die Tanz- oder Karate-WM – genauso wie regelmäßige
 3323 große Sportveranstaltungen – TT-German-Open, Judo-Masters – ziehen jährlich ei-
 3324 nige Tausend Aktive und Besucherinnen und Besucher nach Bremen, die dadurch
 3325 zusätzliche hohe Umsätze in Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel generieren.
 3326 Durch nationale und internationale Meisterschaften werden nicht unerhebliche
 3327 zusätzliche wirtschaftliche Effekte im Land und in der Region erzielt. Über den Vor-
 3328 schlag für eine finanzielle Förderung von Sportgroßveranstaltungen entscheidet künf-
 3329 tig ein vom Sport- und Wirtschaftsressort paritätisch besetztes Gremium. Wir prüfen,
 3330 ob und wie wir gemeinsam mit dem organisierten Sport und den Veranstaltern
 3331 verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards für solche Veranstaltungen
 3332 entwickeln können. Wir wollen mit dem Landessportbund und den städtischen
 3333 Veranstaltern erörtern, ob ein Werbeverbot für Alkohol insbesondere bei
 3334 Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen durchgesetzt werden kann.

3335

3336 Um Bremen als Standort für Sportgroßveranstaltungen noch attraktiver zu machen,
 3337 entwickeln wir gemeinsam mit allen Akteuren einen jährlichen Veranstaltungskalen-
 3338 der.

3339

3340 Gemeinsam mit dem Landessportbund und der Handelskammer werden wir
 3341 Hamburg einen Vorschlag für eine Bremer Beteiligung an der Bewerbung für die
 3342 Olympischen Spiele 2024 unterbreiten. Zur stärkeren Förderung junger Sporttalente
 3343 und zur Finanzierung der mit Olympia im Zusammenhang stehenden Aktivitäten wol-
 3344 len wir gemeinsam mit den Vertretern der Wirtschaft private Mittel akquirieren. Die
 3345 Koordinierung übernimmt die Senatorin für Sport im Zusammenwirken mit der
 3346 Senatskanzlei und dem Wirtschaftsressort.

3347

3348 Die sportbetonte Schule Ronzelenstraße und die Eliteschule des Fußballs Obervie-
 3349 land wollen wir als wichtigen Beitrag Bremens zum Leistungssport weiterhin
 3350 unterstützen.

3351

3352 **Für eine attraktive Bäderlandschaft**

3353

3354 Wir werden Investitionen im Rahmen eines Gesamtkonzepts vornehmen: Das Horner
 3355 Bad und das Westbad werden saniert. Das Horner Bad wird dabei durch die Ergän-
 3356 zung des Freibads um ein Hallensportbad zum Kombi-Bad weiterentwickelt. Bis zum
 3357 Abschluss dieser beiden Vorhaben soll das Uni-Bad als Sport- und Freizeitschwim-
 3358 mstätte weiter geöffnet bleiben.

3359

3360 Angesichts der zunehmenden Anzahl von Nichtschwimmern und Nichtschwimmerin-
 3361 nen messen wir der Förderung des Schwimmsports eine hohe Bedeutung zu. Hier
 3362 werden wir die bestehenden Angebote im Schulbereich auf ihre Wirksamkeit hin
 3363 überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

3364

3365 Inneres

3366

3367 Bürgernahe Polizeiarbeit

3368

3369 Wir wollen, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven sicher sind und sich
3370 sicher fühlen. Straftaten bedrohen das friedliche Zusammenleben in einer Gesell-
3371 schaft, darum werden wir Kriminalität entschlossen bekämpfen und Sicherheit und
3372 Freiheit in Bremen und Bremerhaven schützen.

3373

3374 Die gute und bürgernahe Schutzpolizeiarbeit in Bremen ruht auf drei Säulen. Sowohl
3375 bei den Zentralen Einsatzdiensten als auch in den Polizeirevieren an den Orten und
3376 zu den Zeiten, wo sie von Bürgerinnen und Bürgern gebraucht werden, sind
3377 Polizeibeamtinnen und -beamte sichtbar und ansprechbar. Dies gilt umso mehr für
3378 die dritte Säule: unsere Kontaktpolizisten, die KOPs, die vor Ort wertvolle Arbeit
3379 leisten. Das Verhältnis dieser drei Bereiche werden wir weiter verbessern und auf
3380 geänderte Anforderungen u.a. mit bedarfsabhängigen Dienstplänen reagieren.

3381

3382 Dabei legen wir Schwerpunkte auf die Kriminalitätsbekämpfung und die Präsenz der
3383 Polizei in den Stadtteilen, wozu wir das bestehende Standortkonzept anpassen.
3384 Künftig soll der Kontakt zur Polizei darüber hinaus auch online – bis hin zur Erstel-
3385 lung von Anzeigen – möglich werden.

3386

3387 Für eine leistungsfähige Polizei

3388

3389 Eine moderne und offene Polizei schafft die Grundlage für Sicherheit in unserem
3390 Bundesland. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass sie auch in den kommenden Jah-
3391 ren eine verlässliche Personalausstattung erhält und ihren vielfältigen Aufgaben in
3392 der Präventionsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung gerecht werden kann. Hierzu
3393 sind 2.540 Beschäftigte (Zielzahl in VZE) bei der Polizei Bremen nötig. Der aktuelle
3394 Personalbestand in Bremerhaven wird bis zum Ende des Prozesses zum Abbau von
3395 Doppelstrukturen zwischen Bremen und Bremerhaven beibehalten. Die verbleibende
3396 Lücke zwischen dem vorhandenen Personal und der Zielzahl wollen wir durch die
3397 Einstellung von Seiteneinsteigern und Nichtvollzugsbediensteten (z.B. spezialisierte
3398 Verwaltungsangestellte) und durch eine dem Bedarf entsprechende Ausbildung von
3399 Polizeianwärtern schließen (z.B. spezialisierte Verwaltungsangestellte) .

3400

3401 Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität dieses Berufes fördern und mehr Frauen und
3402 Menschen mit Migrationsgeschichte für die Polizeiausbildung gewinnen.

3403

3404 Um das hohe Niveau der Polizeiausbildung und der Polizeiarbeit in Bremen zu halten,
3405 wollen wir zwischen dem Senat und der Polizei, unter Einbeziehung der Personalver-
3406 tretungen für Bremen und für Bremerhaven, Kontrakte bis zum Jahr 2020 schließen.
3407 Darin sollen sowohl die Personalstärke als auch die Personalstruktur – samt den er-
3408 forderlichen Ausbildungskapazitäten – sowie die zur Verfügung stehenden Investi-
3409 tionsmittel verbindlich definiert werden.

3410

3411 Wir wollen die Polizei von Aufgaben entlasten, die nicht zwangsläufig durch Beamte
3412 erledigt werden müssen.

3413

3414 Veranstalter von gewinnorientierten, kommerziellen Großveranstaltungen ab einer
 3415 bestimmten Größe und Gefahrenlage tragen ihren Beitrag zu den Polizeikosten ihrer
 3416 Veranstaltungen.

3417
 3418 Zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz werden wir in die
 3419 Verbesserung der Schutzausstattung investieren. Weiterhin werden wir die erforderli-
 3420 chen Ersatzbeschaffungen im Kriminallabor zeitnah realisieren, um die Arbeitsfähig-
 3421 keit dort sicher zu stellen. Den Fuhrpark der Polizei werden wir schrittweise
 3422 modernisieren, um die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten und um die derzeitigen
 3423 Betriebskosten zu senken. Priorität haben dabei die Funkstreifenwagen und
 3424 Sonderfahrzeuge. Durch die Bildung weiterer Fahrzeugpools werden wir eine noch
 3425 bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen erreichen.

3426
 3427 Auf dem Gelände des Polizeipräsidiums werden wir unter Einbeziehung einer
 3428 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einen Zentralgewahrsam einrichten um einerseits die
 3429 Wachen in den Stadtteilen zu entlasten und andererseits eine qualifizierte personelle
 3430 Betreuung der in Gewahrsam genommenen Personen zu gewährleisten.

3431 3432 **Schutz vor und Ahndung von Übergriffen**

3433
 3434 Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Vertretungsorganen in
 3435 einen Dialog darüber treten, wie die Beamtinnen und Beamten im Dienst besser ge-
 3436 schützt werden können; und wir wollen öffentlich für gegenseitigen Respekt werben.

3437
 3438 Mit dem Einsatz von Kleinkameras, die an der Polizeiuniform befestigt werden kön-
 3439 nen, wollen wir Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, aber auch ihr eigenes
 3440 Verhalten im Einsatz dokumentieren. Dabei ist sicherzustellen, dass die Aufnahmen
 3441 vor Abschluss etwaiger Ermittlungen weder gelöscht noch verändert werden können.

3442
 3443 Ermittlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte werden künftig außerhalb des
 3444 Innenressorts im Justizressort geführt, um jeglichen Anschein von Voreingenommen-
 3445 heit im Vorhinein auszuschließen.

3446
 3447 Wir werden das Polizeigesetz in der kommenden Legislaturperiode reformieren und
 3448 dabei u.a. die rechtlichen Grundlagen für die sogenannten „Gefahrenorte“ klarer fas-
 3449 sen. Das sogenannte „Racial Profiling“, z.B. Kontrollen aufgrund der Hautfarbe, ist
 3450 keine Grundlage polizeilichen Handelns.

3451
 3452 Wir wollen einen effektiven Rechtsschutz gegen unzulässige polizeiliche
 3453 Datenspeicherungen und Weitergaben von Daten ermöglichen. Wenn die Polizei
 3454 Erkenntnisse über vermeintliche oder tatsächliche Beteiligte von Straftaten in ihren
 3455 Informationssystemen festhält, sollen die Betroffenen künftig hierüber informiert wer-
 3456 den, sofern dies die Ermittlungen nicht gefährdet. An berechnigte Private soll die
 3457 Polizei personenbezogene Daten – außer bei Gefahr im Verzug – erst weitergeben
 3458 dürfen, nachdem die Betroffenen Gelegenheit hatten, Rechtsmittel gegen die
 3459 Datenweitergabe einzulegen.

3460 3461 **Kriminalität entschlossen bekämpfen**

3462
 3463 Gerade von den klassischen Eigentums- und Vermögensdelikten, wie z.B. Einbrü-
 3464 chen, fühlen sich die Bremerinnen und Bremer besonders bedroht. Sowohl die

3465 Vorbeugung von Verbrechen als auch deren Aufklärung und Verfolgung wollen wir
3466 dazu ressortübergreifend bündeln und die Zusammenarbeit mit Niedersachsen und
3467 der Bundespolizei nutzen, um reisende Intensivtäter stärker in den Fokus zu nehmen.
3468 Wir wollen Erfolge bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität erzielen und wer-
3469 den dazu die polizeilichen operativen Maßnahmen deutlich verstärken und mit den
3470 Personalverstärkungen hier einen Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung setzen.

3471
3472 Daneben wird der Senator für Inneres gemeinsam mit dem Senator für Umwelt, Bau
3473 und Verkehr und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Vertreter der
3474 Bauwirtschaft, des Handwerks und der Versicherungswirtschaft zu einem Fachbeirat
3475 „Einbruchsschutz“ einladen. Ziel ist es, gemeinsam Konzepte zur besseren Beratung
3476 von Bauherren und Wohnungseigentümern und Mietern über Maßnahmen zum Ein-
3477 bruchsschutz zu erreichen. Die Beratung soll möglichst bei Neubauten und Sanierun-
3478 gen schon baubegleitend erfolgen. Außerdem soll Bürgern die Möglichkeit gegeben
3479 werden, sich durch zertifizierte, vertrauenswürdige Fachleute in ihren Häusern und
3480 Wohnungen beraten zu lassen. Auch die Vergabe eines Gütesiegels für
3481 einbruchshemmendes Bauen bzw. Sanieren soll geprüft werden. Ferner sollen aus
3482 diesem Fachbeirat Vorschläge zur besseren städtebaulichen Kriminalprävention ent-
3483 wickelt werden und gegebenenfalls Hinweise auf notwendige bundesgesetzliche
3484 Änderungen oder bundesweite Förderprogramme gegeben werden.

3485
3486 Das Projekt „Stopp der Jugendgewalt“, werden wir evaluieren und anpassen. Bei
3487 auffälligen Jugendlichen machen wir uns dafür stark, künftig noch früher
3488 Fallkonferenzen einzuberufen und Maßnahmen der Jugendhilfe zu ergreifen. Krimi-
3489 nelle Karrieren von (noch) strafunmündigen Kindern wollen wir mit gezielten
3490 Maßnahmen verhindern. Wir wollen verhindern, dass Terrororganisationen jeglicher
3491 Art junge Bremerinnen und Bremer für ihre extremistischen Ziele rekrutieren können.
3492 Das Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und
3493 Islamfeindlichkeit werden wir umsetzen.

3494
3495 Der Bereich der Organisierten Kriminalität erfordert eine nationale und internationale
3496 Vernetzung und hochspezialisierte Kompetenz. Deshalb werden wir uns dafür einset-
3497 zen, dass die Bekämpfung dieser Kriminalitätsform an die Strukturen der
3498 Terrorismusbekämpfung angelehnt und Strafkammern mit einer besonderen
3499 Zuständigkeit gebildet werden.

3500
3501 Kriminelle Rockergruppen werden wir weiterhin verbieten. Besonderes Augenmerk
3502 werden wir auch auf rechtsextreme und salafistische Vereinigungen richten und sol-
3503 che Bestrebungen bekämpfen.

3504
3505 Die Bekämpfung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat für uns
3506 große Wichtigkeit. Bremen hatte jahrelang einen vorbildlichen Umgang mit Opfern
3507 von Vergewaltigungen. Die Ergebnisse einer vom Senat beauftragten Untersuchung
3508 zeigen uns allerdings, dass nur wenige Anklagen und noch weniger Verurteilungen
3509 dieser Straftat erfolgen. Wir werden daher die Vernehmungen im Ermittlungsverfah-
3510 ren und deren Dokumentation verbessern und uns auch für eine Überprüfung der
3511 Rechtslage auf Bundesebene stark machen. Wir wollen auch gegen sogenannte
3512 Vergewaltigungsdrogen (K.o.-Tropfen) vorgehen: Wir müssen alle rechtlich zulässi-
3513 gen Mittel nutzen, um bereits den Besitz solcher Substanzen unter Strafe zu stellen
3514 und die Beweissicherung zu erleichtern.

3515

3516 **Wirtschaftskriminalität und Cybercrime**

3517

3518 Wirtschaftskriminalität ist heute für mehr als die Hälfte des durch Kriminalität
3519 ausgewiesenen Gesamtschadens verantwortlich. Die Bekämpfung der
3520 Wirtschaftskriminalität ist für uns ein wichtiger Schwerpunkt. Durch Steuerhinterzie-
3521 hung, den Betrug bei Sozialversicherungsbeiträgen, Korruption und Vermögensde-
3522 likte im großen Stil werden der Wirtschaft und der Gesellschaft Schäden in immenser
3523 Größenordnung zugefügt. Die Verfahren in diesem Bereich sind oft komplex und
3524 langwierig und erfordern den Einsatz von Spezialisten bei den Ermittlungsbehörden.
3525 Aber diese Verfahren sind nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen erforderlich, sie kön-
3526 nen sich über Vermögensabschöpfung und Unternehmensgeldbuße auch fiskalisch
3527 sozusagen rechnen.

3528

3529 Gewinne aus Straftaten werden wir konsequent abschöpfen und in Teilen für die
3530 Polizeien, die Steuerfahndung, Justiz und Stadtamt einsetzen, um die Verfolgung
3531 solcher Straftaten zu intensivieren. Die Ressorts Finanzen, Justiz und Inneres
3532 schließen über die Ausstattung und das Controlling einen gemeinsamen Kontrakt ab,
3533 der die Einzelheiten beschreibt. Wir werden auch unsere Vorkehrungen gegen
3534 Korruption optimieren: Wer Hinweise auf Korruption gibt, soll rechtlich besser ge-
3535 schützt werden. Unternehmen soll in Korruptions-Strafprozessen auch die
3536 Schließung drohen können. Zudem müssen für große und mittlere
3537 Kapitalgesellschaften Programme zur Gewährleistung der Rechtstreue
3538 („Compliance“) rechtlich verbindlich werden. Bei größeren Bauvorhaben soll künftig
3539 zudem ein „Integritätspakt“ mit klaren Verhaltensvorgaben und Sanktionen geschlos-
3540 sen werden.

3541

3542 Wir werden weiterhin Steuersünder-CDs ankaufen und für die Bearbeitung von
3543 Steuerstrafsachen zusätzliches Personal abstellen.

3544

3545 Um das Vorgehen gegen Internet-Kriminalität zu verbessern, wollen wir ein
3546 gemeinsames Konzept aller Strafverfolgungsbehörden anstoßen und uns auf der
3547 Bundesebene für eine Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes durch die
3548 Präzisierung von Straftatbeständen, etwa bei Cybermobbing, einsetzen.

3549

3550 Auf Grundlage entsprechender Weiterbildungsmaßnahmen für Polizeibeamtinnen
3551 und -beamte, die zu sogenannten „Cyber Cops“ qualifiziert werden sollen, werden wir
3552 zudem die Verfolgung von Internet- und Telefonbetrug intensivieren.

3553

3554 Wir werden die Polizei Bremen und Dataport beauftragen, gemeinsam ein
3555 Kompetenzzentrum für IT-Forensik, Cybercrime und Polizei-IT aufzubauen. Wir wer-
3556 den in einem weiteren Schritt der Seestadt Bremerhaven anbieten, sich daran zu
3557 beteiligen. Neben der Fortbildung von Polizei soll von hier aus technische Unterstüt-
3558 zung von Ermittlungen, bei der Auswertung von Computern und Mobiltelefonen und
3559 Beratung erfolgen. Diese Leistungen sollen gegen Kostenbeteiligung auch für die
3560 Polizeibehörden in anderen Ländern geöffnet werden.

3561

3562 **Bürgerservice und öffentliche Ordnung**

3563

3564 Wir wollen einen modernen Bürgerservice. Den grundlegenden Konsolidierungspro-
3565 zess im Stadtamt setzen wir fort. Gemeinsam mit den Beschäftigten und Nutzerinnen
3566 und Nutzern wollen wir weitere Verbesserungen in der Arbeit erreichen.

3567
3568 Wir wollen das Stadtamt als größten Dienstleister der Verwaltung gestalten und für
3569 die Bürgerinnen und Bürger durch fortlaufende Modernisierung der
3570 Aufgabenwahrnehmung nachhaltig sichern. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur
3571 Verbesserung der Dienstleistungsqualität mit dem Ziel, die telefonische Erreichbar-
3572 keit, die zeitnahe Terminvereinbarung über verschiedene Medien (Telefon und
3573 Internet) und die Schnelligkeit der Dienstleistungserbringung mit kurzen Wartezeiten
3574 zu gewährleisten.

3575
3576 Der bestehende Kontrakt wird weiterentwickelt und fortgeschrieben. Die erforderli-
3577 chen Reformmaßnahmen werden darin verbindlich geregelt.

3578 Durch den Ausbau der Online-Dienstleistungen, der Einführung eines flächendecken-
3579 den Terminmanagements bis zum 01.07.2016, Einführung der e-Akte in der
3580 Ausländerbehörde und die Installierung von Signierpads im Bürgerservice, werden
3581 die Bearbeitungsprozesse optimiert.

3582
3583 Die Installation eines zentral Verantwortlichen für alle IT-Projekte (CIO), der
3584 unabhängig alle IT-gestützten Prozessverbesserungen koordiniert und steuert, soll
3585 die konzentrierte und beschleunigte Umsetzung der notwendigen Maßnahmen
3586 gewährleisten. Durch Verlagerung der IT-Organisation des Stadtamtes auf einen IT-
3587 Dienstleister (Dataport), der Datenhaltung und -produktion einschließlich Wartung,
3588 Pflege und Administration von Technik und Verfahren übernimmt, sollen
3589 Datenverarbeitungsprozesse weiter professionalisiert und das Stadtamt hiervon ent-
3590 lastet werden. Der für die Optimierungsaufgaben im IT-Bereich benötigte
3591 Ressourceneinsatz wird aus dem Produktplan für den zentralen IT-Bereich sicherge-
3592 stellt.

3593
3594 Regelaufgaben des Stadtamtes werden bisher zu einem hohen Anteil durch
3595 Auszubildende und Nachwuchskräfte (Poolkräfte) wahrgenommen, die das Stadtamt
3596 häufig schnell wieder verlassen. Dies erschwert eine verlässliche Personalplanung
3597 und stellt das Stadtamt vor zusätzliche Herausforderungen. Wir beginnen in diesem
3598 Bereich deshalb durch einen Kontrakt mit dem Finanzressort, die hier eingesetzten
3599 Poolkräfte aus dem Nachwuchskräftepool, im Rahmen der vom Bund für die Auf-
3600 nahme von Flüchtlingen bereitgestellten Mittel, in refinanzierte Stellen beim Stadtamt
3601 zu überführen. Hierzu gehört auch der Umgang mit dem überdurchschnittlich hohen
3602 Krankenstand.

3603
3604 Mit der Übernahme von Verwaltungspersonal der GeNo soll im Stadtamt zusätzliche
3605 Unterstützung erreicht werden. Die diesbezüglichen Senatsbeschlüsse werden
3606 weiterverfolgt und zeitnah umgesetzt.

3607
3608 Wir wollen die Effizienz der Bürgerserviceangebote weiter steigern und gleichzeitig
3609 besser auf Beschwerden und Probleme reagieren. Dazu wollen wir die bisher bei
3610 verschiedenen Ressorts beheimateten Kontrollfunktionen unter dem Dach eines
3611 städtischen Ordnungsdienstes zusammenfassen und die entsprechenden rechtlichen
3612 und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Sowohl für den Bereich Jugend-
3613 schutz, für die Gewerbeüberwachung und die Kontrollen von Spielhallen als auch bei
3614 Beschwerden über Lärm, Behinderungen und Verschmutzungen auf öffentlichen Flä-
3615 chen soll es somit künftig eine konkrete Zuständigkeit geben.

3616

3617 Suchtprävention ist für uns eine ressortübergreifende Aufgabe. Betreiberinnen und
 3618 Betreiber von Glücksspielen, insbesondere im Internet sowie in Spielhallen und
 3619 Sportwettbüros, müssen künftig im Hinblick auf Spielsuchtprävention hohen
 3620 Anforderungen genügen. Dies gilt ausdrücklich auch hinsichtlich der Zuverlässigkeit
 3621 der Betreiberinnen und Betreiber sowie der Transparenz von Geldflüssen.

3622
 3623 Eine starke Konzentration von Spielcasinos und Wettbüros wirkt sich zudem oft
 3624 nachteilig auf das Umfeld aus. Wir werden daher in Stadtteilen, die besonders unter
 3625 diesem Problem leiden, alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um diesen
 3626 Konzentrationserscheinungen entgegen zu wirken. Hierzu werden wir eine
 3627 ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Ressorts Bau, Wirtschaft,
 3628 Inneres und Finanzen einsetzen.

3629
 3630 Wir wollen weniger Waffen in unseren Städten – und setzen dies durch gezielte Akti-
 3631 onen wie die Erhebung einer Waffenkontrollgebühr, die Intensivierung der
 3632 entsprechenden Kontrollen und die Möglichkeit, illegale und legale Waffen abzuge-
 3633 ben, um. Darüber hinaus werden wir uns für notwendige Änderungen des Waffen-
 3634 rechts einsetzen, um die Zahl von Waffen in unseren Städten noch weiter zu senken.

3635
 3636 Die Bremer Vorschriften zum Halten gefährlicher Hunde werden wir weiter dahin-
 3637 gehend fortlaufend prüfen, ob eine Aktualisierung der Hunderassen erforderlich wird.

3638
 3639 Den bundesweiten „Gewalttourismus“ etwa bei Fußballspielen wollen wir unterbinden.
 3640 Die hierfür notwendigen Sicherheitsmaßnahmen wie Meldeauflagen und Platzver-
 3641 weise werden wir bei sogenannten Risikospielen ergreifen.

3642
 3643 Es gilt für Sexarbeit und Prostitution Regelungen zu schaffen, die vorhandene gesell-
 3644 schaftliche Diskriminierungen durch rechtliche Gleichstellung mit anderen
 3645 selbstständigen Tätigkeiten abbauen, die aber gleichfalls einen wirksamen Schutz
 3646 vor wirtschaftlicher Ausbeutung in der Prostitution sicherstellen und den Kampf ge-
 3647 gen kriminellen Menschenhandel verbessern können. Hierfür wollen wir umfassende
 3648 Regelungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten schaffen. Inhaltliche Basis hier-
 3649 für ist der in der 18. LP von den beiden Bürgerschaftsfraktionen erarbeitete
 3650 „Gesetzentwurf eines Prostitutionsstättengesetzes“. Unsere hierin niedergelegten
 3651 Vorstellungen werden wir im Rahmen der Reform des Prostitutionsgesetzes über
 3652 den Bundesrat einbringen. Ein strafrechtliches Verbot der Ausübung oder
 3653 Inanspruchnahme lehnen wir ausdrücklich ab.

3654 **Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

3655
 3656
 3657 Ob ehrenamtlich oder beruflich: In der Feuerwehr, im Rettungs- und Notarztdienst
 3658 sowie im Katastrophenschutz leisten viele Menschen hochprofessionelle Arbeit.

3659
 3660 Die Feuerwehren im Land Bremen sind ein wichtiger Bestandteil unserer
 3661 Sicherheitsarchitektur. Wir werden sie auch in Zukunft personell verlässlich ausstat-
 3662 ten. Durch neue gesetzliche Grundlagen, weiter steigende
 3663 Spezialisierungsanforderungen und demografische Veränderungen steigt allerdings
 3664 der Anpassungsdruck. Durch ein neues Standortkonzept sichern wir ab, dass die
 3665 Feuerwehr in allen Stadtteilen schnellstmöglich unter Einhaltung der Hilfsfrist am
 3666 Einsatzort ist. Das Innenressort wird umgehend die Realisierbarkeit der im
 3667 Brandschutzgutachten empfohlenen Standortveränderungen prüfen und die

3668 Entscheidung und Umsetzung vorantreiben. Um das Standortkonzept personell zu
3669 hinterlegen und die erheblichen Überstunden bei der Feuerwehr zu reduzieren, stel-
3670 len wir für die Feuerwehr ein Beschäftigungsvolumen von mindestens 490 (ohne den
3671 Aufgabenbereich des gebührenfinanzierten Rettungsdienstes) sicher. Die Ausbildung
3672 wird in den nächsten Jahren schrittweise darauf ausgerichtet. In geeigneten Berei-
3673 chen werden wir zudem zur Entlastung Kooperationen mit Werksfeuerwehren prüfen.
3674

3675 Insbesondere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern muss dabei verstärkt
3676 Anerkennung entgegengebracht werden. Vor allem die Freiwilligen Feuerwehren
3677 werden wir daher weiter unterstützen und das vorliegende Gebäude- und
3678 Fahrzeugkonzept umsetzen. Zur Intensivierung der Nachwuchsförderung werden wir
3679 zudem die Einrichtung einer Kinderfeuerwehr und die Vernetzung von Kinder- und
3680 Jugendarbeit zwischen den Hilfsorganisationen und den Freiwilligen Feuerwehren
3681 anregen.
3682

3683 Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil des Brandschutzes in
3684 unserer Stadt. Das ehrenamtliche Engagement schätzen wir sehr. Wir unterstützen
3685 daher die Wehren und Katastrophenschutzeinheiten bei der Gewinnung neuer Kräfte,
3686 insbesondere von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, durch eine
3687 entsprechende Kampagne. Wir wollen als Dankeschön alle Ehrenamtlichen mit der
3688 Ehrenamtscard ausstatten.
3689

3690 **Justiz und Recht**

3691
3692 Wir stehen für eine leistungsfähige Justiz. Dazu gehören ein bürgerfreundlicher Zu-
3693 gang zu allen Gerichten und allen bei den Gerichten verorteten Verfahren sowie eine
3694 Ausstattung, die eine effiziente, zügige Bearbeitung ermöglicht. Ebenso muss sich
3695 eine Gesellschaft daran messen lassen, wie sie mit ihren Gefangenen umgeht: Kein
3696 Mensch darf zurückgelassen werden – auch nicht, wenn er eine Straftat begangen
3697 hat.

3698 3699 **Für ein bürgerfreundliches, leistungsfähiges Rechtssystem**

3700
3701 Bremen braucht eine effiziente und bürgernahe Justiz. Deshalb werden die beiden
3702 Kammern des Arbeitsgerichts und die Strafkammer beim Amtsgericht in Bremer-
3703 haven erhalten. Der Rechtsstaat benötigt zum Funktionieren ausreichend Personal,
3704 deshalb werden wir eine angemessene Personalausstattung und angemessene
3705 Fortbildung sicherstellen.

3706
3707 Dort, wo aufgrund aktueller Entwicklungen, wie etwa der hohen und noch steigenden
3708 Flüchtlingszahlen, besonderer Handlungsbedarf beispielsweise bei Asylverfahren
3709 besteht, muss auf die dadurch entstehenden personellen Engpässe zügig reagiert
3710 werden – beispielsweise, indem wir die dafür vom Bund bereitgestellten Mittel auch
3711 dafür einsetzen.

3712
3713 Das Thema Ausbildung in der Justiz ist uns wichtig, denn nur mit gut ausgebildeten
3714 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwa in den Geschäftsstellen oder auch im
3715 Justizvollzug, kann die Qualität der Arbeit dauerhaft gesichert werden. Durch vielfäl-
3716 tige Fortbildungsmöglichkeiten – auch in Kooperation mit anderen Bundesländern -
3717 und effektiven Maßnahmen des Gesundheitsmanagements unterstützen wir die
3718 Beschäftigten und verhindern Überforderung am Arbeitsplatz. Für Führungskräfte der
3719 Justiz soll es besondere Fortbildungsangebote geben, mit denen sie für die Themen
3720 Gesundheit am Arbeitsplatz und Mitarbeiterführung besonders sensibilisiert werden.

3721
3722 Mit dem Projekt „e-justice“ soll den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu den
3723 Gerichten erleichtert und die ausschließlich elektronische Bearbeitung der Akten
3724 ermöglicht werden. Hierbei soll so weit wie möglich auf die bestehende bremische IT-
3725 Infrastruktur zurückgegriffen werden. Wir werden das Projekt in dieser Legislaturperi-
3726 ode zu Ende bringen und finanzieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden
3727 bei der Umgestaltung und technischen Ausstattung der Arbeitsplätze weiterhin
3728 umfassend beteiligt. Für alle Beschäftigten in der Justiz werden wir geeignete Fortbil-
3729 dungsmaßnahmen anbieten. Einen Personalabbau im Bereich der Justiz wollen wir
3730 vermeiden. Die Effizienzgewinne die durch die Einführung von „e-justice“ erzielt wer-
3731 den, werden anteilig im Bereich Justiz zur Sicherung des Personalbestandes verblei-
3732 ben.

3733
3734 Wir wollen alle personellen, organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten prüfen,
3735 Verwaltungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen und
3736 zu beschleunigen. Verwaltungsentscheidungen müssen frühzeitig und nachvollzieh-
3737 bar Klarheit sowie Rechtssicherheit schaffen. Das Widerspruchsverfahren ist als
3738 bürgerfreundlicher, barrierefreier Zugang grundsätzlich zu erhalten.

3739

3740 Außerdem sprechen wir uns für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung,
 3741 wie z.B. der Mediation, aus. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, das Recht
 3742 auf Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe einzuschränken.
 3743 Die öffentliche Rechtsberatung bleibt erhalten.

3744
 3745 Wir werden die Voraussetzungen für die Übernahme eines Richteramtes in den Aus-
 3746 schreibungen verändern, um in Zukunft mehr Menschen mit Migrationshintergrund
 3747 und Berufserfahrung zu gewinnen.

3748
 3749 Menschen, die Probleme mit der Bewältigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten ha-
 3750 ben, haben einen Anspruch auf rechtliche Betreuung. Wir wollen durch bessere
 3751 Beratung die Zahl der ehrenamtlichen und Vereinsbetreuungen erhöhen.

3752
 3753 **Für einen humanen Strafvollzug**

3754
 3755 Wir werden die Sanierung der Justizvollzugsanstalt in den letzten beiden Hafthäu-
 3756 sern fortsetzen. Die Planungen dazu werden wir an die veränderten
 3757 Rahmenbedingungen anpassen, indem wir den Rückgang der Gesamtgefangenen-
 3758 zahl bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils von Gefangenen mit längeren und
 3759 lebenslänglichen Haftstrafen berücksichtigen.

3760
 3761 Die guten Erfahrungen mit den Justizvollzugsbeamtinnen und –beamten als
 3762 „Ansprechpartner“ und die größer werdenden Herausforderungen im Umgang mit
 3763 den Gefangenen müssen durch eine ausreichende Personalausstattung abgesichert
 3764 werden. Für die aufgrund einer Veränderung des Vollzugsabkommens mit
 3765 Niedersachsen mittlerweile in Bremen inhaftierten Gefangenen mit langen
 3766 Freiheitsstrafen und eine Gruppe besonders betreuungsintensiver
 3767 Jugendstrafgefangener ist eine an den Hilfebedarfen orientierte Personalauf-
 3768 stockung dringend erforderlich.

3769
 3770 Das staatliche Neutralitätsgebot verbietet es im Grundsatz, einzelne Kirchen oder
 3771 Religionsgesellschaften in der Verkündung ihres Glaubens und der darauf beruhen-
 3772 den Seelsorge finanziell zu fördern. Die Koalitionspartner sind sich aber darüber
 3773 einig, dass, soweit bei Gefangenen ein Bedürfnis nach entsprechender Betreuung
 3774 besteht, der tatsächliche Bedarf entsprechend anteilig mitfinanziert werden kann,
 3775 wenn dies den Vollzugszielen dient. Die Rechte der Kirchen und
 3776 Religionsgesellschaften aus den staatskirchenrechtlichen und vergleichbaren Verträ-
 3777 gen bleiben gewährleistet.

3778
 3779 Wir wollen die Kooperation zwischen Bildung und Justiz im Sinne einer vergleichba-
 3780 ren schulischen Ausbildung verbessern und die Schuldenberatung frühzeitig begin-
 3781 nen. Nach dem Aufbau der Sozialtherapie wollen wir die Therapieangebote für
 3782 drogenabhängige Gefangene weiterentwickeln und spezifische Behandlungsange-
 3783 bote für psychisch auffällige Gefangene anbieten.

3784
 3785 Den offenen Vollzug wollen wir weiter ausbauen.

3786
 3787 Die soziale und berufliche Wiedereingliederung von Haftentlassenen – unter ande-
 3788 rem bei der Entlassungsvorbereitung, Arbeitssuche, Wohnungssuche und
 3789 Schuldenberatung – werden wir in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Ressorts
 3790 und den freien Trägern weiter fördern und ausbauen.

3791
3792
3793
3794
3795
3796
3797
3798
3799
3800
3801
3802
3803
3804
3805
3806
3807
3808
3809
3810
3811
3812
3813
3814
3815
3816
3817
3818
3819

Unsere Verfassung schützen

Wir haben den Verfassungsschutz grundlegend reformiert. Die schrecklichen Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und das Versagen der betroffenen Sicherheitsbehörden sind für uns Mahnung und Antrieb gewesen, das Verfassungsschutzgesetz neu auszurichten. Dabei haben wir die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags berücksichtigt und u.a. den Einsatz von V-Leuten beschränkt.

Der terroristischen Bedrohungslage begegnen wir in Bremen mit einer Kombination aus Prävention, Aufklärung, Beobachtung, gefahrenabwehrender Polizeiarbeit und Strafverfolgung. Neben den Ausreiseverhinderungen und weiteren ordnungsrechtlichen Maßnahmen kommt der Prävention und Deradikalisierung hier eine zentrale Aufgabe zu. Zu diesem Zwecke werden wir im Justizvollzug neben der religiösen Betreuung auch wirksame Angebote zur Deradikalisierung finanzieren. Die vielfältigen Maßnahmen werden wir unter der Federführung der Senatorin für Soziales in einem ressortübergreifenden Präventionskonzept gegen religiösen Extremismus zusammenfassen und hierfür jährlich Mittel zur Verfügung stellen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz werden wir personell und sachlich in die Lage versetzen, den gestiegenen Anforderungen im Bereich religiöser Extremismus gerecht zu werden. Um den Landesamt die Möglichkeit zu geben, sich auf die Beobachtungsbereiche zu konzentrieren, die in Bremen von besonderer Bedeutung sind und die Behörde trotz ihrer Kleinheit leistungsfähig und verlässlich einsatzbereit zu halten, streben wir den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesamt über eine engere Zusammenarbeit an und setzen auf vertiefte länderübergreifende Kooperationen.

3820 **Wissenschaft**

3821

3822 **Wissen schaffen**

3823

3824 Die Wissenschaftseinrichtungen im Land Bremen sind heute bundesweit und
 3825 international hoch anerkannt. Auch der Wissenschaftsrat hat unseren Hochschulen
 3826 eine hohe Leistungsfähigkeit bescheinigt. Dies zeigt sich z.B. in der erfolgreichen
 3827 Drittmittelquote Bremens, die mit 58 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt
 3828 und von der Forschungsstärke des Landes zeugt.

3829

3830 Unsere Hochschulen sind für junge Menschen hochattraktiv. Aktuell sind ca. 35.000
 3831 Studierende eingeschrieben. Insgesamt schafft und sichert das bremische
 3832 Wissenschaftssystem 21.000 Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven mit einer
 3833 Bruttowertschöpfung von ca. 1,2 Milliarden Euro. Diese Arbeitsplätze und das damit
 3834 verbundene Einkommen entsprechen ca. 5 % der Beschäftigten und der Wertschöp-
 3835 fung Bremens und Bremerhavens.

3836

3837 Wissenschaft und Forschung sind Garant für neue Ideen und Impulse für die Gesell-
 3838 schaft. Dies wollen wir weiterentwickeln und über den Wissenschaftsplan 2020 absi-
 3839 chern.

3840

3841 Wir wollen die hohe Zahl unserer Studienanfängerplätze halten und die Chancen für
 3842 mehr Menschen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen und Lebensentwürfen für
 3843 ein erfolgreiches Studium und eine wissenschaftliche Karriere verbessern. Wir wollen
 3844 Bremen zu attraktiven Städten für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen
 3845 ausbauen, um sie auf Dauer für ein Leben im Land Bremen zu gewinnen. Dafür
 3846 braucht es Wohnungen, Arbeitsplätze und natürlich Stadträume. Erfindungsreichtum
 3847 und Erneuerungsfähigkeit unserer Städte hängen unmittelbar davon ab, ob dies ge-
 3848 lingt.

3849

3850 Mit unserer Initiative zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz haben wir uns für mehr
 3851 unbefristete Verträge und verlässlichere Arbeitsbedingungen in Zeitverträgen einge-
 3852 setzt. Dies haben wir auch im Wissenschaftsplan 2020 festgelegt und werden es
 3853 umsetzen.

3854

3855 Insbesondere heißt das für uns, dass Mindestlaufzeiten von Verträgen für ausgebil-
 3856 dete wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätz-
 3857 lich nicht kürzer als 24 Monate sein sollen; es sei denn, ein Drittmittelprojekt hat eine
 3858 kürzere Laufzeit. Promovierende und Habilitierende sollen arbeitsvertraglich festge-
 3859 legt ausreichend Zeit für die Qualifikation bekommen.

3860

3861 Wir wollen der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit einen besonderen
 3862 Stellenwert einräumen. Die Zahl der Berufungen qualifizierter Frauen – insbesondere
 3863 in den MINT-Bereichen – wollen wir deutlich erhöhen. Dabei wollen wir die
 3864 Hochschulen unterstützen.

3865

3866 Wir unterstützen die Universität Bremen bei ihrer Bewerbung für die zweite Runde
 3867 der Exzellenzinitiative; die bei einer erfolgreichen Teilnahme landesseitig notwendi-
 3868 gen Mittel planen wir ein.

3869

3870 Dem Wissenschaftsbereich kommt eine große Bedeutung in der regionalen Entwick-
3871 lung zu. Wir werden deshalb die Kooperation zwischen unserer regionalen Wirtschaft
3872 und der anwendungsnahen Forschung weiter stärken. Neben den Kooperationen im
3873 Land sollen auch die Möglichkeiten für gemeinsame Forschungs- und Lehrprojekte
3874 mit den Universitäten Oldenburg, Hannover und Hamburg intensiviert werden.
3875 Landesübergreifende Forschungsk Kooperationen sollen insbesondere in der
3876 Meeresforschung, in der Energieforschung in den Materialwissenschaften und der
3877 Robotik verstärkt werden.

3878
3879 Für gute Hochschulen kann das Land finanziell nicht allein verantwortlich sein. Des-
3880 halb setzen wir uns auf Bundesebene weiter für eine Neuordnung der
3881 Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern, die gerechtere Ausfinanzie-
3882 rung und Fortsetzung des Hochschulpakts bis zum Jahr 2025 und die Aufstockung
3883 und Weiterfinanzierung der Hochschulbauförderung ein.

3884
3885 Die neuen Spielräume nach Art. 91b GG müssen genutzt werden, um die
3886 Wissenschaftspakte zu verstetigen und die Hochschulen in der Grundfinanzierung zu
3887 unterstützen.

3888 **Die Wissenschaftslandschaft gestalten**

3890
3891 Unsere Exzellenz-Universität sowie unsere Hochschulen prägen unsere Wissen-
3892 schaftslandschaft – und das mit einem klaren Profil.

3893
3894 Im Zentrum unserer Wissenschaftspolitik stehen die fünf Wissenschaftsschwer-
3895 punkte des Landes mit den dazu gehörigen außeruniversitären Einrichtungen aus
3896 dem Kreis der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, den Max-Planck-
3897 Instituten sowie den Landesinstituten: Meereswissenschaften, Materialwissen-
3898 schaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften, Sozialwissenschaften sowie
3899 Gesundheitswissenschaften. Diesen Schwerpunkten, die sich auch auf die bremi-
3900 schen Innovationscluster beziehen, sind zudem weitere inneruniversitäre Einrichtun-
3901 gen zugeordnet. Gemeinsam sichern sie die Transferfähigkeit in die Wirtschaft und
3902 sie prägen sowohl die Forschungsstärke der Universität als auch in Kooperation mit
3903 den Hochschulen deren Profile in der Forschung.

3904
3905 Die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen sind in die Wissenschafts-
3906 schwerpunkte integriert und arbeiten mit den Hochschulen und der Universität
3907 zusammen. Diese Zusammenarbeit leistet einen signifikanten Beitrag zu den
3908 Erfolgen im Rahmen der Exzellenzinitiative. Es gilt, die Potenziale dieses Kooperati-
3909 onskonzeptes durch differenzierte Organisationsstrukturen, Kompetenzzuschnitte
3910 und neue gemeinsame Programme stärker zu nutzen. Wir werden dieses
3911 Kooperationsmodell gemeinsam mit den Beteiligten optimieren und als Marke mit
3912 nationaler und internationaler Sichtbarkeit etablieren.

3913
3914 Neben dieser Profilbildung braucht Wissenschaft auch Vielfalt: Deshalb werden wir
3915 parallel zu diesen Schwerpunkten die Forschung und Lehre an den Hochschulen
3916 weiterhin in der Breite fördern, wie beispielsweise durch Bildungs- und Erzie-
3917 hungswissenschaften.

3918
3919 Verstärkte Kooperationen mit den Universitäten, außeruniversitären Forschungs-
3920 einrichtungen, Hochschulen und der Jacobs University nutzen dem Standort. Diese

3921 werden wir verstärken, für die Weiterentwicklung in Forschung und Lehre nutzen und
 3922 auch die Kooperation der Hochschulen und der Universität in Verwaltungsaufgaben
 3923 einbeziehen. Hochschulen bzw. wissenschaftliche Einrichtungen sind aufgefordert,
 3924 mit Partnern wie öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern
 3925 mit dem Ziel der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragen der nachhaltigen
 3926 Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu kooperieren.

3927
 3928 Gerade das Nebeneinander verschiedener Fachrichtungen sehen wir als Stärke von
 3929 Wissenschaft und Forschung.

3930
 3931 Und genau dafür ist unsere Universität ein gutes Beispiel: Mehr als 100 Studien-
 3932 gänge werden in rund 30 wissenschaftlichen Disziplinen angeboten. Und dies mit
 3933 gutem Erfolg: Im Vergleich zu vielen anderen Universitäten erreichen
 3934 überdurchschnittlich viele Absolventinnen und Absolventen an der Bremer Universität
 3935 einen Abschluss. Wir halten an dem erfolgreichen Modell des forschenden Lernens
 3936 fest, wofür die Universität mit ihrer Forschungsstärke eine optimale Voraussetzung
 3937 bietet.

3938
 3939 Die gesellschaftliche Herausforderung der Inklusion erfordert eine veränderte
 3940 Lehreraus- und -weiterbildung. Deshalb werden wir die Universität Bremen dabei
 3941 unterstützen, die inklusive Beschulung aller Kinder sowie interkulturelle Kompetenz
 3942 in der Lehramtsausbildung zu einem inhaltlichen Schwerpunkt zu entwickeln. Durch
 3943 entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt werden, an allen
 3944 Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Interkulturali-
 3945 tät sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher auch weiterhin als verbindliche
 3946 Ausbildungsbestandteile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden. Die
 3947 guten Erfahrungen bei der Ausbildung der Sonderpädagoginnen und Sonderpädago-
 3948 gen für Grundschulen wollen wir nutzen, um die Ausbildung auf das Lehramt für
 3949 Oberschulen und Gymnasien auszuweiten. Dazu wollen wir ein Studienfach etablie-
 3950 ren.

3951
 3952 Den Standort Bremerhaven werden wir als Zentrum für Meeres- und Klimaforschung
 3953 weiter ausbauen. Die Hochschule Bremerhaven werden wir in ihrem maritimen Profil
 3954 und in ihrer damit verbundenen Ausrichtung auf den Fachkräftebedarf für die regio-
 3955 nale Wirtschaft weiter stärken.

3956
 3957 Die Hochschule Bremen, die für Studierende insbesondere ohne Abitur attraktiv ist,
 3958 hat für die Wirtschaft der Region eine große Bedeutung. Wir wollen sie bei ihrem Weg
 3959 unterstützen, ihr Fächerangebot zukunftssicher und nachfragebezogen zu gestalten,
 3960 den hohen Internationalisierungsgrad zu behalten und dabei den Schwerpunkt im
 3961 Bereich der Sozialen Arbeit zu stärken.

3962
 3963 Unsere Hochschule für Künste ist einzigartig in der Nord-West-Region bei der Ausbil-
 3964 dung des Nachwuchses unter einem Dach in den Bereichen Musik, Bildende Kunst
 3965 und Gestaltung. Sie hat mit ihren 300 in der Regel eintrittsfreien Kulturveranstaltun-
 3966 gen hohe soziokulturelle Bedeutung und trägt zur Gründungskultur und Wertschöp-
 3967 fung in der Kreativwirtschaft bei. Zur besseren Entfaltung dieses Potenzials werden
 3968 wir die Hochschule dabei unterstützen, die Angebote mehr miteinander zu verbinden.

3969
 3970 Die Internationalität der JUB wollen wir nutzen und fördern. Zudem machen wir uns
 3971 für eine stärkere Öffnung der JUB in den Stadtteil hinein stark. Wir werden den

3972 finanziellen Konsolidierungsprozess konstruktiv begleiten. Die JUB muss ab 2018
 3973 ohne Finanzmittel des Landes auskommen.

3974

3975 Die Personalstrukturen an unseren Hochschulen werden wir an die Anforderungen
 3976 eines heutigen Wissenschaftsbetriebes anpassen und die Durchlässigkeit über alle
 3977 Qualifikationsstufen bis hin zur ordentlichen Professur rechtlich absichern. Auch ne-
 3978 ben den Professuren muss es für qualifizierte und erfahrene Wissenschaftlerinnen
 3979 und Wissenschaftler unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten geben, in denen
 3980 Raum für selbständige Forschung und Lehre gegeben ist. Dies werden wir bei einer
 3981 Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes berücksichtigen.

3982

3983 Wir diskutieren die Veränderungsvorhaben mit allen am Wissenschaftsbetrieb
 3984 Beteiligten. Die Einbeziehung der Studierenden ist zentraler Bestandteil dieses
 3985 Prozesses. Ihre demokratische Beteiligung wollen wir mit den Studierendenvertretun-
 3986 gen gemeinsam weiter stärken. Wir bekennen uns klar zur studentischen Mitbestim-
 3987 mung. Die Gewerkschaften beziehen wir in die Diskussionen über die
 3988 Arbeitsbedingungen und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ein. In diesem
 3989 Zusammenhang werden wir auch die Frage der Beschäftigungsbedingungen der
 3990 Lehrbeauftragten erörtern.

3991

3992 **Gute Lehre & Bildungsgerechtigkeit**

3993

3994 Wir werden an den Hochschulen und an der Universität vor allem in die Qualität der
 3995 Lehre investieren und die Betreuung der Studierenden verbessern, um eine qualitativ
 3996 hochwertige Hochschulbildung und gute Studienabschlüsse zu ermöglichen sowie
 3997 die Zahl der Studienabbrüche noch weiter zu verringern, indem die unterschiedlichen
 3998 Lebenslagen – wie etwa die von Studierenden, die sich ihren Lebensunterhalt mit
 3999 einem Nebenjob verdienen müssen, die Kinder haben, einen Angehörigen pflegen
 4000 aber auch von Studierenden mit einem Handicap - berücksichtigt werden.

4001

4002 Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, besser mit einer heterogenen
 4003 Studierendenschaft – und deren Bedürfnissen – umzugehen. Wir wollen, dass mehr
 4004 Studierwillige aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund oder Berufserfahrene
 4005 ohne Abitur den Weg an die Hochschulen schaffen. Auch Flüchtlingen soll der Zu-
 4006 gang zu den Bremischen Hochschulen als ordentliche Studierende ermöglicht wer-
 4007 den. Wir wollen dabei noch besser auf die größer werdenden Unterschiede bei den
 4008 Studienvoraussetzungen eingehen. Das gilt zunächst für die Beratung aller
 4009 Studieninteressierten und Studierenden. Um deren Fähigkeiten besser fördern zu
 4010 können, müssen die Hochschulen entsprechende Konzepte entwickeln. Dies steigert
 4011 die Quote der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen und hilft uns bei unse-
 4012 rem Bedarf an gut ausgebildeten Nachwuchskräften im Land Bremen.

4013

4014 Insgesamt werden wir die Studienprogramme, die im Rahmen des Bologna-Prozes-
 4015 ses überfrachtet worden sind, überarbeiten, um sie den Bedürfnissen der Studieren-
 4016 den anzupassen. Dabei werden wir die Erfahrungen der Studierenden einbeziehen,
 4017 die durch eine teils überbordende Stoff- und Anforderungsfülle in einzelnen
 4018 Studiengängen einen Abbau der individuellen akademischen Freiheit befürchten. Die
 4019 Anrechenbarkeit von Studienleistungen werden wir weiter erleichtern und die
 4020 Rahmenbedingungen für Auslandssemester verbessern; die Zahl der Prüfungen wer-
 4021 den wir reduzieren, die zeitlichen Anschlüsse optimieren.

4022

4023 Wir wirken unter anderem mit interessierten Unternehmen darauf hin, dass mehr
 4024 Menschen ein duales Studium, ein Studium in Teilzeit oder ein Weiterbildungsstu-
 4025 dium absolvieren können. Diese Studiengänge können, ebenso wie Studienangebote
 4026 in Teilzeit, dabei helfen, den Bedarf an gut ausgebildeten akademischen
 4027 Nachwuchskräften zu decken. Wir unterstützen die Hochschulen und die Universität
 4028 daher dabei, ihre Studiengänge organisatorisch so umzustellen, dass ein Teilzeitstu-
 4029 dium erleichtert wird, und wir unterstützen bundesweite Initiativen, die ein solches
 4030 Studium ermöglichen.

4031
 4032 Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie; hierzu braucht es an
 4033 den Hochschulen ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Um für mehr
 4034 Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu sorgen, setzen wir uns auf Bundes-
 4035 ebene dafür ein, dass künftig das Kindergeld den Studierenden direkt ausgezahlt
 4036 wird – unabhängig von ihren Eltern.

4037
 4038 Um die Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen zu verbessern und die Idee des
 4039 „lebenslangen Lernens“ voranzubringen, wollen wir in den Bremer und Bremerhave-
 4040 ner Hochschulen und der Universität für mehr Durchlässigkeit sorgen.

4041
 4042 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die BAföG-Sätze angehoben werden und der
 4043 Kreis der Bezugsberechtigten ausgeweitet wird. Die Möglichkeiten, ein Studium
 4044 aufzunehmen, wollen wir für beruflich qualifizierte Menschen ohne Abitur oder
 4045 Fachhochschulreife erweitern. Zudem sollen berufliche Kompetenzen im Studium
 4046 besser angerechnet werden, und wir setzen uns für längere praktische Anteile in den
 4047 Studiengängen ein.

4048 4049 **Hochschulfinanzierung**

4050
 4051 Der Wissenschaftsplan 2020 gestaltet die Entwicklungen mit Augenmaß und
 4052 Verantwortung. Mit ihm haben wir ökonomisch verlässliche Rahmenbedingungen
 4053 geschaffen. Wir werden mit den Hochschulen mehrjährige Verträge verhandeln und
 4054 abschließen. Für die Weiterentwicklung unserer Universität und unserer öffentlichen
 4055 Hochschulen sichern wir die konsequente Umsetzung des Wissenschaftsplans 2020
 4056 finanziell ab. Dazu gehören die Übernahme von Tarifsteigerungen und die Fortset-
 4057 zung der baulichen Maßnahmen zum Abbau des erheblichen Sanierungsstaus. Das
 4058 Programm „Gute Lehre“ zur Verbesserung der Lehre, werden wir verstetigen und
 4059 unseren Verpflichtungen im Hochschulpakt nachkommen. Wir werden mit dem
 4060 Studentenwerk 400 Wohnheimplätze unter Einbeziehung der Wohnungsbauförde-
 4061 rung und gegebenenfalls mit öffentlichen und privaten Wohnungsbaugesellschaften
 4062 schaffen sowie die bestehenden Wohnheime sanieren.

4063
 4064 Wie im Wissenschaftsplan 2020 festgelegt, werden wir die freigewordenen BAföG-
 4065 Mittel für die Entwicklung eines Zukunftsfonds für Studium und Lehre einsetzen so-
 4066 wie weitere Investitionen im Bereich Hochschulen und Studentenwerk und für die
 4067 Stärkung der Grundfinanzierung der Hochschulen vornehmen.

4068

4069 **Gesundheit**

4070

4071 **Für eine gerechte und am Menschen orientierte Gesundheitspolitik**

4072

4073 Wir sind davon überzeugt, dass ein gutes Gesundheitssystem solidarisch organisiert
 4074 sein muss. Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen müssen unabhängig von Her-
 4075 kunft, sozialer Schicht, Status, Alter und Geschlecht einen gleichberechtigten Zugang
 4076 zu Gesundheitsangeboten haben. Bremens Krankenhäuser haben überregionale
 4077 Bedeutung und sind Kern einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Land Bremen.
 4078 Das Angebot hat sich an den medizinischen und pflegerischen
 4079 Versorgungsnotwendigkeiten in der Region zu orientieren. Wir wollen die Qualität der
 4080 Versorgung steigern. Dieses Gesundheitssystem ist solidarisch durch eine
 4081 Bürgerversicherung zu finanzieren – für die wir uns weiterhin einsetzen.

4082

4083 **Die Versorgungslandschaft übergreifend planen**

4084

4085 Wir wollen ein bedarfsorientiertes pflegerisches und medizinisches Angebot in der
 4086 Region. Dazu braucht es eine gemeinsame Planung mit den angrenzenden
 4087 Landkreisen aus Niedersachsen. Im Rahmen einer gemeinsamen Abstimmung in der
 4088 Krankenhausplanung halten wir eine Beteiligung Niedersachsens an den notwendi-
 4089 gen Investitionen in unseren Krankenhäusern mit ihrer oberzentralen Funktion in der
 4090 Region für begründet. Dies gilt aktuell vor allem für den Bereich der Geburtshilfe.

4091

4092 Wir unterstützen alle Kliniken bei ihrer Aufgabe, eine hochwertige medizinische
 4093 Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

4094

4095 Das Land wird die Investitionsmittel mindestens auf dem Niveau des Jahres 2015
 4096 halten. Die Mittel aus dem geplanten Strukturfonds des Bundes werden durch die
 4097 entsprechenden Ko-Finanzierungsmittel gebunden. Die Zusammenarbeit der Länder
 4098 Bremen und Niedersachsen in Fragen der Krankenhausplanung werden wir
 4099 intensivieren und zu speziellen Versorgungsschwerpunkten Vereinbarungen treffen.
 4100 Bei der Neuordnung der Krankenhauslandschaft in Bremerhaven treten wir für eine
 4101 Stärkung des Krankenhausstandortes ein. Erforderlich dazu ist eine Kooperation der
 4102 Bremerhavener Kliniken untereinander sowie eine Intensivierung der Zusammenar-
 4103 beit in der Region. Die Entwicklung des kommunalen Krankenhauses Reinkenheide
 4104 in Bremerhaven muss im Rahmen der Landeskrankenhausplanung abgesichert wer-
 4105 den. Die Stadt Bremerhaven benötigt auch in Zukunft eine Neonatologie Level 2
 4106 (Frühchenstation) und eine Kinderklinik.

4107

4108 Die Qualität in den Krankenhäusern soll sich für alle Interessierten beurteilen lassen
 4109 können – entsprechende Daten müssen transparent, aussagekräftig und
 4110 verbraucherfreundlich aufbereitet sein. Wir unterstützen deshalb die Weiterent-
 4111 wicklung des „Bremer Krankenhausspiegels“.

4112

4113 Darüber hinaus sind für uns Kooperationen zwischen ambulanter Versorgung und
 4114 den Krankenhäusern wichtig: Wir unterstützen entsprechende Entwicklungen und
 4115 auch weitergehende Bemühungen der Zusammenarbeit zwischen den
 4116 Leistungsbereichen.

4117

4118 Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für die Verbesserung der gesetzlichen
 4119 Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung ein, weil nur dadurch die

4120 Unterfinanzierung und der erhebliche Investitionsstau dauerhaft reduziert werden
 4121 können. Zukünftig muss zudem im Fallpauschalensystem gewährleistet werden,
 4122 dass Tariflohnsteigerungen voll finanziert werden, um den Personalabbau zu stop-
 4123 pen.

4124

4125 **Kommunale Kliniken in der Trägerlandschaft absichern**

4126

4127 Wir halten an der kommunalen Trägerschaft des Klinikverbunds Gesundheit Nord
 4128 fest. Wir werden dafür sorgen, dass die GeNo das bisher nur in Teilen umgesetzte
 4129 Sanierungskonzept und die medizinstrategische Neuausrichtung der Gesundheit
 4130 Nord umsetzt, um die wirtschaftliche Konsolidierung der Kliniken an vier Standorten
 4131 fortzusetzen. Wir werden sicherstellen, dass die Planung, Steuerung und das
 4132 Controlling der GeNo aus dem Gesundheitsressort wahrgenommen wird. Die aktive
 4133 Einbeziehung der Beschäftigten bei der Durchführung dieses Prozesses ist eine
 4134 notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Sanierungsmaßnahmen.

4135

4136 Das medizinstrategische Konzept für die GeNo muss zu einer Konzentration von
 4137 Abteilungen und Investitionen führen, die zu einer deutlichen medizinischen
 4138 Verbesserung der Versorgung der Patienten, einer wirtschaftlichen Verbesserung
 4139 und zu einer Stabilisierung des kommunalen Verbundes führen. Strukturveränderun-
 4140 gen der stationären Versorgungslandschaft müssen jeweils auf ihre wirtschaftlichen
 4141 Effekte und auf die Versorgungsrelevanz geprüft werden. Zur Freigabe von Investi-
 4142 tionsmitteln soll bis Ende 2015 dargelegt werden, wie unter wirtschaftlichen
 4143 Bedingungen, insbesondere die Konzentration auf die Bereiche Psychiatrie, Geriatrie
 4144 und neurologische Frührehabilitation am Klinikum Bremen-Ost stattfinden können
 4145 und welche Versorgungsangebote zu einer nachhaltigen und dauerhaften Verbesse-
 4146 rung des Standortes und des Verbundes beitragen. Investitionen an den vier
 4147 Standorten der GeNo müssen der Zukunftssicherung des Verbundes dienen. Dafür
 4148 werden wir die erforderliche finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen. Dies ist
 4149 ein Beitrag des Gesellschafters zur Sicherung der GeNo und erfordert, dass die
 4150 Anstrengungen der Mitarbeiter und der Geschäftsführung zur Umsetzung eines
 4151 Realisierungskonzepts und zur Kostensenkung verstärkt werden. Der Senat wird mit
 4152 Geschäftsführern und Betriebsträten in Gespräche eintreten, wie die Risiken aus
 4153 Pensionslasten ab 2019 und die erkennbaren Risiken für das Eigenkapital minimiert
 4154 werden können.

4155

4156 Bei der der zentralen Versorgungs- und Bedarfsplanung muss die Zusammenarbeit
 4157 aller Krankenhäuser eine größere Rolle spielen.

4158

4159 Die Geriatrie wird zukünftig eine wichtige Rolle bei Versorgung älterer Menschen
 4160 spielen, deshalb werden wir die Regionalisierung der Geriatrie weiter voranbringen.
 4161 Wir wollen die geriatrische Versorgung bedarfsgerecht und wohnortnah ausbauen.

4162

4163 Die Entstehung und Ausbreitung multi-resistenter Erreger kann nur durch geeignete
 4164 vorbeugende Maßnahmen verhindert werden. Diese bestehen unter anderem aus
 4165 konsequenter Krankenhaushygiene, kontrollierter Antibiotikagabe und geschulter
 4166 Sektor übergreifender Weiterbetreuung von Patientinnen und Patienten. Wir wollen
 4167 die guten Standards in der Krankenhaushygiene beibehalten und die notwendigen
 4168 Hygiene-Audits durch das Gesundheitsamt in den Krankenhäusern weiter verstärken.
 4169 Pflegeeinrichtungen müssen darüber hinaus verstärkt in den Fokus genommen wer-
 4170 den. Wir setzen uns zudem für eine Verringerung des Antibiotikaeinsatzes in der

4171 Human- und Tiermedizin ein, um das Aufkommen multi-resistenter Keime zu reduzie-
4172 ren.

4173

4174 Durch den Abbau von Kreißsälen im niedersächsischen Umland und in Folge der
4175 Schließung der Geburtshilfe im Klinikum Bremen-Mitte entstehen erhebliche Eng-
4176 pässe in der stationären geburtshilflichen Versorgung. Diese können auch durch die
4177 verstärkte Nutzung der verbliebenen Kreissaalkapazitäten in Bremen nicht kompensiert
4178 werden. Unter Einbeziehung der niedersächsischen Umlandgemeinden sollen
4179 weitere Möglichkeiten zum Aufbau der Geburtshilfe in Bremen geprüft werden. Un-
4180 sere Ziele sind, dass keine werdenden Mütter abgewiesen werden müssen, ausrei-
4181 chende personelle und räumliche Ressourcen für natürliche Geburten zur Verfügung
4182 stehen. Risikogeburten in Bremen werden weiterhin auf höchstem Niveau betreut.

4183

4184 Die Kaiserschnittquote von über 30% ist in Bremen weiterhin deutlich zu hoch. Wir
4185 unterstützen die Empfehlung des „Bündnis für die natürliche Geburt“ und werden die
4186 Rahmenbedingung schaffen, die die Umsetzung auch ermöglichen. Ziel ist die Rate
4187 von medizinischer Intervention während der Geburt auf das Maß zu senken, welches
4188 medizinisch notwendig und so Mutter und Kind zuträglich ist. Daher werden wir
4189 weiterhin für die Verbesserung der Arbeits- und Finanzierungsbedingungen der
4190 Hebammen eintreten. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen zur Erhöhung
4191 der Stillrate ein.

4192

4193 Die Beratung und Unterstützung nach Tod- und Fehlgeburten werden wir verbessern.

4194

4195 **Zielgruppenorientierte medizinische und gesundheitliche Angebote sicherstellen**
4196 **len**

4197

4198 Für uns stehen die Interessen der Patientinnen und Patienten nicht die der
4199 Leistungs- und Produkthanbieter im Vordergrund.

4200

4201 Die Selbsthilfe ist eine zusätzliche Unterstützung zur Bewältigung von chronischen
4202 Krankheiten und akuten Gesundheitskrisen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
4203 der bisherige Umfang der finanziellen Unterstützung aus der öffentlichen Hand erhalten
4204 bleibt.

4205

4206 Neben dem sozialpädiatrischen Institut für Eltern von Kindern mit körperlicher und
4207 seelischer Behinderung unterstützen wir auch die zügige Einrichtung eines medizinischen
4208 Zentrums für erwachsene Behinderte im Land Bremen.

4209

4210 Es bedarf einer medizinischen und therapeutischen Versorgung, die auf die je
4211 spezifischen Bedarfslagen von Frauen und Männern ausgerichtet ist – insbesondere
4212 bei Präventionsangeboten, in der Psychiatrie und in der Suchthilfe. Wir wollen dafür
4213 sorgen, dass Angehörige aller Gesundheitsberufe in Bremen und Bremerhaven ver-
4214 stärkt geschlechtsspezifische Unterschiede in ihrer Arbeit berücksichtigen. Interkultu-
4215 relle Versorgung muss ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungen im Gesund-
4216 heitssektor werden.

4217

4218 Auch der Ausbau von mehrsprachigen Psychotherapiemöglichkeiten muss weiter
4219 gefördert werden.

4220

4221 Die interkulturelle Öffnung der Krankenhäuser wird weiter vorangetrieben. Auf
4222 Bundesebene muss eine Finanzierung von Dolmetscherkosten durch die
4223 Krankenkassen sichergestellt werden. Wichtige gesundheitliche Informationen sollen
4224 künftig auch in einfacher Sprache vorliegen.

4225
4226 Wir setzen uns für die medizinische Versorgung von papierlosen Migranten und
4227 Migrantinnen, nicht-krankenversicherten EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern und
4228 Asylsuchenden ein, die unter anderem ein besonderes Angebot für Flüchtlinge mit
4229 traumatischen Erlebnissen beinhaltet.

4230
4231 Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken. Die Aufgaben der medizini-
4232 schen Versorgung der Flüchtlinge, der Gesundheitsschutz für die ganze Bevölkerung
4233 und dafür notwendige Informationsangebote sollen abgesichert werden.

4234 Das geplante Präventionsgesetz wollen wir im Land Bremen gemeinsam mit allen
4235 Akteuren umsetzen und dabei insbesondere in den Lebenswelten Quartier, Kita,
4236 Schule und Arbeitsleben ansetzen, aber auch Einrichtungen der Altenhilfe einbezie-
4237 hen. Wir werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen für alle Bereiche der
4238 Prävention einsetzen. Parallel werden wir Programme zur Verhaltensprävention zum
4239 Abbau der gesundheitlichen Folgen sozialer Benachteiligung unterstützen, wie
4240 Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und Stärkung der gesundheitlichen
4241 Kompetenz. Dafür werden wir auch Mittel aus dem Programm „soziale Stadt“ nutzen.
4242 Wir werden Stadtteile dabei unterstützen Gesundheitskonferenzen durchzuführen.

4243

4244 **Seelische Gesundheit**

4245

4246 Wir werden die Förderung der seelischen Gesundheit in allen Lebensbereichen
4247 intensiv fortsetzen. Wir machen uns weiter stark für eine Psychiatriereform in Bremen
4248 und Bremerhaven. Dazu gehören unter anderem der Ausbau ambulanter,
4249 teilstationärer und regionaler Angebote, die Stärkung der Beteiligung von Patienten
4250 und Patientinnen sowie Angehörigen und die verbindliche Vernetzung der
4251 Behandlungsangebote.

4252

4253 Das überwiegend gute Niveau der Psychiatrieversorgung im Land Bremen wollen wir
4254 gezielt weiterentwickeln und dabei auch die Versorgung der schwer- und chronisch
4255 kranken Menschen sicherstellen. Dabei werden wir insbesondere die Ambulantisie-
4256 rung – auch durch die Umwandlung stationärer Kapazitäten insbesondere am Klini-
4257 kum Bremen-Ost – sowie die Betreuung im häuslichen Bereich verstärken und das
4258 Thema Arbeit und Beschäftigung intensivieren. Modellprojekte für SGB V- und SGB
4259 XII-integrierende Leistungen wollen wir befördern, um bedarfsgerechte Hilfsangebote
4260 aus einer Hand zu ermöglichen. Wir unterstützen die Entwicklung eines Modellpro-
4261 jekts Psychiatrie in Bremerhaven, das den Ansatz verfolgt, schwer und chronisch
4262 kranke Menschen ambulant und ggf. auch aufsuchend in ihrem Lebensumfeld zu
4263 behandeln.

4264

4265 Wir wollen zudem das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch
4266 kranke Menschen novellieren. Ein wesentlicher Bestandteil der zu entwickelnden
4267 Hilfen wird durch den Sozialpsychiatrischen Dienst erbracht – angesichts der stetig
4268 wachsenden Anzahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Krisen wer-
4269 den wir die notwendigen Ressourcen für diese wichtigen Hilfen bereitstellen.

4270

4271 Daneben brauchen wir weiterhin niedrigschwellige Angebote für Menschen mit
 4272 akuten oder andauernden psychischen Problemen unter anderem zur Überbrückung
 4273 von Wartezeiten, bis eine Regelpsychotherapie begonnen werden kann. Wir setzen
 4274 uns daher dafür ein, dass die bestehenden Angebote erhalten und bedarfsgerecht
 4275 weiterentwickelt werden.

4276

4277 **Arbeitsschutz**

4278

4279 Mit der Beratungsstelle für Berufskrankheiten konnten wir Menschen, die in Folge
 4280 ihrer Erwerbsarbeit krank geworden sind, besser unterstützen. Unser politisches Ziel
 4281 ist es, eine Umkehr der Beweislast in Berufskrankheitenanerkennungsverfahren zu
 4282 erwirken.

4283

4284 Wir wollen den bereits etablierten „Runden Tisch Psyche“ mit dem Ziel, für die
 4285 Beschäftigten in Bremen eine Verbesserung des Schutzes vor psychischen
 4286 Belastungen am Arbeitsplatz zu erreichen, verstetigen und eine erhöhte
 4287 Aufmerksamkeit der betrieblichen und außerbetrieblichen Akteure (niederschwellige
 4288 Angebote insbesondere für KMU) erreichen. Das Präventionsgesetz werden wir nut-
 4289 zen, um auch in der Lebenswelt „Betrieb“ geeignete Maßnahmen zur Reduktion
 4290 psychischer Belastungen und der Gesundheitsförderung herbei zu führen.

4291

4292 Wir werden weiterhin den verfassungsrechtlich verankerten Sonn- und Feiertags-
 4293 schutz als hohes Schutzgut für die Beschäftigten anerkennen und insofern unsere
 4294 restriktive Handhabung bei der Genehmigung von Sonn- und Feiertagsbeschäftigung
 4295 beibehalten.

4296

4297 Wir setzen uns für die Verbesserung der Situation von schwangeren Beschäftigten
 4298 ein mit dem Ziel, dass schwangere Arbeitnehmerinnen so lange im Arbeitsleben blei-
 4299 ben können, wie ihr Gesundheitszustand das zulässt und sie es wünschen. Der
 4300 öffentliche Dienst – insbesondere in den Bereichen Kita und Schule - ist dabei in
 4301 besonderer Weise gefordert.

4302

4303 Wir werden auch weiterhin konsequent für einen wirksamen Nichtraucherschutz
 4304 eintreten und den Schutz vor Passivrauchen, insbesondere auch zum Schutz von
 4305 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, verbessern.

4306

4307 **Gesundheit im Quartier**

4308

4309 Wir unterstützen die Stärkung der HausärztInnen als kontinuierliche Ansprechpart-
 4310 nerInnen ihrer PatientInnen. Die haus- und kinderärztliche Versorgung muss in allen
 4311 Quartieren gut erreichbar und gesichert sein. Darum setzen wir uns weiterhin für eine
 4312 kleinräumigere Versorgungsplanung ein. Unverzichtbar ist für uns eine wohnortnahe
 4313 Versorgung im Quartier. Wir werden bundesgesetzliche Regelungen unterstützen,
 4314 die es Krankenkassen ermöglichen, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, damit
 4315 medizinische und therapeutische Leistungen in barrierefreien Räumen und mit
 4316 barrierefreien Einrichtungen erbracht werden. Die Angebote zur Gesundheitsförde-
 4317 rung sollen mit den medizinischen und pflegerischen Versorgungsangeboten auf
 4318 Quartiersebene durch Vernetzung der Akteure besser miteinander verbunden wer-
 4319 den. Die Versorgungssicherheit im ambulanten Bereich wollen wir stärken. Um für
 4320 mehr Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu gewährleisten, wollen wir
 4321 das Modell der „Persönlichen Assistenz“ ausbauen.

4322
 4323 Mit der mobilen Reha wurde ein ergänzendes Angebot für alte und besonders
 4324 mobilitätseingeschränkte Menschen für die „ReHa zuhause“ geschaffen. Wir werden
 4325 uns dafür einsetzen, Rehabilitation in der eigenen Häuslichkeit für diejenigen Men-
 4326 schen die es wünschen, zu öffnen.

4327
 4328 Auch Menschen mit Demenz sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem
 4329 Quartier leben können. Dafür wollen wir Initiativen, Projekte und Aktionen sowie de-
 4330 ren Vernetzung unterstützen.

4331
 4332 Zur Sicherung der Qualität der Leistungserbringung sind Kontrollen in den stationä-
 4333 ren Pflegeeinrichtungen erforderlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Hospizbewe-
 4334 gung und die Palliativmedizin gestärkt werden, um dem wachsenden Bedarf von
 4335 Patientinnen, Patienten und ihren Familien gerecht zu werden. Die finanziellen
 4336 Verbesserungen durch das Hospiz- und Palliativgesetz des Bundes für die Hospize
 4337 und die Palliativversorgung werden wir auf ihre gewünschten Wirkungen hin überprü-
 4338 fen und ggf. für weitere Verbesserungen eintreten.

4339
 4340 Die „Frühe Hilfe“ in den Familien, in Kitas und Schulen muss auf Stadtteilebene
 4341 abgestimmt und so zu niederschwelligen Präventionsketten weiterentwickelt werden.
 4342 Ebenso wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst mit der Zielsetzung, den
 4343 Schutz der Gesundheit und die entsprechenden Informationsangebote zu verbessern,
 4344 weiterentwickeln.

4345
 4346 **Bessere Bedingungen für gute Pflege**

4347
 4348 Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen verbessern sowie die
 4349 Durchlässigkeit zu höheren Qualifikationen in Pflege- und Therapieberufen fördern.

4350
 4351 Ein Großteil von Pflegeleistungen wird immer noch im familiären Umfeld erbracht.
 4352 Dieses Engagement ist wertzuschätzen. Wir setzen uns hier für die Anerkennung
 4353 dieser Leistung ein. Wir wollen eine systematische Unterstützung der Pflegenden
 4354 durch ein vielfältiges Beratungsangebot sowie die Unterstützung von Selbsthilfe und
 4355 Bürgerschaftlichem Engagement fördern. Wir setzen uns für die Förderung eines
 4356 interkulturellen Pflegedienstleistungsangebots für die älter werdende Bevölkerung mit
 4357 Migrationshintergrund ein.

4358
 4359 Damit die Pflegeberufe der Krankenhauspflege sowie der ambulanten und stationä-
 4360 ren Alten- und Krankenpflege attraktiver werden können, müssen die
 4361 Rahmenbedingungen verbessert werden. Wir wollen einen intensivierten Dialog mit
 4362 den Pflegenden über die Steigerung der Ausbildungsplätze, Verbesserung der Fort-
 4363 und Weiterbildungsmöglichkeiten, ein durchlässiges, generalistisches System und
 4364 verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern.

4365
 4366 Dringend nötig ist für uns auch die bessere Integration von Fachkräften aus EU-
 4367 Mitgliedsstaaten und Drittstaaten. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen
 4368 wir die Zahl der Ausbildungsplätze in der Alten- und Krankenpflege erhöhen. Wir set-
 4369 zen uns für einen Einstieg in die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in der
 4370 Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie ein. Hierzu werden wir die Bildung
 4371 eines Fonds zur Finanzierung prüfen. Zudem wollen wir prüfen, ob in Bremen ein

4372 Programm zur Nachqualifizierung von Hilfskräften zu Pflegekräften aufgelegt werden
4373 kann.

4374
4375 Die Pflegeschulen in der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Gesund-
4376 heits- und Kinderkrankenpflege werden nach Schaffung eines gemeinsamen
4377 Berufsgesetzes auf Bundesebene in 2016 zusammengeführt. Wir streben an, die
4378 Schulen zu zentralen Schulzentren zusammenzuführen und zu Gesundheitsakade-
4379 mien auszubauen.

4380
4381 Wir wollen einen stärkeren Einfluss der Kommunen auf die Infrastruktur der
4382 Pflegeversorgung. Wir wollen neue Unterstützungsformen bei Hilfe- und
4383 Pflegebedürftigkeit fördern und lehnen den ungehemmten Ausbau von vollstationä-
4384 ren Pflegeheimen ab. Wir fordern auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage für
4385 regelmäßige Pflegeberichterstattung, eine darauf basierende Bedarfsplanung
4386 pflegerischer Strukturen und entsprechende Umsetzungskompetenzen für die
4387 Kommunen und Länder zu schaffen. Um die zukünftigen Bedarfe in allen Einrichtun-
4388 gen der Altenhilfe, aller Krankenhäuser, Rehabilitationskliniken sowie aller Pflege-
4389 und Therapieschulen Bremens verlässlich abschätzen zu können, werden wir ein
4390 Gesundheitsberufe-Monitoring implementieren. Wohnortnahe, aufsuchende,
4391 pflegfachliche Beratung im Einzelfall muss verstärkt werden.

4392 4393 **Sucht und Drogen**

4394
4395 Die Krankheit „Sucht“ ist von der Legalität des süchtig machenden Stoffes unabhän-
4396 gig. Wichtig für die Vermeidung einer Suchterkrankung ist eine niedrigschwellige
4397 Prävention. Wir wollen im Bereich der Suchtvermeidung und -bekämpfung dafür sor-
4398 gen, dass Präventions- und Beratungskonzepte gezielt entwickelt und angeboten
4399 werden. Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik und weg von der Kriminalisie-
4400 rung und hin zu mehr Prävention und Aufklärung. Unser Ziel ist es, dass der bloße
4401 Besitz von Cannabis zum Eigengebrauch nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Wer
4402 nicht berauscht am Straßenverkehr teilnimmt, soll – wie beim Alkohol – den Führer-
4403 schein behalten können. Unter Beachtung eines strengen Jugendschutzes wollen wir
4404 Möglichkeiten ausloten für wissenschaftliche Modellversuche zur kontrollierten Ab-
4405 gabe und medizinischen Nutzung von Cannabis. Wir unterstützen die Hilfeeinrichtun-
4406 gen bei ihrem Wunsch, Drogenkonsumenten besser gesundheitlich zu schützen, in-
4407 dem Warnungen insbesondere zum Grad der Verunreinigungen in Bremen beschlag-
4408 nahmter Drogen veröffentlicht werden. Wir fordern vor diesem Hintergrund auf
4409 Bundesebene die Einsetzung einer Expertenkommission, die die aktuelle Drogenpoli-
4410 tik grundlegend überprüft und differenzierte Vorschläge für eine Neuregelung der
4411 gesetzlichen Grundlagen macht. Zudem setzen wir uns weiterhin für eine Vereinfachung
4412 der Nutzung von Cannabis und Cannabisprodukten zu medizinischen
4413 Zwecken ein.

4414 4415 **Tierschutz**

4416
4417 Wir setzen uns weiterhin aktiv für die Interessen des Tierschutzes ein. Dabei
4418 bekämpfen wir konsequent jede Form der Tierquälerei und setzen uns für die
4419 Vermeidung von Tierversuchen ein, wo immer es möglich ist. Deshalb werden wir in
4420 einem neuen Tierschutzgesetz eine artgerechte Haltung von Nutztieren einfordern.
4421 Damit wollen wir auch den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und
4422 Behandlungsvorschriften stoppen.

- 4423
4424 Wir werden den Tierschutz in unseren Städten verbessern, insbesondere auch die
4425 Lebensbedingungen der freilebenden Tiere in unserer Stadt.
4426
4427 Wir sprechen uns gegen die Affenversuche an der Universität Bremen aus.
4428
4429 Unser Jagdgesetz werden wir hinsichtlich des Abschusses von Katzen ab Vorbild
4430 des Jagdgesetzes Nordrhein-Westfalens orientieren, sobald dortige gerichtliche
4431 Streitigkeiten abschließend geklärt sind.

4432 **Verbraucherschutz**

4433

4434 Eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft muss die Interessen
4435 der Konsumentinnen und Konsumenten und der Abnehmerinnen und Abnehmer im
4436 Blick haben. Unsere Politik ist dabei im besten Sinne tatsächlich parteiisch – auf der
4437 Seite der Verbraucher.

4438

4439 Gerade auch bei neuen Produkten, Technologien und Entwicklungen machen wir
4440 uns dafür stark, die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten systematisch
4441 mit einzubeziehen sowie mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit zu prüfen.

4442

4443 Die wesentlichen Säulen sind der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher
4444 durch Transparenz, Aufklärung, Überwachung und Kontrolle – seien es
4445 Einfuhrkontrollen oder Betriebs- und Lebensmittelkontrollen. Wir werden weiterhin zu
4446 einem verbesserten Verbraucherschutz beitragen, z. B. durch Aufklärung der
4447 Konsumentinnen und Konsumenten, die Weiterentwicklung von Kennzeichnungen
4448 und aussagekräftiger Deklaration aller Waren. Wir setzen uns auf Bundesebene
4449 besonders für eine Kennzeichnungspflicht aller tierischen Produkte und der Auskunft
4450 der entsprechenden Tierhaltung ein.

4451

4452 Als einen Schritt auf diesem Weg haben wir in Bremen in der vergangenen
4453 Legislaturperiode eine Verbraucherschutzklausel eingeführt: Alle Gesetzes- und
4454 Verordnungsentwürfe werden seither systematisch auf ihre Auswirkungen auf die
4455 Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft. Diese Regelung wollen wir fortsetzen,
4456 auf ihre Wirksamkeit untersuchen, gegebenenfalls verbessern und uns auch auf
4457 Bundesebene für die Einführung einer solchen Klausel stark machen. Insbesondere
4458 in den Bereichen Lebensmittel und Ernährung, Kommunikation, Verbraucherrecht
4459 und Finanzen leistet die Verbraucherzentrale Bremen eine wichtige Arbeit für
4460 Verbraucherinnen und Verbraucher. Große Defizite sehen wir etwa im Bereich der
4461 Finanzdienstleistungen, deshalb haben wir die Finanzberatung der Verbraucher-
4462 zentrale in der Vergangenheit besonders unterstützt und werden dies auch weiterhin
4463 tun. Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für klare Regelungen bei Konto-
4464 Überziehungszinsen stark: Wo der Markt, wie in diesem Fall, versagt, müssen
4465 gesetzliche Regelungen für eine Deckelung sorgen.

4466

4467 Wir werden deshalb die Arbeit der Verbraucherzentrale weiter finanziell absichern
4468 und zudem die Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen, wie etwa
4469 der Schuldner- oder Energieberatung, stärken. Darüber hinaus werden wir die
4470 Verbraucherzentrale dabei unterstützen, ihre Strukturen auf neue Herausforderungen
4471 einzustellen, um so auch weitere Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten, ältere
4472 und junge Menschen sowie Menschen mit Behinderungen besser zu erreichen.

4473

4474 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch weiterhin aktiv in ihren eigenen
4475 Kompetenzen stärken. Denn durch ihr Einkaufsverhalten können sie entscheidend
4476 beeinflussen, welche Produkte sich am Markt durchsetzen. Das setzt voraus, dass
4477 Produkte entsprechend deklariert und erkennbar sind.

4478

4479

4480 Ernährung

4481 Gesunde Nahrung – regional und saisonal

4482 Gutes Essen ist eine Frage von Gesundheit und Genuss, individueller Selbstentfaltung und Lebensqualität. Aber es geht auch um mehr: Welternährung und globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Artenvielfalt, gesunde Böden, sauberes Wasser und Tierwohl hängen von der Art und Weise ab, wie wir unsere Lebensmittel erzeugen, vermarkten und verbrauchen. Deshalb ist Ernährung deutlich mehr als ein Wohlfühlthema: es ist auch ein Handlungsfeld ökologisch-sozialer Transformationspolitik.

4490 Etliche Verbraucherinnen und Verbraucher wollen natürliche und gesunde Lebensmittel ohne Gentechnik und Giftstoffe, möglichst nachhaltig und regional erzeugt. Wir setzen uns deshalb ein für hohe Lebensmittelstandards, Transparenz und konsequenten Verbraucherschutz. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu wissen, was die Lebensmittel enthalten, die in ihrem Einkaufsbeutel oder auf ihrem Teller landen. Diese können und sollen dann nach ihren Bedürfnissen, Möglichkeiten und Prioritäten entscheiden, was und wie sie essen. Wir wollen ermöglichen, nicht bevormunden.

4499 Ein Stadtstaat wie Bremen kann in diesem Zusammenhang auf drei Wegen auf diese gewollte Transformation Einfluss nehmen.

4500 Er richtet seine eigene Landwirtschaftspolitik am Ziel der ökologisch- sozialen Transformationspolitik aus. Hierzu haben die Koalitionspartner entsprechende Grundzüge vereinbart.

4506 Er richtet seine Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung daran aus, dass solche Regelungen als Ziel haben, ein Angebot von qualitativ hochwertigen, für jeden bezahlbare Lebensmittel sicher und die bestehenden Strukturen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft von der Produktion über die Verarbeitung und den Transport bis zum Handel auf den Prüfstand zu stellen. Systeme, bei denen unsere Versorgung mit Lebensmitteln auf Ausbeutung von Menschen beruht und die Tiere zu Industrieprodukten degradiert, müssen verändert werden. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen auch in der Fleischindustrie gelten.

4515 Zunehmend erschüttern Meldungen über Funde von multiresistenten Keimen auf Fleischprodukten das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Sicherheit von Lebensmitteln. Die Sorge um Antibiotika-Resistenzen wächst und ist sehr ernst zu nehmen. Denn resistente Krankheitserreger stellen eine gravierende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Der umfangreiche Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung begünstigt die Entstehung und Ausbreitung von resistenten Keimen. Gesunde Tiere in den Ställen und ein fachgerechter Umgang mit Antibiotika sind deshalb ein wichtiger Beitrag für einen besseren gesundheitlichen Verbraucherschutz. Die Vorschriften zu Tierarzneimitteln im Arzneimittelgesetz sind unübersichtlich und in weiten Teilen nicht mehr nachvollziehbar. Das liegt auch daran, dass in Deutschland Human- und Tierarzneimittel in einem Gesetz geregelt werden. Ein eigenständiges Tiergesundheitsrecht ist deshalb notwendig. Dadurch können auch besondere Anforderungen an die Tiergesundheit direkt in ein neues Tiergesundheitsgesetz aufgenommen werden, das auch Tierarzneimittel umfasst.

4530

4531 Bremen betreibt eine „Politik mit dem Einkaufskorb“ um Zeichen zu setzen, Debatten
4532 anzustoßen und praktische Solidarität mit Erzeugerinnen und Erzeugern zu üben. Da
4533 es keine unmittelbar kommunale oder staatlich geführte Kantinen mehr gibt, kann
4534 Bremen nur über Vereinbarungen mit Betreibern von Kantinen in öffentlichen
4535 Einrichtungen Qualitätssteigerungen der Essensversorgung erreichen. Um solche
4536 Vereinbarungen werden wir uns für die Bereiche Kindergarten, Hort, Schule,
4537 Hochschulen, Eigenbetrieben, öffentlichen Verwaltung und Gesellschaften bemühen.
4538 Eine Qualitätssteigerung bedeutet für uns auch, dass Tierprodukte zunehmend aus
4539 ökologischer Tierhaltung angeboten werden. In Kenntnis dessen, dass ökologisch
4540 erzeugte Tierprodukte mittelfristig einen höheren Einkaufspreis haben, sind wir in der
4541 Stadt Bremen bereit, den zu erwartenden höheren Preis von Kindergarten-, Hort- und
4542 Schulverpflegung für die Berechtigten des Bremen-Passes zu Lasten des Sozialtats
4543 zu decken.

4544
4545 Um diesen Preisanstieg zu dämpfen, bieten wir an, die Kantinenbetreiber durch
4546 einen zentralen Einkauf zu entlasten. Sollten sich hierdurch die Abgabepreise nicht
4547 für alle Selbstzahler erschwinglich gestalten lassen, werden wir mit geeigneten
4548 Maßnahmen gegensteuern, denn die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit gesunder
4549 Lebensmittel ist ein soziales Grundrecht.

4550
4551 Unabhängig von diesen Schritten der „Politik mit dem Einkaufskorb“ zur Unterstüt-
4552 zung einer gewollten Transformationspolitik der Nahrungsmittelproduktion, haben wir
4553 den staatlichen Erziehungsauftrag gegenüber Kindern und Jugendlichen
4554 verantwortungsvoll wahrzunehmen.

4555
4556 Wir werden daher in kommunalen Kitas und Schulen den Standard der Deutschen
4557 Gesellschaft für Ernährung (DGE) anwenden, indem wir diesen zur Grundlage von
4558 Ausschreibungen machen bzw. in den eigenen Küchen der Kitas anwenden. Die
4559 Vernetzungsstelle Schulverpflegung wird weiter Aus- und Fortbildungsangebote für
4560 die Schulen anbieten.

4561
4562 In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages des Studentenwerks werden wir bei diesem
4563 darauf hinwirken das heute bereits bestehende preisgünstige vegetarische
4564 Grundangebot zu einer veganen Alternative weiterzuentwickeln. Mit anderen Betrei-
4565 bern werden wir Gespräche mit dieser Zielrichtung aufnehmen.

4566

4567 **Kultur**

4568

4569 **Kultur und Kunst als Fundament urbaner Entwicklung und lebenslangen** 4570 **Lernens**

4571

4572 Kultur und Kunst prägen das Bild Bremens, steigern die Attraktivität und die Bindung
4573 der Menschen an ihre Stadt und stärken nicht nur nebenbei den Wirtschaftsstandort
4574 – und nicht nur das: Sie beeinflussen mit ihren Impulsen viele gesellschaftliche Berei-
4575 che, wirken als Wegbereiter für neues Denken, eröffnen Bildungswege und
4576 -chancen, tragen wesentlich zur Lebensqualität in unseren Städten bei und ermögli-
4577 chen nicht zuletzt Teilhabe an der Gesellschaft. Kunst und Kultur haben einen Eigen-
4578 wert, der sich letztlich der Messbarkeit entzieht.

4579

4580 Wir bekennen uns daher zur staatlichen Verantwortung für die Kultur, für kulturelle
4581 Bildung sowie zum Erhalt und zur Schaffung künstlerischer Freiräume, denn Kunst
4582 und Kultur müssen ihren Eigenwert behaupten können. Ein Kernanliegen bleibt für
4583 uns, dass Kultur und Kunst allen Menschen – unabhängig von ihrem sozialen Hinter-
4584 grund – offensteht.

4585

4586 Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende erspüren gesellschaftliche
4587 Entwicklungen und machen sie in und an Institutionen, aber auch ungebunden und
4588 frei, erfahrbar.

4589

4590 **Förderung**

4591

4592 Für uns ist klar: Ausgaben für Kultur sind Investitionen in die Zukunft. Deshalb wer-
4593 den wir eine verlässliche Förderung der Kultur und der kulturellen Bildung zur Siche-
4594 rung eines großstädtischen Kulturangebots weiterhin sicherstellen und damit notwen-
4595 dige Veränderungen und Entwicklungen unterstützen. Die Förderung aus den
4596 Einnahmen durch die Tourismusabgabe (City-Tax) bleibt eine wichtige Grundlage
4597 sowohl für die Sicherung hochwertiger und attraktiver kultureller Aktivitäten als auch
4598 für Projekte mit überregionaler Bedeutung.

4599

4600 Um in Zeiten knapper Haushaltsmittel die Zukunft von Einrichtungen zu sichern, wol-
4601 len wir institutionelle Förderungen an verbindliche Vereinbarungen zur Kooperation
4602 knüpfen, um Kulturträger zur Zusammenarbeit mit Akteuren der Stadtgesellschaft
4603 anzuhalten.

4604

4605 Wir werden die langfristige Förderung durch Contracting und das bewährte Control-
4606 ling der Kennzahlen weiterentwickeln und den parlamentarischen Gremien zukünftig
4607 auch über die Umsetzung der mit den Kultureinrichtungen in den Zielvereinbarungen
4608 verabredeten Leistungen berichten und so eine Auswertung ermöglichen. Wir setzen
4609 uns für eine Kooperation von Einrichtungen in Bezug auf Personal, Ressourcen und
4610 Management ein.

4611

4612 Institutionelle und strukturelle Förderungen werden nicht mehr aus der Projektförde-
4613 rung finanziert werden. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen auch in der
4614 freien Kulturszene ein. Wir streben an, dass freie Einrichtungen zu den institutionel-
4615 len Förderungen einen Inflationsausgleich erhalten sollen.

4616

4617 Wir wollen das Musikfest weiterhin als Gemeinschaftsaufgabe von Stadt und privaten

4618 Sponsoren veranstalten. Wir werden mit diesen Gespräche darüber aufnehmen mit
4619 dem Ziel, den Anteil bremischer Haushaltsmittel zu senken.

4620
4621 Dort, wo es möglich ist, vorhandene Projekte der Arbeitsmarktförderung einzusetzen,
4622 werden wir dies tun. Dies gilt insbesondere für das schon erstellte Konzept „Museen“
4623 als Integrationsbetrieb“ und das in Erarbeitung befindliche „Modellprojekt
4624 Flüchtlingsintegration“. In diesem Zusammenhang ist beabsichtigt, über die bisheri-
4625 gen Projekte auch Bundesfördermittel zu beantragen.

4626
4627 Wir werden für die kulturelle Projektförderung Mittel über einen festen Haushaltstitel
4628 ausweisen. Darin enthalten soll ein fester Anteil für Kinder- und Jugendkultur sein.
4629 Über weitere Schwerpunkte muss jährlich entschieden werden.

4630
4631 Wir wollen entlang des Beschlusses des Deutschen Bundestags „Kulturtourismus in
4632 den Regionen weiterentwickeln“ das Zusammenwirken von Kultur und Tourismus in
4633 Bremen verbessern.

4634

4635

4636 **Entwicklung und Investitionen**

4637

4638 Wir wollen auch weiterhin die notwendigen Investitionen zum Substanzerhalt und zur
4639 baulichen Ertüchtigung der bremischen Kultureinrichtungen vornehmen.

4640

4641 Die erfolgreiche Neuaufstellung des Bremer Theaters wollen wir fortsetzen.

4642

4643 Darüber hinaus setzen wir den begonnenen Prozess der Neuaufstellung des
4644 Deutschen Schifffahrtsmuseums in neuer Federführung des Wissenschaftsressorts
4645 bei Beibehaltung der Finanzierungsstruktur in Zusammenarbeit mit der Leibniz-
4646 Gesellschaft fort.

4647

4648 Den laufenden Sanierungsprozess des Übersee-Museums wollen wir abschließen.

4649

4650 Die Ausstellungsmodernisierung des Focke-Museums wollen wir gemeinsam mit
4651 Privaten realisieren.

4652

4653 Die Weserburg wollen wir nach Vorlage der anstehenden Wirtschaftlichkeitsuntersu-
4654 chung und der Einbeziehung der beteiligten Akteure baulich und konzeptionell
4655 weiterentwickeln. Eine Entscheidung über den Standort wollen wir unter den genann-
4656 ten Voraussetzungen bis Ende 2015 abstimmen.

4657

4658 Wir erarbeiten, soweit die fachlichen Voraussetzungen vorliegen, eine gemeinsame
4659 Digitalisierungsstrategie für die Archive und Sammlungen der Bremer
4660 Kultureinrichtungen.

4661

4662 Bauplanungsrechtliche Entscheidungen können sich auf die, auf Grundlage des
4663 Denkmalschutzgesetz geführte, Denkmalliste stützen. Bei städtebaulichen
4664 Vorüberlegungen oder Stadtentwicklungsdiskussionen ist ein Wissen über das
4665 Vorhandensein von ggf. noch nicht auf dieser Liste geführten Kulturdenkmälern rele-
4666 vant. Wir werden deshalb Regelungen schaffen, die den frühzeitigen
4667 Informationsaustausch zwischen der Denkmalfachbehörde und den
4668 stadtentwicklungsrelevanten Planungsinstitutionen verbessert.

4669
 4670
 4671
 4672
 4673
 4674
 4675
 4676
 4677
 4678
 4679
 4680
 4681
 4682
 4683
 4684
 4685
 4686
 4687
 4688
 4689
 4690
 4691
 4692
 4693
 4694
 4695
 4696
 4697
 4698
 4699
 4700
 4701
 4702
 4703
 4704
 4705
 4706
 4707
 4708
 4709
 4710
 4711
 4712
 4713
 4714
 4715
 4716
 4717
 4718
 4719

Freie Kulturszene

Es gehört zu einem urbanen Raum, dass sich kulturelles Leben nicht nur über die Arbeit traditioneller Institutionen entfaltet, sondern auch über die der Freien Kulturszene. Oft hat diese eine Experimentierfunktion und spiegelt in besonderer Weise das Innovationspotenzial unserer Stadt wider. Dies zeigt sich positiv im Bereich der Pop- und Rockmusik mit der Unterstützung des Vereins „Musikszene Bremen“, in der Bildenden Kunst mit der Initiative „Verein 23“ am Güterbahnhof und der Gesellschaft für Aktuelle Kunst oder in der Darstellenden Kunst mit der Schwankhalle, „Mensch, Puppe!“ und der „Wilden Bühne“.

Immobilien Bremen und die WfB sollen noch 2015 über Standorte für das „Zuckerwerk“ und die „Klapstul“-Initiative abschließend entscheiden.

Wir wollen auch weiterhin neuen und jungen Gruppen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Deshalb werden wir in und für die Kulturszene ein Beratungsbüro einrichten, das bei der Projektentwicklung und –finanzierung informiert und berät sowie eine Mittlerfunktion für die Beschaffung von Räumen und Ressourcen übernimmt. Wir werden den Personalanteil und den Geschäftsbedarf eines solchen Büros in einem transparenten Vergabeverfahren ausschreiben. Adressaten einer solchen Ausschreibung sollen Akteure der Bremer Kulturszene sein. Hierdurch wollen wir vorhandene und ggf. bereits anderweitig geförderte Ressourcen nutzen.

Kulturelle und künstlerische Bildung und Teilhabe

Gerade Projekte der kulturellen Bildung sind es, die in Bremen für eine Teilhabe von Menschen aller Generationen sorgen – unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Kulturelle Bildung wirkt im alltäglichen Zusammenleben im besten Sinne integrativ, schafft Aufgeschlossenheit, Verständnis und fördert die Bildung von Werten.

Kulturelle und künstlerische Bildung, Medienbildung und die Vermittlung von Medienkompetenzen müssen eng verknüpft werden

Wir wollen in den Schulen, Kitas und in den Bürgerhäusern qualifizierte kulturelle und mediale Schwerpunktangebote fördern und unterstützen Kultureinrichtungen aktiv bei der Entwicklung von Projekten. Beispielgebend sind für uns dabei Initiativen, die sich direkt vor Ort in den Stadtteilen gebildet haben.

Kulturelle Teilhabe

Einen Schwerpunkt der Kulturpolitik werden wir auf die Kultur in den Stadtteilen und Quartieren legen. Die Bürgerhäuser sind dabei wichtige Orte informeller Bildung.

Mit dem Kulturticket haben wir einen wichtigen Schritt für mehr Teilhabe am kulturellen Leben gemacht und diesen Weg wollen wir weitergehen, auch indem wir weitere Kooperationsangebote und Initiativen von Einrichtungen zu Eintrittsfreiheit – insbesondere auch im Bereich der nicht geförderten Veranstaltungen sowie der Veranstaltungen der WFB - prüfen. Wir setzen uns weiter ein für eine breite Teilhabe

4720 auch durch kostenlose Open Airs und Veranstaltungen, selbstbestimmte Eintritts-
4721 preise und soziale Ticketangebote.

4722

4723 Einrichtungen wie die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die Musikschule und die
4724 Museen bieten einen niedrighschwelligen Zugang zu Kultur, Bildung und Information –
4725 und eröffnen häufig auch Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit zur
4726 Teilhabe. Durch die Verdichtungen in der Arbeitswelt steht Erwerbstätigen und ihren
4727 Familien in der Regel nur das Wochenende für gemeinsame Kulturerlebnisse zur
4728 Verfügung. Insoweit wollen wir eine Wochenendöffnung möglichst vieler
4729 Kultureinrichtungen erreichen. Einer Sonntagsöffnung insbesondere der Stadtbiblio-
4730 thek stehen allerdings bundesrechtliche Regelungen entgegen. Sollte sich dieser
4731 rechtliche Rahmen ändern, werden wir solche Öffnungsmöglichkeiten anstreben.

4732

4733 **Medien & Netzpolitik**

4734

4735 Unabhängige, vielfältige Medien, der unbeschränkte Zugang zu Informationen und
4736 Medien sowie insbesondere die Fähigkeit, sie sinnvoll zu nutzen und einzuordnen,
4737 sind wesentliche Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens. Bremen wird
4738 die Fortentwicklung des Medienrechts weiter aktiv und konstruktiv begleiten.

4739

4740 Wir wollen auch weiterhin regelmäßig überprüfen, wie der Medienrat der
4741 Landesmedienanstalt und der Rundfunkrat von Radio Bremen die Bedeutung gesell-
4742 schaftlicher Gruppen abbilden. Dabei soll mehr jungen Menschen die Möglichkeit
4743 eröffnet werden, sich im Rundfunk- und Medienrat zu engagieren. Dazu wollen wir
4744 das Mindestalter für die Gremienmitgliedschaft auf 16 Jahre senken.

4745

4746 Wir vertreten die Auffassung, dass zeitgemäßer Jugendmedienschutz Medienange-
4747 bote qualifizieren muss – aber Jugendlichen nicht pauschal ihre Informationsmündig-
4748 keit und ihr eigenes kulturelles Erleben absprechen darf. Wir befürworten die Etablie-
4749 rung eines öffentlich-rechtlichen Medienarchivs der Sendeanstalten im Internet.

4750

4751 Die Filmförderung über die nordmedia soll auch in Zukunft Filmprojekte und Medien-
4752 schaffende in Bremen unterstützen. Dabei sollen künftig verstärkt auch crossmediale
4753 Vorhaben berücksichtigt werden, um WebTV und ergänzende Apps oder Online-
4754 Angebote zu fördern.

4755

4756 Den Prozess einer vollständigen Digitalisierung der Kabelnetze im Land Bremen wol-
4757 len wir für alle Bürgerinnen und Bürger sozialverträglich organisieren.

4758

4759 **Medienkompetenz**

4760

4761 Wir werden die Anstrengungen zur Vermittlung von Medienkompetenz weiter verstär-
4762 ken. Dazu gehört vor allem eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung der
4763 entsprechenden Angebote im Land Bremen, um sie für alle erkennbar und nutzbar
4764 zu machen.

4765

4766 Zudem wollen wir gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren eine umfassende
4767 Strategie zur Medienkompetenzentwicklung, die insbesondere auch Schulen sowie
4768 Kinder- und Jugendeinrichtungen umfasst, entwerfen. Medienkompetenz ist eine
4769 Voraussetzung, um selbstbestimmt und selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben
4770 teilzuhaben, wozu für uns auch der kompetente Umgang mit den eigenen Daten ge-
4771 hört.

4772

4773 Gemeinsam mit dem von der Landesmedienanstalt gegründeten
4774 Medienkompetenznetzwerk müssen auch inklusive Angebote für Menschen mit
4775 Beeinträchtigungen entwickelt werden, die sich nicht nur auf den schulischen Bereich
4776 beschränken.

4777

4778 **Radio Bremen**

4779

4780 Radio Bremen ist als Teil der ARD ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlich-
4781 rechtlichen Medienlandschaft. Durch die Erhöhung des Bremer Anteils aus dem
4782 ARD-internen Finanzausgleich ist es gelungen, die bisherige strukturelle
4783 Unterfinanzierung des Senders zu beenden.

4784
 4785 Jetzt wollen wir durch eine Anpassung des Radio-Bremen-Gesetzes darauf hinwir-
 4786 ken, dass das öffentlich-rechtliche Profil des Senders weiter geschärft und um Ange-
 4787 bote für junge Menschen ergänzt wird. Darüber hinaus soll Radio Bremen eine breite
 4788 Mitwirkung an neuen Medienformen, wie zum Beispiel Apps und Online-Diensten
 4789 ermöglicht werden. Wir werden uns weiterhin für eine Abschaffung der sogenannten
 4790 Depublikationspflicht einsetzen.

4791
 4792 Wir begrüßen, dass Radio Bremen ein Angebot auf Platt vorhält. Wir werden dafür
 4793 Sorge tragen, dass die Interessen des Plattdeutschen im Medienrat und im
 4794 Rundfunkrat von Radio Bremen berücksichtigt werden.

4795 4796 **Landesmedienanstalt & Bürgerrundfunk**

4797
 4798 Landesmedienanstalten haben es als Aufsichtsbehörden für private Radio- und
 4799 Fernsehprogramme und Telemedien immer häufiger mit international agierenden TV-
 4800 oder Radio-Unternehmen zu tun. Um dabei durchsetzungsfähig zu bleiben, halten wir
 4801 es für besonders wichtig, dass die Länder geschlossen auftreten. Daher streben wir
 4802 eine Medienanstalt der Länder an. Die lokale und regionale Aufsicht sowie die
 4803 Vermittlung von Medienkompetenz bleiben davon unberührt. Wir begrüßen die Grün-
 4804 dung einer überregionalen Streitschlichtungsstelle für Medienangelegenheiten. Der
 4805 Bürgerrundfunk hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern – auch als
 4806 Produzentinnen und Produzenten von Informationen und Sendungen – den Zugang
 4807 zum Rundfunk zu gewähren und die Medienkompetenz zu fördern. In Zukunft soll
 4808 darüber hinaus auch der Bürgerrundfunk dafür sorgen, dass in Fernsehen und Radio
 4809 mehr Plattdeutsch zu erleben ist.

4810
 4811 Wir wollen den Bürgerrundfunk so aufstellen, dass er neben der terrestrischen
 4812 Verbreitung auch das Internet als Verbreitungsweg besser nutzt, mehr Menschen
 4813 sowie neue Zielgruppen erreicht und die Medienkompetenz fördert. Der bisherige
 4814 Bürgerrundfunk, Bürgermedienangebote auf bremen.de und Angebote von Kultur-,
 4815 Wissenschafts-, Sport- und Bildungseinrichtungen müssen verknüpft werden, eine
 4816 Nachwuchsförderung einschließen und das Internet als zentrale und variable Platt-
 4817 form nutzen.

4818 4819 **Teilhabe – auch digital**

4820
 4821 Wir stehen für Teilhabe und Transparenz – auch in der digitalen Welt. Wir wollen
 4822 daher, dass sich Politik und politische Institutionen auch in der digitalen Welt noch
 4823 weiter öffnen.

4824
 4825 Voraussetzung dafür ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger an den eigenen
 4826 Daten, umfassende Transparenz, Information und eine Stärkung der Medienkompe-
 4827 tenz der Bevölkerung.

4828
 4829 Bremen hat in den vergangenen Jahren mit dem Informationsfreiheitsgesetz Stan-
 4830 dards geschaffen, an denen sich andere Städte und Bundesländer orientieren. Wir
 4831 setzen nach Möglichkeit „Creative Commons“ ein, um staatliche Daten und Texte
 4832 möglichst unkompliziert zur Weiternutzung zur Verfügung zu stellen. Auch hinsicht-
 4833 lich digitaler Bürgerbeteiligung ist Bremen Vorreiter. Diese erfolgreiche, impulsge-
 4834 bende Politik wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und in weitere Politikberei-

4835 che übertragen. Das Informationsfreiheitsregister muss im Hinblick auf seine
4836 Vollständigkeit und in Bezug auf die Verschlagwortung von Informationen und eine
4837 komfortable Suchfunktion verbessert werden. Unser Ziel ist zudem, dass öffentlich
4838 geförderte Forschungsergebnisse als „Open Data“ und „Open Access“ kostenfrei im
4839 Internet allen zugänglich gemacht werden können.

4840
4841 Es geht darum, künftig noch mehr Informationen aus Politik und Verwaltung aktuell,
4842 umfassend, barrierefrei und vor allem gut auffindbar über das Internet bereitzustellen,
4843 um für Transparenz zu sorgen und die Teilhabe in Bremen zu stärken.

4844
4845 Wir stehen darüber hinaus zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen
4846 freien und gleichen Zugang zum Internet sowie für eine gesetzliche Verankerung der
4847 Netzneutralität.

4848
4849 Damit die Möglichkeiten des Internets in vollem Umfang genutzt werden können,
4850 braucht es Übertragungsgeschwindigkeiten auf der Höhe der Zeit. Wir wollen daher,
4851 dass Bremen auch in Zukunft mit dem aktuellen Stand der Breitband-Versorgung
4852 Schritt hält.

4853
4854 Auf Bundesebene fordern wir eine Reform der UrheberInnen-, Nutzungs- und
4855 Verwertungsrechte sowie der Medienförderung und -finanzierung, die der Annähe-
4856 rung verschiedener Einzelmedien Rechnung tragen muss.

4857
4858 Wir sind für eine faire Balance zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer
4859 und der Urheberinnen und Urheber. Daher wollen wir auch das immer stärker um
4860 sich greifende Abmahnwesen noch mehr eindämmen und faire sowie für
4861 Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbare Nutzungsbedingungen schaf-
4862 fen.

4863
4864 Das hohe technische und konzeptionelle Niveau digitaler Bürgerbeteiligung in
4865 Bremen wollen wir noch weiterentwickeln. Wir wollen, dass in öffentlichen Gebäuden
4866 mit Publikumsverkehr und in den Fahrzeugen der BSAG freier, kostenloser und
4867 gesicherter W-LAN-Zugang angeboten wird. Wir begrüßen das Angebot privater W-
4868 LAN-Zugänge in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Gastronomie und Gewerbe so-
4869 wie in der Nachbarschaft. Und wir befürworten insbesondere Freifunk-Initiativen.

4870
4871 Dazu muss durch die Bundesebene die Störerhaftung für W-LAN-Betreiber abge-
4872 schafft und die Rechtssicherheit für freien W-LAN-Zugang ermöglicht werden.

4873 4874 **Datenschutz braucht klare Standards**

4875
4876 Die Bremer Verwaltung arbeitet datensparsam, auch bei der Erfassung von Metada-
4877 ten, die größere Datensammlungen beschreiben. Sie gewährleistet die informatio-
4878 nelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns dafür ein, dass
4879 die hohen Bremer Standards auch von anderen Behörden übernommen werden.

4880
4881 Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf
4882 informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe
4883 Priorität. Wir lehnen eine Zensur des Internets durch Netzsperrern ab und stehen
4884 stattdessen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, um den Kampf gegen illegale In-
4885 halte im Internet aufzunehmen.

4886

4887 Eine anlasslose Telekommunikationsüberwachung lehnen wir ab. Wir setzen uns für
4888 die ausdrückliche Verankerung des Datenschutzes im Grundgesetz ein. Wir fordern
4889 eine rasche Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung der EU. Wir brauchen
4890 einheitliche europäische Standards des Datenschutzes, die sich nicht am Standort
4891 global agierender Unternehmen orientieren.

4892

4893 Die Regelungen des europäischen Datenschutzrechts müssen Ausdruck des von der
4894 europäischen Grundrechtecharta garantierten Grundrechts auf Datenschutz sein.
4895 Auch Abkommen zwischen der EU und den USA wie geplante Freihandelsabkom-
4896 men dürfen den europäischen Grundrechtstandard nicht zur Disposition stellen. Wir
4897 setzen uns weiter für effektivere Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz ein.
4898 Insbesondere sollen die Möglichkeiten zur Videoüberwachung von Mitarbeitern
4899 eingeschränkt werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass
4900 Verbraucherzentralen ein eigenes Recht bekommen, gerichtlich auch gegen
4901 Datenschutzverstöße vorzugehen.

4902

4903 Wir wollen die Nutzung gesicherter Kommunikation weiter fördern und verbessern,
4904 so dass die vertrauliche Kommunikation mit den Behörden viel einfacher wird als bis-
4905 her. Dabei werden freie Softwareprodukte, zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ver-
4906 stärkt eingesetzt.

4907

4908 Bremen als „Hauptstadt des Fairen Handels“ setzt auf nachhaltige sozial- und
4909 umweltverträgliche Beschaffung von IT-Hardware. Wir unterstützen Projekte, Pro-
4910 dukte und Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern. Vor diesem Hintergrund
4911 haben wir mit Teilen der bremischen Wirtschaft das „Bündnis für sozialverträgliche
4912 IT-Beschaffung“ gegründet. Dieses wollen wir fortführen und ausweiten.

4913

4914 Wir wollen die digitale Lehrmittelfreiheit gemeinsam mit dem Bund stärken. Wir
4915 befürworten daher, dass die Verwendung freier Lizenzen und Formate ausgebaut
4916 wird und sprechen uns für eine systematische Open-Access-Politik im Bildungs- und
4917 Wissenschaftsbereich aus.

4918

4919 **Demokratie, Beiräte und Bürgerbeteiligung**

4920 **Demokratie stärken**

4921
4922
4923 Sinkende Wahlbeteiligung bedroht die demokratische Legitimität von Wahlen und
4924 fügt der sozialen Spaltung unseres Landes eine politische hinzu. Es ist Aufgabe der
4925 Politik und Gesellschaft insgesamt, diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren.
4926 Im Bereich der Wahlorganisation werden wir deshalb Maßnahmen prüfen, die das
4927 Wählen näher an die Menschen bringen kann. Hierüber wollen wir uns ebenso mit
4928 den anderen Fraktionen verständigen wie über eine Reform des nun zum zweiten
4929 Mal angewandten neuen Wahlrechts, die an den aufgetretenen Schwachstellen (z.B.
4930 Fremdverwertung von Personenstimmen, die Repräsentanz von jungen Menschen
4931 und Frauen und die Anzahl der ungültigen Stimmen) gezielt nachbessert, ohne
4932 seine Errungenschaften in Frage zu stellen.

4933 **Bürgerbeteiligung**

4934
4935
4936 Wir sind der festen Überzeugung: Bürgerbeteiligung belebt und bereichert die
4937 repräsentative Demokratie, wenn sie allen eine Stimme gibt und die Möglichkeit zur
4938 Mitgestaltung bietet, sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch
4939 durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir
4940 neue Verfahren, aber auch starke und repräsentative parlamentarische Vertretungen.
4941 Bürgerbeteiligung ist für uns ein Prozess, der neue Formen fördert, überprüft, fortent-
4942 wickelt und allen Menschen offen steht.

4943
4944 Wir werden daran arbeiten, Beteiligungsprozesse geschlechtersensibel zu gestalten
4945 und Barrieren aufgrund von Sprache, Herkunft oder Bildungsstand abzubauen. Die-
4946 sen Weg wollen wir weitergehen, indem wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bür-
4947 ger weiter zu einem Strukturprinzip unserer Stadtgesellschaft machen. Dazu gehört
4948 die Nutzung und Entwicklung von Stadtteil- oder Quartiersmanagements, die die
4949 etablierten Politik- und Verwaltungsstrukturen durch die Mobilisierung von kleinräumi-
4950 gen Selbsthilfepotenzialen und bürgerschaftlichen Engagements unterstützt. Hierfür
4951 werden wir unter breiter Beteiligung aller Interessierten ein Leitbild Partizipation ent-
4952 wickeln und umsetzen.

4953
4954 Mit der Umsetzung des „Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung - Betroffene zu
4955 Beteiligten machen!“ wollen wir die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
4956 verbindlich und dauerhaft in Politik und Verwaltung verankern. Wir wollen sicherstel-
4957 len, dass bei Projekten mit Bürgerbeteiligung die Anteile für solche Verfahren in den
4958 Gesamtkosten enthalten sind und von Anfang an dargestellt werden.

4959 Um bei Beteiligungsprozessen möglichst viele Menschen zu erreichen, nutzen wir die
4960 Beteiligung über das Internet ebenso wie Bürgerforen und Formen der aufsuchenden
4961 Beteiligung. Dies soll durch ein standardisiertes Informations- und
4962 Bearbeitungsverfahren im Rahmen des Transparenzportals gewährleistet werden,
4963 das auch verbindliche Fristen regelt.

4964 **Auch junge Menschen sollen mitgestalten**

4965
4966
4967 Die Politik muss stärker als bisher auf junge Menschen eingehen und ihre Bedürf-
4968 nisse und Forderungen wahrnehmen. Deshalb wollen wir Kinder- und
4969 Jugendbeteiligungsprojekte fördern und gemeinsam mit Kitas, Schulen,

4970 SchülerInnenvertretung, Freizeiteinrichtungen und Beiräten bestehende Konzepte
 4971 und Standards weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere die Einrichtung von
 4972 Jugendbeiräten mit eigenem Etat aus Globalmitteln in den einzelnen Stadtteilen wei-
 4973 ter fördern. Wir werden den Bereich der politischen Bildung stärken, um die Grundla-
 4974 gen dafür zu legen, dass junge Menschen sich selbstbewusst einbringen.

4975
 4976 Neben der Beteiligung an der Weiterentwicklung der Freizeis und der Freizeitangebote
 4977 wollen wir junge Leute auch bei der Gestaltung von Treffpunkten im öffentlichen
 4978 Raum – wie etwa an der Diskomeile – sowie bei Projekten der Bau- und Verkehrspla-
 4979 nung mit einbeziehen.

4980
 4981 Deshalb soll die zentrale Stelle zur Entwicklung und Koordinierung der Jugendbeteili-
 4982 gung erhalten werden.

4983

4984 **Landeszentrale für politische Bildung**

4985

4986 Die Landeszentrale für politische Bildung hat eine herausragende Rolle, wenn es
 4987 darum geht, die politische Bildung und Demokratiefähigkeit weiter zu stärken,
 4988 Einstellungen und Haltungen gegen Ausgrenzung und für sozialen Zusammenhalt zu
 4989 fördern und der Entfremdung von politischen Handeln entgegenzutreten. Dieses gilt
 4990 es auch weiterhin abzusichern. Wir wollen politische Bildung gezielt dabei unterstüt-
 4991 zen, ihren Auftrag im Prozess gesellschaftlichen Wandels zu erfüllen. Eine beson-
 4992 dere Aufgabe kommt der Landeszentrale für politische Bildung dabei zu, der Politik-
 4993 und Wahlverdrossenheit entgegenzutreten. Ihre Aufgabe wird es sein – gemeinsam
 4994 mit weiteren zivilgesellschaftlichen und bildungspolitischen Akteuren –Empfehlungen
 4995 und Strategien zu erarbeiten. Dem Jugend- und Schulbereich ist dabei, u.a. aufset-
 4996 zend auf abzusichernde erfolgreiche Konzepte wie die Juniorwahl, besondere
 4997 Aufmerksamkeit zu schenken.

4998

4999 **Bremer Erinnerungskultur**

5000

5001 Die nationalsozialistische Vergangenheit vor Ort muss vor dem Vergessen bewahrt
 5002 werden. Die Gedenkstätte „Denkort Bunker Valentin“ befindet sich seit 2009 - unter-
 5003 stützt durch eine projektgebundene anteilige Bundesförderung – in Verantwortung
 5004 der Landeszentrale im Aufbau. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Bunker als
 5005 Gedenkstätte auch nach dem Auslaufen der Bundesförderung abgesichert und so für
 5006 die Öffentlichkeit als Ort der politischen und historischen Bildung erhalten bleibt.
 5007 Auch das Projekt „Stolpersteine“ und die Auseinandersetzung mit den Orten des
 5008 faschistischen Terrors in unserer Stadt werden wir fördern.

5009

5010 Wir wollen eine Bremer Strategie zur Erinnerungskultur entwickeln, die Möglichkeiten
 5011 der Kunst, der Medien und der zeitgenössischen „Edutainments“ nutzt. Dabei muss
 5012 auch Bremens kolonialistische Vergangenheit kritisch reflektiert werden.

5013

5014 **Die Bürgerschaft**

5015

5016 Bremen ist das letzte Bundesland mit einer vierjährigen Legislaturperiode. Eine
 5017 Verlängerung auf fünf Jahre würde mehr politische Kontinuität und einen Gleichklang
 5018 mit den anderen Bundesländern herstellen. Wir wollen darüber mit den anderen Par-
 5019 teien einen Dialog führen für kommende Legislaturperioden.

5020 Für das Haushaltsaufstellungsverfahren der Bürgerschaft orientieren wir uns an der
5021 Praxis anderer Bundesländer.

5022

5023 Für die Koordination der vielfältigen Aufgaben der Bürgerschaft soll analog der
5024 Berufsregeln für Staatsräte eine Bürgerschaftsdirektorin oder ein
5025 Bürgerschaftsdirektor durch den Vorstand berufen werden können.

5026

5027 Wir schaffen eine demokratische Legitimationskette für die Einstellung, Berufung und
5028 Beförderung von Richterinnen und Richtern: Dazu sollen die Kompetenzen des
5029 Richterwahlausschusses erweitert werden. Zudem sollen alle Mitglieder des Gremi-
5030 ums künftig durch die Bürgerschaft gewählt werden. Dem Ausschuss sollen in Zu-
5031 kunft mehrheitlich Abgeordnete und keine Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive
5032 angehören.

5033

5034 Das Petitionsrecht werden wir durch systematische Verknüpfungen mit anderen
5035 Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger sowie mit Rechtsbehelfen zu einem
5036 echten, verlässlichen Einwirkungsinstrument weiterentwickeln. Dafür möchten wir die
5037 Arbeitsweise des Petitionsausschusses, im Wege einer deutlicheren
5038 Verfahrensnormierung, effizienter gestalten und dadurch mehrfache Gremienbefas-
5039 sung und widersprüchliche Doppelentscheidungen vermeiden. In Zukunft werden
5040 Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei, welche dem Petitionsausschuss zugeordnet
5041 sind, als Ansprechpartner für Eingaben und Fragen zur Verfügung stehen, welche
5042 Gewalterfahrungen von und gegen öffentliche Bedienstete zum Gegenstand haben
5043 (Gewaltbeauftragte). Wir streben an, soweit rechtlich zulässig, diese Person in die-
5044 sen Fragen unabhängig und weisungsfrei zu stellen.

5045

5046 Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Beirat Niederdeutsch beim Präsidenten der
5047 Bürgerschaft die Stellungnahme Bremens im Rahmen der Länderberichte zur Charta
5048 der Regionalsprachen vor der Abgabe öffentlich erörtert.

5049

5050 **Demokratie vor Ort: die Beiräte**

5051

5052 Aus der vorliegenden Evaluation des Beirätegesetzes werden wir für eine bessere
5053 Praxistauglichkeit und mehr Klarheit über die Beratungs-, Beteiligungs- und Entschei-
5054 dungskompetenzen der Beiräte auch in Abgrenzung zu anderen staatlichen Stellen,
5055 insbesondere den Senatsressorts, und über die Rechtsmittel, die den Beiräten zur
5056 Verfügung stehen, die erforderlichen Änderungen vornehmen.

5057

5058 Gemeinsam mit den Beiräten wollen wir beraten, ob wir ihre Entscheidungsbefug-
5059 nisse ausweiten können und ob ihre Aufgaben und vorhandenen Ressourcen im Ein-
5060 klang damit stehen.

5061

5062 Wir wollen prüfen, wie mehr Klarheit und Rechtssicherheit bei der Wahl der
5063 Ortsamtsleiterinnen und -leiter geschaffen werden kann. In diesem Zusammenhang
5064 werden wir das Beirätegesetz und die weiteren entsprechenden Regelungen bei die-
5065 sen Wahlmodalitäten entsprechend anpassen. Wir wollen das Instrument der
5066 Planungskonferenzen für eine weitere Verbesserung der Information und Beteiligung
5067 von Beiräten sowie der Bürgerinnen und Bürger vor Ort weiterentwickeln. Hierzu sol-
5068 len die Senatsressorts für ihren jeweiligen Bereich frühzeitig über anstehende
5069 Entscheidungen informieren, etwa in Form einer Bau- und Vorhabenliste mit allen
5070 anstehenden Projekten und Entscheidungen. Dazu soll im Transparenzportal eine

5071 Internetplattform eingerichtet werden, die Transparenz über Beteiligungsprojekte,
5072 ihren aktuellen Stand, ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswertung herstellt.

5073

5074 Für die wichtige und wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder in den Beiräten
5075 werden wir uns weiterhin einsetzen – auch durch entsprechende Fortbildungsange-
5076 bote. Insbesondere wollen wir weitere Unterstützungsangebote zur Beteiligung von
5077 jungen Menschen für die Beiratsmitglieder und Ortsamtsmitarbeiterinnen und
5078 -mitarbeiter schaffen. Darüber hinaus wollen wir mit Schulungsangeboten die
5079 Jugendbeiräte dabei unterstützen, eigene jugendgerechte Beteiligungs- und
5080 Arbeitsformen zu entwickeln. Denn Jugendbeiräte sind für uns ein wichtiger Baustein
5081 der Bürgerbeteiligung. Es geht aber nicht darum, die Struktur und Arbeitsweise der
5082 Beiräte eins zu eins auf die Jugendbeiräte zu übertragen. Um die Arbeitsfähigkeit der
5083 Beiräte zu gewährleisten, werden wir eine personelle Grundausstattung der Orts-
5084 ämter sicherstellen.

5085

5086 **Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement**

5087

5088 Wir wollen Menschen verstärkt für das Ehrenamt gewinnen und es noch attraktiver
5089 gestalten. Die bestehende Ehrenamtskarte soll weiterentwickelt werden und auch
5090 Juleica-Inhaberinnen und -Inhaber sollen die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte
5091 nutzen können. Wir wollen gemeinsam mit der Freiwilligenagentur Bremen mit einem
5092 entsprechend geförderten Programm noch mehr Ehrenamtliche gewinnen und
5093 qualifizieren.

5094

5095 Wir wollen prüfen, ob sich ein „Ehrenamtszeitkonto“ in das Bildungsurlaubsgesetz
5096 integrieren lässt.

5097

5098 Das Land wird für die laufenden Mehrgenerationen-Projekte in Bremen-Lüssum und
5099 Bremerhaven die erforderlichen ergänzenden Mittel zur Weiterfinanzierung aus dem
5100 Bundesprogramm zur Verfügung stellen. Das Freiwillige Jahr im Bereich sozialer,
5101 ökologischer, kultureller und politischer Einrichtungen ist eine besonders wichtige
5102 Form des ehrenamtlichen Engagements.

5103

5104 Auch für behinderte Menschen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem
5105 Landesbehindertenbeauftragten sowie den Einrichtungen und Initiativen der
5106 Behindertenhilfe eine möglichst gleiche Teilhabe an ehrenamtlicher Arbeit ermögli-
5107 chen.

5108

5109 **Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften**

5110

5111 Die Bremische Evangelische Kirche, die evangelisch-lutherische Landeskirche
5112 Hannover, die evangelisch-reformierte Kirche, die katholische Kirche, die jüdische
5113 Gemeinde Bremen, und die islamischen und alevitischen Verbände sind für uns –
5114 gerade bei vermehrter Diversität unserer Gesellschaft bei weltanschaulichen und
5115 religiösen Bekenntnissen - wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, mit denen wir
5116 vertragliche Vereinbarungen über unsere Zusammenarbeit geschlossen haben. Die-
5117 ses Verhältnis werden wir im gegenseitigen Austausch weiterentwickeln und pflegen.
5118 Religions- und weltanschauliche Vielfalt ist ein Bestandteil der gesellschaftlichen
5119 Wirklichkeit Bremens. Religiöse Intoleranz, Muslimenfeindlichkeit und Antisemitismus
5120 haben bei uns keinen Platz.

5121

5122 Die Koalitionspartner sind sich angesichts der historischen Pflicht darüber einig, dass
5123 zur Sicherung des jüdischen Lebens in Bremen trotz des staatlichen Neutralitätsge-
5124 bots die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen auch zukünftig der besonderen
5125 Unterstützung bedarf.

5126

5127 **Finanzen und Personal**

5128

5129 Unser Land Bremen befindet sich nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage.
5130 Der Abbau und die Vermeidung weiterer Schulden sind Voraussetzung für eine so-
5131 zial gerechte und standortfördernde Politik. Solide Finanzpolitik heißt, die Finanzen
5132 so zu steuern, dass Handlungsspielräume geschaffen werden, um politische Schwer-
5133 punkte setzen zu können.

5134

5135 **Unser Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt**

5136

5137 Durch Grundgesetz und Landesverfassung sind wir gebunden ab 2020 keine
5138 zusätzlichen Schulden zu machen. Mit einem Ausführungsgesetz zur Schulden-
5139 bremsen wollen wir in dieser Legislaturperiode diese weiter konkretisieren. Insbeson-
5140 dere werden wir ein Verfahren zum Umgang mit konjunkturellen Schwankungen
5141 festlegen.

5142

5143 Das kann nur gelingen, wenn wir bis dahin unsere Einnahmen sichern oder steigern
5144 und den Ausgabenzuwachs in allen Bereichen begrenzen oder reduzieren. Wir befin-
5145 den uns auf dem Konsolidierungspfad, den wir bisher so gemeistert haben, dass wir
5146 300 Millionen Euro Hilfe jährlich bekommen haben. Die Sanierungsvereinbarung mit
5147 dem Bund und den anderen Ländern haben wir eingehalten. Wir werden diesen Weg
5148 weiter gehen. Aber wir müssen feststellen, dass dieser Weg immer schwieriger wird.

5149

5150 Wir werden an vielen Ecken sparen müssen. Einige heute finanzierte und beschlos-
5151 sen Maßnahmen werden wir zukünftig überhaupt nicht mehr oder nur eingeschränkt
5152 fortführen können. Dabei lassen wir uns leiten von der grundgesetzlichen Vorgabe
5153 der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Der Finanzrahmen aber
5154 ist so eng, dass es ohne spürbare Verzichte nicht gehen wird.

5155

5156 Besondere Bedeutung kommt hier der Modernisierung der Erbringung öffentlicher
5157 Dienstleistungen zu. Wir werden Wege gehen, um diese staatlichen Leistungen
5158 kostengünstiger, schneller und mit weniger Personal ohne gleichzeitige
5159 Arbeitsverdichtung zu erbringen. Dabei setzen wir auf neue Arbeitsabläufe, Abbau
5160 von Doppelstrukturen, den Einsatz von Technik und IT. Wir werden auch prüfen, ob
5161 wir alle heute vorgehaltenen Dienstleistungen zukünftig noch anbieten können.

5162

5163 Bei der Aufstellung der Haushalte sollen die Ressorts ihre mittelfristigen
5164 Aufgabenplanungen und daraus anzuleitenden Maßnahmen konsequent an den Zie-
5165 len des Regierungsprogramms ausrichten. Dazu werden vom Senat gemeinsame
5166 Vorgaben für die Gesamtstrategie sowie die Basisdaten (Bevölkerung,
5167 Sozialindikatoren, etc.) gemacht, die bei der Haushaltsaufstellung für die fachpoliti-
5168 schen Handlungsbedarfe und Zielsetzungen des Senats, für die Planung der
5169 vorzuhaltenden Infrastrukturen und deren Verteilung innerhalb der Stadtgebiete so-
5170 wie für die Setzung von Schwerpunkten in der Gestaltung von Förderprogrammen
5171 und –Maßnahmen zu Grunde zu legen sind.

5172

5173 Für uns gilt weiterhin die Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen in
5174 der es u.a. heißt, dass Bremen gerade unter Bedingungen als Stadt und Land – und
5175 damit als öffentlicher Arbeitgeber und Serviceleister – attraktiv bleibt, um eine gute
5176 Basis für die Zukunft von Bremen zu erhalten. Die Identifikation der Bremerinnen und
5177 Bremer mit Bremen und seinen Qualitäten muss gestärkt werden. Faire

5178 Arbeitsbedingungen, Entgeltgleichheit und eine gute Vereinbarkeit von Familie und
5179 Beruf sind attraktiv.

5180

5181 Die Modernisierung der Verwaltung ist für den Erfolg des Konsolidierungskurses von
5182 so hoher Bedeutung, dass die Koalition es ausdrücklich zur zentralen Aufgabe des
5183 Senats erklärt, unter Federführung des Präsidenten des Senats und der
5184 Finanzsenatorin. Die Bremische Bürgerschaft wird sich der Bearbeitung der
5185 Handlungsfelder durch den Senat in enger parlamentarischer Kontrolle annehmen.
5186 Die Standards der kommunalen und staatlichen Leistungserbringung sind kontinuierlich
5187 zu überprüfen.

5188

5189 Überdurchschnittliche Standards müssen zügig identifiziert werden, um zeitnah Ent-
5190 scheidungen über Wege zur Angleichung über wirtschaftliche Gesichtspunkte treffen
5191 zu können.

5192

5193 Bremen und Bremerhaven werden sich der Aufgabe annehmen, ihre Leistungsberei-
5194 che an dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Großstädte zu orientieren.

5195

5196 Die Einhaltung des Konsolidierungszieles kann nur gelingen, wenn auch die beiden
5197 Stadtgemeinden ihren Beitrag hierzu leisten. Wir werden für eine auskömmliche
5198 Ausstattung der Stadtgemeinden sorgen und erwarten gleiche Standards in beiden
5199 Stadtgemeinden.

5200

5201 Einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Einnahmen und damit zur erfolgrei-
5202 chen Gestaltung des bremischen Konsolidierungskurses leistet eine positive Einwoh-
5203 nerentwicklung. Aktuell bietet der Zugewinn eines Einwohners steuerabhängige
5204 Mehreinnahmen von knapp 4.800 € pro Jahr. Aus diesem Grund verfolgt Bremen
5205 insbesondere eine Wohnungsbaupolitik, die begleitet wird von unterstützenden
5206 Ansätzen aus allen Politikbereichen – insbesondere der Wirtschafts- und Arbeits-
5207 markt- und der Wissenschaftspolitik, die das Ziel verfolgt, Einwohner zu gewinnen
5208 und zu halten.

5209

5210 **Finanzrahmen bis 2019**

5211

5212 Mit dem Finanzrahmen bis 2019 gehen wir den zweiten Teil der Wegstrecke des
5213 Konsolidierungsweges mit dem Ziel, dass die Einnahmen die Ausgaben decken,
5214 ohne dass wir neue Kredite aufnehmen müssen. Unter der Annahme unveränderter
5215 Rahmenbedingungen und auf Basis der aktuellen Steuerschätzung dürften die
5216 Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinsausgaben) jährlich nur um durchschnittlich
5217 1,4 % wachsen.

5218

5219 Wir werden trotz des engen Finanzrahmens und der bestehenden Handlungsbedarfe
5220 auch weiterhin politische Schwerpunkte setzen. Dies können wir nur finanzieren,
5221 wenn es uns gelingt die notwendigen Beträge an anderer Stelle einzusparen. Hierzu
5222 ist es notwendig Standards und Zuwendungen zu überprüfen.

5223

5224 Für den Finanzrahmen sind aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen folgende
5225 Entwicklungen der einzelnen Ausgabepositionen vorgesehen:

- 5226 • Der Anstieg der Personalausgaben und der daran gekoppelten
- 5227 Personalkostenerstattungen auf 1,4 % pro Jahr.

- 5228 • Die Ausgaben der Sozialleistungen steigen 2016 um 2,2 %. Die Zuwachsrate
- 5229 wird bis 2019 schrittweise auf 1,6 % gesenkt.
- 5230 • Die Investitionsausgaben (ohne Tilgung) werden über den Planungszeitraum
- 5231 konstant gehalten. Die Mittel des „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ werden
- 5232 dabei zur Erhöhung des Ausgaberahmens eingesetzt.
- 5233 • Für die sonstigen konsumtiven Ausgaben ist ein Anstieg um jährlich 1,4 %
- 5234 vorgesehen.
- 5235 • Zur Vorsorge struktureller Haushaltsrisiken aus dem Jahr 2015 ist eine Vorsorge
- 5236 von 50 Mio. Euro vorgesehen.

5237
 5238 Wir werden den bestehenden Handlungsbedarf für die Jahre 2016/2017 in den
 5239 Haushaltsberatungen auflösen und durch Umschichtung im Haushalt politische
 5240 Schwerpunkte setzen. Dafür werden wir unter anderem folgende Maßnahmen
 5241 umsetzen:

- 5242
- 5243 1. Die Modernisierung der Verwaltung ist die zentrale Aufgabe des Senats, hierzu
- 5244 werden wir den Prozess der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung konse-
- 5245 quent fortführen und Potenziale, die sich aus einer engeren Kooperation mit
- 5246 Niedersachsen ergeben, ausschöpfen.
- 5247 2. Wir wollen die beiden Städte Bremen und Bremerhaven dabei unterstützen, die
- 5248 vereinbarten Sanierungsziele zu erreichen; mit dem Abbau von Doppelstrukturen
- 5249 können wir Synergien heben.
- 5250 3. Wir erwarten, dass die Bremischen Beteiligungen einen Beitrag zur
- 5251 Haushaltskonsolidierung leisten, hierzu sollen sie einen Konsolidierungsbeitrag
- 5252 in Höhe von 1,5 % pro Jahr auf ihre Kosten leisten.
- 5253 4. Zur Hebung von Synergien werden wir prüfen, ob und wie die BREPARK GmbH
- 5254 mit der BSAG bzw. der WfB verschmolzen werden kann.
- 5255 5. Unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten werden wir prüfen, Toto Lotto Bremen
- 5256 zukünftig - ebenso wie die staatliche Lotteriegesellschaft in Bayern - als
- 5257 eigenständige Organisationseinheit im Geschäftsbereich eines Ressorts anzusie-
- 5258 deln.
- 5259 6. Alle Gebührenordnungen werden wir mit der Aufstellung der jeweiligen Haus-
- 5260 halte an die allgemeine Kostenentwicklung anpassen.
- 5261 7. Wir wollen die Parkgebühren mit denen anderer Großstädte vergleichen und
- 5262 notwendige Anpassungen vornehmen. Die Kosten für die Nutzung von Parkplät-
- 5263 zen durch öffentliche Bedienstete wollen wir überprüfen.
- 5264 8. Wir werden die Grundsteuer auf einen Hebesatz von 695 % anheben.
- 5265 9. Wir werden die Hundesteuer auf 150 Euro und die Zweitwohnungssteuer auf 12 %
- 5266 erhöhen.
- 5267 10. Wir werden die Entwicklung der Sozialausgaben analysieren und anhand von
- 5268 Vergleichen mit anderen Städten Einsparpotentiale erarbeiten. Insbesondere
- 5269 werden wir den Umfang der Hilfen für die Erziehung auf den Prüfstand stellen.
- 5270 11. Wir werden mit Niedersachsen Verhandlungen zur Anpassung des Gastschulgel-
- 5271 des führen.
- 5272 12. Wir werden die Schulstandortplanung unter anderem anhand des Kriteriums von
- 5273 Mindestgrößen überarbeiten.
- 5274 13. Der neue Campus der Schule Ohlenhof wird nicht gebaut. Die dafür bereits
- 5275 vorgesehenen Mittel werden zur zügigen Umsetzung unter Einschränkung der
- 5276 Regeln zur RL-Bau zur nötigen Verbesserung der Bildungsinfrastruktur und zur
- 5277 Aufwertung des Stadtteils verwendet. Die vorgesehenen Stadtumbaumittel des
- 5278 Bundes werden komplementiert.

- 5279 14. Wir werden im Zuge der Umsetzung des medizinstrategischen Konzeptes die
 5280 Investitionen und Angebote konzentrieren. In diesem Zusammenhang wird ge-
 5281 prüft, wie unter wirtschaftlichen Bedingungen am Krankenhaus Bremen Ost die
 5282 Konzentration auf die Bereiche Psychiatrie, Geriatrie und neurologische
 5283 Frührehabilitation erfolgen kann.
- 5284 15. Das vom Wirtschaftssenator betriebene Projekt „Hochwasserschutz am
 5285 Weserstadion“ soll auf das notwendige Maß begrenzt werden, wobei die
 5286 Verkehrssicherheit gewährleistet sein muss.
- 5287 16. Das Spicarium wird geschlossen, es sei denn Denkmalschutzaufgaben oder
 5288 Rückzahlungsverpflichtungen stehen dem entgegen.
- 5289 17. Um die Kosten für die Erstellung öffentlicher Verkehrsräume zu reduzieren, wird
 5290 das ASV aufgefordert, bis zum Ende des Jahres geeignete Vorgaben für eine auf
 5291 vier Jahre begrenzte Absenkung der Baustandards vorzulegen.
- 5292 18. Die U3 Gruppengröße wird abhängig von Sozialindikatoren von 8 auf 10 Kinder
 5293 angehoben, soweit die räumlichen Bedingungen dies zulassen.
- 5294 19. Wir werden Gespräche aufnehmen, mit dem Ziel der Senkung des Haushaltszu-
 5295 schuss für das Musikfest.
- 5296 20. Wir werden prüfen, ob wie in anderen Ländern ein Teil der Haushaltsbeiträge im
 5297 Wege des Vorwegabzuges für die staatliche Filmförderung verwendet werden
 5298 kann.
- 5299 21. Der Zuschuss für den Autofreien Sonntag entfällt.
- 5300 22. Die Stühle in der Bürgerschaft werden in dieser Legislaturperiode nicht saniert.

5301 5302 **Verstetigung der Einnahmen**

5303
5304 Eine stabile Einnahmehasis ist unverzichtbar für den Sanierungsweg Bremens. Zur
 5305 Konsolidierung gehört daher auch, dass wir die eigenen Möglichkeiten zur Verbesse-
 5306 rung der Einnahmehasis konsequent nutzen und sein Abstimmungsverhalten im
 5307 Bundesrat am Ziel der Einnahmesicherung ausrichten.

5308
5309 Der Hebesatz der Grundsteuer B ist in Bremen zuletzt im Jahr 2004 angehoben wor-
 5310 den. Seit dem haben viele Kommunen von ihrem Hebesatzrecht Gebrauch gemacht
 5311 und ihre Hebesätze erhöht. Angesichts der Konsolidierungsnotwendigkeit der bremi-
 5312 schen Haushalte kann Bremen nicht abwarten, bis die Bemessungsgrundlage der
 5313 Grundsteuer reformiert wird. Auf die Einführung einer Straßenreinigungsgebühr
 5314 verzichten wir, den Hebesatz der Grundsteuer B werden wir auf 695 % anheben.

5315
5316 In der Kommune Bremen werden wir ferner zum 01.01.2016 die jährliche Hunde-
 5317 steuer auf 150 Euro und den Steuersatz für die Zweitwohnungssteuer auf 12 % erhö-
 5318 hen. Eine Anpassung der City-Tax werden wir nach Abschluss eines klärenden
 5319 Verfahrens vor dem Bundesfinanzhof vornehmen. Vor der Einführung einer Wettbü-
 5320 rosteuer bedarf es noch einer tiefergehenden Überprüfung möglicher
 5321 Besteuerungsparameter und der Bemessungsgrundlage. Gleiches gilt für eine
 5322 Waffenbesitzsteuer. Im Lichte der Überprüfungsergebnisse werden wir über eine
 5323 Einführung beraten. Soweit im Land Niedersachsen die Grunderwerbssteuer
 5324 angehoben wird, werden wir eine solche Erhöhung umgehend nachvollziehen.

5325
5326 Alle Gebührenordnungen werden mit der Aufstellung der jeweiligen Doppelhaushalte
 5327 an die allgemeine Kostentwicklung angepasst. In der allgemeinen Kostenordnung
 5328 werden die Stundensätze für Personaleinsatz analog aktualisiert. Landesrechtliche
 5329 Gebührenbefreiungstatbestände für gemeinnützige Organisationen, Kirchen und

5330 Religionsgesellschaften wollen wir streichen. Auf Bundesrecht beruhende
5331 Gebührenfreistellungen werden im Zuwendungsbericht transparent ausgewiesen.

5332

5333 Wir werden uns auch auf Bundesebene weiterhin für ein gerechteres Steuersystem
5334 einsetzen. Gerechte Steuerpolitik ist ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinan-
5335 der in unserem Land zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sozial
5336 gerecht und wirtschaftlich vernünftig ist Steuerpolitik dann, wenn starke Schultern
5337 mehr tragen als schwache. Es geht um höhere Verteilungsgerechtigkeit, für die wir
5338 uns weiter starkmachen, um einen fairen Lastenausgleich, damit die notwendigen
5339 Gemeinwohlleistungen auskömmlich und fair verteilt finanziert werden können. Des-
5340 halb arbeiten wir auf Bundesebene konstruktiv an einer verfassungsfesten Reform
5341 der Erbschaftsteuer mit, die den Ländern höhere Einnahmen einbringt. Auch die Re-
5342 form des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting wollen wir auf Bundes-
5343 ebene unterstützen. Bei der Grundsteuer setzen wir uns für eine Neuregelung ein,
5344 die sich an dem realen Wert eines Grundstücks und eines Gebäudes orientiert.
5345 Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Dem wird im Steuerrecht mit
5346 dem Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit Rechnung getragen. Eine
5347 Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer verfassungsfesten Vermögensteuer
5348 sind ebenso vertretbar wie geboten. Wir unterstützen die Bemühungen des
5349 Bundestages und der Bundesregierung zur Einführung einer Finanztransaktions-
5350 steuer, um Spekulationen im Finanzsektor einzudämmen.

5351

5352 Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuervermeidung ist ein
5353 wichtiger Baustein zur Sicherung staatlicher Einnahmen. Ein grundlegendes Gebot
5354 der Gerechtigkeit ist, dass Unternehmen ihre Steuern dort bezahlen, wo die
5355 wirtschaftliche Aktivität stattfindet und damit Werte geschaffen werden. Wir wenden
5356 uns daher gegen Steuerflucht und aggressive Steuervermeidung und werden Refor-
5357 men unterstützen, die Gewinnverlagerungen in Steueroasen entgegenwirken und zur
5358 Überwindung des schädlichen Steuerwettbewerbs in Europa beitragen. Steuerbetrug
5359 muss gesellschaftlich geächtet, bestraft und – möglichst – verhindert werden. Wir
5360 unterstützen weiterhin den Kauf von Steuer-CDs mit Insider-Informationen von
5361 ausländischen Banken und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass sich
5362 Steuerbetrüger und Steuerbetrügerinnen hinter dem Bankgeheimnis verstecken kön-
5363 nen. In Bremen soll die Steuerverwaltung in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden
5364 und häufiger Betriebsprüfungen durchführen.

5365

5366 **Personal und moderne bürgerorientierte Verwaltung**

5367

5368 Eine moderne Verwaltung und eine Personalverwaltung gehen Hand in Hand. Eine
5369 konsequente Strategie zur Modernisierung der Verwaltung verfolgt drei Ziele:
5370 Verbesserung der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger, Beitrag zur
5371 Konsolidierung des Haushaltes und einen Beitrag dazu, dass auch bei Verfolgung
5372 des weiter notwendigen Personalabbaus eine gute Arbeit erbracht werden kann.

5373

5374 **Personal im öffentlichen Dienst**

5375

5376 Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses stellt uns und die Beschäftigten vor
5377 große Herausforderungen. Denn eine Sanierung des Haushaltes kann ohne
5378 Einbeziehung der Personalkosten und einen weiteren Stellenabbau nicht gelingen.
5379 Um jedoch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nach über 20 Jahren

5380 Personalabbau in einigen Verwaltungsbereichen weitere Personaleinsparungen im-
 5381 mer schwieriger zu erbringen sind und das in Kernbereichen der öffentlichen Da-
 5382 seinsvorsorge die Aufgabenerfüllung sicher gestellt werden muss, werden wir die
 5383 Vorgaben zum notwendigen Personalabbau verändern.

5384
 5385 Wir werden die Ressorts zukünftig in die Lage versetzen, die Einsparungen mit
 5386 flexibleren, wirkungsgleichen Maßnahmen zu erbringen. Einsparvorgaben sollen auf
 5387 Ebene von Senatorenbudgets zukünftig auf die einzelnen Dienststellen besser ver-
 5388 teilt werden können. Die Ressorts werden dabei verpflichtet, innerhalb des Beschäfti-
 5389 gungsrahmens ihre einzelnen Dienststellen so auszustatten, dass alle Bereiche aus-
 5390 kömmlich finanziert sind. Mit Hilfe eines Systems von Personalkonten
 5391 ("Personalbewirtschaftungskonto") kann die Balance zwischen Aufgabenerfüllung
 5392 und Konsolidierungsbeitrag durch flexible, insbesondere kurzfristige Finanzierungen
 5393 dezentral sichergestellt werden. Hierfür wird im sogenannten Flexibilisierungskonto
 5394 die Möglichkeit, auf dezentraler Ebene freie Mittel aus anderen Haushaltsaggregaten
 5395 zur Bewältigung von Arbeitsspitzen zu verwenden, weiter gestärkt. Um bei
 5396 Überschreitungen der Zielzahlen gegensteuern zu können, werden die aus den
 5397 Kontrakten bekannten zentralen Steuerungsinstrumente in haushaltsrechtliche
 5398 Regelungen übernommen.

5399
 5400 Wir werden auch in Zukunft die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
 5401 verringern müssen. In Bereichen der Kernverwaltung (interne Dienstleistungen) wer-
 5402 den wir die Anzahl der Beschäftigten jährlich um 2,6 % und bei bürgernahen Dienst-
 5403 leistungen um 1,6 % reduzieren. In den Jahren 2016 und 2017 werden wir den
 5404 Personalabbau in kleinen Dienststellen durch verbindliche Kontrakte regeln.

5405
 5406 Für die Versorgungsvorsorge der Beamtinnen und Beamten wird bis zum 31.12.2016
 5407 ein Konzept zur Weiterentwicklung der bestehenden Einrichtungen vorgelegt.

5408
 5409 Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind uns wichtig. In der nächsten
 5410 Legislaturperiode werden wir daher folgende Schwerpunkte setzen:

- 5411
- 5412 • Besondere Akzente des „Arbeitgebers öffentlicher Dienst“ beim „Kampf“ um Ta-
 5413 lente durch gezielte Werbekampagnen.
 - 5414 • Ausbau von dualen BA-Studiengängen (Sozialarbeit, IT, Bauwesen, Bibliotheken
 5415 etc.) zur praxisorientierten Nachwuchsgewinnung.
 - 5416 • Gezielte Ansprache von jungen Menschen mit Migrationshintergrund durch
 5417 Informationen in Schulen und Milieus.
 - 5418 • Verknüpfung allgemeiner Arbeitsmarktpolitik und Einstellung im öffentlichen
 5419 Dienst, z.B. Ausbildung für Flüchtlinge, Teilzeitausbildung und Einstellungspro-
 5420 gramm für Langzeitarbeitslose (z.B. Reinigungskräfte, Hausmeister).
 - 5421 • Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement als Kernelemente der
 5422 Unterstützung der Beschäftigten im Arbeitsalltag.
 - 5423 • Berufsbedingte Langzeiterkrankungen sollen durch gezielte Prävention und
 5424 medizinische und soziale Betreuung der Beschäftigten reduziert werden.
 - 5425 • Umgehen mit Beschäftigungsverboten, Verbesserung der Vereinbarkeit von
 5426 Familie und Beruf, Einführung von Familienpflegezeiten für alle
 5427 Beschäftigtengruppen.
 - 5428 • Altersgerechter und flexiblerer Personaleinsatz in der letzten Phase des
 5429 Berufslebens.
 - 5430 • Einführung einer zentralen betrieblichen Sozialberatung.

- 5431 • Erfüllung der Schwerbehindertenquote.
5432

5433 Diese Maßnahmen und Projekte werden in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
5434 und Personalräten umgesetzt.
5435

5436 Für uns gehört zu einem attraktiven öffentlichen Dienst ebenfalls die Teilhabe aller
5437 Beschäftigten an einer angemessenen Einkommensentwicklung. Wir stehen zu den
5438 Tarifverträgen im öffentlichen Dienst. Die Beamtenbesoldung wie auch die Besol-
5439 dung der Richterinnen, und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie
5440 deren Versorgung muss den Bezug zur Tarif- und Gehaltsentwicklung der Angestell-
5441 ten im öffentlichen Dienst wahren. Eine Entkopplung wollen wir vermeiden und zu
5442 einem Gleichklang der Bedingungen für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten
5443 kommen. Wir werden daher finanzpolitisch Vorsorge treffen, um eine angemessene
5444 Übertragung der Tarifergebnisse der Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten
5445 zu ermöglichen.
5446

5447 Unter anderem wegen der in den nächsten Jahren weiter ansteigenden
5448 Pensionszahlungen ist der Beamtenstatus im Haushaltsnotlageland Bremen lang-
5449 fristig ein finanzpolitisches Thema. Die einheitliche Besoldung in Deutschland
5450 aufzugeben, war ein Fehler. Wenn sich eine politische Chance ergibt, sie
5451 wiederherzustellen, werden wir sie nutzen. Wir werden weiter die Frage stellen, ob
5452 und in welchem Umfang über den sogenannten hoheitlichen Bereich hinaus
5453 verbeamtet werden muss.
5454

5455 Wir werden die Todesfallversorgung für Beamte analog § 46 SGB VI ausgestalten
5456 und § 9 Abs. 2 der Beihilfeverordnung streichen.
5457

5458 Der öffentliche Dienst bietet neben Sicherheit auch andere Vorteile:
5459 Familienfreundlichkeit, gute Aufstiegschancen – gerade für Frauen –, ein Recht auf
5460 Fortbildung und flexible Arbeitszeiten. Das sind die wichtigsten Pluspunkte, mit
5461 denen wir werben. Selbstverständlich werden wir wie bisher die Beschäftigungsquote
5462 für schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werden gezielt um Menschen mit
5463 Migrationshintergrund als Nachwuchs für unter anderem Kindertagesheime, die
5464 Polizei oder das Stadtamt werben.
5465

5466 **Bürgerorientierte Verwaltung**

5467
5468 Wir stehen für eine moderne und kosteneffiziente Verwaltung und haben schon viel
5469 verändert. Das BürgerInnentelefon funktioniert vorbildlich und hat eine hohe Dienst-
5470 leistungsqualität. Die Zuständigkeitsbereiche, wie etwa eine verbindliche Termin-
5471 vergabe, bauen wir auch unter Verwendung des Internets weiter aus.
5472

5473 Das Stadtamt, die Wohngeldstelle, das Amt für soziale Dienste, das Jobcenter, das
5474 Finanzressort, der Bremer Umweltbetrieb und die Baubehörde sollen zeitnah und in
5475 hoher Qualität die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger bearbeiten: Wir vernetzen
5476 die Leistungen aus den unterschiedlichen Fachverwaltungen besser, um Kosten zu
5477 sparen und die Qualität zu steigern: Bürger-Service aus einer Hand, statt „Ämter-
5478 Rallye“, soziale Prävention statt „Jugendhilfe als Reparaturbetrieb“ sind erfolgreiche
5479 Vernetzungs-Beispiele, die noch ausgebaut werden können.
5480

5481 Wir machen die Betroffenen zu unseren Fachleuten: In Workshops erarbeiten
 5482 Bürgerinnen und Bürger als Kunden der Verwaltung gemeinsam mit Beschäftigten
 5483 Vorschläge für die Verbesserung der Verwaltung. In den Stadtteilen werden
 5484 Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Dienstleistern geschaffen, um bei
 5485 Antragstellungen etc. zu helfen.

5486
 5487 Ein Beirat für bürgernahe Verwaltung wird eingerichtet, in dem Bürgerinnen und
 5488 Bürger und Beschäftigte der Verwaltung beteiligt sind. Der Beirat begleitet den Pro-
 5489 zess der Dienstleistungsoptimierung.

5490
 5491 Bremen bündelt seinen Einkauf. Wir werden in den nächsten Jahren den Katalog um
 5492 weitere Produktgruppen erweitern und bei den Gesellschaften darauf drängen, den
 5493 öko-fairen Einkauf über den zentralen Einkauf zu nutzen. Die bewährte Arbeit mit
 5494 dem Beirat für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Verwaltungshandeln wer-
 5495 den wir fortsetzen. Das Bündnis für den sozialverantwortlichen Einkauf von Compu-
 5496 ter-Hardware wird fortgesetzt.

5497
 5498 Die Einführung der elektronischen Fallakte und eine Zuwendungsdatenbank, die
 5499 Transparenz schafft und das Verwaltungsverfahren optimiert, sind Projekte die wir
 5500 weiter vorantreiben wollen. Um Freiräume zu schaffen, wollen wir die mit der
 5501 Digitalisierung einhergehenden Möglichkeiten in allen Bereichen bestmöglich nutzen,
 5502 Forderungen gegenüber Dritten stärker verfolgen und weniger externe Gutachten
 5503 vergeben, indem wir eigene Fachleute damit beschäftigen. Das E-Government wird
 5504 flächendeckend eingeführt.

5505
 5506 Wir werden die E-Rechnung in Kooperation mit den bremischen Wirtschaftsunterneh-
 5507 men einführen und somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Servicequali-
 5508 tät und der attraktiven Ausgestaltung unseres Wirtschaftsstandortes leisten. Auch ein
 5509 ressortübergreifendes Mobilitäts- und Fuhrparkmanagement gehört dazu.

5510
 5511 Mit dem Ziel, Dienstleistungen „aus einer Hand“ anzubieten, werden wir die Perso-
 5512 nalsachbearbeitung, die Administration von IT-Fachverfahren und weitere geeignete
 5513 interne Dienstleistungen ressortübergreifend bündeln.

5514 5515 **Öffentliche Investitionen**

5516
 5517 Nötig ist ebenfalls eine Finanz- und Wirtschaftskraft stärkende Investitionspolitik, die
 5518 sich an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, am Bestands- und Werter-
 5519 halt der öffentlichen Infrastruktur, an der Sicherstellung der Daseinsvorsorge und an
 5520 der Flankierung unserer politischen Schwerpunktsetzungen orientiert. Der Erhalt
 5521 bestehender öffentlicher Gebäude und Straßen soll weiterhin Vorrang haben vor
 5522 neuen Vorhaben. Dabei achten wir darauf, welche Folgekosten mit den Investitionen
 5523 verbunden sind. Wir werden vor allem dort investieren, wo wir mittel- und langfristig
 5524 Kosten senken können. Wir werden die Investitionen im Bremer Haushalt zukünftig
 5525 einzeln ausweisen. Das erleichtert die parlamentarische Kontrolle und ermöglicht
 5526 Diskussionen über die Schwerpunkte. Wir werden die Investitionen zur Erhaltung der
 5527 öffentlichen Infrastruktur steigern. Dafür erstellen wir einen Sanierungsfahrplan, der
 5528 den Sanierungsumfang, die Kosten und den ungefähren Zeitpunkt der Sanierung
 5529 festlegt. Bundespolitisch setzen wir uns für Förderprogramme ein, die die Sanierung
 5530 öffentlicher Infrastruktur unterstützen.

5531

5532 Wir wollen ein zeitnahes Controlling der Investitionsausgaben, das Abweichungen
 5533 von den geplanten Ausgaben unterjährig erfasst. Zusätzlich zu einem umfassenden
 5534 Jahresabschlussbericht sollen jährlich zwei Zwischenberichte eine bessere
 5535 Liquiditätssteuerung ermöglichen. Nach einer Gremienbeschlussfassung soll eine –
 5536 möglichst auf vollautomatischer Datenübertragung basierende – Berichtskette zum
 5537 Mittelabfluss der Investitionsvorhaben in den Sondervermögen und
 5538 Beteiligungsgesellschaften aufgebaut werden, die auch für das Controlling der
 5539 Sondervermögen und Beteiligungen genutzt werden könnte. Einen Verzicht auf die
 5540 Resteübertragung werden wir prüfen.

5541
 5542 **Verwaltungszusammenarbeit mit Bremerhaven**

5543
 5544 Die Kommunen Bremerhaven und Bremen benötigen Hilfe durch das Land, um die
 5545 landesverfassungsrechtliche Schuldenbremse erreichen zu können. Die mit dem
 5546 Bund geschlossene Konsolidierungsvereinbarung legt dem Land und den Kommu-
 5547 nen gemeinsam auf, die vereinbarten Sanierungsziele zu erreichen. Die bisherige,
 5548 teils historisch gewachsene Aufgaben- und Kostenträgerverteilung zwischen dem
 5549 Land und den Kommunen, führt zu inhaltlichen Friktionen und unnötigen
 5550 Doppelstrukturen.

5551
 5552 Mit dem Abbau von Doppelstrukturen zwischen den beiden Gemeinden Bremen und
 5553 Bremerhaven können wir Synergien heben.

5554
 5555 Wir bieten deshalb der Seestadt Bremerhaven an, eine Landespolizei einzuführen,
 5556 die bisherigen kommunalen Lehrer als Landeslehrer zu übernehmen und grundsätz-
 5557 lich alle kommunalen Pensionäre durch das Land zu führen. Diese Maßnahmen sind
 5558 geeignet, die kommunale Selbstständigkeit Bremerhavens zu sichern.

5559
 5560 Bei der Entwicklung der Ganztagschulen, bei den Schulsozialarbeitern und der
 5561 Inklusion kam es bisher zu einer Mischfinanzierung zwischen der vom Land getrage-
 5562 nen Lehrerversorgung und der von den Kommunen zu tragenden Kosten für
 5563 nichtunterrichtendes Personal. Wir bieten deshalb der Seestadt, aber auch der Stadt-
 5564 gemeinde Bremen in Zusammenhang mit der Übernahme der Landeslehrer an, auch
 5565 das nichtunterrichtende Personal an Schulen zu übernehmen. Die Eckwerte des
 5566 Bildungshaushaltes werden wir entsprechend anpassen. Diese Kostenübernahme
 5567 soll allerdings nicht pauschal, sondern nach vergleichbaren Kostenzuweisungsstan-
 5568 dards zwischen Bremen und Bremerhaven erfolgen. Die hieraus resultierenden Ef-
 5569 fekte der Kostenverlagerung auf das Land werden im Rahmen der im September
 5570 anstehenden Neuverhandlungen der innerbremischen Finanzbeziehungen
 5571 berücksichtigt. Diese Verhandlungen verfolgen grundsätzlich das Ziel, dass die
 5572 Städte Bremen und Bremerhaven das Sanierungsziel erreichen können.

5573
 5574 Bei diesen Neuverhandlungen sollen statt der bisherigen überwiegend pauschalen
 5575 Kriterien mehr konkrete und spezifische Bedarfsanerkennungen Eingang finden.
 5576 Gleichzeitig werden die Ressorts verpflichtet, bei ihrer fachpolitischen
 5577 Aufgabenwahrnehmung beide Städte zukünftig umfassend und gleichberechtigt zu
 5578 berücksichtigen.

5579
 5580 Ferner unterbreiten wir das Angebot, das Facilitymanagement für
 5581 Landesverwaltungsstandorte in Bremerhaven auf Seestadt-Immobilien zu übertragen
 5582 sowie die Gehaltsabrechnung und den Personalservice für die Stadt Bremerhaven

5583 am Standort Bremerhaven für die Beschäftigten der Landesverwaltung in Bremer-
 5584 haven, die Beschäftigten der Gesellschaften des Landes in Bremerhaven und der
 5585 Gesellschaften Bremerhavens in Zukunft durch die Performa-Nord erbringen zu las-
 5586 sen.

5587

5588 **Immobilien Bremen**

5589

5590 Bauen und Sanieren in öffentlicher Hand muss kostenbewusst und kostengünstig
 5591 erfolgen. Dies erfordert eine strategische Steuerung des Unternehmens und des
 5592 öffentlichen Bauens.

5593

5594 Hierzu werden wir Immobilien Bremen bis zum 01.04.2016 auf der Grundlage eines
 5595 Unternehmenskonzeptes unter Beteiligung der Personalvertretungen neu aufstellen,
 5596 die Prozesse unter den Beteiligten straffen und verbindlich gestalten und uns an wirt-
 5597 schaftlichen Standards orientieren. Wir werden einen Sanierungsfahrplan erstellen
 5598 und diesen an den wirtschaftlichen, den energetischen Notwendigkeiten und den
 5599 abgestimmten Bedarfen der Nutzer orientieren.

5600

5601 Ziel des Unternehmenskonzeptes ist unter anderem die optimale Kundenorientierung
 5602 durch die Einrichtung des Vermieter-Mieter Modells, die Unterstützung der Suche
 5603 von Flüchtlingsunterkünften sowie die Abläufe bei Baumaßnahmen in Schulen und
 5604 Kindertagesstätten zu verbessern.

5605

5606 Die haushaltmäßige Veranschlagung aller Mittel für Neubau, Modernisierung,
 5607 Sanierung und Bauunterhalt erfolgt künftig in einem gesonderten Produktplan. Die
 5608 Einrichtung erfolgt zur Verbesserung der Transparenz, der mittelfristigen
 5609 Liquiditätsplanung und der Sicherung der zweckgebundenen Verwendung.

5610

5611 In dieser Legislaturperiode werden wir neue Kindertagesstätten bauen. Bei bis zu
 5612 sechs Kindertagesstätten werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um kostenoptimiert
 5613 zu bauen und dabei auch die Erfahrungen aus anderen Kommunen (z.B. Frankfurt,
 5614 Hannover und Bielefeld) auswerten. Ziel ist eine serielle Bauweise mit optimierten
 5615 Grundrissen und Raumprogrammen. Hinsichtlich der energetischen Anforderungen
 5616 werden wir Ausnahmen zulassen, wenn dies wirtschaftlich geboten ist.

5617

5618 Ferner werden wir das Konzept der Eigenreinigung nach Auswertung der Evaluie-
 5619 rung überarbeiten. Insbesondere in Grundschulen sind andere Reinigungsintervalle,
 5620 als in der jetzigen Reinigungsrichtlinie vorgesehen sind, notwendig.

5621

5622 Wir werden ein Modellprojekt zur Eigennutzung von Erneuerbarem Strom in einem
 5623 öffentlichen Gebäude umsetzen.

5624

5625 **Transparente Haushalts- und Finanzpolitik**

5626

5627 Moderne Haushalts- und Finanzpolitik ist transparent und verständlich. Wir werden
 5628 nicht nachlassen dafür zu werben, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich in
 5629 Haushaltsangelegenheiten einmischen.

5630

5631 Die Steuerung des Haushalts kann nur so gut sein, wie die Informationen, die über
 5632 diesen und dessen Vollzug vorliegen. Moderne Haushaltssysteme sehen integrierte
 5633 Berichte aus Finanz- und Leistungsdaten vor und folgen der im Haushalt gewählten

5634 Struktur. Wir werden daher die Haushaltsdarstellung und -analytik modernisieren und
5635 damit die Möglichkeiten der wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung ausbauen.

5636
5637 Das Benchmarking werden wir weiterführen. Es dient ebenfalls dem Ziel der
5638 Vergleichbarkeit und der Transparenz von Einnahmen und Ausgaben. Die Fachres-
5639 sorts werden aufgefordert, in den Benchmarkberichten Abweichungen vom Bench-
5640 mark zu erläutern.

5641
5642 **Öffentliche Unternehmen sind erfolgreich**

5643
5644 Wir zeigen, dass Unternehmen der öffentlichen Hand erfolgreich und
5645 verantwortungsbewusst sein können. Sie tragen zur Sicherung von Arbeitsplätzen
5646 und einer attraktiven Wirtschaftsstruktur bei und erwirtschaften Gewinne für den
5647 Bremer Haushalt. Wir stehen auch zu dem steinigen Weg der Konsolidierung der
5648 kommunalen Krankenhäuser.

5649
5650 Bremen hat in der Vergangenheit Staatstätigkeit in private Gesellschaften ausgelagert.
5651 Wir befinden uns heute mitten in einem Prozess der Überprüfung dieser
5652 Privatisierungen. Wir treten für Rekommunalisierung ein, wenn das Interesse der
5653 Bürgerinnen und Bürger an effizienten Dienstleistungen, moderaten Gebühren, guten
5654 Arbeitsplätzen und der Orientierung am ökologischen und sozialen Gemeinwohl als
5655 Prinzip wirtschaftlichen Erfolgs erfüllt wird.

5656
5657 Wir erwarten von allen Beteiligungen, dass sie strategische Unternehmenskonzepte
5658 und messbare Zielbilder entwickeln. Um die Vergleichbarkeit zu verbessern, werden
5659 wir eine für alle verbindliche, einheitliche Bilanzrichtlinie entwickeln. Sonstige
5660 Sondervermögen sollen künftig transparenter und zielorientierter gesteuert werden,
5661 dafür werden wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

5662
5663 Öffentliche Unternehmen sollen gute Arbeitgeber sein. Wir werden den Anteil an
5664 Frauen insbesondere in den Führungsebenen daher kontinuierlich steigern. Die
5665 Ausbildungsquote soll erhöht werden.

5666
5667 Die Gehälter der Geschäftsführer sollen künftig stärker einem Vergleich zu privaten
5668 Gesellschaften bzw. anderen Kommunen unterzogen werden. Erfolgsabhängige
5669 Faktoren werden künftig stärker am Gesellschaftszweck ausgerichtet und an klare
5670 und eindeutige Ziele gekoppelt sein. Im Beteiligungsbericht werden künftig neben
5671 dem Geschäftsführergehalt auch alle sonstigen Gehaltsbestandteile bzw. geldwerten
5672 Vorteile sowie die Tantiemen veröffentlicht.

5673
5674 Die überwiegende Mehrzahl der Gesellschaften verfügen über einen fakultativen Auf-
5675 sichtsrat. Dabei soll in dieser Legislaturperiode eine Quote von 50 % Frauen bei den
5676 Mandaten erreicht werden, auf die Bremen einen unmittelbaren Einfluss hat. Der
5677 Grundsatz von maximal fünf Aufsichtsratsmandaten pro Person (vier bei
5678 Bankenmandaten) hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

5679
5680 Auch die Beteiligungen müssen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung Bremens
5681 leisten. Gesellschaften deren Zweck es ist formell privatisiert kommunale oder staatliche
5682 Aufgaben zu erbringen, werden wir im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen
5683 Möglichkeiten dazu verpflichtet, die Entwicklungen der Personal- und sonstigen
5684 Kosten des Kernbereichs einzuhalten. Wir erwarten, dass diese Gesellschaften einen

5685 Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 1,5 % pro Jahr auf ihre Kosten leisten. Die
5686 Zuwendungen aus dem Haushalt werden entsprechend begrenzt. Wir werden dafür
5687 sorgen, dass unsere Beteiligungen insbesondere in den Bereichen der zentralen
5688 Verwaltung kooperieren und Doppelstrukturen abbauen. Das Besserstellungsverbot
5689 wird konsequent beachtet werden, die aktuelle Gehaltsstruktur in den Gesellschaften
5690 werden wir insoweit überprüfen. Wir werden die bestehenden Geschäftsbesor-
5691 gungsentgelte aktualisieren. Die Organisation des Beteiligungsmanagements in
5692 Bremen werden wir weiter verbessern. Ein zentrales Instrument stellt die geplante
5693 Beteiligungsdatenbank dar, die zu mehr Transparenz in den ausgegliederten Einhei-
5694 ten führt. Das Kompetenzzentrum Beteiligungsrecht bei der Senatorin für Finanzen
5695 wird künftig konsequent von den Gesellschaften aber auch von den Ressorts genutzt
5696 werden, um die externe Auftragsvergabe, z.B. an Rechtsanwaltsbüros oder Berater-
5697 firmen, zu verringern.

5698

5699 **Solidarität im Bund**

5700

5701 Gegenwärtig haben auf der Bundesebene die Verhandlungen um den
5702 Länderfinanzausgleich begonnen. Bremen muss sich selbstbewusst und im Bündnis
5703 mit anderen einbringen. Wir bekennen uns zum Solidarprinzip des Finanzausgleichs.
5704 Der von Bayern und Hessen in ihrer Klage angestrebte Wettbewerbsföderalismus
5705 wird am Ende nur Verlierer hervorrufen, weil für ganz Deutschland ein einheitlicher
5706 Rechts- und Sozialraum ein hohes Gut ist. Die Klage stellt eine Aufkündigung der
5707 Solidarität unter den Ländern dar und gefährdet den Föderalismus. Deswegen ist
5708 Bremen der Klage entschieden entgegengetreten und wird seine Interessen auch
5709 zukünftig deutlich artikulieren. Bei den Verhandlungen um den Bund-Länder-
5710 Finanzausgleich wie auch bei der Auseinandersetzung mit der Klage steht Bremen
5711 mit seinen Interessen nicht alleine. Die Einwohnerwertung für die Stadtstaaten wer-
5712 den wir verteidigen.

5713

5714 Wir wissen aber auch, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und ein gerechter
5715 Länderfinanzausgleich nur zwei Voraussetzungen für eine dauerhafte finanzielle
5716 Handlungsfähigkeit unseres Bundeslandes sind. Um Bremen dauerhaft zu sanieren,
5717 brauchen wir eine solidarische Lösung für unsere Altschulden in Höhe von über
5718 20 Milliarden Euro. Auch deshalb ist es so wichtig, dass Bremen den Sanierungsweg
5719 ernsthaft und erfolgreich beschreitet und die Grundlage für die Bereitschaft der ande-
5720 ren Länder und des Bundes legt, einen Teil der Schulden gemeinschaftlich – mög-
5721 lichst über eine Neuausrichtung des Solidaritätszuschlags – zu übernehmen. Dabei
5722 kommt es entscheidend darauf an, nicht nur die laufende Zinsbelastung zu verrin-
5723 gern. Vielmehr muss durch strukturelle Maßnahmen auch das für Bremen besonders
5724 bedrohliche Zinsänderungsrisiko minimiert werden. Wir werden daher überprüfen, ob
5725 unsere Langfriststrategie unter den aktuellen Kreditmarktkonditionen angepasst wer-
5726 den kann. Bremen wird sich zudem einsetzen für eine Stärkung der kommunalen
5727 Finanzkraft, eine stärkere Beteiligung des Bundes an Sozialausgaben, die Finanzie-
5728 rung von Infrastruktur und den Erhalt der für die Stadtstaaten elementar wichtigen
5729 Einwohnerwertung.

5730

5731 **Kooperation: Bremen und seine Nachbarn – miteinander**
 5732 **stark!**

5733
 5734 Die Freie Hansestadt Bremen ist als kleinstes Bundesland in besonderem Maße auf
 5735 nachbarschaftliche Kooperation über die Landesgrenzen hinweg angewiesen.
 5736 Folgerichtig verpflichtet Art. 65 Abs. 2 der Landesverfassung Bürgerschaft und Senat
 5737 dazu, die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit mit dem Ziel des Aus-
 5738 baus nachbarschaftlicher Beziehungen zu fördern.

5739
 5740 Bremen und die Region sind vielfältig verflochten und aufeinander angewiesen.
 5741 Bremen bietet als Oberzentrum des Nordwestens umfangreiche Leistungen für die
 5742 Region, Bremen braucht aber auch leistungsfähige regionale Partner in Niedersach-
 5743 sen – nur gemeinsam können wir die Potenziale unserer Region im Sinne unserer
 5744 Bürgerinnen und Bürger auch wirklich erfolgreich entwickeln. Deshalb werden wir die
 5745 Koordinierung und Außenvertretung der Kooperationen in der Senatskanzlei bündeln.

5746
 5747 **Kooperation mit den norddeutschen Ländern, insbesondere mit Niedersachsen**
 5748

5749 Zentrale Bedeutung hat für Bremen die Weiterentwicklung und Vertiefung der
 5750 Kooperation mit den norddeutschen Bundesländern und dabei insbesondere mit dem
 5751 Nachbarland Niedersachsen. Hierbei wird es auch in Zukunft darum gehen, in den
 5752 für Norddeutschland wesentlichen Politikfeldern gemeinsame Positionen zu ent-
 5753 wickeln und diese nach außen gegenüber dem Bund und der Europäischen Union zu
 5754 vertreten. Von besonderer Bedeutung bleibt die gemeinsame Abstimmung und
 5755 Interessenvertretung in den Bereichen Häfen, Offshore-Windenergie und
 5756 überregionaler Verkehr. Die hierfür erforderlichen Formen der Zusammenarbeit (Tref-
 5757 fen der norddeutschen Ministerpräsidenten, gemeinsame Kabinettsitzungen etc.)
 5758 werden fortgesetzt.

5759
 5760 Die Koalition wird als zentrale Aufgabe eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Land
 5761 Niedersachsen anstrengen, um in Justiz und Verwaltung - wie 2002 durch die Bil-
 5762 dung des Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen - Synergieeffekte durch die
 5763 Bildung gemeinsamer Einrichtungen bzw. durch die Bündelung von Zuständigkeiten
 5764 bei einem Partner zu schaffen.

5765
 5766 Dies wird ein Schwerpunkt der Organisationsentwicklung in den nächsten vier Jahren
 5767 werden. Hierzu werden wir, wie bei Kooperation zwischen den Ländern Berlin und
 5768 Brandenburg, Doppelstrukturen abbauen und eine gemeinsame Aufgabenwahrneh-
 5769 mung erreichen.

5770
 5771 Ziel ist die Bildung gemeinsamer länderübergreifender Einrichtungen bzw. die
 5772 Bündelung von Zuständigkeiten in allen Bereichen der Senatsressorts, Ämtern und
 5773 Gesellschaften.

5774
 5775 Dafür sollen bereichsübergreifende „Pakte“ gebildet werden, um für auftretende
 5776 Verteilungsfragen (Standorte, Sitz der Behördenleitung etc.) dann leichter Lösungen
 5777 zu finden, die für alle Seiten politisch tragfähig sind.
 5778

5779 **Kooperation im Nordwesten und der Metropolregion Nordwest**

5780

5781 In der Metropolregion wollen wir zur Festigung und Verstärkung der erfolgreichen
 5782 Zusammenarbeit gemeinsam mit dem Land Niedersachsen einen Staatsvertrag
 5783 schließen sowie insbesondere gemeinsam den Ausbau der regionalen Aktivitäten zur
 5784 Energiewende / Offshore-/wind-Region Nordwest erreichen. Fortgesetzt wird
 5785 insbesondere die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Regionalmarke-
 5786 tings, das Betreiben einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung
 5787 der Umsetzung großräumig bedeutsamer Infrastrukturvorhaben, die Unterstützung
 5788 der Vernetzung in regional bedeutsamen Zukunftsfeldern (insbesondere Logistik/
 5789 Außenwirtschaft, Energie, Fahrzeugbau, Schiffbau/ maritime Fertigung, Luft- und
 5790 Raumfahrt, IuK-Wirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Touris-
 5791 mus), die Entwicklung und Unterstützung von Maßnahmen zur weiteren Verbesse-
 5792 rung der regionalen Lebensqualität, z.B. in den Bereichen Kultur und Sport.

5793

5794 Seit vielen Jahren besteht eine Kooperation von über 60 Kommunen zur Förderung
 5795 des grenzüberschreitenden E-Government, die „Virtuelle Region Nordwest“ (seit
 5796 Oktober 2014: „Erprobungsraum Nordwest“). Aktuell wird insbesondere an den
 5797 Projekten E-Rechnung, Langzeitarchivierung und der Vermeidung von Behördengän-
 5798 gen gearbeitet. Die Vorhaben sollten über die Metropolregion Nordwest verstärkt
 5799 unterstützt werden. Zu prüfen ist unter anderem, ob der einheitliche Ansprechpartner
 5800 für Unternehmensgründungen, der gerade bundesweit neu konzipiert wird, für den
 5801 Nordwesten nur einmal aufgebaut werden sollte.

5802

5803 Ein neues Ziel Bremens in der Metropolregion Nordwest wird in den nächsten Jahren
 5804 gemeinsam mit der Landesregierung Niedersachsen darüber hinaus in der Ent-
 5805 wicklung einer nordwestdeutschen Krankenhausplanung sowie einer koordinierten
 5806 Wissenschaftsplanung liegen.

5807

5808 **Kommunale Zusammenarbeit Region Bremen und Region Bremerhaven**

5809

5810 Um das Ziel einer möglichst optimalen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in
 5811 unserer Region mit effektiven öffentlichen Dienstleistungen zu erreichen, werden wir
 5812 ein themen-übergreifendes Gesamtkonzept zur Verwaltungskooperation erarbeiten
 5813 und insbesondere im engen Verflechtungsraum abstimmen. Als notwendigen rechtli-
 5814 chen und fachlichen Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Zwei-
 5815 Städte-Staates in guter Nachbarschaft zu Niedersachsen wollen wir einen
 5816 Landesraumordnungsplan für Bremen und Bremerhaven erstellen.

5817

5818 **Zusammenarbeit in der Stadtregion Bremen - Weiterentwicklung des** 5819 **Kommunalverbunds**

5820

5821 Wir werden mit diesem Ziel auch die bestehende Zusammenarbeit im Kommunalver-
 5822 bund ausbauen, stärken und verbindlicher gestalten. Zentraler Akteur für die
 5823 grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Bremen ist für uns der
 5824 Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., in dem aktuell 27 Kommunen
 5825 zusammengeschlossen sind. Seine Rolle wollen wir weiter stärken.

5826

5827 In Anknüpfung an das „Interkommunale Raumstrukturkonzept Region
 5828 Bremen“ (INTRA) setzen wir uns vor allem dafür ein, dass der Vertrag zur regionalen
 5829 Zentrenentwicklung umgesetzt und von weiteren Partnern unterzeichnet wird, um

5830 damit zu einer Stärkung der Zentren in der Region beizutragen. Das
5831 Moderationsverfahren IMAGE werden wir fortsetzen.

5832

5833 Über die bisherigen Aufgaben des Kommunalverbundes hinaus wollen wir die Re-
5834 gion Bremen gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und den kommunalen Part-
5835 nern – auch durch verstärkte Bündelung der Ressourcen und Kapazitäten – mit
5836 weiteren Schwerpunkten der künftigen Zusammenarbeit stärken. Von zentraler
5837 Bedeutung ist die Entwicklung eines regionalen Verkehrskonzeptes (insbesondere
5838 unter Beachtung des Autobahnringes, der Hafenhinterland-Verbindungen sowie der
5839 regionalen Straßenbahnverlängerungen). Ein Schlüsselprojekt der Region ist die
5840 Verlängerung der Theodor-Barth-Straße zur Anbindung an die geplante Anschluss-
5841 stelle Achim-West zur A 27. Damit wird die verkehrliche Erschließung der bremi-
5842 schen Einzelhandels- und Gewerbebetriebe am Bremer Kreuz nachhaltig verbessert.
5843 Das Projekt kann als interkommunales Projekt gemeinsam mit Achim entwickelt wer-
5844 den und wird von Bremen unterstützt. Mit dem Bund, dem Land Niedersachsen und
5845 Achim ist ein tragfähiges Finanzierungskonzept zu entwickeln. Mögliche Flächenent-
5846 wicklungen wollen wir gemeinsam mit den Nachbarn und nur in Abhängigkeit zur
5847 Entwicklung des Gewerbegebiets Hansalinie vornehmen. Ebenso streben wir an, ein
5848 regionales Energiekonzept zu erstellen. Weiterhin wollen wir eine stärkere Vernet-
5849 zung und Abstimmung in der regionalen Krankenhausplanung und im Kita- und
5850 Bildungsbereich sowie eine Aktualisierung des Vertrages zum Gastschulgeld errei-
5851 chen.

5852

5853 Für diese Stärkung des Kommunalverbunds bedarf es auch einer Unterstützung
5854 durch die Landesebene Niedersachsens. Perspektivisch geht es darum, das Land
5855 Niedersachsen und die Kommunen in der Region für die Bildung eines „Verbands
5856 Region Bremen“ auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu gewinnen.

5857

5858 **Regionalforum Bremerhaven**

5859

5860 Im engeren Verflechtungsbereich Bremerhaven („Regionalforum Bremerhaven“) wer-
5861 den wir das gemeinsam von niedersächsischen Kommunen und der Stadtgemeinde
5862 Bremerhaven eingerichtete Regionalforum mit dem Ziel einer vertieften Zusam-
5863 menarbeit unterstützen.

5864 **Europa**

5865 **Bremen in Europa – Bremen in der Welt**

5866 Die Festlegung neuer Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen steht an. Wir in
5867 Bremen sehen uns diesen Zielen verpflichtet. Wir betrachten ihre Umsetzung als Teil
5868 aller Politikfelder. Wir sehen das Land Bremen in der Verpflichtung, weiterhin an
5869 einer immer engeren Union der Völker Europas mitzuwirken und sich an der weiteren
5870 Ausgestaltung der Integration zu beteiligen.
5871

5872 Nach wie vor gilt: Der freiwillige Zusammenschluss der Staaten, die Teilung der
5873 Souveränität und gemeinsame Regeln des Rechts sichern den inneren und äußeren
5874 Frieden in Europa. Es gilt gerade für ein Land wie Bremen, dass nur eine offene
5875 Gemeinschaft mit klaren politischen Regeln, Wohlstand und Sicherheit bieten kann.
5876 Notwendig ist dafür gemeinsames, aktives Handeln, um überhaupt handlungsfähig
5877 zu bleiben.
5878

5879 Als exportorientierter Standort profitiert Bremen erheblich vom globalisierten
5880 Warenverkehr. Nicht nur deshalb unterstützen wir faire Handelsabkommen. Aller-
5881 dings müssen internationale Handels- und Dienstleistungsabkommen transparent
5882 diskutiert werden und dürfen keine sozialen, umweltpolitischen, kulturellen, arbeits-
5883 und verbraucherrechtlichen oder demokratischen Errungenschaften aushebeln. Es
5884 muss sichergestellt sein, dass kein Vertragspartner daran gehindert werden kann,
5885 diese Standards weiter zu verbessern. Eine private Schiedsgerichtsbarkeit neben
5886 dem öffentlichen Rechtssystem lehnen wir ab und sprechen uns für ein transparen-
5887 tes, internationales Handelsgericht aus. Unser Verhalten zu den in Verhandlung
5888 befindlichen Abkommen TTIP und CETA binden wir an diese Vorgaben.
5889

5890 Inhaltliche Schwerpunkte der nächsten Jahre werden für uns insbesondere die Ju-
5891 gend- und Sozialpolitik, die Klima-, Energie- und Umweltpolitik, die Fischerei- und
5892 Meerespolitik, die Arbeits- und Wirtschaftspolitik sein: Wir werden für eine humane
5893 und solidarische Integrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union (EU)
5894 eintreten. Wir werden die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen fortschreiben.
5895 Wir werden uns an der Fortschreibung der europäischen Kohäsionspolitik ab dem
5896 Jahr 2020 frühzeitig beteiligen und bei der Weiterentwicklung des Europäischen
5897 Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
5898 die Interessen Bremerhavens und Bremens einbringen. Die Weiterentwicklung dieser
5899 Förderschwerpunkte soll auch im Hinblick auf die Lebensperspektiven junger Men-
5900 schen und sozial Benachteiligter in Europa erfolgen. Wir werden die Leistungsfähig-
5901 keit der bremischen Landesvertretung in Brüssel erhalten und die Mitarbeit im Aus-
5902 schuss der Regionen und in europäischen Netzwerken wie „Nereus“ und der „North
5903 Sea Commission“ fortsetzen. Wir werden die Weiterentwicklung der „Europafähig-
5904 keit“ der bremischen Verwaltung verstärkt durch Fortbildungen, Abordnungen in die
5905 Kommission und Hospitationen in Brüssel unterstützen.
5906

5907 Der EuropaPunktBremen macht eine anerkannt gute Arbeit als Informations- und
5908 Diskussionspunkt für Bürgerinnen und Bürger. Wir werden dafür sorgen, dass diese
5909 Arbeit fortgesetzt wird. In der politischen Bildung muss die europäische Dimension
5910 wieder eine höhere Bedeutung bekommen. Wir unterstützen den Weg Bremer Schu-
5911 len zu „Europaschulen“.
5912
5913
5914

- 5915 Wir setzen uns für eine verlässliche Fortsetzung der Bremer
5916 Entwicklungszusammenarbeit und der Umsetzung der Entwicklungszusammenar-
5917 beit-Leitlinien des Senats ein. Dabei unterstützen wir vor allem Projekte von Bremer
5918 Initiativen in den Armutsregionen industriell nicht entwickelter Länder. Zusammen mit
5919 der bremischen Wirtschaft sollen auch in Zukunft Projekte gefördert werden.
5920
- 5921 Die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Unterstützung bei
5922 der Vernetzung der vielfältigen Bremer Initiativen in diesem Bereich bleiben wichtige
5923 Bestandteile der Entwicklungszusammenarbeit, für die wir auch die hier lebenden
5924 Migrantinnen und Migranten als Brückenbauerinnen und Brückenbauer in ihre
5925 Herkunftsländer gewinnen wollen. Die Arbeit der entwicklungspolitischen Netzwerke
5926 wird sichergestellt.
5927
- 5928 Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenar-
5929 beit (GIZ) fortsetzen, um nachhaltige Projekte in den Ländern des Südens zu
5930 unterstützen.
5931
- 5932 Wir wollen die bremischen Initiativen aus der Zeit der „Hauptstadt des fairen Han-
5933 dels“ stabilisieren und die Ziele des fairen Handels auch auf europäischer Ebene
5934 stärker zur Geltung bringen.
5935
- 5936 Auf Bundesebene werden wir uns weiter für eine striktere Kontrolle und restriktive
5937 Genehmigungspraxis der Rüstungsexporte einsetzen. Industrielle Arbeitsplätze müs-
5938 sen unabhängiger werden von militärischer Produktion. Die Rüstungskonversion fin-
5939 det unsere politische Unterstützung.
5940
- 5941 Wir unterstützen die bestehenden Städtepartnerschaften und wollen die finanziellen
5942 Mittel, die hierfür erforderlich sind, zur Verfügung stellen. Wir wollen eine Weiterent-
5943 wicklung von Partnerschaften insbesondere im Hinblick auf entwicklungs- und
5944 europapolitische Themen ermöglichen.

Zusammenarbeit der Koalitionspartner

5945
5946
5947
5948
5949
5950
5951
5952
5953
5954
5955
5956
5957
5958
5959
5960
5961
5962
5963
5964
5965
5966
5967

In der Bürgerschaft hat jede Koalitionsfraktion das Recht, nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Koalitionspartner Gesetzentwürfe und Anträge eigenständig einzubringen. Vor großen Anfragen und vor der Beantragung von Aktuellen Stunden ist der Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren.

Beide Koalitionsfraktionen verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung und der zusätzlich vereinbarten Politik, in der Bürgerschaft, den Ausschüssen sowie in den Deputationen nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in der Bürgerschaft keiner der Partner überstimmt wird.

Im Senat darf kein Koalitionspartner überstimmt werden.

Es wird ein Koalitionsausschuss gebildet. Er besteht aus dem Präsidenten des Senats, der Bürgermeisterin, den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen sowie je einem/r Vorsitzenden der Koalitionsparteien. Der Koalitionsausschuss tagt in der Regel zweimal jährlich oder auf Antrag eines Koalitionspartners. Die Einladung erfolgt durch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien. Die Ergebnisse werden schriftlich festgehalten.

5968 **Abstimmungsverhalten im Bundesrat**

5969

5970 Bremen wird seine grundgesetzlichen Aufgaben im Bundesrat im Sinne einer
5971 konstruktiven Mitgestaltung gegenüber dem Bund und anderen Ländern wahrneh-
5972 men.

5973

5974 Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat wird im gegenseitigen Einvernehmen der
5975 Koalitionspartner festgelegt.

5976

5977 Dabei werden folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

5978

- 5979 • Die Interessen des Landes haben absoluten Vorrang; ihre Durchsetzung wird in
5980 konstruktiver Zusammenarbeit mit den Ländern und dem Bund angestrebt.

- 5981 • Wortlaut und Geist der Koalitionsvereinbarung sind zu berücksichtigen. Sie ist
5982 Grundlage der vereinbarten Politik.

- 5983 • Es werden nur solche Fragen strittig gestellt, die nach Auffassung eines Koali-
5984 tionspartners von grundsätzlicher Bedeutung für Bremen oder seine politischen
5985 Zielsetzungen sind.

5986

5987 Bremen darf sich in seinen bundespolitischen Mitwirkungsmöglichkeiten nicht
5988 neutralisieren. Deshalb muss eine Enthaltung in politisch bedeutsamen Fragen die
5989 Ausnahme darstellen. Von den Bundesparteien oder Bundestagsfraktionen der bei-
5990 den Koalitionspartner vertretene unterschiedliche Positionen in der Bundespolitik
5991 sind kein ausreichender Grund für eine Enthaltung des Landes Bremen.

5992

5993 Die Koalitionspartner verpflichten sich daher, bei strittig gestellten Themen im Senat
5994 eine Einigung im Interesse Bremens anzustreben. Kommt eine Einigung über das
5995 Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht zustande, so gilt, dass das Land sich der
5996 Stimme enthält.

5997

5998 Redebeiträge einzelner Senatoren sind dem Senat vorher anzuzeigen und abzustim-
5999 men. Stellt sich der Bedarf für eine Äußerung erst während des Bundesratsplenums
6000 heraus, entscheiden die anwesenden Bundesratsmitglieder.

6001

6002 Verteilung der Ressortbereiche

6003 (in Klammern: Zahl der Staatsräte)

6004

6005 SPD (9)

6006

6007 1. Präsident des Senats, Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften (1)

6008 Bundesangelegenheiten und Europa (1)

6009 Kultur (1)

6010

6011 2. Inneres (1)

6012

6013 3. Kinder und Bildung (1)

6014

6015 4. Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (1)

6016

6017 5. Wirtschaft, Arbeit und Häfen (1)

6018 Justiz und Verfassung (1)

6019

6020 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (4)

6021

6022 1. Bau, Umwelt und Verkehr (2)

6023

6024 2. Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (1)

6025

6026 3. Finanzen und Personal (2, davon 1 SPD)

6027

Unterschriften

Mitglieder der Verhandlungsdelegationen:

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen**

Sybille Böschen

Karin Garling

Martin Günthner

Uta Kummer

Dieter Reinken

Sarah Ryglewski

Carsten Sieling

Heike Sprehe

Elias Tsartilidis

Björn Tschöpe

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen**

Robert Bücking

Sülmez Dogan

Björn Fecker

Karoline Linnert

David Lukaßen

Henrike Müller

Maike Schaefer

Anne Schierenbeck

Ralph Saxe

Alexandra Werwath

Bremen, den xx.xx.2015

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen**

Carsten Sieling

Dieter Reinken

Björn Tschöpe

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bremen**

Karoline Linnert

Henrike Müller

Ralph Saxe

Maike Schaefer

Anhang

Land und Stadt Bremen (Anlage zur Koalitionsvereinbarung)

Ergebnisse (In Mio. €)	Zuwachs p.a. 2015/ 2019	Anschlag	Prognose	Konsolidierung			
		2015		2016	2017	2018	2019
1 Steuern / LFA / BEZ		3.352	3.358	3.567	3.698	3.843	3.983
2 Konsumtive Einnahmen		650	674	674	685	701	703
3 Investive Einnahmen		97	111	111	116	116	112
4 Primäreinnahmen	3,7 %	4.098	4.142	4.352	4.498	4.658	4.797
5 Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		-2,6	-1,5	+4,9	+3,4	+3,6	+3,0
6 Bereinigte Einnahmen 2)		4.098	4.142	4.352	4.498	4.658	4.797
7 Personalausgaben	1,4 %	1.256	1.284	1.295	1.324	1.341	1.359
8 Sozialleistungen	1,9 %	800	856	875	892	908	923
9 Veränderung ggü. Vorjahr (in %)				+2,2	+2,0	+1,8	+1,6
10 Sonstige konsumtive Ausgaben		1.508	1.531,0	1.583	1.614	1.627	1.646
11 - an Bremerhaven		285	286	301	308	313	318
12 - Personalkostenzuschüsse		424	432	447	458	463	468
13 - sonstige	1,4 %	800	814	835	848	850	860
14 Investitionsausgaben		456	465	464	465	467	453
15 - Tilgungsausgaben an BKF		44	44	43	41	42	39
16 - an Bremerhaven		11	11	11	11	11	11
17 - sonst. direkte Investitionen	-0,4 %	400	409	410	413	414	402
18 Ausgleichsbetrag für Risiken 2015				50	50	50	50
19 Konsolidierungsbedarf						-11	-52
20 Primärausgaben	1,4 %	4.020	4.136	4.267	4.345	4.383	4.379
21 Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		-5,3	-2,6	+8,2	+1,8	+0,8	-0,1
22 Zinsausgaben		610	568	587	596	605	625
23 Effekte aus Zinssteuerung				-30	-30	-30	-20
24 Bereinigte Ausgaben		4.631	4.704	4.854	4.941	4.988	5.004
25 Finanzierungssaldo		-332	-562	-502	-443	-330	-207
26 Primärsaldo		78	6	85	153	275	418
27 Struktureller Finanzierungssaldo		-346	-376	-394	-335	-224	-112
28 Sicherheitsabstand		214	185	54	1	0	0